



# Plenarprotokoll

## 136. Sitzung

Donnerstag, 15. Dezember 2016

### Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung „Digitalisierungstrategie des Landes Schleswig-Holstein“ ..... 11362

b) Rechtssicherheit für Anbieter freier WLAN-Internetzugänge schaffen ..... 11362

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/4825

Torsten Albig, Ministerpräsident... 11362  
Daniel Günther [CDU]..... 11368  
Sven Krumbeck [PIRATEN]..... 11372  
Dr. Kai Dolgner [SPD]..... 11375  
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 11383

Christopher Vogt [FDP]..... 11391  
Lars Harms [SSW]..... 11396

Beschluss: Annahme des Antrags  
Drucksache 18/4825..... 11400

### Gemeinsame Beratung

a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG) ..... 11400

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4622		Antrag der Fraktion der PIRATEN	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/4932		<b>b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes .....</b>	<b>11407</b>
<b>b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts .....</b>	<b>11400</b>	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/4590 (neu)	
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/1445		Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/4931	
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/4933		<b>c) Akzeptanz der Windenergie erhalten - Industriestandort Schleswig-Holstein stärken - Bürger von den Kosten nicht genutzten Stroms entlasten .....</b>	<b>11408</b>
Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	11400	Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4954	
Daniel Günther [CDU].....	11400	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht-erstatteerin.....	11408
Thomas Rother [SPD].....	11401	Daniel Günther [CDU].....	11408
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11402	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11411, 11440
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	11403	Thomas Hölck [SPD].....	11415, 11434
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11404	Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11418, 11432
Lars Harms [SSW].....	11405	Oliver Kumbartzky [FDP].....	11421, 11423
Beschluss: 1. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4622 in der Ausschussfassung Drucksache 18/4932, Anlage 1, mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder		Lars Harms [SSW].....	11425, 11432
2. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4622 in der Ausschussfassung Drucksache 18/4932, Anlage 2, mit der Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11428
3. Annahme der Empfehlung an den Ministerpräsidenten aus der Drucksache 18/4932		Wolfgang Kubicki [FDP].....	11429
4. Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/1445.....	11407	Petra Nicolaisen [CDU].....	11430
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Astrid Damerow [CDU].....	11433
<b>a) Aktuelle Stunde: „Windenergiepläne der Landesregierung“ .....</b>	<b>11407</b>	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11434
		Torsten Albig, Ministerpräsident...	11435
		Beschluss: Ablehnung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4590 (neu) und des Antrags Drucksache 18/4954.....	11442
		Hans-Jörn Arp [CDU], zur Geschäftsordnung.....	11442
		<b>Whistleblower im öffentlichen Dienst schützen, Hinweisen auf Rechtsverstöße konsequent nachgehen .....</b>	<b>11443</b>

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/4925

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	11443, 11451
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	11444
Beate Raudies [SPD].....	11445
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	11446
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	11447
Lars Harms [SSW].....	11448
Wolfgang Kubicki [FDP].....	11450
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	11451
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	11453
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN], zur Geschäftsordnung.....	11454

Beschluss: Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4925.....	11454
---	-------

#### Reden zu Protokoll

<b>Integrationsgesetz des Bundes um- setzen: „3-plus-2-Regelung“ für Ausbildungsverhältnisse muss auch in der Praxis angewendet werden ..</b>	11455
---	-------

Antrag der Fraktionen von SPD,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/4853

Bericht und Beschlussempfehlung  
des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4930

Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	11455
Angelika Beer [PIRATEN].....	11455
Lars Harms [SSW].....	11456
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	11456

\* \* \* \*

#### Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-  
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-  
bildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-  
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des  
Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-  
angelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-  
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-  
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:04 Uhr**

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Ich teile Ihnen zunächst mit, dass die Kollegin Heike Franzen und der Kollege Jürgen Weber weiter erkrankt sind. Wir wünschen beiden von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Ich darf Ihnen weiterhin mitteilen, dass Ministerpräsident Albig und Minister Habeck am Nachmittag wegen dienstlicher Verpflichtungen - nämlich der Bundesratssitzung - von dieser Sitzung entschuldigt sind. Weiter darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Kollegin Birte Pauls nach § 47 Absatz 2 der Geschäftsordnung mitgeteilt hat, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert ist. Die Abgeordneten Uli König und Peter Sönnichsen haben entsprechend mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme der heutigen Nachmittagssitzung verhindert sind.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, möchte ich Sie bitten, gemeinsam mit mir Schülerinnen und Schüler der Comenius-Schule Quickborn hier in Kiel zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 21 auf:

**Gemeinsame Beratung**

- a) **Regierungserklärung „Digitalisierungsstrategie des Landes Schleswig-Holstein“**
- b) **Rechtssicherheit für Anbieter freier WLAN-Internetzugänge schaffen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/4825

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich erteile zunächst dem Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern haben wir im Zusammenhang mit dem Landeshaushalt 2017 über Landesentwicklung gesprochen. Ich habe ausgeführt, dass die Digitalisierung und all das, was mit der **Digitalisierung** in unserem Land zusammenhängt, im Rahmen der **Landesentwicklungsstrategie** eine der zentralen von uns verfolgten Leitlinien ist. Weil uns zutiefst bewusst ist, dass die digitale Transformation wahrscheinlich der entscheidende gesellschaftlich treibende Faktor ist, haben wir vor langer Zeit die Entwicklung einer Digitalen Agenda für Schleswig-Holstein auf den Weg gebracht. Es geht um eine Digitale Agenda, mit der wir beschreiben wollen, wo die Herausforderungen und Chancen für Schleswig-Holstein in dieser digitalen Transformation liegen.

Wenn wir miteinander ein Gefühl dafür entwickeln wollen, was digitale Transformation bedeutet, sind zwei Zahlen sehr eindringlich. Im Jahr 2020 werden im Monat ungefähr 164 EB Daten online gestellt sein. Ein Exabyte entspricht einer Trillion Byte. Schon ein Exabyte vermag das Zigfache aller gedruckten Bücher seit Gutenberg zu beinhalten. Die 160-fache Summe dessen wird im Jahre 2020 online gestellt sein. 50 Milliarden Endgeräte werden bei den Nutzern sein.

Wenn wir also schauen, wo der zentrale Unterschied der **digitalen Transformation** im Vergleich mit der industriellen Revolution liegt, so stellen wir fest, dass die industrielle Revolution ein Wandel gewesen ist, der von außen auf die Menschen einwirkte und ihren Arbeitsalltag veränderte, während die digitale Transformation im Kern von uns selbst nach außen getragen wird. Wir als Gesellschaft sind es im Kern, die diese 160 EB Daten weltweit online stellen. Damit begeben wir uns unauflösbar in ein virtuelles Netz, auf das der Staat und die Gesellschaft in Bezug auf alle Lebensumstände reagieren müssen - eben auch in Schleswig-Holstein.

Wenn Sie ein Gefühl dafür bekommen wollen, was das für ein Land wie Schleswig-Holstein bedeutet, dann gehen Sie auf die NORLA und schauen sich an, wie künftig Milchwirtschaft betrieben wird. Der Entwicklungsstand der dort ausgestellten Melkroboter lässt sich über das Anbinden an die Cloud und andere digitale Möglichkeiten weiterdenken. Es wird dann Zehntausende Stückeinheiten Kuh in riesigen Ställen und Einheiten geben - durchaus zum Wohl der Tiere, das ist gar nicht ausgeschlossen -, wo ohne jeden Menschen in einer absolut industria-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

lisierten Form **Landwirtschaft** betrieben werden kann, weil sie digitalisiert gesteuert wird.

Die Frage ist: Was heißt es für ein Land wie Schleswig-Holstein, das von einer familiären, eher kleinbäuerlichen landwirtschaftlichen Struktur geprägt ist, wenn die einzige Art und Weise, auf die Milchpreiskrise zu reagieren, sein könnte, dass wir Tausende oder Zehntausende Stück Vieheinheiten auf einem Hof halten? Wir können das inzwischen, wenn dahinter viel Kapital steht und eine Kapitalgesellschaftsstruktur errichtet wird. Das ist eben nicht mehr die bäuerliche Familienstruktur, sondern ein Unternehmen, das in der Lage ist, sich solche großindustriellen Einheiten zu leisten.

Wenn Sie mit Herrn Schwarz, dem Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig-Holstein, über seinen Hof gehen, wenn Sie dort sehen, wie heute der Schweinestall organisiert ist, wenn Sie sehen, wie sein Trecker das Feld mit GPS bestellt, dann erleben Sie, dass digitale Transformation tief in den Furchen dieser Landwirtschaft angekommen ist.

Wenn Sie bei SLM Solutions in Lübeck sind, erfahren Sie, dass der 3D-Druck die Arbeitswelt mittels der Art und Weise, wie Werkstücke hergestellt werden, dramatisch verändert. Wie geht **Industrieproduktion** heute? - Da ist die entscheidende Zahl 1.000 €/kg. Ab 1.000 €/kg Werkstück sind die Maschinen von SLM am Markt wettbewerbsfähig, weil ihre Qualität besser ist als all das, was jemals durch Menschen in anderen Fertigungswelten hergestellt werden konnte. Sie können diese Maschinen an jeder Stelle der Welt einsetzen, Sie müssen nur die Daten und ein Pulver dorthin bringen. Dieses Pulver fertigt Ihnen in kürzester Zeit hochkomplexe Vergaserteile für Formel-1-Fahrzeuge. Da erreichen Sie nämlich diese 1.000 €/kg.

Wenn Sie eine Vorstellung davon haben wollen, wie digitale Transformation unser Land verändert, dann gehen Sie nach Heikendorf und schauen bei FLS, wie deren Algorithmen in der Lage sind, **Transportrouten** in unserem Land zu steuern. Wenn wir in Zukunft über autonomes Fahren in Dithmarschen nachdenken, können wir öffentlichen oder privat-öffentlichen Nahverkehr komplett anders abbilden, als wir es bisher gewohnt waren. Das sind dann keine Nahverkehrsunternehmen mehr, die wir kommunal betreiben, sondern wir privatisieren oder individualisieren durch die zugrunde gelegte digitale Struktur, die wir haben und anwenden können, die Art und Weise, wie wir uns bewegen.

Wird das besser oder schlechter für uns?

Wenn Sie eine Vorstellung haben wollen, wie denn **Einzelhandel** in Schleswig-Holstein in fünf oder zehn Jahren aussehen wird, besuchen Sie - wie wir es getan haben - in Hangzhou Alibaba. Dann sehen Sie, wie heute Zentralchina und die Ostküste ausschließlich durch mobile-phone-gesteuerte Applikationen miteinander verwoben werden - vom Produzenten zum Konsumenten in komplett neuen Wertschöpfungsketten.

Was bedeutet das für den Standort Schleswig-Holstein, für die Art und Weise, wie wir Güter erzeugen und wie wir die Güter zu den Verwendern und Nutzern bringen?

Wenn Sie eine Vorstellung davon haben wollen, was es bedeutet, ein Land zu sein, was **erneuerbare Energien** erzeugt, dann fahren Sie - wie wir es gerade getan haben, mein Chef der Staatskanzlei mit einer großen Wirtschaftsdelegation - ins Silicon Valley und unterhalten sich mit Google über Googles Ziel, das erste Unternehmen zu sein, das seinen kompletten Energiebedarf green abbildet. Es schaut natürlich - ebenso wie Apple es für Jütland getan hat - mit großem Interesse auf Schleswig-Holstein - wir freuen uns, dass die Kontakte nicht nur geknüpft, sondern jetzt auch ausgebaut werden -: Ist Schleswig-Holstein für das, was wir als Energie verbrauchen - sie verbrauchen viel Energie für die Produktion, für die Server, die sie haben - der richtige Ort, um Strom, den Google braucht, zu erzeugen?

An einigen dieser Stellen ist nicht mehr klar: Ist das gut, oder ist das schlecht? Was macht das mit uns als Arbeitnehmer, wenn ich in der Industriefertigung nicht mehr gebraucht werde? Was macht das mit mir als Pflegekraft in einem Krankenhaus, wenn künftig Pflegeroboter meine Arbeit übernehmen? Was macht das mit mir als Busfahrer, aber auch als Landwirt, was macht das mit mir aber auch als Mensch, der neue Zugänge zur Information und zu Dienstleistungen und Ähnlichem hat?

Wir haben uns deshalb im Sommer 2015 auf den Weg gemacht, in Schleswig-Holstein einen großen **zivilgesellschaftlichen Diskursprozess** zu der Frage aufzuziehen, wie eigentlich die Digitale Agenda unseres Landes aussieht. Wie wollen wir die aus dieser Transformation sich ergebenden Herausforderungen beantworten? Wo ist Staat gefordert, wo ist Zivilgesellschaft gefordert, wo ist Wirtschaft gefordert? Wie bringen wir das vernünftig miteinander in eine Plattform? Wer kann sich dort wie unterstützen und stärken?

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Im Mai 2015 haben wir unter Begleitung und Schirmherrschaft von Gesche Joost den Prozess gestartet. Mittlerweile sind 40 Workshops in den Ministerien mit über 400 Expertinnen und Experten und über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt worden. Dabei ist das erarbeitet worden, was wir Nikolaus dann im Kabinett als Digitale Agenda im Entwurf beschlossen haben. Das war ein langer intensiver Diskussionsprozess, an dem sich ganz viele im Land beteiligt haben. Wir sind sehr dankbar, dass all die Start-up-Einrichtungen, die Start-up Hubs, die wir haben, all die digitalen Center, die wir haben, sich an die Seite der Landesregierung gestellt und gesagt haben: Endlich ist da jemand, der sich um diese Herausforderungen bemüht, der sich an unsere Seite stellt, und der mit uns die Diskussion darüber beginnt, wie eigentlich diese digitale Zukunft für Schleswig-Holstein aussieht.

(Christopher Vogt [FDP]: An die Seite der Landesregierung gestellt?)

- Na ja, wir haben sie eingeladen, und sie stehen an unserer Seite und diskutieren mit uns! Das ist ein An-der-Seite-Stehen und ein Diskursprozess, wie man ihn sich vorstellt. Sie waren herzlich eingeladen. Ich weiß nicht, ob Sie an einem dieser Workshops teilgenommen haben, aber ich habe ja gesehen, dass mittlerweile auch die FDP ein Konzept vorgelegt hat, über das wir uns hier schon einmal ausgetauscht haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich war zwar nicht eingeladen! - Zurufe Martin Habersaat [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

- Wenn Sie sich noch ein bisschen weiter austauschen wollen, nur zu!

Wir waren in diesem Prozess bemüht, als Kern herauszuarbeiten: Wie können wir **digitale Souveränität** in unserem Land über alle Facetten der Debatte sicherstellen? Wir haben eine Digitale Agenda entwickelt, die eine Vielzahl von Maßnahmen für diese digitale Transformation - Sie werden sie gelesen haben, es gibt sie ja im Netz veröffentlicht - in sieben großen Themenbereichen mit 85 einzelnen Unterpunkten beschreibt. Das sind ausschließlich solche, die von Landespolitik gestaltet werden können, immer aber auch im Abgleich und mit der Beschreibung: Wo ist Brüssel gefordert, wo ist Berlin gefordert, wo sind Kommunen und wo ist die Wirtschaft in diesem sehr umwälzenden Themenkomplex gefordert?

Unser Ziel ist es, die Chance zu ergreifen, die diese digitale Welt für unser Schleswig-Holstein bedeu-

tet. Wenn ich eine zentrale Antwort gebe, dann, dass geografische Randlagen - wenn es sie denn je gab - in einer Zeit der digitalen Transformation keine Rolle mehr spielen. All das, was ich eben beschrieben habe, rückt uns in die Mitte der Welt. Es gibt keine Randlagen mehr. Wir haben dieselben Chancen - wenn wir es denn gut machen - wie Hangzhou, das Silicon Valley, Bayern oder Berlin, wir müssen es nur tun.

Die **Rahmenbedingungen**, um die wir uns in der Agenda bemühen und zu ihnen verhalten, sind der Zugang zur digitalen Welt, das ist die Frage des digitalen Lernens, das ist die Frage der Infrastruktur, des Glasfaserausbaus, der Hardware. Dazu gehört die Frage des Ordnungsrahmens und nach innen gerichtet die Frage des digitalen Verwaltens: Wie sieht eigentlich digitale Verwaltung in einer digitalen Transformation aus?

Aber am Beginn steht: Um den Zugang zur digitalen Welt offen zu halten, brauchen wir **Medienkompetenz** und müssen **Teilhabe** sichern. Jeder von uns wird gesellschaftlich dazulernen müssen, nicht nur die jungen Leute, die in Vielem viel weiter sind als meine Generation. Alle werden neu lernen müssen. Es geht eben nicht nur darum, den Browser zu öffnen, sondern darum, sich seiner selbst bewusst, aber auch der Informationen, die über einen kommen, bewusst, mit dieser Informationsflut, diesen 160 EB umzugehen. Es geht darum, sie einordnen und bewerten zu können. Das ist ein Prozess, den man lernen muss.

Wenn wir heute sehen, wie diese **Fake-News-Debatte** über uns kommt, dann hat das viel damit zu tun, dass wir das **Einordnen und Bewerten** vollkommen aus dem Blick verloren haben. Wir nehmen es als gegeben und als richtig hin, nur weil es aus einer anderen Welt und nicht aus einer der herkömmlichen Informationswelten kommt. Weil Facebook es uns sagt, ist es angeblich richtiger. - Das Gegenteil ist wahr.

Wir tun viel für **Medienkompetenz**, wir tun viel für das Lernen mit digitalen Medien in Schulen. Das haben wir gestern glücklicherweise im Haushalt auch mit 850.000 € unterlegt, worüber ich mich sehr gefreut habe.

Ich freue mich sehr, dass mein Bildungsministerium mit Schulstaatssekretär Dirk Loßack als Vorsitzendem der KMK-Arbeitsgruppe „Lernen in einer digitalen Welt“ auch in Deutschland dabei ist, entsprechende Standards zu setzen, die wir natürlich auch in Schleswig-Holstein zügig umsetzen werden.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Die **Vermittlung von Medienkompetenz** an unseren Schulen wird für uns verbindlich werden. Unsere Schülerinnen und Schüler werden über die Risiken im Netz aufgeklärt werden - stärker noch, als wir das heute tun. Wir alle erleben es zu Hause am Frühstückstisch, wie diese Welt auch das Verhalten junger Menschen verändert. Wir haben täglich acht Milliarden YouTube-Videos, die angeklickt werden - acht Milliarden Klicks täglich. In dieser Zeit liest du keine Zeitung, schaust du nicht fern und hörst auch kein Radio.

Auf den Wettbewerb „**Lernen mit digitalen Medien**“ des Bildungsministeriums haben sich zu unserer Freude etliche Schulen beworben. 20 Schulen haben wir in der ersten Runde ausgewählt. Wir sind in der Ausschreibung für die nächste Runde; es gibt weitere **Modellschulen**, die wir in dieses Projekt hineinbringen wollen. Das zeigt, wir sind auch hier gut gestartet. Die Lehrkräfte aus den Modellschulen - es sind bislang zehn an der Zahl - erhalten von uns Entlastung, um als Medienberater auch an anderen Schulen tätig zu werden und diese zu unterstützen. Für den digitalen Informationsaustausch zwischen Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern haben wir eine Plattform entwickelt, die wir natürlich kostenlos anbieten. 166 Schulen nutzen dies bereits.

„Digitales Lernen“ - das ist die Überschrift - geht an jedem Ort, zu jeder Zeit, auch bei „Land unter“ auf der Hallig Hooge.

An jedem Ort, zu jeder Zeit - das beschreibt, meine Damen und Herren, dass wir in Schleswig-Holstein **flächendeckend** ein **schnelles Netz** brauchen. Wir sind froh, dass wir besser dastehen als andere Länder, als die allermeisten anderen Länder in Deutschland.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Glasfaserkabel durchziehen mittlerweile unser Land wie Priele das Wattenmeer, meine Damen und Herren. Der **Breitbandausbau** kommt gut voran, und es wäre gut - bei jedem politischen Streit, den wir haben -, dass wir miteinander diese Botschaft nicht verwässern oder schwächen. Es mag ja sein, dass es besser sein könnte. Aber wenn wir werben - ich denke, das tun wir alle -, sollten wir in erster Linie beschreiben, wie gut wir sind. Dann dürfen Sie gerne noch ein Aber anfügen. Aber 25 % der Haushalte haben Zugang zu Glasfaser. In Deutschland sind es im Durchschnitt 3 oder 4 %. Wir müssen das doch positiv erzählen und sollten nicht sagen: Wäre es nicht besser, wir hätten 50 %?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind im Wettbewerb achtmal so gut wie der Durchschnitt. 75 % der Menschen haben eine Abdeckung von mehr als 50 Mbit. Das ist mehr als der deutsche Durchschnitt. Das ist gut.

Ich bin ja vollkommen schmerzfrei, wenn Sie sagen, das müssten 100 % sein, und zwar sofort. Aber wir stehen im Wettbewerb mit Ostwestfalen, wir stehen im Wettbewerb mit irgendeiner bayerischen Region, und da sind wir besser als die. Wir alle sind verdammt noch mal doch in der Pflicht, das auch zu erzählen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sind froh, meine Damen und Herren, dass wir schon 2013 eine **Breitbandstrategie** aufgestellt haben - 2013! Diese Strategie ist zukunftsweisend und in Deutschland einmalig gewesen, und sie hat die Vision der notwendigen digitalen Infrastruktur für unser Land entwickelt. Wir haben diese Strategie 2013 aufgestellt; wir haben sie 2016 evaluiert, und wir werden sie 2017 weiter in überarbeiteter Form beschließen und vorantreiben. Die Evaluation zeigt uns, dass unser Ziel ein erreichbares Ziel ist. Bis 2025 können wir eine Glasfaserversorgung von 90 % erreichen, bis 2030 100 %. Damit sind wir Vorreiter in Deutschland.

Wir wissen, dass es im **ländlichen Raum** immer Bereiche geben wird, wo es kein privatwirtschaftliches Interesse an einem solchen Ausbau gibt. Deswegen brauchen wir da ein **Landes-Backbone-Konzept**. Das heißt für uns: bis 2020 Glasfaser an allen Schulen - auch hier kommen die Schulen wieder ins Spiel -, damit die Kommunen genau von dort aus weiter ausbauen können. Für dieses Backbone-Konzept haben wir gerade eine Machbarkeitsstudie vergeben.

Wir wissen, meine Damen und Herren, Glasfaser im ländlichen Raum ist die Chance, den ländlichen Raum komplett neu zu denken, ihn neu zu beleben, Fachkräfte dort anzusiedeln, jungen Menschen neue Perspektiven zum Bleiben oder zur Rückkehr dorthin aufzuzeigen. Das ist eine technologische Entwicklung, die für die kleinen, die schnellen Unternehmen in unserem Land die Entwicklungsmöglichkeit gibt: Du musst dich nicht mehr in den Metropolen ansiedeln; du musst nicht mehr da sein, wo es irgendeine herkömmliche 1.0-Infrastruktur gibt. Es reicht, wenn du hier in Schleswig-Holstein gute Straßen und gute digitale Netze hast, dann kannst du überall erfolgreich wirtschaften.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Entwicklungslinie zeigen wir auf.

Gleichzeitig erweitern wir die strategische Planung auf **öffentliches WLAN** und setzen dabei, wie ich meine, vorbildlich, auf die Einführung der fünften Mobilfunkgeneration und nicht auf diejenige der Vergangenheit. Wir werden für WLAN ein Konzept erarbeiten, um die Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand aufzuzeigen. Bislang - das wissen wir - ist die **Störerhaftung** immer ein Hemmschuh gewesen. Wir sind uns übergreifend einig: Das muss weg; das ist nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir haben nicht nur Breitband, meine Damen und Herren, sondern es ist positiv zu sehen, wie unsere Unternehmen dies auch nutzen. Sie wissen, in einem unlängst erschienenen deutschlandweiten Ranking von Vodafone landen unsere KMU auf dem dritten Platz in Bezug auf die Nutzung. Das ist gut so.

Wir freuen uns auch, dass sich in Norddeutschland still und leise eine lebendige, eine sehr lebendige Gründerszene in diesem Bereich entwickelt hat. Flensburg ist zu einem Hotspot für Start-ups geworden, und dies findet unsere Unterstützung. Der neueste Prognos-Zukunftsatlas zeigt: Bei den Gründungen in der IT-Branche nimmt die Fördestadt bundesweit einen Spitzenplatz unter den Top 20 ein. Da oben wollen wir bleiben und uns weiterentwickeln.

Dazu gehört auch, dass wir bei den Kosten des **Breitbandausbaus** für Schleswig-Holstein ungefähr 1,4 Milliarden € an der Stelle einsetzen, wo noch immer die meisten Kosten anfallen, und das ist natürlich ärgerlicherweise in der alten Welt, nämlich da, wo wir buddeln. 70 % dieser Kosten sind **Tiefbaukosten**, und wir haben mit dem Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze jetzt ein gutes Instrument an der Hand, das wir mit dem Kompetenzzentrum Breitband Schleswig-Holstein gemeinsam in ein Konzept und in eine Arbeitsplattform umwandeln wollen, die uns hilft, diese Kosten, soweit es geht, zu senken.

Wir wollen die Wirtschaft auch bei der Fortschreibung der Digitalisierung fördern, natürlich nicht, indem wir vorschreiben, wie es geht - wie könnten wir auch! -, sondern indem wir gerade unsere kleinen und mittelständischen Betriebe dabei unterstüt-

zen, Kompetenznetzwerke zu gründen, digitale Musterfabriken oder eine engere Zusammenarbeit bei dem Thema IT-Sicherheit.

Digitalisierung ist für uns einer der Kernbereiche im Bündnis für Industrie Schleswig-Holstein, in dem wir mit den Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden und den Kammern zusammenarbeiten. Gemeinsam müssen wir auch arbeiten, wenn wir uns den digitalen Ordnungsrahmen geben und über ihn diskutieren. Denn wenn wir über digitale Souveränität reden, dann brauchen wir immer auch einen solchen Ordnungsrahmen für das digitale Zeitalter. Dieser muss flexibel sein, aber er muss Grundsätze haben. Er muss den Mut haben, die richtigen Fragen zu stellen, und er muss immer in der Lage sein, auf die rasanten Veränderungen zu reagieren. Denn das ist ziemlich sicher: Das, was wir jetzt gerade noch für gegeben halten, wird in einem halben Jahr schon vollkommen überholt sein. Es gibt keine andere Entwicklung in der Welt, die von einer so hohen **Veränderungsgeschwindigkeit** geprägt ist. Von der Einführung des Fernsehens bis zum 50-millionsten Nutzer dauerte es 70 Jahre. Von der Einführung von Pokémon bis zum 50-millionsten Nutzer dauerte es drei Tage. 70 Jahre zu drei Tagen - das zeigt: Wir sind in einer dramatischen Geschwindigkeit und Penetration von in eine veränderte ökonomische und gesellschaftliche Welt unterwegs.

Wir müssen für unser zukünftiges Miteinander grundsätzliche Dinge klären. Was machen wir mit unseren **Daten**? Wo bin ich als **Persönlichkeit** eigentlich überall online? Diese Daten sind die wertvollste und damit für Missbrauch anfälligste Währung dieser Zeit. Wir können froh und dankbar sein, dass wir mit dem Unabhängigen Landesdatenschutzzentrum eine Einrichtung im Land haben, die wahrlich ein europaweites Kompetenzzentrum ist, das höchste Anerkennung erfährt. Wir nutzen dies, um in die Debatte nicht nur Duftmarken, sondern auch Wegmarken zu setzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Der Datenschutz „Made in Schleswig-Holstein“ ist ein Qualitätslabel für unser Land, ist ein Gütezeichen. Wenn wir gemeinsam darüber nachdenken, wie wir denn mit Hate Speech umgehen, wie wir mit Fake News umgehen, wie wir mit Echoräumen in den sozialen Medien umgehen, dann beginnt die Debatte an dieser Stelle. Gerade dort müssen wir uns über guten, fairen, vielfältigen und demokratischen Meinungsaustausch austauschen. Das ist, meine Damen und Herren, unser gemeinsamer poli-



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

tischer Auftrag; denn Medienpolitik und Schutzgüter wie Meinungsvielfalt sind und bleiben Ländersache. Das heißt, es ist unsere zentrale Aufgabe, das, was wir gelernt haben und was wir auch gut angewandt haben in einer alten Medienwelt, jetzt in diese neue Welt zu transferieren. Schleswig-Holstein hat seit langer Zeit einen exzellenten Ruf dabei. Wir sind auch weiterhin federführend in der Diskussion um diese Prozesse, wenn es darum geht, Medienrecht zu entwickeln und voranzutreiben.

Es ist keine leichte Aufgabe, auch in der Vernetzung und Verwebung mit der europäischen Ebene Antworten zu geben. Ist Facebook Anbieter, oder ist es nur ein Transmissionspunkt? Ist Google eigene Medienquelle oder nur eine Sammelstelle? Was bedeutet das für die digitale Medienwelt der Zukunft? Wie müssen wir regulieren? Müssen wir regulieren? Wenn wir regulieren müssen, wie machen wir das? Wie kommen wir an diese Player heran? Wie öffne ich diese Welten?

Für die Landesregierung kann ich sagen: Wir bereiten uns vor, auch auf das, was wir gerade in den letzten Wochen intensiv gesehen haben, die Angriffe auf uns selber, die **Hackerangriffe**. Wir bauen eigene Kompetenzen auf und aus. Dabei ist Dataport unser zentraler digitaler Hafen für den Datenumschlag. Wir wollen mit **Datenschutz und Sicherheit** für die digitale Souveränität des Landes eintreten. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen in unserem Land sicher sein können: Ihre Daten sind nicht gefährdet, wenn sie mit Verwaltung zu tun haben. Sie sollen sich sicher sein, in jedem Fall sicherer, als wenn sich die Daten bei Google, Facebook oder in irgendeiner Cloud befinden.

Die **Verwaltung** selbst wollen wir ins **digitale Zeitalter** führen. Damit komme ich zu dem Teil, der die Landesverwaltung direkt berührt, wo wir selber gestalten können.

Meine Damen und Herren, wir sind gut aus den Startlöchern gekommen. Wir arbeiten auf allen Ebenen an digitalen Lösungskompetenzen für staatliches Handeln. Wir wollen staatliches Handeln digital organisieren. Entsprechend ambitioniert ist unsere eigene E-Government-Strategie. 2017 investieren wir zusätzlich 15 Millionen € in die Landes-IT. Ziel ist, langfristig Papier, Aufwand und Bürokratie zu sparen.

Die elektronische Akte wird verbindlich. Für Bürgerinnen und Bürger richten wir ein Service-Konto ein, mit dem sie auf alle digitalen Verwaltungsdienste zugreifen können. Das Wirtschaftsministerium

informiert in Echtzeit online über Staus und Baustellen im Land. Innenministerium und Landesvermessungsamt tragen alle Geo-Daten des Landes zusammen, damit Rettungsdienste oder Wissenschaft sie nutzen können. Im Umweltministerium werden Umweltdaten als Teil unseres Open-Data-Konzepts veröffentlicht. Jeder kann sich informieren: Wie hoch ist die Belastung in meinem Badeseesee?

Wir sind bundesweit führend bei dem Projekt E-Justiz. Digitale Akten und Zugangskanäle sind weitgehend Standard in der Landesjustiz. Ende des Jahres werden wir das erste deutsche Land sein, in dem sämtliche Grundbuchangelegenheiten digital geregelt werden.

Sie sehen: E-Government ist nicht nur eine Behauptung, sondern wird in meiner Regierung ernst genommen. Wir wollen elektronische Akten, wir wollen digitale Bürgerkonten, wir wollen direkte Bürgerbeteiligung. Viele weitere strategische Themen sind identifiziert: Der Kanon reicht von Telemedizin über Precision Farming bis zur digitalen Archivierung.

Aber - so viel ist selbstkritisch doch zu sagen - wir wissen auch, dass wir bei manchen Daten, bevor wir über **Big Data** reden, uns noch mit **Small Data** beschäftigen müssen. Immer noch können wir nicht mit einem Klick herausfinden, wie viele Schülerinnen und Schüler exakt an unseren Schulen lernen. Das hat nicht nur meine Vorgänger geärgert, das ärgert auch mich; aber wir werden dies lösen.

Wir haben bei **KoPers** gesehen - ich habe es gestern angesprochen -, dass wir auch schwere Probleme in den Griff kriegen. Wir sind mit dem Projekt KoPers erstmals im Plan. Wir haben das Projekt komplett vom Kopf auf die Füße gestellt. 80 % aller Personalfälle werden über KoPers abgerechnet. Die letzten 20 %, die Tarifbeschäftigten, werden 2017 folgen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, sowohl unsere strategische Aufstellung in den letzten zwei Jahren als auch das, was wir im Haushalt unterlegen, zeigen, dass Digitalisierung keine Floskel ist. Für 2017 haben wir gestern beschlossen, 161,3 Millionen €, also 26 Millionen € mehr als 2016, für den Bereich Digitalisierung einzusetzen. Das passt zu der Agenda, es passt dazu, dass wir schon lange auf den Digitalisierungsexpress aufgesprungen sind.

Unsere **Hochschulen** sind in den Bereichen von Online-Lernangeboten, IT-Entwicklung, Mediende-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

sign und Medienwissenschaften bundesweit führend. Unlängst wurde bekannt gegeben, dass on-campus der FH Lübeck für ihr Onlineprojekt für Flüchtlinge ausgezeichnet wurde.

Alle **digitalen Akteure** im Land sind gut vernetzt. Es ist kein Problem, Zugang zu diesen **Netzwerken** zu bekommen. Es freut uns, dass das Netzwerk mit uns gemeinsam arbeitet, wie wir es in den Bar-camps in Kiel, Flensburg, Lübeck und in St. Peter erleben, als wir dort in den letzten eineinhalb Jahren unsere Agenda vorgestellt und zur Diskussion gestellt haben.

Die digitale Szene sprudelt vor Ideen, die uns gesellschaftlich helfen können. Es waren Freifunk-Aktivisten, die in Flüchtlingseinrichtungen freies WLAN aufgebaut haben, wofür ich von Herzen dankbar bin.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Eine Kieler Agentur hat die App „Moin Refugees“ programmiert und kostenlos zur Verfügung gestellt, ein großartiges Tool, in dem sich freiwillige Helferinnen und Helfer organisieren konnten. Es war ein schleswig-holsteinisches Ehrenamts-Portal „ich-helfe.sh“, in dem Crowdfunding betrieben werden konnte.

Wir sehen, es gibt viele positive Beispiele im Bereich der digitalen Transformation, aber - so habe ich deutlich gemacht - auch viele Herausforderungen. Wir haben die Agenda aufgesetzt für diesen gesellschaftlichen Diskurs, für diese Debatte, die wir miteinander führen wollen. Ziel unserer Politik ist, diese Potenziale im Sinne unseres Landes zu nutzen - nicht die Risiken aus dem Blick zu verlieren, aber auch nicht aus Angst vor den Risiken die Chancen für unser Land liegen zu lassen. Wir wollen beides tun: Herausforderungen angehen und Chancen nutzen für die bestmögliche digitale Zukunft der Menschen in unserem Land. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Rainer Wiegard [CDU]: Und wo war jetzt die Strategie?)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren, ich teile zunächst mit, dass der Ministerpräsident die vereinbarte Redezeit um 8 Minuten überschritten hat, sodass Sie jetzt alle 28 Minuten Zeit haben, Ihre Gedanken auszuführen. -

Ich erteile zunächst dem Kollegen Sven Krumbeck das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Zu einer Regierungserklärung? - Unruhe)

- Herr Kollege Arp, ich bitte Sie, ja. Es ist jetzt auch nicht Ihre Fraktion, sondern die Fraktion der PIRATEN, und die klärt jetzt bitte untereinander, wer sprechen möchte.

(Zurufe)

- Dann hat jetzt der Kollege Dr. Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

(Zuruf: Auf den Ministerpräsidenten reagiert normalerweise der Oppositionsführer! - Anhaltende Unruhe)

- Gut, danke. Dann lag der Fehler bei mir. Ich hatte hier eine andere Redeliste und habe die Diskussion in der Piratenfraktion so gedeutet, als seien sie sich nicht einig, wer reden möchte. - Entschuldigung, Herr Günther. Alles klar, ich bin jetzt im Film. Das Wort hat selbstverständlich der Kollege Daniel Günther von der CDU-Fraktion, sorry.

**Daniel Günther [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich vor zwei Wochen die Anmeldung des Herrn Ministerpräsidenten für eine Regierungserklärung auf den Schreibtisch bekam, bin ich - offen gestanden - etwas flüchtig mit dem Dokument umgegangen, habe es schnell weggehftet und gedacht: Es ist doch vollkommen logisch, die **Regierungserklärung**, die Sie anmelden, kann ja nur um das Thema Windkraft gehen. Denn das ist ja das Thema, bei dem es aktuell Handlungen der Regierung gibt. Es ist ja eine Selbstverständlichkeit, dass der Ministerpräsident als Allererstes das Parlament darüber informiert, was die Regierung in diesem wichtigen Bereich plant.

(Beifall CDU und FDP)

Nach drei Tagen habe ich noch einmal genauer hingeguckt und festgestellt: Es geht gar nicht um Windkraft.

(Zurufe)

Über dieses Thema will die Landesregierung im Parlament möglichst nicht reden, weil es hier um konkretes Regierungshandeln geht. Natürlich ist es auch dieses Mal wieder eine Regierungserklärung zu einem Thema, bei dem es überhaupt keinen konkreten Grund dafür gibt, dass die Regierung hierüber spricht. Hier kann man schön im Allgemeinen

**(Daniel Günther)**

bleiben, schön im Schwadronieren über das, was in der Zukunft mal sein wird. Genau das ist aber nicht die Aufgabe einer Regierungserklärung; deswegen war es eine falsche Prioritätensetzung. Aber das machen Sie ja immer gern.

(Beifall CDU)

**Digitale Agenda**, vorgestern Landesentwicklungsstrategie. Alles immer im Nebulösen, in Ankündigungen. Wir wissen ja auch, was dahintersteckt, dass die Regierung regelmäßig - -

(Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich wollte Ihnen die Möglichkeit geben, Ihren Satz zu Ende zu sprechen, um Sie dann zu fragen, ob Sie eine Bemerkung des Kollegen Matthiessen gestatten.

**Daniel Günther [CDU]:**

Die lasse ich gern zu.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das tun Sie, dann hat jetzt Herr Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Kollege Günther, habe ich Sie da eben richtig verstanden: Sie haben auf Ihren Schreibtisch eine Mitteilung über eine Regierungserklärung bekommen und lesen sie dann so, dass Sie aus einer Regierungserklärung zur Digitalisierungsstrategie Windkraft lesen? - Gucken Sie da eigentlich rein, was da bei Ihnen auf - -

(Zuruf CDU)

- Ja, natürlich hat er das eben behauptet. Also, unglaublich!

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Kollege Matthiessen, ich habe in der Tat gesehen, dass eine Regierungserklärung angemeldet ist. Da wir ja wussten, dass diese Pläne von der Regierung nach dreijähriger Vorbereitungszeit, nachdem wir hier im Parlament miteinander ein Landesplanungsgesetz beschlossen haben, vorgestellt werden sollen, war es für mich völlig logisch, dass in der darauffolgenden Landtagstagung der Ministerpräsident natürlich das macht, was der Respekt gegenüber dem Parlament gebietet, nämlich dieses Parla-

ment und die Öffentlichkeit über so weitreichende Pläne zu informieren. Das hätte hier ins Parlament gehört.

(Beifall CDU und FDP)

Aber nein, wie in den letzten Sitzungswochen klauen Sie als Regierung uns wertvolle Zeit, indem Sie eine Regierungserklärung nach der anderen zu Themen abgeben, die überhaupt keine aktuelle Bewandnis haben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also, im Moment klauen Sie uns die Zeit! - Weitere Zurufe)

Wir wissen ja, was Sie damit bezwecken. Sie wollen den Menschen die Geschichte erzählen, Sie hätten noch nicht das umsetzen können, was Sie bisher umsetzen wollten, und deshalb brauchten Sie die Chance, dafür eine Verlängerung von fünf Jahren zu bekommen.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

Das ist aber ein bisschen wenig. Es ist vielleicht möglich, wenn man sagt: Wir haben erst die Hälfte von dem erreicht, und wir brauchen noch ein bisschen mehr Zeit, deswegen werben wir um das Vertrauen für die nächste Wahlperiode. - Aber sich hinzustellen und zu sagen: „Wir haben bei dem Thema noch überhaupt nicht angefangen und bitten um eine Verlängerung“, das ginge im Fußball im Übrigen auch nicht.

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Da geht man in die Verlängerung, wenn es zwei zu zwei steht. Aber in der 89. Minute bei einem Stand von null zu fünf zum Schiedsrichter zu gehen und zu sagen: „Mensch, ich habe noch ein paar Ideen, können wir nicht in die Verlängerung gehen?“, ist im Fußball auch nicht möglich.

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wäre sicherlich am Anfang dieser Legislaturperiode in Ordnung gewesen. Keine der Mindestanforderungen, die die FDP in ihrem Antrag in der letzten Sitzungswoche - vor einem Monat haben wir schon einmal über das Thema Digitale Agenda gesprochen - aufgestellt hat, wird doch durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in irgendeiner Art und Weise erfüllt. Das war doch keine Digitale Agenda, die Sie hier vorgetragen haben. Sicherlich war beeindruckend, wie Sie hier geschildert haben, was das Thema **Digitalisierung** für uns alle bedeutet. Aber das ist doch nicht die einzige Aufgabe eines

(Daniel Günther)

Ministerpräsidenten, den Menschen zu erklären, was das sozusagen alles für die Welt bedeutet,

(Beifall CDU und FDP)

sondern wie das in Schleswig-Holstein umgesetzt wird. Dazu hätten wir gern etwas gehört. Sie hätten auch noch Redezeit gehabt. Sie hätten jetzt nicht nach 28 Minuten, nach der Zustandsbeschreibung, abbrechen müssen,

(Heiterkeit und Beifall CDU und FDP)

sondern wir hätten uns die Zeit genommen, uns auch noch den Rest der Rede anzuhören.

Mein Kollege Axel Bernstein hat in der letzten Tagung gesagt, dass es unfassbar sei, dass die Landesregierung im Jahr 2016 noch keine digitale Strategie habe. Als Sie den Punkt angemeldet haben, war es sicherlich sehr optimistisch zu glauben, dass Ihre Mitarbeiter in der kurzen Zeit die nicht vorhandene Strategie zusammenschreiben könnten. Aber das Internet ist doch keine Erfindung aus dem Jahr 2012. Die Herausforderungen, die mit der **digitalen Revolution** einhergehen, sind doch schon lange bekannt. Ihre gesamte Agenda ist geprägt von Formulierungen wie „wir werden“, wir müssen“, „wir wollen“, „wir prüfen“. Ich nenne Ihnen nur vier Beispiele: Wir wollen das gesamte Potenzial unserer Köpfe im Land nutzen. Wir möchten, dass die Bevölkerung aktiv die Zukunft mitgestaltet.

(Rainer Wiegard [CDU]: Die stehen alle an unserer Seite!)

Die Landesregierung wird ein WLAN-Ausbaukonzept erstellen und umsetzen. Wir prüfen neue Aufgaben für das Breitbandkompetenzzentrum.

(Zurufe CDU: Wow!)

Wer hat Sie eigentlich in den letzten viereinhalb Jahren davon abgehalten, das einfach umzusetzen, was Sie am Ende der Legislaturperiode ankündigen?

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Frau Präsidentin, es ist sicherlich jetzt gewagt, wenn ich eines tue, was der Ministerpräsident uns ausdrücklich auferlegt hat. Er hat uns zum Thema **Breitbandausbau** dazu verpflichtet, in das Loblied einzustimmen, das er hier vorgetragen hat. Ich will das nicht machen. Ich will sagen, dass ich mich diesem Loblied nicht so ohne Weiteres anschließe, denn die einzige Amtshandlung, die mir vonseiten der Landesregierung beim Thema Breitbandausbau bekannt ist, ist, dass sie das **Ausbauziel** 2020 der

Vorgängerregierung auf 2030 verschoben hat. Das ist das Einzige, was Sie in dieser Wahlperiode beschlossen haben.

(Beifall CDU und FDP)

Das letzte mit Landesmitteln geförderte Projekt stammt auch aus der letzten Wahlperiode. Ich weiß das deswegen so genau, weil das meinen eigenen Wahlkreis betroffen hat, in dem es eine große Landesunterstützung gegeben hat: Hüttener Berge, Dänischer Wohld, Dänischenhagen. Aber die Förderprogramme des Landes, die Sie jetzt aufgelegt haben, helfen überhaupt nicht weiter. Johannes Callsen hat das mit einer Kleinen Anfrage untersucht: Was ist mit den 17 Millionen €, die Sie dort bereitgestellt haben? - Minimale Beträge sind abgefordert worden. Das liegt natürlich daran, dass sich die Hälfte dieser Förderprogramme auf ein Zinssubventionierungsprogramm bezieht.

(Heiterkeit CDU)

Ich brauche Ihnen als Finanzexperten nicht zu erläutern, warum niemand Mittel aus dem Programm abfordert.

Deswegen hätte an allererster Stelle, Herr Ministerpräsident, doch hier heute stehen müssen: Wir haben zwar in dem Bereich als Land nichts gemacht, aber wir stehen im Verhältnis noch ganz gut dar, weil unsere starken **Kommunen Breitbandverbände** gegründet haben, weil sie sich darum gekümmert haben, weil wir unsere Aufgaben nicht wahrgenommen haben.

(Beifall CDU, FDP und Uli König [PIRATEN])

Deswegen hilft es ihnen überhaupt nicht weiter, wenn Sie ihnen jetzt aufwendig erläutern, wie wichtig die Herausforderung der digitalen Revolution ist. Denn wie wollen Sie denn digitale Medizintechnik in den ländlichen Räumen nutzen, wenn Sie als Land nicht auch dafür sorgen, dass das koordiniert wird? Als Land haben wir auch die Aufgabe, dass wir gleiche Lebensverhältnisse schaffen. Deswegen haben wir schon das Problem: In einigen Teilen des Landes - weil Sie die Aufgabe als Land nicht wahrnehmen - gibt es eben auch Unterschiede, wie weit die Kommunen in vielen Bereichen dort sind. Aber wenn wir wirklich im **Gesundheitswesen** die **Chancen der Digitalisierung** nutzen wollen, was das Thema Landärztemangel angeht - dadurch, dass Diagnosen gestellt werden können, ohne dass Ärzte wirklich vor Ort sind -: Wie wollen Sie das denn machen, wenn Sie Regionen haben, wo überhaupt gar keine vernünftige Anbindung

(Daniel Günther)

über Breitband existiert? - Darum hätten Sie sich kümmern müssen, um dieses Land auch in den ländlichen Räumen strukturfähig zu machen,

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Sie haben dankenswerterweise das Thema **KoPers** angesprochen. Da sind wir in den Verantwortlichkeiten der Regierung selbst. Ich habe es eben so verstanden, dass Sie allen Ernstes loben wollten, wie weit Sie da gekommen seien. Das fand ich schon eine sehr gewagte Formulierung zu dem Thema. Ich will jetzt gar nicht sagen, andere Regierungen hätten nicht auch ihren Beitrag dazu geleistet,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben uns den Murks hinterlassen! - Zuruf: In der Tat!)

- ne -, aber in den fünf Jahren haben Sie doch überhaupt nichts in dem Bereich vorangebracht, Herr Kollege Stegner: gar nichts in dem Bereich vorangebracht - fünf Jahre lang! Fünf Jahre und nichts gemacht!

(Beifall CDU und FDP - Beate Raudies [SPD]: Hier funktioniert gar nichts, und 80 % sind ziemlich viel! Lars Winter [SPD]: Nicht nur draußen benebelt, hier drinnen scheint auch einiges vernebelt zu sein! - Zurufe Dr. Kai Dolgner [SPD] und Wolfgang Baasch [SPD] - Glocke Präsident)

- Ich rede die ganze Zeit auch über eigene Vorschläge!

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ganze Zeit nur eigene Vorschläge? - Das ist wahrscheinlich meine eigene Dummheit, dass ich die nicht finde!)

Wenn wir über dieses Thema reden, dann reden wir auch sehr gern über das Thema **E-Government** miteinander. Wir hatten in der letzten Wahlperiode ein E-Government-Gesetz verabschiedet, das von Ihrer Regierung nicht angewandt wird. Deswegen passiert in den Bereichen nichts.

(Beifall CDU und FDP)

Was wäre in diesem Land alles möglich, wenn wir eine bessere Vernetzung der Behörden hinbekämen?

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Was wäre möglich, wenn die ganzen Ankündigungen des Ministerpräsidenten in den letzten fünf Jahren einfach umgesetzt worden wären? Wo könnten wir heute stehen? Wie weit könnten wir die Digitalisierung in Schleswig-Holstein nutzen, wenn wir in den Verwaltungen des Landes endlich weiter vor-

ankämen? - Da haben Sie nichts gemacht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall CDU und FDP - Volker Dornquast [CDU]: Aber Weihnachtskarten schreiben!)

Herr Ministerpräsident, Sie reden über das Thema **Cybercrime**. Cybercrime ist aber kein neues Phänomen, sondern ein immer weiter wachsendes Phänomen. Wir hinken in den Bereichen zum Teil wirklich weit hinterher.

(Zuruf Rainer Wiegard [CDU])

Aber was tun Sie eigentlich, um uns davor besser zu schützen? Wo tun Sie etwas dafür, dass wir rechtlich bessere Möglichkeiten bekommen? Sie reden auch im Zusammenhang mit **Fake News** immer darüber, wie schlimm Sie das alles finden. Statt sich aber klar dazu zu bekennen, was Sie dagegen eigentlich machen wollen, müssten Sie auch einmal dafür sorgen, dass so etwas künftig strafbar wird. Das umschiffen Sie alles. Ich sage Ihnen ganz klar: Eine CDU-geführte Landesregierung wird in diesen Bereichen nicht nur Tacheles reden, sondern auch einmal handeln statt nur zu reden. Handeln wäre richtig gewesen, Herr Ministerpräsident!

(Beifall CDU)

Wo haben sie eigentlich konkret darüber gesprochen, wie wir das Thema **Digitalisierung in der Wirtschaft** für unsere Unternehmen, für unsere Betriebe, für unsere Arbeitsplätze nutzen können? Was macht die Landesregierung konkret? Sie loben einige Projekte, die aufgrund von Eigeninitiative gegründet wurden. Wie wäre es beispielsweise, wenn man einmal unsere regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften dazu nutzt, digitale Unternehmensgründungen möglich zu machen,

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Passiert doch!)

oder die Technologieförderung unseres Landes auf das Themenfeld Digitalisierung umzustellen? In diesen Bereichen hätten Sie tätig werden können. Auch das haben Sie in dieser Wahlperiode nicht gemacht.

(Beifall CDU - Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entweder sind Sie ahnungslos, oder Sie lügen! - Zuruf CDU: Jetzt reicht's!)

Ich weiß, dass Sie sich für das Backbone-Konzept an den Schulen loben. Herr Kollege Andresen, Sie haben gestern doch immer vom Faktencheck gesprochen.

(Daniel Günther)

(Vereinzelter Beifall SPD)

Genau das ist es, was wir im Moment gegenüber der Landesregierung machen. Wir überprüfen die Reden, die der Ministerpräsident gehalten hat, und vergleichen das mit dem, was er in den letzten fünf Jahren gemacht hat. Der **Faktencheck** fällt für Sie aber ganz schön schlecht aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da hätte viel mehr gemacht werden können.

(Beifall CDU und FDP)

Die Idee, die **Anbindung der Schulen** in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2020 zu schaffen, ist ja nicht schlecht. Ich frage Sie: Wie typisch ist es für diese Landesregierung, dass wir im September 2015 erfahren, dass dieses Konzept bis 2020 umgesetzt werden soll, und heute, 18 Monate später, gibt es die erste Amtshandlung in diesem Bereich, nämlich dass Sie eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben? Bei der Geschwindigkeit, mit der Sie Infrastrukturprojekte in diesem Land umsetzen, glaubt doch kein Mensch daran, dass diese Landesregierung bis 2020 auch nur irgendeine Schule in Schleswig-Holstein ans Netz angebunden haben wird.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP] - Zurufe SPD)

Deswegen sage ich Ihnen auch hinsichtlich des Themas Nutzung von Medien Folgendes: Dass bei der **Medienkompetenzförderung** mehr gemacht werden muss, ist etwas, bei dem wir in vielen Punkten gar nicht so weit auseinander sind. Deswegen setzen wir als CDU uns dafür ein, dass wir den gesamten Bereich Medienkompetenzförderung auch mit dem Unterricht Wirtschaft/Politik in den Schulen verbinden. Ich glaube, dass das ein Schlüssel dafür ist, wie man Medien nutzen kann, wie man Medien verantwortlich nutzen kann. Da spielt auch das Thema Fake News, das wir uns gestern miteinander besprochen haben, eine Rolle.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Wenn wir eine bessere Vernetzung haben und früher mit dem Politikunterricht anfangen, etwa in der 7. Klasse, und das mit dem Thema verbinden, wie man Medien nutzt, wäre das, um politische Mündigkeit herzustellen, ein sehr guter Ansatz, den wir gemeinsam miteinander verfolgen könnten.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen die Chancen der Digitalisierung nutzen. Dafür reicht es eben nicht aus, dieses Land fünf Jahre zu regieren und

am Ende der Wahlperiode eine Regierungserklärung vorzulegen mit dem Inhalt, was man demnächst machen will. Das reicht schlicht nicht aus.

(Beate Raudies [SPD]: Oh! Eine Tüte Mitleid!)

Deswegen sage ich Ihnen zu: Die nächste Landesregierung in Schleswig-Holstein wird es genau andersherum machen. Sie wird das Thema Digitalisierung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit für eine Wahlperiode stellen.

(Beifall CDU)

Da wird am Anfang einer Wahlperiode eine Regierungserklärung abgegeben, und danach wird gehandelt. Das wird die nächste Landesregierung machen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Diese Reihenfolge wird die Regierung einhalten. Dann können wir uns darüber unterhalten, was Sie daran zu meckern haben, was wir in der nächsten Wahlperiode umsetzen werden.

(Lang anhaltender Beifall CDU - Anhaltender Beifall FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD] geht zum Rednerpult)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Ich bitte Sie, Herr Kollege.

(Dr. Kai Dolgner [SPD] entfernt sich vom Rednerpult)

- Danke schön, Herr Kollege. - Die Irritation ist entstanden, weil die PIRATEN einen Antrag gestellt haben, der jetzt mitberaten wird. Es tut mir leid. Ich habe nicht so schnell umgeschaltet. Ich gehe davon aus, dass Sie alle einverstanden sind, wenn ich jetzt dem Kollegen Sven Krumbeck von der Piratenfraktion das Wort erteile.

**Sven Krumbeck [PIRATEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Sven Krumbeck ist sehr damit einverstanden. - Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Albig, das Ihre **Digitale Agenda** nach der langen Entwicklungsphase noch als **Beta-Version** veröffentlicht wird, brachte mich zum Schmunzeln. Jeder IT-Mensch kann Ihnen sagen, dass Dinge, die noch in der Beta-Phase sind, nicht im Produktivbetrieb eingesetzt werden sollten.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

(Sven Krumbeck)

Aber Releases in der Beta-Phase sind wir von dieser Landesregierung ja gewohnt.

In einigen Punkten sind Sie mit Ihrer Digitalen Agenda **Forderungen** gefolgt, die die **PIRATEN** schon seit Langem stellen. Ich war fast so weit zu sagen: Da hat die Landesregierung ja mal einen passablen Job gemacht und endlich angefangen, das Internet zu verstehen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Am Dienstag hast du das noch gesagt!)

- Dann kam ich zu Ihrem Kapitel über **E-Government** in der digitalen Welt. Das hatte ich damals vielleicht noch nicht gelesen.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Sie wollen Meinungsvielfalt und den Zugang zu freien Informationen sicherstellen. Darunter schreiben Sie etwas von **staatlicher Kontrolle**.

Vielleicht sollten Sie sich, wenn irgendwann einmal, vielleicht im Jahr 2040, **Medienkompetenz** an Schulen gelehrt wird, einmal in den Unterricht setzen und zuhören, wie das mit dem Internet so ist. Es ist schlichtweg nicht die Aufgabe einer Suchmaschine, die Relevanz von Informationen zu beurteilen. Das erfolgt durch Algorithmen. Wenn Sie in der lokalen Suche Ihres Rechners die drei Buchstaben „JPG“ eingeben, so finden Sie jedes JPG-Bild auf Ihrem Rechner und jedes Dokument, in dem diese Buchstabenkombination vorkommt. Das hilft Ihnen aber nicht weiter. Wenn Sie diese Buchstaben in eine Suchmaschine eingeben, finden Sie zuerst eine Information, was „JPG“ bedeuten könnte, in diesem Fall ein Bildformat. Dann finden Sie ein paar Bildvorschläge, welche Dateisymbole von diversen Programmen sind, dann ein paar Konverter. Was ist hilfreicher? - Sie entscheiden. Überall, wo Algorithmen im Spiel sind, sind Nichtmathematiker aus dem Spiel.

In der Digitalen Agenda sprechen Sie über **neue Spielregeln**, die sicherstellen, dass für das Netz und die Datenautobahnen gleiche Zugangsregeln für alle gelten. Dieser Punkt ist auf vielen Ebenen skurril. Herr Albig, vielleicht möchten Sie sich zu Wort melden und mir erklären, was der Unterschied zwischen einem Netz und einer Datenautobahn ist. - Der Rest dieses Punktes sagt auch eher nichts aus.

Des Weiteren erschließt sich mir der Punkt über die **Sicherung der staatlichen Souveränität** im Internetzeitalter nicht. Das Internet kennt keine Grenzen. Das ist das Gute daran.

(Beifall PIRATEN)

Es ist unerheblich, ob sie aus Kiel, New York oder Hum, einer Stadt mit 20 Einwohnern in Kroatien, stammen. Im Internet gibt es ein Sprichwort:

„On the Internet, nobody knows you are a dog.“

An diesem Punkt kommt von vielen Politikern immer der Vorschlag, das Netz dürfe kein rechtsfreier Raum sein. Auch Sie haben das in Ihrer Rede gesagt. Das ist es nicht. Es gelten die Gesetze der analogen Welt, auch im Internet.

(Beifall PIRATEN)

Eine Beleidigung ist eine Beleidigung, auch im Internet. Viele der Straftaten können durch einfache Aufklärung der Nutzer behoben werden.

Niemand würde auf einen Brief antworten, indem ein Blanko-Überweisungsträger mit der Bitte um Kontonummer und Unterschrift mitgesendet wird. Im Internet ist Phishing ein großes Problem, denn in einer E-Mail klickt man einfach auf den Link oder öffnet den Anhang, zuletzt geschehen bei der Polizei in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wir wissen aber auch, dass Kameras Kriminalität nicht verhindern, sondern nur an einen anderen Ort verlagern. Genauso ist es im Internet.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Es ist mehr als einfach, einen verschlüsselten Datentunnel in ein anderes Land aufzubauen und so die Überwachungsmaßnahmen zu überwinden. Dauer der Aktion: circa 15 Minuten. Dann ist es vorbei mit der staatlichen Souveränität - nach 15 Minuten!

Ich sage es einfach mal deutlich: Das Internet flächendeckend und allumfassend zu überwachen, verhindert erstens keine Kriminalität, und zweitens käme es einer flächendeckenden Überwachung von Post und Telekommunikation gleich.

Sie liebäugeln mit San Francisco, wollen dort sogar eine Zweigstelle errichten. Sie wollen Start-ups nach Schleswig-Holstein holen. Sie setzen dabei neben Breitband auf die fünfte Generation mobiles Internet. Wie wäre es, wenn Sie vorher dafür sorgen, dass LTE flächendeckend ausgebaut wird?

(Beifall PIRATEN)

Oder machen wir es einfach: flächendeckender GSM-Ausbau. Wenn Sie auf der B 404 nach Lübeck fahren, haben Sie auf weiten Strecken überhaupt keinen Empfang.

(Sven Krumbeck)

Bei der Nummer der Bundesstraße ist das ja auch zu erwarten.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

Für alle, die es nicht verstanden haben: 404 - die Error-Meldung.

Das Gleiche erleben Sie, wenn Sie Richtung Westküste fahren. Vom mobilen Internet entlang der Bahnstrecken will ich hier gar nicht anfangen. Schleswig-Holstein sollte für **Funktechnologien** doch ideal sein: keine großen Berge oder tiefen Täler, nur plattes Land.

Sie haben die **Störerhaftung** angesprochen und gesagt, sie müsse abgeschafft werden. Hier setzt unser Antrag an. Ich freue mich, dass Sie ihn unterstützen und hoffe auf die Unterstützung des ganzen Hauses.

(Beifall PIRATEN)

Rechtssicherheit für WLAN-Anbieter ist wichtig. Viele Menschen sind bereit, ihr Internet mit anderen zu teilen. Viele aber schreckt die Störerhaftung ab. Hier können Sie die Situation für viele verbessern und schaffen gleichzeitig - kostenneutral für Landeshaushalt und Kommunalhaushalte - die Möglichkeit, flächendeckendes WLAN einzuführen.

Ein kleiner Nebensatz sei mir dazu noch erlaubt. Wir sind vielleicht die Nummer eins in Deutschland, was Breitband angeht. Im weltweiten Vergleich ist Deutschland allerdings seit dem zweiten Quartal 2016 um zwei Plätze auf Platz 26 abgerutscht. Deswegen darf man sich darauf leider nicht zu viel einbilden.

(Beifall PIRATEN)

Wenn wir zum Thema digitales Lernen kommen, kann ich darüber nicht sprechen, ohne ein Lob für den Einsatz Dirk Loßacks auszusprechen. Er macht als Vorsitzender der KMK-Arbeitsgruppe „Bildung in der digitalen Welt“ eine tolle Arbeit.

(Beifall PIRATEN, Martin Habersaat [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die 850.000 €, die Sie im nächsten Jahr für **Medienkompetenz** eingeplant haben, können nur ein Anfang sein. Beim Offenen Kanal ist das Geld gut aufgehoben. Als Jahresbudget ist das insgesamt aber noch zu wenig. Mir konnte noch keiner erklären, warum das Thema Medienkompetenzförderung bei unserer Medienanstalt als einziger deutschlandweit nur eine Kann-Aufgabe ist und sie dafür keine Gelder mehr zur Verfügung gestellt bekommt.

(Beifall PIRATEN)

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Der Offene Kanal ist ein sehr guter Partner, aber ich halte es für den falschen Weg, die Medienkompetenzförderung nur auf ein Bein zu stellen. Die MA HSH ist bei diesem Thema ein erfahrener Partner. Alle hätten bei einer Kooperation zwischen ihr und dem Offenen Kanal gewinnen können.

Wo wir gerade beim Thema Medienkompetenz sind: Ich habe schon erwähnt, dass **Aufklärung** in sehr vielen Fällen hilft. Das gilt auch für die derzeit breit diskutierten **Fake News**. Ich sehe täglich auf Facebook Beiträge, bei denen ich denke: Echt jetzt? - Aber statt einfach den Inhalt zu glauben und zu teilen, recherchiere ich.

Letztens stieß ich auf eine Webseite, die dem „Spiegel“ zum Verwechseln ähnlich sah und offenbar Falschmeldungen verbreitete. Diese wurde mehrere tausendmal geteilt. Das funktioniert nur deshalb, weil die Menschen mittlerweile gewohnt sind, einfach Artikel zu teilen. Zum Teil haben sie diese noch nicht einmal gelesen.

Schon Abraham Lincoln hat gesagt: Alles was im Internet steht, ist wahr.

(Beifall und Heiterkeit PIRATEN und CDU - Beate Raudies [SPD]: Das war Aristoteles!)

Spaß beiseite. Dieses Meme beschreibt ein einfaches Phänomen: Die meisten von uns sind es noch gewohnt, ihre Informationen ausschließlich aus redaktionell aufgearbeiteten Quellen zu erhalten. Sie haben das bereits angesprochen. Uns aber, vor allem aber auch der neuen Generation, fällt es natürlich schwerer zu hinterfragen, ob die Fakten aus Internet-Posts wirklich so stimmen.

Daraus jetzt aber zu schließen, wie einige Politiker es tun, man müsse Fake News verbieten, ist der falsche Weg. Es stellen sich nämlich Fragen, die nicht beantwortet werden können: Wer entscheidet, was Fake News sind? Was passiert mit einer seriösen Zeitung, die versehentlich etwas Falsches druckt? Stehen dann alle Journalisten unter Generalverdacht und müssen ihre Artikel vor Erscheinen von einem Bundesprüfamt für journalistische Medien freigegeben lassen?

(Zuruf PIRATEN: Gute Frage!)

Was passiert, wenn der Zensor mal kurz pinkeln geht? Sie lachen vielleicht - oder auch nicht -, aber ich bekomme bei solchen Schnellschüssen Angst.

(Beifall PIRATEN)

Jedem, der mir hier jetzt sagt: „Hey, das ist nur eine Einzelmeinung, das hat der nur so gesagt“, sage



(Sven Krumbeck)

ich: Bei dem ersten Ruf nach einer Vorratsdatenspeicherung hat man das Gleiche gesagt, und siehe da: Fast zehn Jahre später haben wir sie schließlich. Alte Männer und Frauen, die sich alle E-Mails ausdrucken lassen, entscheiden über das Internet. Sie denken sich Regeln für einen Raum aus, den sie kaum verstehen. Was kommt als nächstes?

„Postfaktisch“ ist das Wort des Jahres 2016. Angela Merkel hat es nach der Abgeordnetenhauswahl in Berlin bekannt gemacht, als sie von postfaktischen Zeiten sprach. Dass die AfD postfaktisch ist, steht außer Frage. Ich möchte aber weitergehen: Alle **Gesetzgebung**, die das **Internet** zum Gegenstand hat, ist **postfaktisch**. Wir sehen es am Hacker-Paragrafen, der Administratoren in Misere bringt, oder auch an der Vorratsdatenspeicherung. Alle Organisationen, die sich mit IT auskennen, haben davor gewarnt. Bei der Vorratsdatenspeicherung protestieren neben den Fachleuten seit Jahren auch die Bürger auf den Straßen. Das ist aber egal: Die alten Damen und Herren, die diese Entscheidungen treffen, lassen sich von Fakten nicht beeindrucken.

(Beifall PIRATEN)

1914 hat die New York Times sinngemäß geschrieben, dass durch das Telefon eine Rasse von links-ohrigen Menschen geschaffen werde.

(Heiterkeit Christopher Vogt [FDP])

1858 hat die New York Times über die Erfindung des Telegrafen sinngemäß geschrieben: Innerhalb von zehn Tagen bekommen wir die Post aus Europa. Es gibt keinerlei Verwendung dafür, Nachrichten in zehn Minuten über den Atlantik zu übertragen.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im 16. Jahrhundert hat Conrad Gesner vor einem verwirrenden und schädlichen Überfluss von Büchern gewarnt.

(Christopher Vogt [FDP]: Das stimmt ja auch irgendwie!)

Frau Kollegin Raudies: Sokrates war der Meinung, dass das geschriebene Wort nicht zur Wissensübermittlung geeignet ist, sondern lediglich als Gedächtnisstütze dienen kann - und auch das nur, wenn der Inhalt verstanden wurde.

(Beate Raudies [SPD]: Aber hallo!)

Ich bin mir sicher, wenn ich weiter zurückgehe, wird sich vermutlich ein Satz aus dem Buch „Das Ende des Restaurants“ - - Nein.

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Was hat Sokrates noch mal gesagt? - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Auf Seite 42!)

- Fast. Ich fange noch einmal mit meinem Satz an.

Ich bin sicher, wenn ich weiter zurückgehe, wird sich vermutlich ein Satz aus dem Buch „Das Restaurant am Ende des Universums“ von Douglas Adams bewahrheiten:

„Am Anfang wurde das Universum geschaffen. Das machte viele Leute sehr wütend und wurde allenthalben als Schritt in die falsche Richtung angesehen.“

(Peter Eichstädt [SPD]: Das weiß ich gar nicht!)

Zum Abschluss noch ein Tipp von mir, der ich mit diesem Internet groß geworden bin. In der IT gibt es eine Grundregel: Kein von Menschenhand geschaffenes System ist unhackbar. Wer heute davon spricht, dass sich die Bürger auf die Sicherheit der Daten verlassen können, nur weil sie beim Land liegen, der hätte den Menschen damals auch versprochen, dass die Titanic unsinkbar ist. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Dr. Kai Dolgner das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine kleine Vorbemerkung für diejenigen, die später geboren wurden: So neu ist das alles nicht. Die Nigeria Connection begann mit Briefpost.

(Heiterkeit und Zurufe PIRATEN)

- Das ist kein Scherz, guck es nach!

Lieber Herr Günther: Uiuui, wo soll ich denn da jetzt anfangen? - Das hat ein von mir geschätztes Beuteltier einmal gesagt.

(Heiterkeit und Beifall SPD und SSW)

Ich habe zum Glück ja 28 Minuten Redezeit.

(Christopher Vogt [FDP]: Oh nein!)

- Ja, das würde ich an deiner Stelle jetzt auch sagen!

Zunächst zum Thema, Fake News unter Strafe zu stellen. Eine **Fake News** wäre zum Beispiel: Eine schwarz-gelbe Landesregierung hat das Strafgesetz-

(Dr. Kai Dolgner)

buch im Jahr 2018 ändern lassen, um Fake News unter Strafe zu stellen. - Das wäre eine Fake News, weil wir im Land gar nicht die Strafgesetzgebungskompetenz haben, Herr Kollege Günther. Das nur so einmal zum Thema.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir jetzt den Faktencheck machen, bin ich mir gar nicht so sicher, ob Sie wirklich wollen, dass Fake News unter Strafe gestellt werden.

(Heiterkeit SPD - Zuruf SPD: Da müssen wir die Immunität heute aufheben!)

Lieber Herr Kollege Günther: Manchmal frage ich mich auch, in welchem Land Sie eigentlich leben, wenn ich mir das so anhöre, was Sie sagen. Leben Sie auch in dem Land, das als erstes - übrigens mit Ihnen zusammen - ein E-Government-Gesetz eingeführt hat? Das war nicht Schwarz-Gelb, auch wenn Sie die Zeit glorifizieren. Das war eines der letzten Gesetze von Schwarz-Rot.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Warum wenden Sie es dann nicht an?)

Wenn wir angeblich nichts gemacht haben, ist es komisch, dass wir Ende 2016 als erstes Land das **elektronische Grundbuch** fertigstellen werden - noch vor Bayern und allen anderen Bundesländern, auf die Sie immer gern schauen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden im nächsten Jahr als zweites Land die **E-Akte** eingeführt haben.

(Martin Habersaat [SPD]: Was? Erst als zweites?)

- Ja, zugegebenermaßen ein halbes Jahr nach Bayern, aber immerhin noch fünf Jahre vor dem selbsternannten Musterlände. Das ist wahrscheinlich durch Nichtstun passiert, schätze ich einmal.

(Volker Dornquast [CDU]: Das Musterlände ist schon lange keins mehr!)

- Wieso? Da regieren sie doch jetzt mit. Aber Herr Dornquast! Ich habe sogar den Eindruck, dass Sie auf beiden Seiten der Regierung mitregieren.

(Unruhe)

Immer, wenn ich Ihnen zuhöre, fühle ich mich an ein Gemälde von Hieronymus Bosch und nicht an die Situation im schönsten und glücklichsten Bundesland Deutschlands erinnert. Sie sollten Ihre

Weltsicht etwas verbessern. Sonst bekommt man nämlich nur schlechte Laune.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von den PIRATEN: Das Dinge nicht gelesen werden, ist nicht nur in der digitalen Welt so, wie wir vorhin erfahren durften.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Was mache ich eigentlich als Oppositionsführer, wenn ich dazu eigentlich nicht so viel zu sagen habe und das eigentlich auch nicht mein Thema ist? - Da gibt es beliebte Technologien aus dem „Oppositionswerkzeugkasten“, und die werden wir jetzt in meiner Rede der Reihe nach einmal durchdeklinieren.

Erstes Instrument: Wenn ich keine Ahnung habe, suche ich mir ein anderes Thema.

(Beifall und Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Internet machen das die berühmten Trolle so, das nennt sich Derailing, das gab es aber auch vorher bereits als Taktik.

Das ist ja normalerweise die hohe Schule. Damit hätte ich jetzt ganz fest gerechnet, ehrlich gesagt, auch mit einem Hinweis auf die Verwertungsgesellschaft Wort oder so etwas. - Nein, dann sucht man sich die Windenergie aus und wirft der Landesregierung vor, dass sie zu dem Thema berichtet, wo Herr Dr. Bernstein doch in der letzten Plenartagung die Landesregierung aufgefordert hat, endlich einmal etwas zur Digitalen Agenda vorzulegen. - Okay, das ist jetzt der Fehler, dass die Landesregierung das gemacht hat.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Allerdings war das nicht auf Ihre Aufforderung hin, aber auch dazu komme ich später noch. Auch das gehört zu den beliebten **Oppositionstaktiken**.

Ich ziehe das dann einmal vor. Eigentlich wollte ich erst zur Sache reden, aber da das offensichtlich nicht dem Duktus der heutigen Debatte entspricht, kommen wir zur weiteren Kritik der Opposition. Ich kann Sie ja ganz gut verstehen - wie gesagt -:

(Christopher Vogt [FDP]: Ich kann verstehen, dass Sie sich nicht mit dem Ministerpräsidenten auseinandersetzen wollen, sondern mit der Opposition! Aber das ist hier eine

**(Dr. Kai Dolgner)**

Regierungserklärung gewesen! - Zurufe  
CDU)

- Herr Koch, zum Thema inhaltsleere Reden habe ich hier meinen Meister gefunden. Das werde ich tatsächlich nicht toppen können. Demut ist mir nicht immer zu eigen, aber in diesem Fall: Chapeau, Herr Kollege Günther!

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Wenn man dann doch irgendwie zum Thema kommen muss, denn nach 8 Minuten muss man vielleicht doch endlich einmal wieder zum Thema kommen, zur **Digitalen Agenda**,

(Daniel Günther [CDU]: Das waren noch keine 8 Minuten, du hast noch Zeit!)

dann hilft der bewährte Dreiklang: zu spät, zu wenig und zu unspezifisch. Früher und detaillierter ist immer besser. Wer möchte dem schon widersprechen? - Nun, zumindest im Bereich Digitales hat die CDU rechtzeitig ihre oppositionellen Hausaufgaben gemacht und eine Große Anfrage gestellt - dafür, dass das für Sie ein Nebenthema war! Das finde ich übrigens nicht ganz nett im Hinblick auf den Kollegen Dr. Bernstein, denn der hat sich sehr viel Mühe mit der Großen Anfrage gegeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist nicht in allen Ihren Bereichen so. Beim Thema Kommunales mussten wir die Große Anfrage ja selber stellen.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und die FDP hat bei der Beantwortung dann beklagt, dass das viermal von der Tagesordnung genommen worden ist. Kollege Vogt, das war in deiner Rede im März, und das konnte wohl kaum gegen deinen Willen passiert sein. Bei uns fragt die Parlamentarische Geschäftsführerin zumindest die Fachsprecher, ob das wirklich von der Tagesordnung genommen werden soll. Vielleicht solltet ihr das noch einmal klären. Aber ich glaube eher, die Opposition hatte viermal selbst erkannt, dass die Antworten auf die Große Anfrage - wenn es denn so ein Defizit gewesen wäre - wahrlich nicht die erhoffte Grundlage für eine feurige oppositionelle Kritik sein konnten. Im Ausschuss haben wir das dann für erledigt erklärt, und weitere Initiativen sind dann ja auch nicht erfolgt - zunächst.

Dann erreichte die Opposition allerdings die Nachricht, dass ein zentrales Projekt der Regierung kurz vor der Fertigstellung steht. Das ist ja nicht ganz so

im Geheimen passiert. Der Kollege Albig und Ministerpräsident - ja, er ist ja auch Landtagskollege - hat ja erwähnt, wie lange das mit den öffentlichen Workshops und so weiter gedauert hat. Da ist das nächste altbewährte oppositionelle Hausmittel, flugs ein paar allgemeine Punkte zusammenzuschreiben - irgendwelche Ziele waren da gar nicht drin; die Kritik der PIRATEN ist da völlig richtig -

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

und das als gleichlautenden Antrag schnell noch vor der Regierung in den Landtag zu bringen. Dann kann man wenigstens die Story erzählen, die Regierung sei ja nur tätig geworden, weil man selbst einen Antrag gestellt habe -

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

genauso, wie Frau Klahn das vorgestern im Offenen Kanal gemacht hat.

(Anita Klahn [FDP]: Das stimmt!)

- Das stimmt, das können wir nachgucken, das ist nicht postfaktisch, das hast du erzählt.

Eigentlich ist die Behauptung schon ein bisschen albern, dass eine Regierung innerhalb von drei Wochen eine solch umfassende Strategie entwickelt, Ressortabstimmungen durchführt und das ins Parlament bringt - völlig unabhängig von den Workshops, die hier vorgestellt worden sind.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Klar.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Dolgner. - Bisher ist das alles unheimlich amüsant, was Sie erzählt haben. Aber ich habe bis jetzt verstanden, dass Sie von der Opposition wenig halten. Mich würde interessieren: Was halten Sie eigentlich von der Digitalen Agenda der Landesregierung? Dazu ist bisher recht wenig rübergekommen, vielleicht sagen Sie dazu noch zwei oder drei Worte.

(Beifall FDP)

- Herr Kollege Vogt, ich habe ja das Vergnügen, noch 21 Minuten zu haben -

(Dr. Kai Dolgner)

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Nein!)

jetzt habe ich dann sogar noch mehr. - Stehen bleiben! Ja, normalerweise bleibt man da ja stehen, wenn man eine Antwort bekommt. Heute kann ich es mir ja gönnen.

(Zurufe und Heiterkeit)

Wenn der Herr **Oppositionsführer** hier Einwände, nicht belegbare **Behauptungen**, zu denen ich noch komme, ins Feld wirft, die gesamte Regierungsfähigkeit daran festmacht und für die Zukunft alles Mögliche verspricht, dann gehört das, glaube ich, sehr wohl zum Thema. Schließlich habe nicht ich diese Tonalität gesetzt. Vielleicht wäre es anders gelaufen, wenn Herr Dr. Bernstein hier geredet hätte. Ich habe eine sehr flexible Rede dazu. Manchmal ist es einfach besser, die Fachpolitiker ranzulassen, Herr Kollege Günther. Auch Sie können noch etwas lernen.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf jeden Fall ist es klar, so macht man das natürlich als Opposition. Man stellt kurz vorher den Antrag, sagt dann, wenn es eigentlich ganz gut ist: Das ist nur auf unsere Initiative hin entstanden! Das ist so, als wenn man sich neben eine vielbefahrene Straße stellt und sagt: Immer weiterfahren, weiterfahren! Die Autos fahren nur wegen mir!

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eigentlich können Sie es wissen und wissen es auch, dass wir in vielen Teilbereichen schon viel weiter sind. Wir sind in den ganz entscheidenden Bereichen sogar an der Bundesspitze, zum Beispiel im Bereich der Justiz. Natürlich ist das auch mit Schwierigkeiten verbunden. Dazu komme ich gleich noch.

Beim **Glasfaserausbau** nimmt Schleswig-Holstein nun einmal einen Spitzenplatz ein. Dass Sie das ärgert, kann ich nun wirklich überhaupt nicht verstehen, ehrlich gesagt. Wir sind das erste Bundesland - wie gesagt - mit komplett elektronischem Grundbuch und so weiter.

Natürlich war mir klar, was dann kommt, wenn man auf diese Erfolge hinweist, die übrigens nicht durchs Sitzenbleiben passieren, nämlich der nächste Drehschlüssel aus dem kleinen Oppositionswerkzeugkasten: Wenn man einen Fakt nicht ernsthaft bestreiten kann, dann haben sich die Dinge nicht et-

wa positiv wegen der Landesregierung entwickelt, sondern trotz der Landesregierung.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Schöne ist, diese „Argumentationsknarre“ hat noch eine zweite Drehrichtung.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ich meinte das Werkzeug, nicht die Waffe! Denn wenn sich etwas negativ entwickelt hat, war dafür verantwortlich natürlich selbstverständlich die Landesregierung ganz persönlich, mindestens der rote Teil, aber auf jeden Fall Torsten Albig.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Vogt, Herr Kollege Günther, natürlich hat die Landesregierung den Breitbandausbau nicht allein geschafft. Das hat auch niemand so dargestellt.

(Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Christopher Vogt [FDP])

- Nein, Herr Kollege Vogt hat zu dem gleichen Thema in der letzten Debatte hier gesprochen. Ja, ja, ich lese die Dinge nach - man soll sich wundern -

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

auch wenn Sie offensichtlich ein Interesse daran haben, dass ich das, was Sie erzählt haben, vergessen soll. Dann tue ich das auch. Ich dachte, das hätte Ewigkeitswert, was Sie ins Protokoll schreiben lassen.

(Christopher Vogt [FDP]: Wie in Stein gemeißelt!)

Natürlich schafft das **Land** vielmehr den **Rahmen** und die **Förderbedingungen**. Aus der Großen Anfrage können Sie auch erkennen, dass nicht ein einziges Breitbandprojekt keine Fördermittel bekommen hat.

Übrigens, Herr Kollege Günther, wenn Sie zu Recht die Stadtwerke und die Gemeindewerke loben - das hat der Kollege Vogt jetzt übrigens auch mehrfach getan, das ist ein sehr beliebtes Argument dazu -, dann erklären Sie mir doch einmal um Himmels willen, warum Sie ausgerechnet in diesem Sommer die Änderungen im Gemeindefinanzrecht abgelehnt haben, die einen gemeindeübergrei-

(Dr. Kai Dolgner)

fenden Netzausbau durch die Gemeindegewirtschaft überhaupt erst ermöglichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kollege Arp, Sie schütteln mit dem Kopf. Stellen Sie mir doch eine Einminutenfrage zum Thema Bedarfsklausel, oder erkundigen Sie sich.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Soll ich dir die stellen?)

- Nein. Aber ich finde es immer spannend, da wird der Kopf nach dem Motto geschüttelt: „Ach, das stimmt ja alles nicht“, aber wenn man dann ins Detail geht, kommt da meist nicht ganz so viel. Aber Sie haben die Möglichkeit, meine Äußerungen dazu zu widerlegen.

(Christopher Vogt [FDP]: 28 Minuten lang!)

- Nein, jetzt nicht mehr ganz! Aber du kannst gern noch einmal ans Mikro gehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich war ja noch gar nicht am Mikro!)

- Dann hast du ja noch die Chance!

Viel mehr haben wir - ehrlich gesagt - von Herrn Günther heute nicht gehört. Die Konkretisierung, die Sie haben wollen - von Ihnen kam da nichts mehr. Es kam auch nicht irgendein Antrag der CDU-Fraktion: Macht das mal besser, macht das mal anders, vielleicht die E-Akte ein halbes Jahr vor Bayern einführen! An der Stelle kam nichts.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Schaffen wir das noch?)

Das liegt übrigens auch daran, dass eine Digitale Agenda nicht irgendwie einen Katalog darstellt, den man einmal abarbeitet, und das war es dann. Liebe Kollegen von den PIRATEN, das ist übrigens auch sehr Retro gedacht. Ich dachte, Sie kennen so etwas wie Prozesshaftigkeit oder nicht hierarchische Prozesse. Ich dachte, bei Ihnen - es gab dazu mal ein interessantes Barcamp - wäre ich da zumindest an der richtigen Adresse.

(Lars Harms [SSW]: Kopfgesteuert!)

- Ja, das ist auch kopfgesteuert, wenn man das macht, aber das ist eben eine andere Steuerung.

Denn natürlich handelt es sich bei der **Digitalen Agenda** um eine **permanente Revolution**, die die ganze Zeit schon läuft, und auf die die Landesregierungen natürlich schon reagiert haben, diese Landesregierung genauso wie die vorherige Landesregierung.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Ja, du hast es gemerkt, nicht?

Wie bei jeder Revolution ist es so, dass Zukunftsangst und Erstarren im Althergebrachten ganz schlechte Ratgeber sind. Weder hat die Eisenbahn zu geschwindigkeitsbedingten Erkrankungen geführt - ab 30 km/h - noch ist uns die Arbeit ausgegangen.

Auch wenn es in den letzten 50 Jahren wahrlich genügend Titelbilder dazu gegeben hat; das erste war vom „Spiegel“ 1965 zum Thema „Die Elektronengehirne kommen“. Das war, ehrlich gesagt, eine ganz spannende Story. Die Vorhersagekraft war ungefähr so gut wie die Vorhersagekraft des Oppositionsführers.

Wir müssen aber natürlich diese industriellen Revolutionen auch gestalten, um Gefahren und Verwerfungen für die Menschen zu reduzieren und ihre Chancen zu nutzen. Aufhalten oder Umkehren können wir sie nicht, auch wenn es immer wieder kulturpessimistische Autorinnen und Autoren gibt, die nach Schallplatte, Radio und Fernsehen jetzt aber mit dem Internet nun endgültig den Untergang des Abendlands kommen sehen - also, diesmal ganz bestimmt!

Wie bei jeder Revolution gibt es Sieger und Verlierer. Meistens glauben die, die mitten in einer Revolution sind, dass sie die ersten sind, die dies erkannt haben. Im Landtag ist das wahrscheinlich unterschiedlich ausgeprägt. Während der eine schon vor 30 Jahren mit dem liebevoll „Datenklo“ genannten Akustikkoppler den Telefonhörer und die Telefonrechnung seiner Eltern malträtiert und damit streng genommen sogar eine Straftat begangen hat

(Christopher Vogt [FDP]: Aha! - Uli König [PIRATEN]: Noch einer! - Christopher Vogt [FDP]: Das werden wir noch einmal prüfen!)

- bevor Sie dem Kollegen Kubicki Bescheid sagen: 30 Jahre, ja? -,

(Uli König [PIRATEN]: Mehrfach!)

begann für andere, übrigens auch für Jüngere, erst mit dem iPhone die aktive Nutzung von **Datenverbindungen**. Einige kennen teilweise auch nur eine App wie Twitter - gut. Wenn man ein iPhone benutzen kann, so heißt das noch lange nicht, dass man es auch coden kann. Nach meiner Überzeugung ist das keine reine Generationenfrage. Ich halte den Begriff „Digital Native“ für die junge Generation sogar für irreführend, da er die Tatsache verdeckt, dass es nicht nur auf den technischen Zugang

(Dr. Kai Dolgner)

ankommt, sondern darauf, wie qualifiziert ich diesen nutzen kann. Das hat auch eine starke sozioökonomische Komponente.

(Beifall SPD und SSW)

Um es einmal drastisch auszudrücken: Funktionale Analphabeten werden auch durch das Smartphone nicht automatisch alphabetisiert; sie werden weiter abgehängt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Sprachnachrichten helfen!)

Andererseits gibt es durchaus Apps, die die hohe Attraktivität der Technik und die alte Erkenntnis, dass der Spieltrieb eigentlich zum Lernen da ist - ganz wichtig auch für Bildungspolitik -, zur Alphabetisierung nutzen. - Sprachnachrichten, liebe Serpil, bewirken halt genau das Gegenteil. Man kann ein Smartphone in seinen Grundfunktionen auch nutzen, ohne sich alphabetisieren zu müssen. Es gibt dabei keine zwanghafte **Alphabetisierung**. Das ist zu optimistisch gedacht.

Leider führen aber die vorhandenen digitalen Kompetenzen auch nicht automatisch zum dauerhaften persönlichen Erfolg. Die Verklärung des Heeres junger Freiberufler als digitale Bohème hat zwar eine gewisse urbane Romantik, aber der Schritt ins digitale Prekariat ist kurz, wie ganz viele aus der ersten Start-up-Generation 2001 sehr bitter erfahren mussten. Alte Fragen wie die Frage der sozialen Absicherung von Freiberuflern und Solo-Selbständigen werden deshalb auch immer dringender. Auch die **Spielregeln für Arbeitnehmer** brauchen ein Upgrade. Die digitale Erreichbarkeit, die Möglichkeit, vom Homeoffice aus zu arbeiten und seine Arbeit ergebnisorientiert zu gestalten, hat auch Schattenseiten, etwa die Entfremdung und das Vernichten privater Rückzugs- und Erholungsräume. Wie die Industrie 1.0 Arbeitszeitgesetze erforderlich machte, müssen wir heute über Erreichbarkeitsregeln diskutieren. Dass „Always-On“ - das kennen, glaube ich, wir mit am besten - ist manchmal mehr digitale Hölle als Paradies.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Da die Digitalisierung eine **permanente Revolution** ist, müssen wir das auch als Prozess gestalten und dürfen es nicht einfach als Programm zum Abhaken sehen. Ich nehme einmal ein Beispiel aus der Landeszuständigkeit: Während manche Museen noch dabei sind, einen zweidimensionalen Zugang zu ihren Exponaten über die Webseiten ins Leben zu rufen, habe ich bereits heute mit meinem 3-D-

Helm und entsprechenden Sensoren die Grundlage, um virtuelle Ausstellungen lebensecht dreidimensional zu besuchen und in diese einzutauchen. Das ist übrigens ganz faszinierend - es ist tatsächlich so faszinierend, wie es klingt; probieren Sie es einfach einmal aus -, und es eröffnet natürlich zudem völlig ungeahnte Möglichkeiten in der Arbeitswelt. Auch das Einblenden digitaler Inhalte in unsere analoge Realität, die sogenannte Augmented Reality, eröffnet viel mehr Möglichkeiten, als Pokémons in Landtagsfluren zu jagen.

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Oder draußen! - Beifall Uli König [PIRATEN] - Uli König [PIRATEN]: Das geht draußen sowie so besser!)

- Draußen geht es besser; ich weiß! - Aber auch hier lauert schon die nächste Herausforderung. Was erweist sich als praktikabel, und was nicht? Was ist eine Sackgasse, und was nicht? Was bleibt eine Nischenanwendung? Muss sich die öffentliche Hand auf jeden Trend draufsetzen? Im Nachhinein hat es sich als richtig erwiesen, in den Städten vorerst keine Landeplätze für Flugautos vorzusehen, auch wenn es bereits seit 80 Jahren funktionierende Modelle gibt und man sich in Segeberg zugegebenermaßen häufiger einmal eines wünschen würde.

(Heiterkeit - Christopher Vogt [FDP]: Nicht nur in Segeberg!)

Auch die Art, wie wir die **Wissens- und Kompetenzweitergabe** in unserem Bildungssystem organisieren, ist durch diese permanente Revolution gefordert. Natürlich brauchen wir eine Infrastruktur, und die knapp 300 öffentlichen Schulträger in unserem Land sind dabei unterschiedlich weit. Deshalb ist es gut investiertes Geld - in diesem Fall geht es tatsächlich um Landesgeld -, wenn wir den Schulträgern hierbei unter die Arme greifen und ihnen in den nächsten Jahren überall einen Glasfaseranschluss zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass die Schulträger auch ihren Teil erfüllen und die Infrastruktur in ihren Gebäuden dann auch entsprechend modernisieren.

(Beifall SPD)

Aber das ist nicht die einzige Voraussetzung. Denn bis sich neue Inhalte und Kompetenzen von den Hochschulen über die Lehrerbildung bis in die Klassenzimmer verbreitet haben, sind auch schon früher einmal gerne 20 Jahre ins Land gegangen.

(Zuruf SPD: Das stimmt!)

Das war meistens nicht so schlimm, außer hinterher für Leistungskurse in der Oberstufe; denn die

(Dr. Kai Dolgner)

grundsätzliche Funktionsweise eines Verbrennungsmotors hat sich seinerzeit so schnell nicht geändert. Zwischen seiner Erfindung und der beruflichen Notwendigkeit eines Führerscheins lagen drei Generationen. Diesen Puffer gibt es nicht mehr. Wir werden unsere Anstrengungen in allen Bereichen verstärken müssen, sodass die Schülerinnen und Schüler überall im Land nicht den Eindruck haben, dass sie in dem Moment, in dem sie ihre Schule betreten, eine Zeitreise in die Jugend ihrer Eltern machen, statt einen Schritt in die Zukunft zu gehen.

Auch beim Thema **Verwaltungsmodernisierung** haben wir die Mühsal der Ebene vor uns. Herr Kollege Günther, dazu gehört natürlich KoPers. Jetzt stelle ich einmal die Quizfrage: Wer hat denn die Ausschreibungsbedingungen für KoPes gemacht? KoPers wird übrigens von der hoch gelobten Privatwirtschaft betrieben. Dafür kann man kaum die staatlichen Verwaltungen verantwortlich machen. Aber die Ausschreibungsbedingungen sind der Knackpunkt in diesem Kanaltunnel. Also, kleines Quiz: Welche Landesregierung war es?

(Zuruf: Die CDU!)

- Schwarz-Gelb!

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Dann hat uns diese famose Firma Ende 2012 ein völlig unfertiges Programm geliefert. Das wäre noch nicht einmal die Beta-Version; diese funktioniert grundsätzlich ja. Es war, ehrlich gesagt, mehr die Version 0.0.1. Bei Linux-Cornell ist es ja nie fertig, aber die funktionieren trotzdem. - Also, es ist nicht ganz richtig, was du gesagt hast. 1.0 ist noch nicht vergeben.

(Zuruf Torge Schmidt [PIRATEN])

- Cornell - nicht Distribution!

(Serpil Midyatli [SPD]: Das redet ihr noch schön!)

- Okay; das machen wir nachher! Schauen wir einmal was passiert. - Am grünen Tisch sind die Dinge schnell beschlossen, und nachher wundern sich die Verantwortlichen, dass der Zeitplan nicht funktioniert, weil alles länger dauert. Das liegt nicht etwa daran, dass der öffentliche Dienst eine Truppe reformunwilliger Internet-Ausdrucker ist, die alle über 65 sind, sondern es gibt ein paar ganz praktische Überlegungen, die bei dem jugendlichen Eifer, den einige an den Tag legen, berücksichtigt werden müssen. Während das eine Spiel oder die andere

Anwendung auch gerne mal beim Anwender reifen darf - die berühmte Bananensoftware -, muss die Software, die zum Einsatz von Rettungsdiensten oder zur Verwaltung von Patientendaten dient, vom ersten Tag an im Echtbetrieb funktionieren. Fehlfunktionen und Abstürze bedeuten da halt nicht, dass man ein Spiel neu laden muss oder ein paar Seiten Schreibarbeit verloren gehen. - Ich weiß, einige halten auch die eingesetzten Betriebssysteme selbst für Bananensoftware.

Dann gibt es viele Bereiche, für die es meistens bereits funktionierende, häufig handgestrickte Lösungen gibt. Es ist erstaunlich, was einzelne Mitarbeiter schon Lösungen nur mithilfe einer Excel-Tabelle entwickelt haben. Wir sollten diese Kreativität in unseren Prozessen mehr wertschätzen. Aber es ist halt nicht standardisiert. **Datenschutz** und **Datensicherheit** sind häufig kaum vorhanden, vom **Datenaustausch** ganz zu schweigen.

Dann kommt noch ein Drittes, liebe Haushälter: In der Vergangenheit war die **Einführung neuer Techniken** mit dem Irrglauben verbunden, es ließen sich damit ganz viele **Stellen** sparen - meistens schon, bevor man die Technik überhaupt eingeführt hat. Das Gegenteil ist der Fall. Wer hat denn die Stellenplanung gemacht?

(Zuruf)

- Genau, Schwarz-Gelb! Das kannst du ruhig sagen. So sehr müsst ihr euch in der Opposition nun auch nicht liebhaben.

(Heiterkeit - Vereinzelter Beifall - Tobias Koch [CDU]: Seit wann regieren Sie?)

Das war seit 2012, und wir haben den Stellenabbau gestoppt. Da Sie uns jedes Mal bedauern, Herr Kollege Koch: Was Ihre Dialektik zum Stellenabbau - gleichzeitig wollen Sie noch viel mehr Stellen haben - betrifft, einmal ganz ehrlich: Die marxistische Dialektik ist dagegen ein Witz. Sie sollten eine eigene Denkschule gründen, mit der Sie das alles begründen können.

(Beifall SPD und SSW)

Was passiert denn normalerweise? Da wird dem armen Anwender dann die neue Technik präsentiert, und er muss die alte Technik so lange parallel betreiben, bis die neue Technik alle notwendigen Vorgänge der alten Technik abbilden kann. Also braucht man mehr Personal und nicht weniger Personal. - Bei der Justiz werden wir genau das umsetzen.

(Dr. Kai Dolgner)

Alle Daten müssen übertragen werden, und das Personal muss auch geschult werden. Dafür braucht es die entsprechenden Mittel. Als ehemaliger Leiter eines Servicezentrums für Lehrer an der CAU kann ich ein Lied davon singen. Bei der Einführung des elektronischen Prüfungssystems HIS-POS - übrigens unter einem CDU-Wissenschaftsminister - mussten wir so lange die analoge und die digitale Aktenführung parallel betreiben, bis das neue System alles zuverlässig konnte, was es sollte. Schließlich geht es bei der Erfassung von Prüfungsleistungen um die Zukunft junger Menschen; da kann man nicht sagen: „Oh, das ist ja nur eine Fehlerquote von 3 %“. Es geht nicht an, dass Leistungen mit einer Quote von 3 % falsch berechnet werden. Das würde ja bedeuten, dass drei Prüfungskandidaten von 100 durchfallen, obwohl sie bestanden haben, und ein weiterer Anteil von 3 % besteht, obwohl die Leistungen nicht ausreichend waren - kein Ding!

Apropos Prüfungen und Zeugnisse: Da gab es lustige Episoden. Als sich herausstellte, dass das neue System nicht geeignet war, aus der komplexen Prüfungsordnung die Notenberechnung und Zeugniserstellung fehlerfrei abzubilden, bekam ich von denjenigen, die für die Programmierung verantwortlich waren, die tolle E-Mail, wir sollten doch gefälligst die Prüfungsordnung den Programmierfordernissen anpassen; das sei nicht deren Schuld.

(Heiterkeit - Unruhe)

Zur Einführung entsprechender Software zur Modernisierung der Verwaltung! Herr Kollege Garg, die Hochschulen gehören, soweit ich weiß, dazu. Deshalb ist es so immens wichtig für die prozesshafte Gestaltung - ich weiß, das versteht man nicht immer -, die tatsächlich Betroffenen und nicht nur die formal Verantwortlichen schon bei der **Erstellung des Anforderungsprofils** einzubeziehen. Deshalb sind Workshops und Barcamps ab einer gewissen Besoldungsstufe wichtiger als Planungstische, die die fertigen Ausschreibungsergebnisse den armen Menschen auf den Tisch legen. Genau das hat die Landesregierung gemacht. Dafür braucht es Zeit, Herr Kollege Garg.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Der Mehrwert einer Digitalisierung ist nicht, Geld im öffentlichen Dienst zu sparen, sondern die **Dienstleistung** zu verbessern oder sie zumindest auf das zu erwartende Niveau anzuheben. Natürlich ist das Führen eines Bauantragsbuches in der analogen Welt genauso aufwendig, als wenn ich die Daten in einer digitalen Vorgangsverwaltung einsehe.

Aber der Nutzer, der Bürger kann sehen, wie weit sein Bauantrag ist, und das ist der **Mehrwert**. Deshalb würde ich mich freuen - egal wer die nächste Landesregierung stellt -, wenn Digitalisierung nicht immer unter Geldeinsparungsaspekten gesehen wird, sondern um sich schlicht und ergreifend moderner und zukunftsfähiger zu machen, und zwar dauerhaft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Zurufe)

- Ja, ich adressiere alle! Das ist mein gutes Recht als Parlamentarier. Wir nehmen das ernst mit der Trennung zwischen Exekutive und Legislative. Es tut mir leid, Torsten. Ich wüsste nicht, wie ich deinen inneren Konflikt morgens vorm Spiegel aushalten sollte.

(Heiterkeit und Zurufe)

Wir müssen aber auch nicht auf jede Herausforderung mit Anpassungen reagieren. Müssen Bodenampeln wirklich sein, damit Menschen auch beim Gehen nicht den Blick vom Smartphone nehmen müssen? Als die Menschen anfangen, mit der Analogtechnik Walkman Fahrrad zu fahren, war ja auch nicht die Lösung, alle Hupen und Klingeln auf Lichtsignale oder Schlag-in-den-Nacken umzustellen.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Das nennt sich heutzutage Force Feedback. Das könnte man mit einem entsprechenden Hydraulikhelm organisieren. Daraus könnten wir einen Startup machen.

(Heiterkeit)

Leider reicht auch diese Redezeit nicht, um alle meine Gedanken darzustellen.

(Zurufe)

- Das ist ja spannend, dass du das höhere Wesen anrufst, das du nicht in der Verfassung haben willst!

(Zurufe)

- Dazu komme ich noch! - Zum Abschluss möchte ich noch ein paar Worte verlieren, dass alle Verhaltensweisen nicht wirklich neu sind, die uns im digitalen Gewand begegnen. Schon in der Bibel steht: Es gibt nichts Neues unter der Sonne. - Dabei geht es nicht um Erfindungen und Erkenntnisse, sondern um menschliche Verhaltensweisen. Gerade in der Weihnachtszeit sollten wir uns daran erinnern, dass es postfaktischen Schreihälsen schon zu biblischen Zeiten gelang, in der Echokammer des Versammlungsortes vor dem Palast des römischen Statthal-



(Dr. Kai Dolgner)

ters die Kreuzigung eines Unschuldigen und die Freilassung eines Schuldigen zu erreichen, nachdem der Unschuldige nur fünf Tage vorher als Volksheld gefeiert wurde. - Liebe Kollegen von den PIRATEN, das ist tatsächlich nicht neu, es trifft jetzt nur einige mit einer größeren Wucht.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Die Kreuzigung ist zugegebenermaßen auch ziemlich wuchtig! Nicht jedes Bild passt.

(Heiterkeit und Zurufe)

**Medienkompetenzvermittlung** ist sehr wichtig, aber sie ist nicht vorstellbar, ohne dass man die gute, alte, antike Argumentationslehre, die Basis der Aufklärung wieder fest in den Köpfen der Kinder, aber auch der Erwachsenen verankert. Dann kann man sich auch faktenlos ohne mimikama.at überlegen, ob das sein kann oder eine Scheinargumentation ist. Das hilft auch in der analogen Welt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Das hat auch schon bei denjenigen geklappt, die Briefe von der Nigeria-Connection bekommen haben, mit Ausnahme der einen Stadtverwaltung, die das wirklich geglaubt und denen Geld geschickt hat. Auch ein sehr spannender Fall.

(Zuruf Sven Krumbeck [PIRATEN])

- Deshalb zum Schluss zu Weihnachten erneut mein Buchtipp: „Wie man mit Fundamentalisten diskutiert, ohne den Verstand zu verlieren“. Gerade in diesem Jahr hat mir das hier wieder sehr geholfen.

(Heiterkeit SPD)

Vielleicht schreibe ich nach meinem Ausscheiden auch ein weiteres Buch: Wie man dauerndes Schwarzsehen erträgt, ohne die gute Laune zu verlieren. - In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch eine fröhliche Zeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich stelle fest: Der Kollege hat seine Redezeit nicht ausgeschöpft.

(Zurufe)

Das Wort für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Kollege Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht gibt es noch Dreiminutenbeiträge.

„Um etwas Vergleichbares wie die Entwicklung des Internets zu finden, muss man schon bis zur Erfindung des Buchdrucks zurückgehen. Sie war die Geburtsstunde der Massenmedien. Und die wiederum waren die wahre Ursache für den Untergang der alten Ordnung mit ihren Königen und Aristokraten.“

Mit diesen Worten hat der - zugegeben sehr unsympathische - Medienmogul Rupert Murdoch schon vor einiger Zeit die Bedeutung des Internets beschrieben. Was für das Internet gilt, gilt für die **Digitalisierung** erst recht.

In unserem Alltag gibt es viele Beispiele, wie sich das Leben verändert. Das wahrscheinlich existenziellste Beispiel aus dem letzten Jahr ist das, was wir an Herausforderungen im Bereich der Geflüchteten erlebt haben, dass hunderttausend Geflüchtete über soziale Medien miteinander kommuniziert haben, den Kontakt zu ihren Familien in anderen Teilen der Welt gehalten haben und sich über Fluchtrouten informieren konnten. Das ist ein sehr positives Beispiel.

Auch das, was hier an **Flüchtlingshilfe** entstanden ist, hat sich stark durch **soziale Medien** koordiniert. Ich erinnere mich an den September vor einem Jahr zurück, wo wir in Flensburg an einem Abend plötzlich vor der Situation standen, dass Hunderte Geflüchtete an unserem Bahnhof auf der Durchreise nach Dänemark nicht weiterkamen, weil kein Zug mehr fuhr. Über kürzeste Zeit haben sich da über Facebook und andere soziale Medien Hunderte Flensburgerinnen und Flensburger auf den Weg gemacht, um vor Ort Akuthilfe zu leisten. Das ist ein sehr positives Beispiel.

Im Alltag nimmt das **Internet**, nimmt die Digitalisierung an **Bedeutung** zu. 58 Millionen Deutsche nutzen das Internet. Über 60 % der Deutschen kaufen bereits online ein, und über 62 Milliarden € Umsatz entstehen mit Onlinehandel. Das ist innerhalb eines Jahres eine Steigerung um 18 %. Man kann im Internet inzwischen alles kaufen, egal ob Reisen, Lebensmittel oder inzwischen auch - das habe ich letzte Woche gelesen - sogar Weihnachtsbäume.

Während die Auflage von Tageszeitungen rapide sinkt, steigt die Anzahl der Menschen, die sich auf

(Rasmus Andresen)

Online-Nachrichtenportalen informieren. Um die 12 Millionen Deutsche suchen auf Online-Datingportalen wie beispielsweise Tinder ihr Glück. Auch dieser Markt wächst stark mit über 200.000 neuen Kundinnen und Kunden im Jahr.

Auch mit Freundinnen und Freunden teilen wir immer mehr online, egal ob private Fotos oder Geheimnisse über Messaging Dienste wie WhatsApp. Während wir früher in Städten oder auf dem Land lebten, kann man jetzt sagen, dass wir in weiten Teilen online leben.

Die Digitalisierung hat Vor- und Nachteile, das ist schon gesagt worden. Wir Grüne glauben, dass es eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, die **Entwicklung** zu **gestalten**. Es geht nicht darum, alles mathematischen Algorithmen zu überlassen, sondern es geht darum, politisch zu beantworten, welchen Weg wir gemeinsam gehen wollen, wo Chancen liegen, aber auch wo Grenzen sind.

Wir begrüßen deshalb, dass die Landesregierung unter Einbeziehung von vielen Menschen, die sich mit Digitalisierung beschäftigen, eine **Digitale Agenda** auf den Weg gebracht hat.

Herr Kollege Günther, mir fehlen da fast die Worte. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung von über 40 Workshops und über 400 Menschen gesprochen, mit denen die Landesregierung in den letzten Jahren im Austausch war. Sie stellen sich hier hin, blenden das vollkommen aus und behaupten, dass es das alles nicht gegeben hätte. Da müssen Sie sich einmal an die eigene Nase fassen und sich fragen, wo Sie in diesem Prozess gewesen sind.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es waren sehr unterschiedliche Menschen, es waren sowohl Unternehmerinnen und Unternehmer, auch welche, die Ihrer Partei nahestehen - fragen Sie doch einmal nach! -, die Hochschulen waren beteiligt, im Bildungsbereich waren sehr viele Akteure aus den Schulen beteiligt, vom IQSH, viele Einzelpersonen haben sich auf Barcamps organisiert, die sich in Workshops oder online in den Prozess eingebracht haben. Da kann man nicht einfach behaupten, das wäre alles anders gewesen.

Ich selbst habe in Vorbereitung auf die heutige Debatte zur Digitalen Agenda über meine Facebook-Seite Menschen gebeten, mir ihre Anmerkungen zur Digitalisierung zu schicken. Ich habe festgestellt, dass man selten so viele Rückmeldungen be-

kommt - das liegt wahrscheinlich auch an den Medien, die man dafür nutzt, das ist mir schon klar - wie zu dem Thema, und die waren sehr vielfältig. Viele Vor- und Nachteile sind in den Kommentaren offen diskutiert worden. Ich werde einige der Punkte in meine Rede laufend einfließen lassen und hoffe, dass ich dem dann Genüge tue und kein Shitstorm im Internet auslöse.

Viele vertrauen nämlich diesem Prozess der Politik nicht, weil sie nicht das Gefühl haben, dass Politik Antworten liefern kann, dass Politik auf der Höhe der Zeit ist. Ja, die Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft so stark und vor allem so schnell, dass wir als Politik oft nicht folgen können. Das ist so. Ich glaube deshalb, dass es ganz wichtig ist, bei der Digitalen Agenda flexibel zu sein und **Flexibilität** auch in den **Prozessen** zuzulassen. Das bedeutet aber nicht - das will ich hier auch ganz klar sagen -, dass wir beispielsweise beim Datenschutz oder auch der Marktmacht von Konzernen wie Facebook oder auch der Telekom nicht klare gesetzliche Leitplanken vorgeben müssen. Das gehört auch mit dazu. Facebook, Google und Apple müssen dazu gebracht werden, unser Datenschutzrecht einzuhalten. **Politik** muss die **Regeln** definieren und nicht die großen Konzerne.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Telekom, Vodafone und Co. dürfen nicht bestimmen, mit welchen Geschwindigkeiten oder Prioritäten Inhalte im Netz übertragen werden dürfen. Eine demokratische Ausgestaltung der Digitalisierung stellt sicher und muss sicherstellen, dass alle Menschen davon profitieren können und nicht einige wenige große Konzerne.

Deshalb ist ein klares Bekenntnis

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Netzneutralität!)

- so ist es, Herr Peters! - zur **Netzneutralität** wichtig und Voraussetzung für Digitalisierungsprozesse. Auch gesetzliche Bestimmungen für Datenschutz und gegen Monopolbildung muss es geben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Christopher Vogt [FDP])

Eine **demokratische Ausgestaltung** der Digitalen Agenda ist deswegen die Voraussetzung und nicht einfach Beiwerk. Dazu gehören ein starker Datenschutz und Datensicherheit. Elektronische Krankenakten, Versicherungsdaten oder auch Datenaustausch bei Onlinehandel: All das sind Beispiele da-

(Rasmus Andresen)

für, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft darauf verlassen können müssen, dass ihre Daten bei digitaler Kommunikation sicher sind und nicht beispielsweise von Dritten verkauft werden.

Dazu gehört aber neben Gesetzen auch ein **Landesdatenschutzzentrum**, das diesen Aufgaben gerecht werden kann. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir es gestern geschafft haben, im Haushalt für das Landesdatenschutzzentrum neben der schon guten Ausstattung, die sie ohnehin haben, vier Stellen zu beschließen. Frau Hansens Aufgabe wird im digitalen Zeitalter immer wichtiger. Wir Grüne unterstützen sie dabei mit voller Kraft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und Dr. Kai Dolgner [SPD])

Nicht alles, was technisch möglich ist, kann ethisch vertretbar sein. Ich war bei der schon beschriebenen Reise im Silicon Valley in der Wirtschaftsdelegation von über 50 Menschen dabei, übrigens auch der Kollege Koch für die CDU-Fraktion. Ich weiß nicht, ob Sie sich da miteinander ausgetauscht haben, ich hatte nicht den Eindruck.

(Zuruf)

- Dann hätte ich gern einmal Mäuschen gespielt und gehört, was er Ihnen erzählt hat!

(Daniel Günther [CDU]: Wir nehmen dich das nächste Mal mit dazu!)

Der Kenntnisstand von Herrn Koch muss zumindest über dem gelegen haben, was Sie hier gerade heute Morgen verzapft haben; aber das nur nebenbei.

(Lars Winter [SPD]: Das lässt tief blicken!)

Wir haben dort über viele Fragen gesprochen, unter anderem auch über ethische Fragen und über die Frage, wer zum Beispiel die Verantwortung - wir waren sowohl bei Tesla wie auch bei Mercedes - dafür übernimmt, wenn **autonome Fahrzeuge** einen Unfall bauen. Das kann ja passieren. Oder wer übernimmt die Verantwortung, wenn autonome Fahrzeuge vor der Frage stehen auszuweichen oder nicht, wenn in beiden Fällen Opfer entstehen würden? Wie wird so etwas entschieden? Wer trägt denn dort die Verantwortung? Ist es noch der Fahrer? Sind es die Hersteller? Ist es der Gesetzgeber, der das zugelassen hat? - Das alles ist noch nicht gelöst.

Zu alledem brauchen wir **ethische Debatten** auf allen Ebenen. Das Ganze gilt auch für Aspekte der Massenüberwachung, die durch Digitalisierung einfacher wird, aber auch durch künstliche Intelligenz

in anderen Bereichen, wo wir auch vor solchen Fragen stehen.

Deswegen ist es gut und richtig, dass die Landesregierung hier nicht mit einem Federstrich so tut, als hätte sie eine Lösung - die kann man nämlich gar nicht haben -, sondern sagt: Wir brauchen eine **Ethikkommission**, und wir müssen uns über diese Prozesse mit unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft unterhalten, wir müssen darüber diskutieren, bevor wir dann vielleicht auch politische Entscheidungen zu diesen Fragen treffen. Wir Grüne unterstützen diese Ethikkommission. Sie ist ein guter Schritt.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Neben vielen unterschiedlichen Aspekten ist aber natürlich der **Ausbau** unserer **digitalen Infrastruktur** die Grundlage, das ist gar keine Frage. Flächendeckende Breitbandversorgung muss unser Ziel sein. Schleswig-Holstein liegt - diese Zahlen sind schon genannt worden - mit 23 % der Haushalte mit Glasfaseranschlüssen und 70 % Abdeckung von mehr als 50 Mbit im Flächenländervergleich vorne. Es gibt deshalb keinen Grund, hier Alarm zu schlagen und so zu tun, als hätten wir weniger erreicht als andere. Aber natürlich können wir damit nicht zufrieden sein. Gerade wenn wir nach Skandinavien und ins Baltikum schauen, dann sehen wir die Vorbilder in der Nachbarschaft. Natürlich müssen wir deshalb diesen Weg auch gemeinsam weitergehen.

Was ich dann allerdings nicht verstehe, weder in Ihrer Rede, Herr Kollege Günther, noch in den Beiträgen von Herrn Bernstein in den letzten Tagen, wo ich schon einmal in einer Diskussionsrunde das Vergnügen hatte, darüber mit ihm zu diskutieren, ist, was Sie denn für Ansätze haben, die so unterschiedlich zu unseren sind; denn eins muss man doch sagen: Die Aufgabe, den **Breitbandausbau** voranzutreiben, ist so kostenintensiv, dass wir das beispielsweise als Land gar nicht alleine machen können und wir so oder so - egal ob CDU, FDP, PIRATEN, Grüne, SSW, SPD - vor derselben Frage stehen und uns alle überlegen müssen, wie wir mit der Kombination aus unterschiedlichen Förderprogrammen weiter vorankommen. Natürlich wollen wir dieses Ziel so schnell wie möglich erreichen, gern ein bisschen schneller, als wir es realistisch aufgeschrieben haben. Das hat nämlich auch etwas damit zu tun, ob wir hier Versprechungen machen wie Sie damals, die man nicht halten kann, oder ob wir sagen: Wir machen uns ehrlich und geben den Menschen eine verlässliche Perspektive. Wenn es dann schneller geht, dann ist es umso besser.

(Rasmus Andresen)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dasselbe gilt übrigens auch für **WLAN an öffentlichen Plätzen**. Auch das ist natürlich etwas, was wir unterstützen. Es ist gut, wenn sich Städte - viele machen es - gemeinsam mit Stadtwerken oder mit anderen Akteuren auf den Weg machen. Da, wo wir Landesfläche haben und wo wir Hotspots anbieten können, sollten wir diesen Weg weitergehen.

Den Piratenantrag zu diesem Thema, der noch einmal rechtliche Fragen ein bisschen abstrakter formuliert und aufgreift, unterstützen wir selbstverständlich. Alles, was darin steht, ist vollkommen richtig und kann helfen, wenn sich diese Position auch im Bund durchsetzt.

(Beifall PIRATEN, Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deutlich schneller geht es in den **Schulen** mit schnellen **Internetverbindungen**. Zurzeit ist es ja noch so, dass Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler es an einigen Schulen kaum schaffen, innerhalb einer Unterrichtsstunde einfache Textrecherchen durchzuführen, weil die Internetverbindung so langsam ist. Das muss man sich einmal vorstellen, wie weit wir da an einigen Schulen noch zurück sind. Gleichzeitig passiert hier aber viel. Der Ministerpräsident hat es genannt, dass unser Ziel ist, alle Schulen in den nächsten vier bis fünf Jahren mit schnellen Internetverbindungen auszustatten. Das ist ein wichtiges Ziel und hat natürlich auch unsere grüne Unterstützung.

Herr Kollege Günther, auch dort vielleicht noch eine Anmerkung zu Ihnen. Sie haben ja behauptet, dass das Ziel sei, dass es in vier oder fünf Jahren abgeschlossen sei und dass dann auch erst die nächsten Schulen angeschlossen würden. - Auch das stimmt nicht. Auch da müssen Sie sich einmal ehrlich machen. Deswegen mein Zwischenruf, für den ich zumindest an der Grenze zum Ordnungsruf war.

(Christopher Vogt [FDP]: Das können wir noch nachholen!)

Sie behaupten Sachen, die so nicht stimmen. Gerade bei dem Thema Schulen schneller ans Netz kann man das auch nachweisen, dass Sie das getan haben: Sie haben behauptet, dass in den nächsten Jahren keine Schulen angeschlossen würden. Ich kann Ihnen sagen, dass wir 2017 damit loslegen und durch dieses Programm beispielsweise die Berufsschulen in Husum und in Rendsburg - Rendsburg ist ja nicht so weit von Ihrem Wahlkreis entfernt,

soweit ich weiß - schon angeschlossen werden. Also behaupten Sie hier nicht das Gegenteil, wenn Sie es selbst besser wissen.

Aber auch bei **Infrastrukturfragen** müssen wir natürlich aufpassen, dass wir von der Entwicklung nicht eingeholt werden. Das kann natürlich passieren, wenn man bereits jetzt sieht, dass 56 % der Internetnutzerinnen und Internetnutzer vor allem **mobiles Internet** nutzen. Dieser Anteil der Nutzer ist in den letzten Jahren extrem nach oben gegangen. Als ich - und viele andere hier auch - 2009 hier in den Landtag gewählt wurde, lag der Anteil noch bei unter 10 %, jetzt sind es 56 %. Es ist sicherlich der Bereich, in dem am meisten Potenzial und Wachstum zu erwarten ist. Wir kennen es auch von uns allen: Auch wir nutzen doch alle, wenn wir in Sitzungen sitzen, die vielleicht nicht immer gleich spannend sind, unser Smartphone, um E-Mails zu checken, um bei Facebook etwas über Debatten zu posten oder Zugverbindungen zu checken. Das heißt, das ist bei uns jetzt schon Alltag, und wir dürfen das auch bei Infrastrukturzielen nicht vernachlässigen.

Die meisten Anmerkungen bei meiner Facebook-Abfrage zur Digitalisierung gab es allerdings zu dem Bereich **Bildung und Medienkompetenz**. Das ist ein Thema, das hier sehr viele Menschen bewegt. Das kann ich gut verstehen. Die Digitalisierung soll Qualitätsimpulse für guten Unterricht geben. Viele Schulen haben sich dort bereits auf den Weg gemacht. Es gibt im ganzen Land Modellschulen, in denen Tablets und Notebooks im Unterricht eingesetzt werden und über Lern-Apps der Unterricht erweitert wird.

Mit meiner Kollegin Anke Erdmann war ich vor einigen Wochen an der AVS in Flensburg, wo die Nutzung von Tablets mit pädagogischen Konzepten bereits in Verbindung gebracht wird. Die AVS in Flensburg ist Teil des „Media Matters“ Medienkompetenzprojekts der Europa-Universität Flensburg, Herr Kollege Krumbeck. Das ist ein Projekt, das wir gestern im Haushalt übrigens mit 100.000 € zusätzlich ausgestattet haben. Das heißt, auch über die Punkte der **Medienkompetenzstrategien** passiert eine ganze Menge. Mit diesen Mitteln können sie es schaffen, noch mehr Schulen im Land zu erreichen. Das ist, glaube ich, eine ganz gute Sache.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Wir stellen die Medienkompetenz insgesamt neu auf. Unser Ziel muss sein, dass alle Schülerinnen und Schüler über die Schulen den Umgang mit Medien in der Schule vermittelt bekommen und aus-

(Rasmus Andresen)

probieren können. Von diesem Ziel sind wir noch ein Stück entfernt. Das gehört zur Wahrheit auch dazu.

Wir unterstützen die Forderung der Schulen, ähnlich wie in den skandinavischen Ländern vom **Schulträger** einen **Technikerpool** zur Verfügung gestellt zu bekommen. Dass sich Lehrkräfte in der Freizeit um die technische Ausstattung kümmern müssen, ist suboptimal. Wenn die Kommunen in ein bis zwei Techniker investierten, die die Schulen bei technischen Fragen unterstützen, wäre dies eine nachhaltige Investition, die die Lehrkräfte sinnvoll entlastet und dazu führt, dass sich Lehrkräfte stärker auf die pädagogische Ausgestaltung konzentrieren können.

(Volker Dornquast [CDU]: Wer bezahlt das?)

- Habe ich ja gesagt, Herr Kollege! Guten Morgen!  
- Auch anderen Generationen muss digitale Teilhabe ermöglicht werden. Es geht nicht nur um junge Menschen. Deshalb wollen wir mit dem Offenen Kanal federführend und gemeinsam mit den Volkshochschulen, den Verbraucherzentralen und den Hochschulen eine **Medienkompetenzstrategie** aufstellen. Der Kollege Krumbeck hat dazu auch schon ein paar Sätze gesagt. Zur Medienkompetenz gehört nämlich auch, dass wir Menschen fit dafür machen, im Internet zwischen unterschiedlichen Informationen zu unterscheiden. Es ist ein erfolgversprechender Ansatz, Medienkompetenz zu vermitteln und zu sehen, wo Unterschiede zwischen Fake News auf der einen Seite und journalistisch seriösen Informationen auf der anderen Seite liegen. Wir wünschen uns, dass auch diese Aspekte in unserer Medienkompetenzstrategie berücksichtigt werden.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen unsere **Schulen** fachlich fitmachen, um **Wissen über Digitalisierung** zu vermitteln. Es geht nämlich nicht nur darum zu verstehen, wie man Google oder Facebook bedient, sondern es geht darum zu verstehen, wie Google und Facebook funktionieren, mit anderen Worten, zu verstehen, mit welchen Geschäftsmodellen sie erfolgreich sind und wie diese technisch umgesetzt werden. Ähnlich wie bei den Schulen wollen wir auch an den Hochschulen die Digitalisierung und die Neuen Medien dazu nutzen, Qualitätsimpulse für guten Unterricht beziehungsweise gute Lehre zu setzen.

(Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

Gerade die Fachhochschule Lübeck - ich erwarte Ihre Zwischenfrage mit Spannung - ist modellhaft bei Onlinestudiengängen. Aber auch für ganz normale Vollzeitstudiengänge können Vorlesungen durch Einsatz von digitaler Technik didaktisch aufgewertet werden. Ich habe es schon ins Skript geschrieben: Zwischenfrage PIRATEN.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Hast du auch die Antwort schon reingeschrieben? - Heiterkeit)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann hat jetzt der Kollege Uli König von der Piratenfraktion das Wort für eine Bemerkung.

**Uli König** [PIRATEN]: Vielen Dank, Herr Kollege Andresen, dass ich jetzt diese Zwischenfrage nach Ihrem Manuskript stellen darf. - Sie sagen, die Leute sollen verstehen, was Facebook und Google machen. Wieso haben Sie dann das Pflichtfach Informatik abgelehnt?

(Beifall Sven Krumbeck [PIRATEN])

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das ist eine Frage, die ich nicht erwartet habe, die aber gut zu beantworten ist. Ich habe eigentlich eine andere Frage erwartet. Die kommt vielleicht beim nächsten Absatz, nachdem der Punkt noch deutlicher wird. - Zum Thema **Pflichtfach Informatik!** Wir haben es abgelehnt, weil wir beim Thema Informatikunterricht unter anderem vor der Situation stehen - das wissen Sie auch -, dass wir gar nicht genug Lehrkräfte haben, die in diesem Fach unterrichten könnten. Wir haben dazu schon Landtagsdebatten gehabt. Die Kollegin Erdmann hat dazu auch gesprochen. Ich empfehle dazu ihren Redebeitrag.

Dadurch, dass wir noch nicht das Angebot an Lehrkräften haben, halten wir es für den falschen Ansatz, ein Pflichtfach einzuführen. Diese Forderung umzusetzen, ist gewissermaßen wie, den zweiten Schritt vor den ersten zu setzen. Wir müssen allerdings dafür sorgen, dass mehr Informatiklehrer ausgebildet werden. Da gebe ich Ihnen recht. Was wir auch machen und verstärkt machen müssen, ist, diese Thematik in anderen Fächern stärker zu verankern. Unsere Position ist, dass es nichts nutzt, immer neue Schulfächer zu schaffen. Diese Ansätze und Fragestellungen müssen vielmehr auch in anderen Fächern verankert werden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Kollegen König?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte, Herr Kollege.

**Uli König [PIRATEN]:** Ich mache es kurz. Ich möchte jetzt keine große Bildungsdebatte aufmachen. - Ich habe nur einfach die Frage an Sie: Würden Sie es denn für sinnvoll halten, dass man Informatik als Mangelfach erklärt? Ein kleiner Hinweis, bevor Sie antworten: Man kann ein Fach nicht zu einem Mangelfach erklären, wenn es kein Pflichtfach ist. Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt.

(Christopher Vogt [FDP]: Aber er wurde abgelehnt!)

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich verstehe, was Sie meinen. Wir können lange darüber diskutieren, ob es sinnvoll wäre, das zu tun. Das kann perspektivisch eine Antwort sein. Aber wir müssen über mehr Klarheit die anderen Punkte haben, die ich gerade erwähnt habe. Das haben Sie in Ihrem Antrag nicht gemacht. Dann kann das ein weiterer Schritt sein. Dagegen verwahren wir Grüne uns jedenfalls nicht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Dr. Breyer, bitte.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Ich versuche, die für uns vorgesehene Frage aus Ihrem Skript zu treffen. - Wenn Sie **Online-Vorlesungen an Universitäten** für sinnvoll halten, warum haben Sie dann gestern gegen unseren Antrag gestimmt, Haushaltsmittel bereitzu-

stellen, um ein Pilotprojekt auf den Weg zu bringen, um Vorlesungen auch online abrufbar zu machen?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das war übrigens die Frage, herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit SPD - Zuruf: Was hat er jetzt gewonnen?)

Dazu brauchen wir nicht Ihren Antrag, Herr Breyer. Ich glaube, dass es auch im Rahmen der jetzigen Planungsressourcen der Hochschulen möglich ist, dass sie sich auf diesen Weg machen. Ich weiß auch, dass unsere Landesregierung, dass unser Staatssekretär keinen Nachhilfebedarf hat, sondern es erste Schritte an Hochschulen geben kann und geben wird. Ich weiß, dass die Hochschulen selbst schon darüber nachdenken. Manchmal brauchen sie den parlamentarischen Input von PIRATEN oder Grünen nicht, sondern kommen auch von selbst auf gute Ideen.

Was ich viel spannender finde, ist nicht der Modellversuch, den Sie gestern beantragt haben, der aus meiner Sicht auch ohne eigenen Haushaltstitel durchgeführt werden kann, sondern wie wir es im übernächsten Schritt schaffen, von Modellversuchen hin zu einer Flächendeckung zu kommen. Darüber werden wir diskutieren können. Wenn das nicht ohne zusätzliche Finanzressourcen geht - wir haben den Hochschulen schon ein wenig Geld gegeben; so ist es ja nun nicht -, können wir gern noch einmal über den Ansatz sprechen, dafür Geld in den Haushalt einzustellen. Aber ich glaube nicht, dass wir das Geld für einen Modellversuch brauchen.

Wichtig bleibt, dass Vorlesungen an den Hochschulen aufgezeichnet werden und online bereitgestellt werden sollen. Inhaltlich sind wir da nicht auseinander. Das soll natürlich nicht dazu führen - das ist wahrscheinlich das platte Gegenargument dazu -, dass kein Mensch mehr in die Uni geht. Es soll im Gegensatz dazu führen, dass Studierende die Möglichkeit haben, bestimmte Sequenzen nachzuschauen und im eigenen Tempo, das vielleicht nicht immer mit dem des Professoren oder der Professorin übereinstimmt, die Möglichkeit zu haben, gehörtes Wissen aufarbeiten zu können.

Wissenschaftliche Diskurse können dadurch an Qualität gewinnen. Wir werden unsere Hoch-

(Rasmus Andresen)

schulen unterstützen. Das habe ich gerade schon auf die Frage des Kollegen Breyer dargelegt.

Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um in unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen produziertes Wissen der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Deshalb hat das Land - ich erwähne unseren Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Rolf Fischer - bereits zu Beginn der Legislaturperiode begonnen, an einer **Open-Access-Strategie** zu arbeiten.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Das ist im Übrigen, ähnlich wie bei vielen anderen Punkten, der Grund - Herr Günther hat meinen Beitrag anscheinend nicht ausgehalten, er ist rausgegangen; das ist interessant -, dass wir uns zuerst mit den Menschen hinsetzen, mit ihnen diskutieren und darüber sprechen, welches die Ansätze sein könnten, und dann gemeinsam daran arbeiten, eine Strategie zu machen, und zu entscheiden, wie diese Strategie aussieht. Herr Günther hat hier vorhin gesagt, dass das der falsche Weg sei. Er hat angekündigt, falls er jemals in diesem Land über seine jetzige Rolle hinaus Verantwortung, also in der Regierung, tragen sollte, das anders machen zu wollen, dass er erst einmal beschließen will, dass er erst einmal sozusagen Grundsatzentscheidungen treffen und danach mit den Leuten reden will. Das ist interessant. Das ist nicht unser Ansatz. Die Open-Access-Strategie ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir das anders gemacht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Kai Dolgner [SPD])

Dort ist unter anderem die Idee eines **Publikationsforums** entstanden, das mit Landesmitteln unterstützt werden soll, oder ein **Dokumentenserver für Open-Access-Dokumente**, die in unseren Hochschulen entstehen. Unser Ziel ist es nämlich, wissenschaftliche Arbeiten nach und nach komplett frei für alle zur Verfügung zu stellen oder zumindest für wissenschaftliche Arbeit an Hochschulen und Forschungseinrichtungen das Urheberrecht so zu verändern, dass Texte für die wissenschaftliche Arbeit komplett zur Verfügung gestellt werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wir haben diese Debatte in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses anlässlich des **VG-Wort-Vertrages** geführt. Das ist auf jeden Fall ein Punkt, an dem wir dranbleiben müssen - auch deswegen, weil die gemeinsame Initiative aller Fraktionen mit dazu

geführt hat, dass da jetzt noch einmal nachverhandelt wird und sich die VG Wort mit der KMK noch einmal hinsetzt und versucht, andere Lösungen zu finden. Ich glaube, darauf können wir gemeinsam stolz sein. Es war ein einstimmiger Beschluss des Bildungsausschusses.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden unsere Hochschulen und Schulen fit für die Digitalisierung machen. Wir wollen die **Digitalisierung** nutzen, um Kreativität und Freiräume zu fördern. Wir unterstützen deshalb die Einrichtung sogenannter FabLabs, offener Werkstätten mit technischer Ausstattung, an Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen. Es ist gar nicht einzusehen, warum es so etwas nur an ein paar Hochschulen geben soll. Auch an einigen Schulen wäre das gut.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

Wir brauchen nämlich auch für Schülerinnen und Schüler mehr kreative Freiräume, denn wir glauben, dass, wer die Möglichkeit hat, kreativ zu sein, ganz andere Fähigkeiten entwickelt und sich in einer digitalen Gesellschaft auch viel besser zurechtfinden kann, als wenn man das alles ausblendete.

Wir begrüßen, dass durch die Digitale Agenda unsere Wirtschaftsstruktur nachhaltig verändert werden kann - so lese ich es zumindest als Grüner. Es ist schade, dass der Wirtschaftsminister gerade nicht da ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Der sitzt da oben!)

Statt alter Gasthöfe wollen wir neue kreative Start-ups fördern. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, Städten wie Berlin oder Tel Aviv blind nachzueifern. Diese Städte haben besondere Stärken, während Schleswig-Holstein andere hat. Wir sollten uns davon inspirieren lassen und gleichzeitig unser eigenes Profil schärfen.

Start-ups wie „My Boo“, das mit der Produktion von Bambusfahrrädern Geld verdient und damit Bildungsprojekte in Ghana finanziert, oder Schneexagon, die mit ökologischem Schneckenabwehrmittel vor wenigen Jahren den Ideenwettbewerb des Landes gewonnen haben, sind dafür gute Beispiele. Ich habe in der letzten Debatte schon Groundkeeper erwähnt, eine neue App, die versucht, Menschen zusammenbringen, damit sie öffentliche Plätze oder Naturräume neu entdecken und dort Gemeinschaftsaktivitäten entfalten.

Das sind alles Beispiele für junge Gründerinnen und Gründer bei uns im Land, die zum Teil moder-

(Rasmus Andresen)

ne Technik nutzen und sozial und ökologisch nachhaltig ticken. Davon profitieren wir alle, und wir sollten sie unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die wollen natürlich alle mit ihren Ideen ökonomisch erfolgreich sein, aber sie setzen alle nicht ausschließlich auf Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das zeigt, wie grundsätzlich sich unsere Gesellschaft in diesem Bereich verändern kann. Wir Grüne wünschen uns - und so lese ich die Digitale Agenda -, dass sich die **Wirtschaftsförderung** zukünftig stärker an sozialen und ökologischen **Innovationen** ausrichten soll. Das ist ein gutes Signal.

Wir wollen zusätzlich ein **Stipendienprogramm** für junge Gründerinnen und Gründer, damit sie Erfahrungen im Baltikum oder in Skandinavien sammeln können und sich mit Gründerinnen und Gründern dort austauschen können. Wir wollen an den Hochschulen die **Gründerzentren** stärker fördern und Coworking Spaces ausbauen.

Ein kreatives Umfeld ist entscheidend, um neue Ideen entstehen zu lassen. Wir unterstützen deshalb den Plan der Landesregierung, ein **Kontaktbüro des Landes im Silicon Valley** zu eröffnen. Wie ich gerade eben schon gesagt habe, ist das Ziel nicht, alles abzukupfern, sondern dort zu sein, wo Entwicklungen stattfinden. Es geht darum, dort eine **Anlaufstelle für neue Unternehmen**, für junge Gründerinnen und Gründer, aber auch für alte Unternehmen, für die das interessant ist, zu haben, wie es andere Bundesländer wie Bayern schon haben. Es ist eine gute Idee. Wir sollten weiter daran arbeiten und versuchen, eine Finanzierung gemeinsam mit den daran interessierten Unternehmen hinzubekommen.

Wir dürfen uns aber bei der Digitalisierung nicht nur um potenzielle Gewinnerinnen und Gewinner kümmern. Wir müssen auch dafür sorgen, dass alle Gewinnerinnen beziehungsweise Gewinner sein können. Viele Menschen haben Befürchtungen. Das ist so, und man darf es nicht verschweigen. Gemeinsam mit den Kolleginnen Astrid Damerow und Petra Nicolaisen und dem Kollegen Flemming Meyer war ich in der Herbstpause bei den Mürwiker Werkstätten in Flensburg. Dort gibt es die Befürchtung, dass durch die Digitalisierung und Automatisierung Menschen mit Behinderung, aber auch andere Menschen, die einfache körperliche Tätigkeiten ausüben, zu den Verlierern gehören werden.

Wenn man ehrlich ist, wissen wir alle nicht, in welche Richtung es geht. Es besteht diese Gefahr, bei-

des kann passieren. Sicherlich werden durch die **Automatisierung Arbeitsplätze wegfallen**. Auf der anderen Seite ist es aber auch denkbar, dass beispielsweise Menschen mit Behinderung durch Technik so unterstützt werden können, dass die Unterschiede zu anderen Menschen bei körperlicher Arbeit in Zukunft geringer werden. Es ist unsere Aufgabe, die Digitalisierung so auszugestalten, dass alle Menschen davon profitieren. Eine soziale Spaltung in wenige Gewinner und viele Verlierer darf es nicht geben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch unsere **öffentliche Verwaltung** kann durch die Digitalisierung profitieren. Es ist vom Kollegen Dr. Dolgner und vom Ministerpräsidenten schon einiges dazu gesagt worden, wo es schon so läuft und warum wir eigentlich gar nicht so schlecht sind. Wir führen irgendwelche alten Gesetze von Schwarz-Gelb nicht einfach aus Boshaftigkeit nicht weiter.

Ich möchte aber noch einmal betonen, was, so glaube ich, ein wichtiger Ansatz ist: Die unterschiedlichen Ebenen der öffentlichen Verwaltung - Kommunen, Land, perspektivisch vielleicht auch der Bund - sollen miteinander verbunden werden, um es den Bürgerinnen und Bürgern so einfach wie möglich zu machen, bei einer **zentralen Anlaufstelle Verwaltungsgänge** online erledigen zu können. Das ist ein Mehrwert, von dem wir noch ein Stück entfernt sind. Wenn wir ihn aber erreichen, so hat er für alle nur Vorteile.

Die Bürgerinnen und Bürger haben dann bei Zulassungsstellen oder in Rathäusern keine nervigen Wartezeiten mehr und müssen sich nicht erst informieren: Wo muss ich mein Auto anmelden? Wo hole ich meinen Pass ab? Wo beantrage ich sozialstaatliche Leistungen? - Das zu kombinieren, hat für die Bürgerinnen und Bürger einen großen Mehrwert. Aber auch die Akzeptanz der öffentlichen Verwaltung kann durch solche Maßnahmen massiv nach oben gehen. Ich glaube, dass das in diesen Zeiten ein gutes Ziel ist.

Wir stehen bei der Digitalisierung vor einer extrem großen Aufgabe. Die Landesregierung hat sich schon vor einigen Jahren auf den Weg gemacht und legt hier mit der digitalen Agenda ein Zwischenergebnis vor.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Dieser Weg wird wahrscheinlich nie enden. Wir wünschen uns, dass diese Diskussion so offen und



**(Rasmus Andresen)**

vielfältig weitergeht, wie sie durch den Ministerpräsidenten und das Team der Staatskanzlei in den letzten Jahren vorangetrieben wurde, nicht zuletzt durch den Chef der Staatskanzlei, Thomas Losse-Müller.

Uns als Grünen gefällt eine bestimmte Idee für die Rolle des Parlaments ganz besonders: Es ist im Rahmen der Digitalen Agenda der Vorschlag entstanden, in der nächsten Wahlperiode eine **Enquetekommission** einzurichten, um diese Fragen parlamentarisch zu begleiten. Ich glaube, dass wir als Parlament hier noch nicht unsere Rolle gefunden haben; das zeigen auch einige der unwissenhaften Beiträge der Opposition.

Ich habe das noch mit niemandem abgestimmt. Schauen wir, ob die Regierungsfaktionen klatschen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, dass eine solche Enquetekommission eine gute Idee ist, um diesen Prozess aus Landtags-sicht zu begleiten. Ich würde mich freuen, wenn wir das im nächsten Landtag, mit wem auch immer, gemeinsam beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir Gäste der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung aus Eutin. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie glauben gar nicht, wie ich mich freue, nach nunmehr über zwei Stunden in diese wirklich spannende Debatte eingreifen zu können.

(Heiterkeit und Beifall FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Wir uns auch!)

Es gab schon bemerkenswerte Redebeiträge. Ich muss aber ganz ehrlich sagen: Herr Dr. Dolgner hat hier das Highlight gesetzt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Ich habe zwischendurch gedacht, ich wäre beim Karneval in Düsternbrook gelandet.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, genau! - Zuruf SPD: In Düsternbrook?)

- Ja, da hat offensichtlich jemand mit Peter Lustig gefrühstückt. Ich weiß es nicht.

Auf jeden Fall ist es gut, dass nun auch die Landesregierung ihre Vorstellungen zur Digitalen Agenda für unser Bundesland vorgelegt hat. Herr Dr. Dolgner, ich glaube in der Tat, dass man kein oppositioneller Miesmacher sein muss, um zu erkennen, dass Ende 2016, wenn wir noch drei Landtagstagungen bis zur Landtagswahl haben, ein relativ später Zeitpunkt ist, zu dem uns die Landesregierung mit ihren Vorstellungen beglückt.

(Beifall FDP - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Die Alternative war, es gar nicht zu machen!)

Der Kollege Daniel Günther hat auch einen guten Redebeitrag geleistet. Ich habe zur Kenntnis genommen, dass er seine Unterlagen nicht ordentlich liest und Sachen noch abheftet. So viel zur Digitalisierung bei der CDU-Fraktion.

(Heiterkeit und Beifall FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Dolgner, mir war bisher gar nicht bekannt, wie Opposition so arbeitet. Ich habe jetzt aber verstanden, wie man als Regierungsfraktion arbeitet. Sie haben uns heute in fast 28 Minuten - Zwischenfragen nicht eingerechnet - erklärt, eigentlich sei alles ganz toll, und wenn etwas nicht gut läuft, so war es Schwarz-Gelb.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Das fand ich auch bemerkenswert.

(Beifall FDP)

Insofern war das große Regierungsrhetorik, die wir hier heute genossen haben.

So, meine Damen und Herren, ich komme zum Thema. Der Kollege Andresen hat viele inhaltliche Dinge gesagt. Ich versuche auch, zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu sprechen, und ich versuche, damit einen Trend in Bewegung zu setzen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dolgner?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Dr. Dolgner, da Sie heute noch so wenig Redezeit hatten, lasse ich das gern zu. Das ist dann aber auch die letzte.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:** Ich renne auch bei der Antwort nicht weg, Herr Kollege.

- Schauen wir einmal, wie die Antwort ausfällt.

Sie haben ja gemeint, eine grundsätzliche Struktur meiner Rede erkannt zu haben. Da ich ein bekannt schwaches Gedächtnis habe: Welches Beispiel habe ich denn gebracht - außer KoPers, auf das der Oppositionsführer selber als besonders negatives Beispiel hingewiesen hatte, an dem wir schuld wären - zur schwarz-gelben Regierung und Digitalisierung? Habe ich etwas dazu gesagt, außer die Richtigstellung - das ist einmal ein Faktencheck - bezüglich Herrn Günther? Ich kann mich nicht erinnern, aber Sie können mir helfen. Ich bleib auch so lange stehen, bis ich das höre.

- Herr Dr. Dolgner, Sie können sich auch wieder hinsetzen. So großartig war Ihre Rede inhaltlich nicht, als das ich darauf jetzt noch lange eingehen möchte.

(Beifall FDP - Zurufe SPD: Oh!)

Meine Damen und Herren, ich würde gern zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten kommen. Ich kann verstehen, dass die Opposition - Entschuldigung, Sie sind ja noch die Koalition! -, dass die Koalition ungern darüber reden möchte, was der Ministerpräsident erzählt hat. Ich versuche trotzdem, darauf einzugehen.

Also, es ist sehr spät, Ende 2016 ist sehr spät für das, was uns die Landesregierung präsentiert hat. Aber das muss ja auch nicht schaden, wenn dadurch das wichtige Thema Digitalisierung im Wahlkampf eine größere Bedeutung bekommt.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Dr. Tietze, es ist ja ein wichtiges **Zukunftsthema**, wie wir diesen Prozess politisch begleiten. Aus meiner Sicht hat die Landesregierung - Herr Dr. Dolgner, aufgepasst! - durchaus die richtigen Handlungsfelder identifiziert. Es gibt viele Überschneidungen mit den Vorschlägen, die wir Ihnen im November vorgelegt hatten. Insofern geht es - wie immer im Leben - um Chancen und um Risiken.

(Serpil Midyatli [SPD]: Jetzt kommt es!)

Meine Damen und Herren, für Schleswig-Holstein sieht meine Fraktion durch die zunehmende Digitalisierung deutlich mehr Chancen als Risiken. Die Voraussetzung dafür allerdings ist, dass das Land endlich in die Puschen kommt und die großen Herausforderungen auch tatsächlich annimmt, den unaufhaltbaren Digitalisierungsprozess politisch zu begleiten.

Herr Dr. Dolgner, Sie haben uns heute das digitale Grundbuch als großen Erfolg verkauft. Ich weiß nicht: Es ist zwar ganz toll, dass wir da ganz vorn sind, mit Bayern zusammen, aber das **digitale Grundbuch** ist noch kein Indiz dafür, dass Schleswig-Holstein Digitalisierung wirklich verstanden und aufgegriffen hat.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Also, wenn wir es nicht als erstes Bundesland hätten, wäre das besser?)

- Nein. Ich mache einfach weiter.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das ist doch keine Logik!)

Meine Fraktion wünscht sich über das Grundbuch hinaus mehr politischen Ehrgeiz beim Thema Digitalisierung. Es mangelt aus meiner Sicht immer noch an Mut und Engagement. Wir wollen Schleswig-Holstein zu einer digitalen Vorzeigeregion in Europa machen. Herr Dr. Dolgner, auch wenn nicht alles schlecht ist, ist unser Bundesland von diesem zugegebenermaßen ehrgeizigen Ziel noch Lichtjahre entfernt.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Und wenn das Land so wenig investiert wie aktuell - wir haben gestern darüber lange debattiert -, wird es auch nichts werden, dass Schleswig-Holstein - auch nur ansatzweise - eine digitale Vorzeigeregion werden kann.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Natürlich brauchen wir deutlich mehr **Investitionen**. Gestern wurde darüber gesprochen: Nein, alles andere, was man an rot-grünen Projekten mache, das seien auch alles Investitionen in die Zukunft.

Meine Damen und Herren, beim Thema Digitalisierung sehen wir aber doch: Wir müssen mehr in die Bildungsinfrastruktur investieren, wir müssen mehr in die Wissenschaft investieren, in die Fort- und Weiterbildung und vor allen Dingen natürlich in die digitalen Netze. Es muss aber auch eine Art Kultur-

(Christopher Vogt)

wandel geben, den man auch nicht einfach politisch verordnen kann. Das ist allen Beteiligten auch klar. Das geht nur im Zusammenspiel mit den vielen gesellschaftlichen Akteuren.

Das Land - der Kollege Andresen hat völlig recht - sollte der Entwicklung nicht hinterherlaufen, so wie es die Politik allzu oft tut, sondern versuchen, voranzugehen.

Wenn wir sagen, das Schleswig-Holstein eine digitale Vorzeigeregion in Europa werden soll, dann tun wir das nicht, weil das Thema einen irgendwie modern wirken lässt oder weil die Digitalisierung ein Selbstzweck wäre, sondern man muss die konkreten Vorteile für die Menschen sehen und die durchaus auch bestehenden Risiken minimieren.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wir sehen einfach die Chance, dass unser Bundesland dadurch zu den anderen bislang erfolgreichen Regionen aufschließen kann und das Leben der Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen verbessert wird.

Ich kann aber auch verstehen - Herr Kollege Andresen, auch das haben Sie, glaube ich, richtig angesprochen -, dass die Geschwindigkeit, mit der die Digitalisierung mittlerweile voranschreitet, vielen Menschen schon beinahe Angst einjagt, und dass vor allen Dingen viele Menschen Sorge um ihren Arbeitsplatz haben, um die Tätigkeit, die sie gelernt haben. Es werden mit Sicherheit auch in Schleswig-Holstein Jobs wegfallen und ganze Berufe verschwinden. Es werden eben aber auch viele **neue Berufe** und neue Jobs entstehen.

Ich glaube, die Aufgabe der Landesregierung, Herr Ministerpräsident, ist es, für möglichst gute Rahmenbedingungen zu sorgen, dass diese Jobs eben bei uns und nicht in anderen Regionen Europas, in Asien oder Nordamerika entstehen. Ich glaube, das ist die entscheidende Herausforderung.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, ich verstehe auch nicht, dass beim **Industriebündnis** - ich glaube, der dritte größere Termin findet jetzt am 22. Dezember 2016 statt; jetzt im Frühjahr vor der Landtagswahl soll erst etwas passieren - das Thema Digitalisierung ganz groß angepriesen wird. Wenn ich aber mit den Industrieverbänden, mit den Wirtschaftsverbänden, spreche, dann sagen die mir: Na ja, dieses Industriebündnis ist eine große Placebo-Geschichte, da passiert eigentlich ziemlich wenig. - Das finde ich, ehrlich gesagt, sehr bedauerlich. Ich habe nicht den

Eindruck, dass der Wirtschaftsminister das Industriebündnis mit großer Ernsthaftigkeit vorantreibt.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Wir haben mittlerweile zwar eine Ahnung, wohin die Reise bei der Digitalisierung in den nächsten Jahren gehen könnte, aber in Wahrheit wissen wir das alle nicht ganz so genau. Ich bin mir allerdings relativ sicher, dass die hohe **Lebensqualität** in Schleswig-Holstein ein immer bedeutenderer **Standortfaktor** für unser Bundesland werden wird. Man kann durch die neuen technischen Möglichkeiten zukünftig immer einfacher hier in Schleswig-Holstein leben, auch wenn die Kollegen oder die Kunden ganz woanders sitzen.

Die Voraussetzungen dafür - das haben die Vorredner auch alle richtigerweise angesprochen - ist ein beschleunigter Ausbau der digitalen Netze. Herr Ministerpräsident, es stimmt natürlich: Wir sind dort besser als andere Regionen in Deutschland. Wir sind - Sie haben es gesagt - achtmal schneller als der Bundesdurchschnitt. Sie haben gesagt, wir müssten uns dort mit Ostwestfalen oder anderen Regionen in Bayern messen. Ich glaube aber, ehrlich gesagt, dass unsere Mitbewerber immer weniger in Nordrhein-Westfalen und Bayern sitzen werden, sondern eher in Asien und Nordamerika. Das ist der entscheidende Punkt, auf den man hinaus muss.

(Beifall FDP)

Ich will jetzt gar nicht rummosern, Herr Ministerpräsident, aber ich glaube diese Erkenntnis ist wichtig. Sie haben es völlig richtig beschrieben: Wenn wir nicht die ganzen regionalen Versorger hätten, die das vorangetrieben haben - auch im Lauenburgischen -, dann wären wir dort sehr weit hinterher.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Herr Ministerpräsident, das Backbone-Konzept Ihrer Regierung für die Gegenden, für die der **privatwirtschaftliche Ausbau** - so wird er ja organisiert - eben nicht attraktiv ist, finde ich grundsätzlich richtig. Entscheidend wird in der Tat sein - ich glaube, das ist eine schwierige Geschichte -, dass man sich mit den privaten Anbietern nicht ins Gehege kommt. Das ist eine Herausforderung.

(Beifall FDP)

Ich möchte auch noch einmal eine Lanze für den ländlichen Raum brechen. Dort lebe ich ja auch, nämlich im nördlichen Herzogtum Lauenburg. Dort haben wir seit acht Jahren durch die Vereinigten

(Christopher Vogt)

Stadtwerke schon 100 Mbit/Sekunde in der Wohnung.

(Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Wenn ich mit Menschen spreche, die in der Landeshauptstadt leben, dann höre ich, dass das hier mit schnellem Internet wohl manchmal so eine Sache ist.

(Zurufe und Heiterkeit)

Insofern erkennen wir: Der ländliche Raum ist dort oft weiter und viel besser als der städtische, das liegt eben an diesen **regionalen Versorgern**.

(Zuruf SPD)

- Ja gut, bei Ihnen mag das so sein.

Also, Herr Ministerpräsident, auch für diesen Bereich braucht man deutlich mehr Bundes- und Landesmittel, weil es nur privatwirtschaftlich in der Tat nicht gehen wird.

Eine Voraussetzung dafür ist, weil das eben für viele Menschen immer wichtiger wird, das **mobile Surfen**. Da fehlt es in Deutschland an Wettbewerb. Wir haben immer noch das große Problem, dass es da auch keinen europäischen digitalen Binnenmarkt gibt. Niemand kommt auf die Idee, sich beispielsweise in Finnland oder Italien einen Handyvertrag zu holen, obwohl das europarechtlich eigentlich möglich sein müsste,

(Beifall FDP)

weil es bei den Gebühren keinen Sinn macht. Wenn ich aber sehe, wie wenig Datenvolumen Handykunden für viel Geld in Deutschland im Vergleich zu Frankreich oder Italien haben, dann ist das ein Riesenproblem. Da ist auch der Gesetzgeber aufgefordert, für mehr Wettbewerb zu sorgen. Das ist eine große Herausforderung, die auch die Landesregierung aufnehmen und da bundespolitisch tätig werden sollte.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, ich komme zum Thema **öffentliches WLAN**. Das ist in der Tat - es klingt zwar immer wie ein Nischenthema - ein ganz zentrales Thema. Das kennen alle, die viel mit einem Smartphone unterwegs sind. Die PIRATEN haben völlig recht - ich bin dankbar für den Antrag der Fraktion der PIRATEN zum Thema Störerhaftung -: Solange das so geregelt ist, wie es geregelt ist, nämlich völlig unzureichend, dass immer noch diejenigen, die ihr Netzwerk anderen öffnen, Sorge haben müssen, rechtlich belangt zu werden, wenn dort Straftaten verübt werden, ist das völlig kontra-

produktiv. Solange das in Deutschland so unzureichend geregelt ist, werden wir beim öffentlichen WLAN nicht vorankommen.

(Beifall PIRATEN)

Gleichwohl hatten wir Ihnen gestern bei den Haushaltsberatungen vorgeschlagen, 2,5 Millionen € für öffentlich zugängliches WLAN an allen Gebäuden und Liegenschaften des Landes zunächst - und auch zur Unterstützung von Freifunkinitiativen - zur Verfügung zu stellen. Das wurde leider abgelehnt. Sie wollen jetzt ein Konzept entwickeln. Ich würde mich freuen, wenn die Landesregierung da sehr schnell vorangehen würde. Ich glaube nämlich, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das Thema Störerhaftung muss auf Bundesebene angesprochen werden.

Meine Damen und Herren, es wurde viel gesagt. Ich möchte viele Punkte nicht wiederholen. Aber natürlich bietet die Digitalisierung auch viele Chancen bei den Themen Bildung, Verwaltung und Mobilität oder auch bei der öffentlichen Sicherheit.

Zum Thema Verwaltung: Ich habe neulich einen interessanten Vortrag gehört, wo gesagt wurde, die Kommunen, die kommunalen Verwaltungen, werden sich so stark verändern wie seit 200 Jahren nicht mehr. Damals waren es die preußischen Reformen. Ich glaube, das ist eine große Herausforderung; denn man muss auch sehen: Die finanzielle Ausstattung der Kommunen ist natürlich ein Problem. Das wissen wir, glaube ich, alle. Es wird sehr viele Investitionen erfordern, dies schnell voranzutreiben.

Über das Thema IT-Projekte des Landes ist viel gesagt worden, Herr Kollege Dr. Dolgner. Aber ganz ehrlich, unabhängig von der Zuständigkeit, von der Frage, wer was in Auftrag gegeben hat: Wie das Land IT-Projekte voranbringt oder eben nicht, da wird mir langsam wirklich angst und bange. Ich glaube, wenn wir bei IT-Projekten in dieser Geschwindigkeit weitermachen, haben wir wirklich ein großes Problem.

Für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung ist das Thema Gesundheit. Die **medizinische Versorgung** im ländlichen Raum kann durch den technischen Fortschritt wohl schon in wenigen Jahren deutlich verbessert werden, zum Beispiel, indem Patientendaten etwa ans UKSH oder an den Hausarzt übertragen werden. Das ist natürlich ein großer Vorteil, aber es bringt auch gewaltige datenschutzrechtliche Probleme mit sich.

Herr Kollege Andresen, ich glaube, auch das ist ein ganz wichtiger Punkt: Hierzu sind auch zunächst

(Christopher Vogt)

einmal ethische Diskussionen notwendig. Denn die Frage, wie Gesundheitsdaten von Menschen in die Welt gelangen, ist, glaube ich, ein ganz wichtiges Thema, mit dem man sich beschäftigen sollte. Unser Vorschlag war im November, dass man dem UKSH dort mit einem gesonderten Programm noch einmal Geld zur Verfügung stellt, um dieses Thema gezielter voranzutreiben. Das wäre, glaube ich, eine wichtige Maßnahme des Landes.

Über den gesetzgeberischen Handlungsbedarf habe ich bereits gesprochen. Auch wir sprechen uns selbstverständlich für die **Gewährleistung der Netzneutralität** aus, und wir klagen auch vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die anlasslose **Vorratsdatenspeicherung**, die die schwarz-rote Bundesregierung beschlossen hat. Den besten Datenschutz hat man ja, wenn Daten gar nicht erst gesammelt und gespeichert werden. Es bereitet uns sehr große Sorgen, dass mit diesen von uns gesammelten Vorratsdaten Missbrauch getrieben werden könnte. Damit meine ich nicht in erster Linie unsere staatlichen Institutionen, sondern ich meine Kriminelle, die sich Zugang zu diesen sensiblen Daten besorgen könnten. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich verstehe nicht, dass die Bundesregierung diesen Weg so fahrlässig - wie ich meine - eingeschlagen hat. Sie schützt nicht die Privatheit der Bürger - was eigentlich ihre Aufgabe wäre -, sie gefährdet sie, meine Damen und Herren. Und das ist, glaube ich, ein großes Problem.

(Beifall FDP und PIRATEN)

Wie reformbedürftig unser bisheriges Recht ist, zeigt zum Beispiel auch die **Digitalisierung der Hochschulen**. Veranstaltungen an Hochschulen werden immer öfter im Internet übertragen. Bei einer solchen Übertragung gibt es datenschutzrechtliche Probleme; denn eigentlich müssten zunächst alle, die im Raum sind, unterschreiben, dass sie damit einverstanden sind. Das ist bei Veranstaltungen mit 400 oder mehr Leuten teilweise eine Herausforderung.

Es gibt **urheberrechtliche Probleme**. Die Verwertungsgesellschaft WORT wurde schon angesprochen, aber auch anderes ist davon betroffen. Eine Frage lautet beispielsweise: Was passiert eigentlich mit all den Veröffentlichungen der Dozenten? Auch das ist eine urheberrechtliche Frage, bei der es Handlungsbedarf gibt.

Es gibt verfassungsrechtliche und auch personalrechtliche Probleme. Denn man kann die Digitalisierung der Lehre eigentlich gar nicht verordnen. Es gibt die Freiheit der Lehre - auch dann, Kollege

Eichstädt, wenn Professoren bereits an der Hochschule angestellt sind. Da kann die Unileitung nicht einfach sagen: Ihr macht jetzt dieses oder jenes in puncto Digitalisierung eurer Lehre. - Das ist nicht zuletzt auch eine personalrechtliche Geschichte. Das kann man nicht verordnen. Die Dozenten sind frei. Insofern ist das nichts, was wir hier im Landtag beschließen könnten. Auch an den Hochschulen selbst kann man das nicht so einfach beschließen; das muss man einfach sehen.

Ich glaube, ein gutes Beispiel sind die Hochschulen auch bei den Investitionen. Es gab ja durchaus den einen oder anderen, der gesagt hat: Mit der Digitalisierung ist ja auch ein großes **Einsparpotenzial** verbunden. - Ich sehe das, ehrlich gesagt, völlig anders. Ich glaube, die Digitalisierung wird dafür sorgen, dass die Hochschulen deutlich mehr Mittel brauchen, um sich darauf vorzubereiten.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir in Schleswig-Holstein Arbeitsplätze für die Zukunft haben wollen, dann brauchen wir auch neue Unternehmen, die diese schaffen können. Es gibt an verschiedenen Orten in Schleswig-Holstein eine aktive **Gründerszene**; der Ministerpräsident hat es angesprochen. Das ist auch sehr erfreulich. Ich möchte nichts schlechtmachen. Aber ich glaube, wenn wir uns die Zahl der Existenzgründungen generell anschauen, und wenn wir uns die Anzahl der Start-up-Unternehmen anschauen, sehen wir, dass Schleswig-Holstein da leider noch ein Entwicklungsland ist. Da gibt es noch sehr viel Luft nach oben.

Der Ministerpräsident hat gesagt: Die Start-ups in Schleswig-Holstein stehen an seiner Seite bei diesem Prozess. Was die politische Affinität angeht, so stelle ich fest, wenn ich den Start-up-Monitor anschau und sehe, wie diese parteipolitisch entscheiden würden, dann stellt sich das etwas anders dar. Da sind die Sozialdemokraten noch auf ausbaufähigem Niveau.

(Unruhe)

Wenn diese aber Ihre Veranstaltungen besuchen, Herr Ministerpräsident, ist das vielleicht schon ein erster Schritt hin zur Sozialdemokratie oder zu einer Sozialdemokratisierung der Start-up-Szene. Warten wir einmal ab, wie das weitergeht.

(Beifall FDP)

Aber jetzt im Ernst: Wir wollen Schleswig-Holstein zum Gründerland Nummer 1 machen. Hierzu haben wir Vorschläge vorgelegt, die allerdings leider bereits mehrfach abgelehnt wurden. So muss es bei-

(Christopher Vogt)

spielsweise um bessere Finanzierungsmöglichkeiten gehen. Es braucht mehr Vernetzung und Technologietransfer und deutlich weniger Bürokratie, und es braucht insgesamt ein sehr **gründerfreundliches Klima**. Dazu muss auch gehören, an den Schulen Themen wie Wirtschaft, Selbstständigkeit und Unternehmertum durch eine stärkere Einbindung von Menschen aus der Praxis besser zu vermitteln. - Apropos Schulen: Die Vermittlung von **Medienkompetenz** wird immer wichtiger, nicht nur in den Schulen - dort natürlich besonders. Wir wollen zum Beispiel auch - das war auch unser Vorschlag -, dass Schülerinnen und Schüler bereits an den Grundschulen spielerisch an Programmiersprachen

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

herangeführt werden. Das ist natürlich eine große Herausforderung für die Aus- und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber das muss auch im Seniorenbereich gelten!)

Insofern sind wir der Meinung, dass in der nächsten Wahlperiode - wir werden ja sehen, wer die nächste Landesregierung stellen wird - eines der größten und wichtigsten bildungspolitischen Projekte eine MINT-Offensive sein muss. Ich glaube, wir können uns lange, Herr Kollege König, darüber unterhalten, ob es wichtig ist, Informatik zum Pflichtfach zu machen, oder nicht. Ich sehe es eher so wie der Kollege Andresen: Es muss eigentlich in mehreren Bereichen stärker vermittelt werden, und wir müssen vor allem zunächst einmal die Lehrer fitmachen, damit wir dann auch die Schüler heranzuführen können.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und PIRATEN)

Es ist gut, Kollege Andresen, dass die Bundesregierung etwas erkannt hat. Die Bundesregierung macht ja nicht nur Quatsch, sondern sie macht manchmal auch etwas Gutes.

(Unruhe - Zurufe)

- Liebe Kollegen der FDP-Fraktion, haben Sie noch 2 Minuten Geduld.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit dir haben wir alle Geduld der Welt, das weißt du doch!)

- Vielen Dank dafür. - Es ist gut, dass der Bund ein Programm zur Digitalisierung der Schulen aufgelegt hat. Denn in der Tat ist Bildung aus unserer Sicht eine **gesamtstaatliche Aufgabe**. Deswegen muss der Bund da auch mitfinanzieren. Ich glaube,

dies allein auf die Schulträger abzuwälzen, ist etwas vermessen, wenn wir uns die Finanzausstattung der Kommunen ansehen. Daher wird es nun endlich Zeit, dass wir die Schulen aus der Kreidezeit hinausführen.

Meine Damen und Herren, das Ende der Wahlperiode - das merken wir an allen Debatten hier - ist quasi schon in Sichtweite. Dennoch sollten wir die vorliegenden Vorschläge in einer Anhörung näher beleuchten. Ob wir dies zeitlich hinbekommen, ist eine andere Frage, aber wir sollten es zumindest versuchen. Wir sollten uns auf diesem Wege noch einmal ernsthaft damit beschäftigen. Ich finde, eine möglichst breit angelegte gesellschaftliche Diskussion ist bei diesem Thema absolut angemessen.

Ich schenke Ihnen jetzt noch knapp 11 Minuten Ihrer wertvollen Lebenszeit; machen Sie das Beste daraus! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Meine Damen und Herren! Die Digitalisierung der Gesellschaft schreitet immer weiter voran. Man kann dies uneingeschränkt begrüßen oder kritisch sehen - aufzuhalten ist der **digitale Wandel** nicht. In allen gesellschaftlichen Bereichen, ob im Alltag, im Arbeitsleben oder in der Kommunikation, hält der digitale Wandel unaufhaltsam Einzug. Daher ist es gut und richtig, dass die Landesregierung sich dieses Themas angenommen hat. Ressortübergreifend und gemeinsam mit Experten wurden Ideen und Maßnahmen erarbeitet, die sich in der digitalen Agenda wiederfinden. Von den 40 Workshops mit den circa 400 Teilnehmern ist hier auch schon berichtet worden. Ich glaube, auch das zeigt, dass wir als Regierungskoalition durchaus bereit sind, uns mit den Menschen auseinanderzusetzen und mit ihnen zu diskutieren - wohl wissend, dass die Digitale Agenda keine Bibel ist; denn der Prozess ist nicht abgeschlossen. Es ist ein zukunftsgerichtetes Strategiepapier für unser Land und auch für uns als Politik. Es ist wichtig, für Schleswig-Holstein zu benennen, wie wir den digitalen Wandel begleiten und gestalten wollen. Auch die Digitale Agenda selbst wird da sicherlich nicht immer das letzte Wort sein.

(Lars Harms)

In der digitalen Agenda wurden sieben strategische Kernthemen herausgearbeitet; von der digitalen Infrastruktur über Medienkompetenz und Teilhabe bis zum Thema Governance werden in den jeweiligen strategischen Kernthemen die Schwerpunkte und die politischen Initiativen beschrieben. Ich werde nun mit Sicherheit nicht auf alle Punkte einzeln eingehen.

Richtig ist, Schleswig-Holstein steht hier nicht allein. Alle politischen Ebenen sind in der Verantwortung; vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen sind alle Beteiligten gefordert, die Herausforderungen des digitalen Wandels anzunehmen. Das fängt damit an, dass wir die entsprechende **Infrastruktur** benötigen. Denn egal wo wir uns befinden, die Grundvoraussetzung für die digitale Gesellschaft ist eine leistungsfähige und gut ausgebauten Infrastruktur. Wenn wir diese im ländlichen Raum schaffen, dann hat auch der ländliche Raum wieder völlig neue Perspektiven.

Die Versorgung des Landes bildet somit das Rückgrat und die Grundlage der digitalen Agenda. Daher besteht ein großes und drängendes Bedürfnis, die digitale Infrastruktur mit leistungsfähigem Breitband, sprich **Glasfaser**, weiter auszubauen. Auch da sind wir in der Tat führend in der Bundesrepublik Deutschland. Zu der Frage, wer dafür verantwortlich ist, scheint es unterschiedliche Sichtweisen zu geben. Aber Tatsache ist: Wir stehen hier gut da; und Tatsache ist auch, dass das ein guter Ausgangspunkt dafür ist, um hier auch weiterzumachen.

Die **Breitbandversorgung** ist ein entscheidender Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinden. Ein leistungsfähiges Internet ist nicht nur wichtig für hier ansässige Unternehmen, sondern es ist auch für die Bürgerinnen und Bürger von wachsender Bedeutung. Dort, wo noch keine Glasfaserinfrastruktur verfügbar ist, müssen leistungsfähige Mobilfunkverbindungen den Zugang sichern. Dies darf aber auch nur eine Übergangslösung sein.

Daher ist ausdrücklich zu begrüßen, dass das Land die Breitbandstrategie auf den Weg gebracht hat und weiter systematisch umsetzt. Das Ziel muss bleiben, bis 2030 eine flächendeckende Glasfaserinfrastruktur zu schaffen, und davon weichen wir nicht ab.

Um dies zum Erfolg zu bringen, steht die Landesregierung als wichtiger Partner und Ratgeber an der Seite der Gemeinden. Dabei hat sich insbesondere das **Kompetenzzentrum** bewährt, das als Beratungs- und Koordinierungsstelle zur Verfügung steht. Ausschlaggebend für den Erfolg der Breit-

bandstrategie ist jedoch die flächendeckende Nachfrage nach Glasfaser. Gerade im ländlichen Raum spielt der Kosten-Nutzen-Faktor eine erhebliche Rolle. Die Tiefbaukosten sind mit 70 bis 80 % der wesentliche Faktor für den Erfolg, soll heißen: viele Kilometer Leitung für verhältnismäßig wenig Kunden. Daher ist man gerade dort auf gute Konzepte und Strategien angewiesen, was in der Agenda als Stimulierung der Breitbandnachfrage beschrieben wird. Das jüngst verabschiedete Gesetz zur Erleichterung des Ausbaus digitaler Hochgeschwindigkeitsnetze wird dazu beitragen, die Ausbaukosten zu reduzieren. Das wird dem Ganzen sicherlich einen weiteren Schub geben.

Die **Stimulierung der Breitbandnachfrage**, um damit den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser zu schaffen, muss gelingen, damit alle Bevölkerungsteile den Anschluss an die Neuen Medien haben.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wer dies irgendwann nicht hat, wird sich in der digitalen Lebens- und Arbeitswelt nicht mehr zu rechtfinden und sich schon bald ausgegrenzt sehen. Es geht aber nicht nur um online Einkaufen oder sich online Informieren, es geht um Teilhabe. So wie Rechnen, Lesen und Schreiben zu den Grundfertigkeiten zählen, wird dies auch auf den Umgang mit digitalen Medien zutreffen. In vielen Berufen ist dies schon heute ein Einstellungskriterium.

Wer also nicht zu den Verlierern von morgen gehören will, darf sich dem digitalen Wandel nicht verschließen. Mit einer solchen Aufforderung geht aber auch Verantwortung einher, Verantwortung in dem Sinne, dass Bürgerinnen und Bürger dann auch befähigt sein müssen, mit den modernen Medien umzugehen. Stichwort: Medienkompetenz, Medienbildung.

Wir wollen eine moderne und digitale Gesellschaft, die auch wirklich ihren Nutzen aus den sich ihr bietenden Möglichkeiten zieht. Das stellt uns vor neue **Bildungsanforderungen**. Die Menschen müssen lernen, verantwortungsbewusst und reflektiert mit digitalen Medien umzugehen. Die Fake-News-Diskussion ist ja voll in Gange. Darum müssen wir bereits heute eine Antwort auf die Frage haben, wie wir den Umgang mit digitalen Medien und das digitale Lernen insgesamt weiterentwickeln und gestalten wollen.

Das gilt im Übrigen nicht nur für unsere Kinder und die Lehrkräfte in den Schulen, sondern letztendlich für jeden von uns, aber natürlich haben die Schulen da eine besondere Verantwortung. Deshalb müssen

(Lars Harms)

wir uns gemeinsam und vor allem langfristig mit dieser Thematik befassen. Daher müssen sich unsere **Schulen** auf diese **veränderte Lebenswirklichkeit** vorbereiten. Sie müssen die Chancen, die in diesen Veränderungen liegen, noch aktiver für sich nutzen. Unsere Aufgabe ist es, hier zu unterstützen und für die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu sorgen, und das tun wir auch.

Damit wir unseren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben können, sich zu kompetenten Mediennutzern auszubilden, brauchen wir gut durchdachte Konzepte, die diese Kompetenzen vermitteln und festigen. Dabei kommt natürlich auf unsere Schulen und Lehrkräfte eine wichtige Rolle zu. Dieser Verantwortung werden sie in vielen Fällen bereits heute gerecht. Wir alle wissen, dass zum Beispiel digitale Techniken längst in verschiedener Weise genutzt werden. So bieten sich bereits heute die Möglichkeiten, wenn es um den Fachunterricht auf den Halligen oder den Unterricht von Schülerinnen und Schülern in Krankenhäusern geht. Das Lernen in der digitalen Gesellschaft ist längst ein Schwerpunktthema des Bildungsministeriums. Hier dürfen wir auch nicht nachlassen. Es ist absolut notwendig, hier vielfältige Ansätze und Projekte und vor allem auch den Austausch darüber weiter zu fördern.

Mit unserem Gesetz zur Lehrerbildung geben wir unseren zukünftigen Lehrkräften das Rüstzeug an die Hand, **Medienkompetenz** effektiv zu vermitteln. Damit helfen wir gleichzeitig den Schulen, wenn es um Fragen rund um die IT- und Medienausstattung geht. Damit haben wir einen wichtigen Schritt in der Sache getan und dem Thema den Stellenwert gegeben, der ihm zusteht.

Aber wir können und müssen noch besser werden. Dabei geht es nicht nur um die **IT-Ausstattung** an den **Schulen**. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Schulen mit einer ausreichenden, zukunftssicheren **Bandbreite** an das Internet angebunden werden. Mit der Schaffung eines öffentlichen Glasfasernetzes werden wir das Ziel „Schulen am Netz“, weiter voranbringen.

Das Gelingen des landesweiten Netzausbaus steht für den Erfolg des digitalen Wandels in allen Bereichen. Bereits heute ist es aus **wirtschaftlicher Sicht** ein maßgeblicher **Standortfaktor**. Der globale Handel oder die Vernetzung von Unternehmen untereinander nehmen immer mehr zu. Neue miteinander vernetzte Produktionssysteme und -anlagen mit digitalen und datenbasierten Strukturen schaffen ganz neue Möglichkeiten in der Produktion. Die Abläufe in den Firmen werden sich kom-

plett ändern. Das betrifft dann nicht nur die Produktionsstrecken der großen Firmen, sondern auch die kleineren Zulieferbetriebe. Die Vernetzung der Betriebe miteinander ermöglicht, dass in Echtzeit auf Produktionsänderungen reagiert werden kann, und dabei spielt die Entfernung keine Rolle mehr. Auch das ist eine riesige Chance für den ländlichen Raum.

Der Begriff „Industrie 4.0“ dominiert derzeit alle industriepolitischen Foren, Messen und Kongresse. Diese Dominanz verdeutlicht den Entwicklungsschritt, vor dem die Wirtschaft steht. Es wirft aber auch Fragen auf, die zu beantworten sind, und stellt uns vor neue Aufgaben. Dabei geht es um Konzepte und Strategien, damit die Wirtschaft bei uns im Land die künftigen Herausforderungen bestehen kann. Hier steht die Landesregierung in engem Kontakt mit Wirtschafts- und Wissenschaftseinrichtungen. Wir werden die Förderinstrumente den neuen Anforderungen entsprechend anpassen müssen.

Die mit dem Wandel verbundenen Ansprüche stellen aber auch ganz neue Anforderungen an die **Mitarbeiter der Unternehmen**. Die damit einhergehenden Ansprüche und Belastungen sind nicht zu unterschätzen. Die ständige Erreichbarkeit ist in diesem Hause schon angesprochen worden.

Es darf nicht sein, dass die Mitarbeiter von der Technik überrollt werden. Die Unternehmen haben hier eine Verantwortung ihren Mitarbeitern gegenüber. Sie müssen sie auf dem neuen Weg mitnehmen und entsprechend qualifizieren und auch selber neue Arbeitszeitmodelle erarbeiten, um diesen Gefahren vorbeugen zu können.

Aber auch die Landesregierung hat diesen Punkt zu fassen und in der Agenda klar benannt, soll heißen, das Land wird diesen Prozess durch eine geeignete Bildungs- und Weiterbildungspolitik stetig begleiten. Das ist gut zu wissen, denn die Menschen brauchen eine Perspektive beispielsweise, wenn Arbeitsplätze durch die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft an einigen Stellen wegfallen könnten, aber woanders möglicherweise wieder Stellen entstehen.

Die Digitalisierung eröffnet ganz neue Wege in nahezu allen Bereichen. Sie bietet die Möglichkeit, einen ganz neuen Zugang im Bereich Kunst und Kultur zu schaffen. Mit den 2014 beschlossenen **„Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“** hat das Kulturministerium erstmals ein Konzept für die Kulturpolitik des Landes ins Leben gerufen, das unter anderem die Digitalisierung von Kulturgütern aufgreift.



(Lars Harms)

(Beifall SSW und Sven Krumbek [PIRATEN])

Die digitale Darstellung in einer virtuellen Kulturstätte ermöglicht einen ganz neuen Erlebnisraum unabhängig von Zeit und Ort. Damit wird ein ganz neuer Zugang zu Kunst und Kultur geschaffen. Gerade der jungen Generation lässt sich damit bessere kulturelle Bildung und der Wert von Kultur nahebringen. Es geht aber nicht nur darum, alte Kulturgüter digital zu archivieren, sondern sie auf neuen Wegen auch den Menschen zugänglich zu machen. Wir müssen auch die Informationen von heute entsprechend archivieren, soll heißen: Kultur von heute muss auch morgen zugänglich sein. Das Landesarchiv wird bei der Umsetzung zu einem solchen digitalen Museum Schleswig-Holstein eine zentrale Rolle spielen.

Mit der Vernetzung komplexer digitaler Systeme oder mit dem Austausch von Daten geht immer auch die Frage nach der Sicherheit und des Datenschutzes einher. Ob es die Privatsphäre ist, die der Nutzer geschützt sehen will, oder ob Unternehmen ihre Betriebsgeheimnisse schützen wollen - **Sicherheit und Datenschutz** müssen auch in Zukunft gewährleistet werden, auch wenn wir wissen, dass es keine hundertprozentige Sicherheit gibt und es sie auch künftig nicht geben wird.

Aber darum geht es auch nicht. Es geht darum, dass wir uns heute darüber Gedanken machen, welche Möglichkeiten wir in einer digitalen Gesellschaft zulassen und wo wir Grenzen ziehen wollen. Das ist in der Tat eine ethische Frage. Auch das könnte ein Thema für eine mögliche Enquetekommission in der nächsten Wahlperiode sein.

Wollen wir beispielsweise eine Identitätskennung haben für jeden Menschen - einzeln personalisiert, die nahezu alles über einen preisgibt, von Gesundheitsdaten bis zu Steuerdaten? Wie können wir trotzdem den Datenschutz und die Datensicherheit gewährleisten, wenn ein solches System eingeführt wird? Immer wieder werden solche Diskussionen bereits heute geführt, und andere Länder machen es vor. Auch gerade Dänemark tut dies. Der Datenschutz hat in Deutschland einen sehr hohen Stellenwert, und das ist gut so. Aber die neuen Fragen, wie man Verwaltung besser machen kann, wie man die Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Verwaltung vereinfachen kann, erfordert, dass man solche Systeme entwickelt. Da müssen wir wissen, welche Grenzen wir setzen wollen. Ich glaube, das ist eine ethische Diskussion, die wir - wie gesagt - in der nächsten Wahlperiode tiefgründig angehen müssen.

Abschließend möchte ich noch kurz auf den Antrag der PIRATEN eingehen. Der SSW unterstützt ausdrücklich alle Initiativen, die einen **kostenfreien Zugang zum Internet** ermöglichen. Aus Sicht des SSW ist ein kostenfreier Zugang als ein weiteres Mittel zu sehen hin zu einer Informationsgesellschaft. In Flensburg, Kiel oder auch auf Helgoland hat der SSW Freifunkrouter finanziert und damit so etwas natürlich auch unterstützt. Diese gewähren im Verbund mit anderen einen flächendeckenden Internetanschluss. Jeder, der auf der Straße vorbeigeht, kann sich kostenlos einloggen und das Internet nutzen. Diese Bewegung, die freie Ressourcen privater Anschlüsse öffentlich nutzbar macht, ist ein Beispiel für eine interessierte und engagierte Bürgergesellschaft, solche Initiativen sind natürlich sind natürlich absolut vorbildlich.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Mit den vom Bund verabschiedeten Änderungen zum Telemediengesetz werden wir zwar bald überall WLAN haben, aber eben nur gegen eine entsprechende Gebühr. Leider hat der Bundesgesetzgeber versäumt, eine klare Rechtssicherheit in Bezug auf offene Funknetze und die **Störerhaftung** zu schaffen. Das ist kein Fortschritt, und deshalb muss das Gesetz in Berlin überarbeitet und die Bürgerinnen und Bürger frei von Haftung gehalten werden. Ich glaube, auch da sind wir uns einig.

(Beifall SSW, PIRATEN und Beate Raudies [SPD])

Natürlich müssen Urheberrechte auch im offenen Internet gewahrt bleiben. Doch dies ist nach unserer Auffassung eher eine technische Frage, wie man es macht, um Urheberrechtsverletzungen zu verhindern. Aber man sieht schon bei all den Themen - ich habe bei Weitem nicht alle Themen angerissen, die da eine Rolle spielen -, dass die Digitale Agenda eine wirklich große Nummer ist und dass es gut ist, dass die Landesregierung hier engagiert handelt.

Ich will auch eines sagen: Es ist absolut eine Regierungserklärung wert, weil das eigentlich das Megathema mindestens des nächsten Jahrzehnts ist. Dass wir hier eine Regierungserklärung haben, ist gut. Es ist gut, dass die Landesregierung hier ihre Führungsverantwortung für das Land wahrnimmt. So erwarten wir das, aber wir wussten auch, dass es so kommt. - Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich erkläre zunächst den Tagesordnungspunkt 2, Regierungserklärung, für beendet.

Wir kommen jetzt noch zur Abstimmung über den Sachantrag zu Tagesordnungspunkt 21. Ein Überweisungsantrag ist nicht gestellt worden, also kommen wir zur Sachabstimmung. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Piratenfraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist gegen den Antrag? - Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist der Antrag angenommen.

Wir kommen jetzt zu den gesetzten Tagesordnungspunkten 10 und 11:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und des Gesetzes über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht (Landesverfassungsgerichtsgesetz - LVerfGG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/4622

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4932

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts**

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/1445

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4933

Ich bitte zunächst um die Berichterstattung aus dem Innen- und Rechtsausschuss. - Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident, ich verweise auf die Vorlage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie verweisen auf die Vorlage. Vielen Dank für Ihre Berichterstattung. - Dazu gibt es keine Wortmeldungen.

Meine Damen und Herren, wir werden mit dem Tagesordnungspunkt möglicherweise etwas in die Mittagspause hineintagen. Ich sage jetzt schon einmal, dass sich die Ausschusssitzungen entsprechend verschieben werden.

Wir kommen jetzt zur Beratung. Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit 2008 haben wir in Schleswig-Holstein ein **Landesverfassungsgericht**. Ich finde, es ist ein richtiger Zeitpunkt, einmal zu überprüfen, welche Regelungen dabei gut sind, die Erfahrungen auszuwerten. Das Ziel des gemeinsamen Gesetzentwurfes von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW ist es, die **Unabhängigkeit des Gerichtes** weiter zu stärken.

Ich bin überzeugt davon, dass uns dies auch mit dem Entwurf, der vorliegt, gelungen ist. Wir wollen dazu die **Amtszeit der Richterinnen und Richter** von sechs auf zwölf Jahre erhöhen. Dafür soll im Gegenzug die Möglichkeit der **Wiederwahl** abgeschafft werden. Durch diese Maßnahme machen wir die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts noch unabhängiger gegenüber der Politik. Das Bemühen um eine Wiederwahl entfällt. Dies schafft eine größtmögliche Distanz zur Politik und entspricht im Übrigen der Regelung, die auch für das Bundesverfassungsgericht gilt. Ich finde, dies ist der richtige Weg.

(Beifall CDU, FDP und Birgit Herdejürgen [SPD])

Ich bin mir bewusst, dass es im Rahmen der Anhörung von Richterverbänden und anderen durchaus auch Kritik an diesen Regelungen gegeben hat. Im Kern steht dabei die Befürchtung, dass im **Jahr 2020** fast alle **Richterstellen** neu besetzt werden können. Ob es überhaupt dazu kommt, ist aber keinesfalls sicher; denn es hängt von ganz vielen Faktoren ab: Welche Personen werden jetzt vorgeschlagen? Sind alle Richter wirklich über die komplette Amtszeit im Amt? Scheiden eventuell Richter vor Ende der Amtszeit aus? - All das wird noch ganz große Auswirkungen darauf haben, wie die Zusammensetzung im Jahr 2020 wirklich sein wird. Ich

(Daniel Günther)

muss auch sagen: Im Jahr 2008 hatten wir bei der Einsetzung des Gerichtes die gleiche Situation, dass alle Richterinnen und Richter ganz neu angefangen haben. Das lief auch von Anfang an reibungslos und problemlos.

Vereinzelt wird auch die Amtszeit von zwölf Jahren kritisiert. Hier haben wir uns auch an der **Amtszeit der Bundesverfassungsrichter** orientiert. Uns war wichtig, die Wiederwahl auszuschließen, und beides - sowohl die Länge der Amtszeit als auch die Frage der erneuten Berufung - hat sich beim Bundesverfassungsgericht bewährt. Ich bin sicher, dass es auch bei uns genauso sein wird.

Wir wollten darüber hinaus die **Position der stellvertretenden Mitglieder** deutlich stärken. Bisher vertreten diese Mitglieder nur im Einzelfall. Wir wollen aber, dass die Stellvertreter beim Ausscheiden eines Mitglieds, das sie vertreten, genau in dessen Position eintreten. Auch mit dieser Änderung schaffen wir eine größere Unabhängigkeit, weil dann nicht noch einmal neu darüber abgestimmt werden muss.

Die PIRATEN haben einen eigenen Vorschlag hierzu eingebracht. Darüber ist im Ausschuss gesprochen worden. Aus meiner Sicht schießen sie damit über das Ziel hinaus. Wir haben wie andere Bundesländer gut daran getan, **Kandidaten** nicht zum Gegenstand von **öffentlichen Debatten** zu machen. Verfassungsrichter sind keine Politiker. An sie sind andere Anforderungen gestellt. Ich will aber die Diskussion nicht zu sehr wiederholen, all das ist im Ausschuss ausgetauscht worden.

Ich bleibe dabei: Die geplante Reform - der gemeinsame Antrag von fünf Fraktionen - stärkt das Landesverfassungsgericht, stärkt seine Unabhängigkeit, und ich freue mich darüber, dass wir den vorliegenden Gesetzentwurf gemeinsam miteinander erarbeitet haben und hoffe auf Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Wir wollen heute in zweiter Lesung unsere **Landesverfassung** und unser **Landesverfassungsgerichtsgesetz** ändern. Wie

schon im Jahr 2007, als wir als letztes Bundesland ein eigenes Verfassungsgericht auf den Weg gebracht haben, werden wir dies in großer Einigkeit entscheiden.

Begleitet wurde dieses Gesetzgebungsverfahren allerdings durch Pressemitteilungen, die so, wie sie formuliert waren, eher an Verschwörungstheorien erinnerten als an sachliche Auseinandersetzungen. Manche Stellungnahmen der anzuhörenden Verbände und Personen haben das leider auch aufgegriffen. Nicht mit dem Inhalt des Gesetzes, sondern mit Anlass der Gesetzesänderung taten sich manche schwer. So kamen erstaunlicherweise eher die Antragsteller in die Rolle der Anzuhörenden als die Sachverständigen, die die Entwürfe beurteilen sollten.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Aber, Herr Dr. Breyer, man muss sich wirklich nicht jeden Schuh anziehen, der vor einem steht, oder in jeden Fettnapf treten, der vor einem aufgebaut wird! Dazu ist man nicht verpflichtet, auch nicht als Abgeordneter.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD], Lars Winter [SPD] und Klaus Schlie [CDU])

Deshalb betone ich noch einmal den Hintergrund unserer Gesetzentwürfe. Der Zeitpunkt orientiert sich schlicht an dem nächsten **Wahltermin**. Damit ist nicht die Landtagswahl gemeint, Herr Dr. Breyer, sondern der nächste Termin zur **Richterwahl** im kommenden Jahr. Wenn etwas geändert werden soll, dann sinnvollerweise rechtzeitig vor dem Wahltermin.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU und FDP)

Manchmal ist es so einfach.

Zur Stärkung der **Unabhängigkeit der Gerichte** ist der künftige Verzicht auf eine Regelung zur Wiederwahl folgerichtig. Es gibt zwangsläufig immer wieder politisch umstrittene Entscheidungen, die zu einer öffentlichen Diskussion führen. Das haben wir auch gegenwärtig. Da die Erlangung einer **Wiederwahl** die Entscheidung eines Richters beeinflussen könnte, wollen wir das damit ausschließen.

Die **Begrenzung der Wahlzeit** der Richterinnen und Richter auf zwölf Jahre orientiert sich an der bewährten und völlig unstrittigen Praxis der Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes. Stellvertreterregelungen gibt es nur in den Bundesländern. Das bleibt an dieser Stelle aus der praktischen Erfahrung heraus auch sinnvoll. Eine **Stellvertreterregelung** sollte jedoch keiner Wahl zum ordentli-

(Thomas Rother)

chen Mitglied entgegenstehen oder Wahlzeiten begrenzen. Das Auseinanderfallen der Wahlzeiten war zum Start des Gerichts durchaus sinnvoll und soll künftig weitgehend vermieden werden.

Wenn wir auf die Qualität derjenigen schauen - Herr Günther hat es gerade angesprochen -, die für ein Landesverfassungsgericht gewählt werden, so habe ich, ehrlich gesagt, auch weder Angst noch Sorge vor irgendwelchen **Übergangsschwierigkeiten**, wie sie in der Anhörung geäußert wurden. Wenn die, die wir benennen, das nicht können, würden wir sie nicht wählen. Das ist schlicht und einfach so.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Das alles dient letzten Endes einer größeren Übersicht in der personellen Struktur des Gerichts und ist der Hintergrund für unseren Gesetzentwurf. Das kann man inhaltlich natürlich alles anders sehen - das ist gar keine Frage -, hat aber nichts mit irgendwelchen Schauermärchen zu tun, die erzählt werden.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Unabhängig davon haben uns doch alle Sachverständigen sogar in der Anhörung bestätigt, dass man das natürlich so machen kann und dass das rechtlich alles vollkommen korrekt ist. Also machen wir es einfach.

Den Änderungsantrag der PIRATEN zur **öffentlichen Ausschreibung** der Position lehnen wir weiterhin ab. Aus gutem Grund macht dies auch kein anderes Bundesland. Denn - Herr Günther hat auch darauf hingewiesen - eine Art Wahlkampf um die Besetzung des Landesverfassungsgerichts kann man nicht ernsthaft wollen, mag man sich nicht vorstellen. Wenn beispielsweise die sich bewerbenden Personen in einem Anhörungsverfahren dann Prognosen zu anstehenden Entscheidungen abgeben sollen oder - wie das dann in den USA passiert - richtig hart durchgreifen, kann das nicht sinnvoll sein.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Thomas Rother [SPD]:**

Nein. - Bestenauslese und Unabhängigkeit wären dann tatsächlich gefährdet. Da ist das bisherige

Verfahren solider. Für das öffentliche Ansehen des Verfassungsgerichts wäre so etwas absolut nicht zuträglich.

Ich bitte daher um Zustimmung zur Änderung der Landesverfassung und im zweiten Schritt zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon in der ersten Lesung die wichtigsten Punkte hier sehr ausführlich besprochen. Erlauben Sie mir daher, dass ich nur noch kurz auf einige **Erkenntnisse** aus der **Anhörung** im Ausschuss Bezug nehme.

Die Neue Richtervereinigung bestätigt unsere Auffassung, dass mit unserer Initiative, die Amtszeiten zu verlängern und die Wiederwahl abzuschaffen, die **Unabhängigkeit** der Richterinnen und Richter am Landesverfassungsgericht gestärkt wird. Das ist im Grunde genommen unser Hauptanliegen.

Wir haben dort auch das Problem erörtert, das mit der sogenannten **Amtszeitverschränkung** zusammenhängt, dass nämlich möglicherweise im Jahr 2020 alle Richterinnen und Richter auf einmal ausgetauscht werden müssen. Der Kollege Günther hat dazu schon richtig bemerkt: Ob das wirklich so eintritt, hängt von so vielen Eventualitäten ab, dass heute noch keiner eine gesicherte Prognose abgeben kann.

Es ist nicht neu, dass wir Grüne der Idee eines **Interessenbekundungsverfahrens** durchaus näher treten können. Das Sichtfeld kann dadurch breiter werden. Aber die Kritik von Professor Pestalozza ist zu beachten, dass es an verbindlichen Maßgaben fehlt, wie mit den Bewerbenden in diesem Verfahren umzugehen ist.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist sehr schwierig. Das ist ein sehr sensibler Bereich, in dem Menschen sehr schnell zerstört werden, die sich für ein wichtiges ehrenamtliches Amt zur Verfügung stellen.

(Burkhard Peters)

Mich freut hingegen, dass wir den infrage kommenden **Personenkreis** beim Präsidentinnen- und Präsidentenamt erweitert haben. Es kommen nun auch Juristinnen und Juristen für dieses Amt infrage, die bislang nicht als Berufsrichter tätig waren. Gegen diese Vorstellung, gegen diese Änderung hat in der Anhörung niemand sein Wort erhoben. Ich hatte bereits in meiner Rede in der ersten Lesung gesagt, dass es hervorragende Beispiele

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Oh, ja!)

aus der Bundesverfassungsgerichtsgeschichte gibt. Es ist eine echte Bereicherung, dass wir die Palette der Möglichkeiten erweitert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Bedenkenswert fand ich die Hinweise zur **öffentlichen Anhörung** der Kandidatinnen und Kandidaten aus der Stellungnahme des Anwalt- und Notarverbandes. Eine solche Anhörung kann auch zu einer unnötigen Politisierung der Richterwahl führen. Dies kann nicht nur abschrecken, sondern das Amt auch unnötig politisch belasten und aufladen. Das wollen wir nicht.

Nun zu den Unkenrufen, Kollege Patrick Breyer, mit der jetzt „nur noch“ einfachgesetzlichen Regelung der Amtszeit und Wiederwahl sei die **richterliche Unabhängigkeit** in Gefahr. Diese Befürchtung wurde von den Fachleuten im Ausschuss auch nicht geteilt. Zu Recht wird in den Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass wir als Gesetz- wie als Verfassungsgeber gleichermaßen daran gebunden sind, den Verfassungsgrundsatz der richterlichen Unabhängigkeit zu achten und zu bewahren. Diese Gefahr besteht also auch nicht.

Weil insbesondere seitens der Piratenfraktion stets der Vorwurf im Raum steht, es handele sich bei der **Besetzung** derartiger **Ämter** um politische Kungelei, gestatten Sie mir dazu noch ein paar Gedanken. Ich finde es gut, dass eine Zweidrittelmehrheit für die Wahl der Richterschaft am Landesverfassungsgericht erforderlich ist. Das sorgt dafür, dass die zu besetzenden Stellen mit einem breiten Rückhalt im Parlament versehen sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Das stärkt unser Verfassungsgericht und damit unsere Demokratie gerade im Verhältnis zu uns als Legislative. Dass dies dazu führt, dass sich die großen Parteien in unserem Haus miteinander verständigen müssen, ist die Kunst des Kompromisses,

etwas, das Ihnen, liebe Fraktion der PIRATEN, gelegentlich etwas abgeht.

Auch bezüglich Ihres technokratischen Verständnisses von Bestenauslese haben Sie in den Stellungnahmen keinerlei Zustimmung erhalten. Verfassungsrichtern und -richter haben ein Wahlamt auf Zeit mit durchaus politischem Gewicht und Auftrag im Gefüge der Gewalttrias unserer Verfassung. Das unterscheidet sie strukturell von Richtern und Richterinnen in der ordentlichen Gerichtsbarkeit oder in den Fachgerichtsbarkeiten. Deswegen ist meines Erachtens die Regelung, die wir treffen wollen, genau richtig. Wir stimmen daher den Beschlussempfehlungen des Ausschusses zu. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einführung einer zwölfjährigen Amtszeit ohne Wiederwahlmöglichkeit stärkt die **Unabhängigkeit der Verfassungsrichter**. Das ist exakt die Regelung, die es beim Bundesverfassungsgericht gibt. Dort hat sie sich seit Langem bewährt. Es ist nur folgerichtig, dass wir sie auch für unser Verfassungsgericht in Schleswig-Holstein übernehmen.

Die Reform nimmt den Richterinnen und Richtern die Ungewissheit, ob ihr Handeln in einer ersten, kürzeren Wahlperiode Einfluss auf ihre etwaigen Chancen zur Wiederwahl haben könnte. Die geplante Änderung kann so einer - möglicherweise lediglich unbewussten - Beeinflussung der Entscheidungsfindung entgegenwirken.

Daneben enthält der vorliegende Gesetzentwurf weitere sinnvolle Änderungsvorschläge. Das **Nachrücken des Stellvertreters** eines Verfassungsrichters oder einer Verfassungsrichterin bei dessen oder deren Ausscheiden wird künftig auch ohne erneute Wahl durch den Landtag möglich sein. Dies stärkt die Kontinuität der Arbeit des Landesverfassungsgerichts und unterstützt somit die Unabhängigkeit des Gerichts.

Als dritte Änderung wird nach dieser Reform schließlich auch die Wahl von **Nichtrichtern** zum **Gerichtspräsidenten** oder Gerichtspräsidentin möglich. Auch das ist nach meiner Auffassung ein

**(Dr. Ekkehard Klug)**

sinnvoller Vorschlag. Es gibt dafür Beispiele aus vielen anderen Verfassungsgerichten, nicht zuletzt - das ist schon erwähnt worden - aus dem Bereich des Bundesverfassungsgerichts.

Den Gesetzentwurf der Piratenfraktion halten wir nicht für sinnvoll. Eine **öffentliche Ausschreibung** für die Richterämter im Landesverfassungsgericht würde zwangsläufig zu einer Art Wahlkampfsituation führen, und das halte ich nicht für angemessen.

Ich halte es auch für wenig wahrscheinlich, dass sich geeignete Bewerberinnen und Bewerber allein durch eine solche öffentliche Ausschreibung ausfindig machen ließen, erst recht nicht angesichts der im Grunde doch überschaubaren schleswig-holsteinischen Verhältnisse.

Die Initiative der PIRATEN erweckt den Anschein besonderer Transparenz, ist in dieser Hinsicht aber nicht mehr als das, was der Kinderbuchautor Michael Ende einmal in seinen Bilderbüchern über Jim Knopf und Lukas, den Lokomotivführer, geschildert hat, nämlich ein „Scheinriese“.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Je näher man in der Betrachtung an ihn herankommt, desto stärker schrumpft er zusammen.

Meine Damen und Herren, die Vorgabe öffentlicher Ausschreibung beim Landesverfassungsgericht wäre so viel oder so wenig sinnvoll wie eine öffentliche Ausschreibung für das Amt des Bundespräsidenten oder des UNO-Generalsekretärs.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Des Landesdatenschutzbeauftragten!)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt der Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir reden heute über zwei Pakete zur Reform des Landesverfassungsgerichts, zum einen über den Vorschlag der PIRATEN, die entsprechenden Stellen öffentlich auszuschreiben und aufgrund einer öffentlichen Anhörung eine Auswahl zu treffen, zum anderen über den Vorschlag der übrigen Fraktionen, die Amtszeit und Wahl der Ver-

fassungsrichter zu reformieren. Dass wir Ihren letzten Vorschlag kritisieren, wissen Sie schon aus der ersten Lesung. Neu ist aber, dass Ihr Entwurf in der Anhörung durchgefallen ist. So einfach muss man das sagen. Es gab keinen einzigen Verband, keinen einzigen Anzuhörenden, der Ihre Pläne nicht in dem einen oder anderen Punkt kritisiert hat.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Damit ist er aber nicht durchgefallen!)

Natürlich sind auch Elemente darin, über die man diskutieren kann.

(Peter Eichstädt [SPD]: Das ist demagogisch!)

Warum Sie trotz der vielfachen Kritik, Herr Kollege Eichstädt, überhaupt keine Änderungen inhaltlicher Art an dem Entwurf vorgenommen haben, darüber kann man nur spekulieren.

Ich will nur drei Kritikpunkte aufgreifen.

Zentraler Kritikpunkt in der Anhörung war, dass Sie die **Verschränkung der Amtszeiten** aufgeben. Bisher haben wir ein System, das alle paar Jahre ein Teil der Richterstellen neu gewählt wird, sodass man eine Kontinuität hat und sich nicht quasi ein gesamtes Gericht neu in eine Aufgabe einarbeiten muss. Nach Ihrem Entwurf ist zu befürchten, dass im Jahr 2020 genau diese Situation eintreten könnte, nämlich ein kompletter Wechsel aller Verfassungsrichterninnen und Verfassungsrichter. Das stößt auf Kritik beim Richterverband, bei der Neuen Richtervereinigung, beim Anwaltsverband. Überhaupt hat das keiner in der Anhörung befürwortet. Die Neue Richtervereinigung schreibt gar - wenn ich zitieren darf -, dass „diese Diskontinuität für die Arbeit des Gerichts unhaltbar“ sei. Das sollte Ihnen doch zu denken geben, sehr verehrte Damen und Herren.

Zweiter Kritikpunkt von unserer Seite bleibt, dass Sie die **Begrenzung der Wiederwahlmöglichkeiten** aus der Verfassung streichen wollen und auf diese Art und Weise sogar eine mehrfache Wiederwahl einfachgesetzlich einführen könnten. Das würde die Unabhängigkeit nicht stärken, sondern gefährden. Aus diesem Grund lehnen wir das ab.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat keiner kritisiert!)

- Doch, wir haben es kritisiert, lieber Burkhard Peters!

(Lachen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf SPD: Aber das interessiert keinen!)

(Dr. Patrick Breyer)

Der dritte Kritikpunkt betrifft das Verfahren der **öffentlichen Interessensbekundung**, das wir vorgeschlagen haben. Zum einen hat sich dieses Verfahren sehr wohl bewährt, nämlich bei der Auswahl unserer neuen Datenschutzbeauftragten. Sie alle wissen, dass es sich bewährt hat. Da haben sich viele geeignete Personen gemeldet. Zum anderen ist unser Vorschlag heute in der Debatte leider falsch dargestellt worden, denn das, was wir vorschlagen, ist, zu einer öffentlichen Interessensbekundung aufzurufen. Das heißt nicht, dass irgendwelche Personen öffentlich würden. Das heißt auch nicht, dass man einen öffentlichen Wahlkampf machen würde oder dass überhaupt jemand wüsste, wer sich gemeldet hat.

Wie ist es denn bei der Datenschutzbeauftragten gewesen? Wir haben aufgerufen, viele Personen haben sich gemeldet, und bis heute weiß die Öffentlichkeit nicht, wer sich dafür interessiert hat. Das ist für den Vorschlag auch nicht notwendig.

(Zuruf CDU: Ist das Transparenz?)

Worum es geht, ist, dass die besten Personen überhaupt eine Chance bekommen, sich ins Gespräch zu bringen, auch wenn sie den Parteien oder Verbänden nicht bereits bekannt gewesen sind. Der Richterverband befürwortet das. Die Neue Richtervereinigung, der Verwaltungsrichterverband, der Anwaltsverband, viele, fast alle Anzuhörende haben diesen Vorschlag unterstützt. Das Bedenken des Kollegen Lars Harms, ob das nicht möglicherweise die Bewerber beschädigen könnte, ist in öffentlicher Diskussion zurückgewiesen worden. Sie haben gesagt: Nein, es beschädige nicht, wer sich um ein solches Amt bewerbe, müsse damit rechnen, im Parlament entsprechende Fragen gestellt zu bekommen. Im Übrigen führen wir auch bei den sonstigen Richterwahlen öffentliche Anhörungen durch. Das hat auch noch niemanden beschädigt.

Solange es dieses offene, transparente Verfahren nicht gibt, bleibt es dabei, dass die Ämter untereinander aufgeteilt werden können. Herr Kollege Burkhard Peters, wenn das Gesetz eine **Zweidrittelmehrheit** fordert, dann doch deshalb, weil jeder Kandidat auch Zweidrittel der Zustimmung hinter sich haben soll, und nicht deshalb, damit die einzelnen Parteien sagen, wir einigen uns dadurch, dass wir die Positionen untereinander aufteilen. Das sichert ja gerade nicht, dass der einzelne Kandidat die breite Mehrheit hinter sich hat, sondern umgeht genau das. Das ist nicht der Sinn und Zweck dieses Wahlverfahrens.

Ich schließe mit einem Zitat aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem September 2016 zur Richterwahl. Dort ist ganz klar schon im Leitsatz festgestellt worden:

„Auch für die Richterwahl gilt, dass jeder gleichen Zugang nach Eignung und Befähigung zum Amt haben muss.“

Deshalb ist es auch so wichtig, ein Verfahren zu haben, was sicherstellt, dass jeder die gleichen Chancen hat, ein solches Amt zu bekommen, wenn er am besten geeignet ist. Das erklärt unseren Gesetzentwurf, und deshalb bitten wir um Zustimmung.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das **Landesverfassungsgericht** leistet in Schleswig-Holstein ausgesprochen solide Arbeit und ist eine eingeführte und gut funktionierende Einrichtung. Das Landesverfassungsgericht entscheidet über die Auslegung der Verfassung aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten des Landtages oder auch der Landesregierung. Außerdem wird es bei Meinungsverschiedenheiten über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Verfassung angerufen. In unserer Verfassung werden diese Aufgaben des Gerichtes in Artikel 51 detailliert beschrieben, was die besondere Bedeutung des Gerichtes gleichzeitig verdeutlicht und unterstreicht. Der Kollege Peters hat mit Recht darauf hingewiesen: Das unterscheidet die Verfassungsrichter eben auch deutlich von der Fachgerichtsbarkeit.

Die Entscheidung, ein **eigenes Verfassungsgericht** einzurichten, erweist sich im Nachhinein als vollkommen richtig. Dass man bis **2008** für verfassungsrechtliche Fragen den Weg nach Karlsruhe antreten musste, war der Lebendigkeit der Verfassung nicht gerade dienlich. Inzwischen ist das Landesverfassungsgericht gut eingeführt und hat bereits zu vielen Sachfragen Stellung genommen. Nur so verstummte zum Beispiel die Kritik an der Rückausnahme von der **5%-Regelung** für den SSW. Erst das Urteil vom Verfassungsgericht hat die nötige Klarheit gebracht und diese Regelung nochmals - inzwischen zum dritten Mal - bestätigt. Die klaren

(Lars Harms)

Urteile der Schleswiger Richter sind inzwischen Teil unserer demokratischen Praxis.

(Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Es ist eine Binsenweisheit, dass ein Gericht nur so gut sein kann wie dessen Richterinnen und Richter. Deren innere Freiheit ist dabei ein hohes Gut. Wir müssen alles daran setzen, dass das so bleibt. Die formale Unabhängigkeit ist dabei gefühlt auch abhängig vom Zeithorizont.

Eine sechsjährige Amtszeit mit Wiederwahlmöglichkeit kann dabei als Problem wahrgenommen werden. Schon dieses Gefühl kann dabei schwierig sein. Aus dieser Erkenntnis heraus schlagen wir analog zu den Erfahrungen beim Bundesverfassungsgericht eine **zwölfjährige Amtsdauer ohne Wiederwahlmöglichkeit** vor. Das ist eine angemessene Zeitspanne, um die innere Unabhängigkeit des Richters beziehungsweise der Richterin weiter zu stärken. Die Unabhängigkeit ist bei Richterinnen und Richtern für ihre Tätigkeit grundlegend. Wir sehen mit der zwölfjährigen Amtsdauer, die der Regelung für die Richterinnen und Richter des Bundesverfassungsgerichts entspricht, eine angemessene Sicherung der **Unabhängigkeit**.

Die Fraktion der **PIRATEN** schlägt - ich will das einmal so ausdrücken - ein normales **Bewerbungsverfahren** vor und bezweifelt die Zweckmäßigkeit unseres Verfahrens. Wir haben es aber nicht mit einem normalen Betrieb zu tun. Das habe ich gerade eben schon dargestellt. Es geht darum, dass ein Verfassungsgericht nach Möglichkeit auch die gesellschaftlichen Strömungen im Land einigermaßen widerspiegeln sollte. Denn es sollte im Prinzip auch politische Entscheidungen treffen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es ist ein Gericht, das sich auch mit politischen Entscheidungen befassen muss. Fragen Sie einmal die Opposition. Auch sie hat zu politischen Fragen schon Klagen eingereicht. Das ist auch in Ordnung so. Diese müssen dort entschieden werden.

Dann kommt es auf eine ganz, ganz wichtige Sache an, lieber Kollege Dr. Breyer, und die haben Sie noch nicht berücksichtigt: Es geht nämlich auch darum, eine kontinuierliche Art der Rechtsprechung sicherzustellen. Da ist eine Auswahl und eine Wahl der Verfassungsrichter durch das Parlament der richtige Weg. Erst durch den **Kooperationszwang der Fraktionen** wird verhindert, dass durch bestimmte Mehrheiten immer nur Richter der gleichen Observanz ins Verfassungsgericht gewählt werden. Das würde der Diskussionsvielfalt im Ver-

fassungsgericht selber schaden, und damit würden wir Gefahr laufen, dass nicht mehr alle Aspekte in den Verfahren Eingang fänden. Die Fraktionen müssen Kompromisse schließen und abwägen. Das ist der eigentliche Kern dieses Verfahrens, das wir anwenden, dass wir durch dieses Verfahren und den Einigungszwang sicherstellen, dass wir diese Vielfalt gewährleisten können und davon nicht abrücken. Das ist das eigentlich Gute daran.

(Beifall Birgit Herdejürgen [SPD])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Lars Harms [SSW]:**

Nein, danke. - Alleingänge sind auf diese Weise nämlich unmöglich. Keine Partei kann nach dem Regierungswechsel die Richter am Gericht nach Gusto einfach auswechseln. Mit dieser **Meinungsvielfalt** sind wir in unseren **Verfassungsgerichten** im Übrigen immer gut gefahren. Auch das Bundesverfassungsgericht ist damit gut gefahren.

Aber auch wir sind in den letzten Jahren, seit 2008, mit unseren Richterinnen und Richtern, die wir hatten, gut gefahren. Das sind hochqualifizierte Leute und werden es auch in Zukunft sein. Diese innere Vielfalt des Verfassungsgerichts, von der ich gesprochen habe, ist eine fundamentale Sicherung der verfassten Rechte unseres Landes. Von daher halte ich sie für besonders wichtig. Deshalb ist das Wahlverfahren so, wie wir es haben, richtig, ebenso wie die Verlängerung der Amtszeit. Deshalb werbe ich - genauso wie die anderen fünf Redner der unterschreibenden Fraktionen - für die Zustimmung zu unserem gemeinsamen Gesetzeswerk. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen vonseiten des Parlaments und der Regierung nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein und über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht, Drucksache 18/4622. Der Innen- und Rechtsausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in zwei Gesetzesvorlagen



**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

aufzuteilen in Teil a), den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Fassung der Anlage 1 der Beschlussempfehlung, sowie in Teil b), den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes des Landesverfassungsgerichtsgesetzes in der Fassung der Anlage 2 der Beschlussempfehlung, und diese anzunehmen. Er empfiehlt außerdem, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, den aus der Anlage 2 ersichtlichen Gesetzentwurf erst dann auszufertigen, wenn der aus Anlage 1 ersichtliche Gesetzentwurf in Kraft getreten ist. Wir teilen also den ersten zur Abstimmung anstehenden Gesetzentwurf in zwei Abstimmungen auf, danach stimmen wir über den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN ab.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Wir stimmen zunächst über den Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein in der Ausschussfassung, Drucksache 18/4932, Anlage 1, ab. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von CDU und FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist die Zweidrittelmehrheit festgestellt. Danke schön für den Hinweis. Das ist wichtig, weil es ja um eine Verfassungsänderung geht.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes in der Ausschussfassung, Drucksache 18/4932, Anlage 2. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind wieder die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist auch hier die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht.

(Zuruf SPD: Die Zweidrittelmehrheit ist hier nicht wirklich erforderlich!)

- Na ja, gut! Das ist klar. - Der Ausschuss empfiehlt mit Drucksache 18/4932 weiter, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, den aus der Anlage 2 ersichtlichen Gesetzentwurf erst dann auszufertigen, wenn der aus Anlage 1 ersichtliche Gesetzentwurf in Kraft getreten ist. Wer das so beschließen will und den Ministerpräsidenten entsprechend auffordern will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist einstimmig. Das Verfahren ist also unbestritten.

Dann kommen wir jetzt zur zweiten Abstimmung, nämlich zur Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Neuregelung der Wahl der Mitglieder des Lan-

desverfassungsgerichts der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/1445. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist gegen diesen Antrag? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich schließe die Tagesordnung und weise darauf hin, dass wir jetzt direkt im Anschluss zwei Ausschusssitzungen haben. Der Sozialausschuss und der Wirtschaftsausschuss tagen sofort im Anschluss. Der dritte Ausschuss, der Finanzausschuss, tagt um 13:45 Uhr, also 15 Minuten später. Das ist so, damit die noch essen können.

(Zurufe)

- Die anderen essen hinterher. Ich habe das so verstanden, dass die Ausschussvorsitzenden das so beraten haben. Ich muss das jetzt so ankündigen, wie das gewünscht ist. Ich wünsche Ihnen also einen guten Appetit und gute Beratungen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:15 Uhr bis 15:03 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne unsere Sitzung wieder. Wir begrüßen auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Heide-Ost. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1, 9 und 27 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Aktuelle Stunde: „Windenergiepläne der Landesregierung“**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

**b) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Landesplanungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4590 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4931

(Präsident Klaus Schlie)

**c) Akzeptanz der Windenergie erhalten - Industriestandort Schleswig-Holstein stärken - Bürger von den Kosten nicht genutzten Stroms entlasten**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4954

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich erteile daher das Wort nun der Frau Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier. - Ich sehe, sie ist noch nicht da. Wer übernimmt stattdessen die Berichterstattung?

(Barbara Ostmeier [CDU] betritt den Sitzungssaal)

- Da kommt sie. Dann warten wir so lange, bis sie an ihrem Platz ist. - Frau Abgeordnete, wir wären dankbar für die kurze Berichterstattung, die Sie nun gleich vornehmen werden.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Ich verweise gerne auf die Vorlage.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herzlichen Dank für die Berichterstattung. - Wir kommen dann zur Aussprache. Der Vorschlag zur Worterteilung ist miteinander besprochen worden. Die Fraktion der CDU wird mit dem Antrag unter Buchstabe c) beginnen, da die erste Lesung zu dem Gesetzentwurf unter Buchstabe b) ja mit Aussprache erfolgte. Danach kommt die Fraktion der PIRATEN, und es folgen dann die anderen Fraktionen nach ihrer Stärke, bevor die Landesregierung das Wort erhält. Somit hat nun der Oppositionsführer, der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Abgeordneter Daniel Günther, das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass wir den CDU-Antrag sowie den Gesetzentwurf meiner Fraktion eingebracht haben. Denn auf dieser Basis können wir uns heute mit dem Thema **Windkraft** und mit den von der Landesregierung vorgelegten Regionalplänen auseinandersetzen.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Genau. Herr Kollege Harms, sagen Sie das dem Ministerpräsidenten.

Um gegen die CDU-Position zu argumentieren, sagen Sie, Herr Ministerpräsident, immer, damit wäre

Windkraftnutzung im Norden überhaupt nicht mehr möglich - so zuletzt in den „Lübecker Nachrichten“ vom 7. Dezember. Wenn man dann aber sieht, wie Sie sich bundesweit in den Medien dazu äußern, hört sich das Ganze ein Stück weit anders an. Im „Cicero“, Sommer 2016, hieß es noch: „Größere Abstände sind natürlich wünschenswert.“

(Zuruf SPD: Ja!)

Nur, je größer der Abstand, desto mehr geht das auf Kosten des Natur- und Landschaftsschutzes - was ich für falsch hielte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Seit wann das denn? - Weitere Zurufe)

Das ist Ihre Prioritätensetzung. Wir haben eine andere Prioritätensetzung, und deswegen argumentieren wir doch bitte in der Sache miteinander. Denn wir haben immer deutlich gesagt: Wir wollen die **Abstände** zu den Menschen erhöhen, und wir werden bei anderen Schutzgütern die Abstände entsprechend anpassen. Das ist die CDU-Gegenposition. Lassen Sie uns uns darüber austauschen.

(Beifall CDU - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber zu einer ehrlichen Diskussion waren Sie ja zu keiner Zeit bereit.

(Beifall Petra Nicolaisen - Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Dialog, den Sie geführt haben, den haben Sie immer nur mit sich selbst geführt. Es ist übrigens wie immer bei Ihnen: Das Wort Dialog wird immer gern gebraucht. Das war in der Bildungspolitik so, es war in der Hochschulpolitik so. Sie haben am Anfang ein klares politisches Ziel. Dann machen Sie eine Diskussion mit allen möglichen Leuten. Diese unterhalten sich untereinander,

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Das ist doch lächerlich!)

und am Ende setzen Sie sowieso das eins zu eins um, was Sie vorher schon immer geplant hatten. Genauso ist es in diesem Fall auch, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU - Zurufe)

Dann nennen Sie mir doch einmal in der Debatte einen einzigen Punkt, den Sie im Laufe des Verfahrens bei Ihren Vorstellungen verändert haben, was die Abstandsregelung angeht, was die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern angeht! Sie haben nicht einen einzigen konstruktiven Vorschlag eingereicht, sondern sich nur an den Vorschlägen der

(Daniel Günther)

Opposition abgearbeitet - nichts anderes haben Sie in diesem Bereich getan.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Günther, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Harms?

**Daniel Günther [CDU]:**

Sehr gerne.

**Lars Harms [SSW]:** Sie haben ja nach dem einen Punkt gefragt. In der Zwischenmeldung, der ersten Meldung der Flächen, die wir angeboten beziehungsweise diskutiert haben, lagen wir bei über 7 % der Flächen. Danach haben wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Menschen, mit den Organisationen diskutiert.

(Lachen CDU - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat Sie doch gar nicht interessiert! Und jetzt lachen Sie darüber! - Weitere Zurufe)

Und jetzt sind es 1,98 %. Das ist die gravierendste Änderung, die man sich, meine ich, vorstellen kann, lieber Kollege Günther. Das haben wir mit den Menschen zusammen gemacht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie haben am Anfang Ihre politischen Vorstellungen eins zu eins so ins Verfahren gebracht, und dann haben Sie das ganz normale Verfahren gemacht, haben die 7 % Fläche ausgewiesen. Danach ist die Abwägung erfolgt, aber anhand der Kriterien, die Sie schon vorher festgelegt hatten. Genauso ist das Verfahren doch gelaufen, Herr Kollege Harms.

(Beifall CDU)

Ich hätte mir von Ihnen allen - von der Landesregierung ohnehin; da habe ich es nachher aufgegeben, das zu erhoffen -, aber auch von den anderen regierungstragenden Fraktionen erhofft zu erfahren, welche Vorstellungen Sie denn selbst zur **Bürgerbeteiligung** entwickelt haben. Stattdessen haben Sie die ganze Zeit nur Bedenkenträger gespielt; Sie haben zu allen Geschichten alles gesagt, was angeblich nicht geht. Uns interessiert aber nicht nur, was nicht geht, sondern uns interessiert, wie man stattdessen rechtssichere Lösungen hinbekommen

kann. Warum haben Sie denn dazu niemals einen eigenen Vorschlag gemacht?

(Zurufe: Warum haben Sie nie Vorschläge gemacht?)

Wir beraten heute über einen Gesetzentwurf zum Thema „Kommunale Beteiligungen“.

(Zurufe: Der war aber nicht rechtssicher!)

- Der ist rechtssicher.

(Lebhafte Unruhe)

Bloß weil Sie in der gesamten Diskussion einen Gutachter geholt haben, dem Sie unseren Gesetzentwurf nicht einmal gezeigt haben, dem Sie vorher nur erzählt haben, was Sie glaubten, was da drinsteht - dazu hat er sich in der gesamten Konferenz geäußert, und überhaupt nicht zu dem, was hier konkret vorliegt. Das wissen Sie auch ganz genau.

(Beifall CDU)

Ich will Ihnen durchaus zugestehen, dass Sie nach dem Urteil des OVG vor einer schweren Aufgabe gestanden haben.

(Zurufe: Oh! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Für Sie zu schwer!)

Im Übrigen: Gerade weil wir das anerkannt haben, darf ich Sie auch noch einmal daran erinnern, dass wir als CDU-Oppositionsfraktion es gewesen sind, die Ihrem Gesetzentwurf zu dem Moratorium zum Landesplanungsgesetz an dieser Stelle ausdrücklich unsere Zustimmung gegeben haben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Heldenhaft!)

Das hätten Sie niemals gemacht, wenn Sie in der Opposition gewesen wären, Herr Kollege Stegner; niemals hätten Sie dies getan.

(Beifall CDU)

Sie sind doch selbst in Regierungszeiten immer aus der Verantwortung gelaufen, wenn es irgendwann einmal eng geworden ist. Da waren Sie doch der Erste, der bei Mai-Kundgebungen gegen seine eigene Regierung geredet hat. Denn Sie hatten damals nicht genug Hintern in der Hose, um das durchzusetzen, Herr Kollege Stegner.

(Heiterkeit und Beifall CDU - Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt doch mal zur Sache!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Bei aller Emotionalität der Debatte würde ich dazu raten, die Wortwahl bei zukünftigen Äußerungen doch etwas zu überlegen.

(Zuruf: Das ist wahr!)

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich hatte es mir überlegt. Das Wort, das ich fast gebraucht hätte, habe ich doch nicht gesagt. Aber, Herr Präsident, ich gestehe es ein.

Wenn wir allerdings die Akzeptanz für Windenergie vor Ort erhalten wollen, dann müssen wir Mittel und Wege finden, um den Willen der Gemeinden so weit wie möglich zu berücksichtigen. Hier verweise ich tatsächlich noch einmal auf unseren Gesetzentwurf - lesen Sie ihn sich noch einmal durch! Wir haben diesen von einem renommierten Planungsrechtler, Professor Faßbender, erarbeiten lassen. Ich sage ganz offen: Auch ich würde mir eine noch deutlichere Berücksichtigung des **Gemeindewillens** wünschen, als es unser Gesetz an dieser Stelle vorsieht. Aber auch nach unserer Auffassung ist juristisch nicht mehr möglich.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Es kommt aber nicht auf eure Rechtsauffassung an, das entscheidet das Gericht! - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch weiße Salbe!)

- Sie meinen, das geht nicht. Aber warum dürfen eigentlich Gemeinden in Baden-Württemberg über die **Abstände von Windkraftanlagen** selbst entscheiden, obwohl es an der Stelle das gleiche Bundesrecht gibt? Warum geht das an der Stelle?

Sie müssen unseren Gesetzentwurf nicht gut finden, aber ich hätte mir schon gewünscht, und ehrlich gesagt hätte ich es auch erwartet, dass Sie im Gesetzgebungsverfahren zumindest mit irgendwelchen eigenen Ideen um die Ecke kommen.

(Serpil Midyatli [SPD]: Ist dir nicht gut?)

- Einen Augenblick bitte. Alles gut, aber ein Glas Wasser hätte ich schon gern. - Vielen Dank.

Stattdessen hat die Landesregierung ihren Windgipfel nur dazu genutzt zu erklären, warum unser Gesetzentwurf nichts bringt. Anstatt sich um eine gemeinsame Lösung zu bemühen, haben SPD, Grüne und SSW im Ausschuss sogar eine mündliche Anhörung abgelehnt. Für mich zeigt das ganz klar: Sie sind gar nicht an einer Lösung interessiert, sondern Sie wollen das Thema nur möglichst schnell wieder vom Tisch haben.

Eigentlich sind wir uns doch einig, dass die **Energiewende** und damit auch der Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein ein Gemeinschaftsprojekt sind.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das dachten wir auch!)

Leider haben Sie den gemeinsamen Weg im Laufe des Verfahrens sehr schnell wieder verlassen.

(Beifall CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Die ganze Zeit. Auch Ihnen muss aber doch klar sein, dass wir die Energiewende nur mit den Menschen und nicht gegen die Menschen zum Erfolg führen können. In Schleswig-Holstein gab es eine lange Zeit eine **Akzeptanz** der **Windenergie** und der damit einhergehenden Belastungen. Aber diese Akzeptanz haben Sie durch die Art und Weise, wie Sie hier verfahren, aufs Spiel gesetzt.

Genau den gleichen Weg gehen Sie auch bei den Abstandsflächen. Hier sagt Minister Habeck: Natürlich wären größere Abstände wünschenswert! - Da hat er recht, sie sind allerdings nicht nur wünschenswert, sondern sie sind vor allem auch notwendig.

Nicht nur ich, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger erwarten von Ihnen zu Recht, dass die Vergrößerung der Abstände in Ihrer Planung eine der maßgeblichen Prioritäten hat. Stattdessen haben Sie sich auch hier allerdings nur wieder darauf beschränkt zu erklären, warum dies alles angeblich nicht geht.

Schauen wir uns doch einmal Ihre Prioritätenliste genauer an. Da wären Denkmalschutz, mögliche und weniger mögliche Neststandorte von bedrohten und nicht so bedrohten Vögeln, von Schlafgewässern, von Futtergebieten und von Routen dazwischen, von Sichtachsen auf Altstädte und auf Kulturdenkmäler, gefolgt von Kulturdenkmälern überhaupt, und irgendwann, ganz am Ende dieser langen Liste an schützenswerten Objekten kommt - oh Wunder! - dann auch einmal der Mensch.

Dass der Bürger kein Vertrauen mehr in Ihren Dialogprozess hat, haben Sie selbst zu verantworten. Das hat Kollege Harms eben dankenswerterweise richtig herausgearbeitet. Als Sie die 7 % Potenzialfläche ausgewiesen haben, haben Sie bei den Windkraftmüllern eine Goldgräberstimmung erzeugt. Gleichzeitig haben Sie **Windkraftgegner** damit produziert, weil Sie plötzlich Gebiete ausgewiesen haben, die vorher nie von Windkraft betroffen gewesen sind. Es mag so gewesen sein, dass Sie in

**(Daniel Günther)**

dem Bereich Transparenz herstellen wollten, aber wenn man dabei so dilettantisch vorgeht, dann provoziert man doch genau das Gegenteil. Genau diese Widerstände, die Sie am Ende hatten, haben Sie durch Ihr Verfahren selbst produziert.

(Beifall CDU)

Ich frage Sie: Wo sollte man eigentlich Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein am sinnvollsten betreiben? - Doch an den bestgelegenen Standorten. Deswegen war ich schon ziemlich erschrocken, als die Kollegin Petra Nicolaisen auf ihre Kleine Anfrage hin erfahren musste, dass Sie überhaupt keine Gutachten über die Windhäufigkeit in Auftrag gegeben haben. Sie haben einfach festgelegt: Es weht überall Wind in Schleswig-Holstein. Aber man muss doch nicht unbedingt Wetterexperte sein, um zu wissen, dass an Standorten an den Küsten mehr Wind weht als an Standorten im Binnenland. Dieses Ergebnis hätten Sie auch bekommen, wenn Sie gefragt hätten. Warum sagen wohl die Nordfriesen, Wind ist erst, wenn die Schafe keine Locken mehr haben? - Weil sie wissen, dass an der **Westküste** am meisten **Wind** weht. Aber all das hätte Ihnen natürlich nicht gut ins Konzept gepasst, weil Sie immer gerne den Küstenstreifen an der Westküste einhalten wollten.

Das Verfahren ist ab dem Zeitpunkt, an dem Sie Ihre politischen Festlegungen getroffen haben, von Staatssekretär Losse-Müller - das will ich überhaupt nicht bestreiten - sauber abgearbeitet worden. Aber durch die Entscheidung von Rot-Grün-Blau wird Windkraft zukünftig ausgebaut, wo am wenigsten Wind weht und wo am meisten Gegenwind herrscht.

(Serpil Midyatli [SPD]: Alles gut, Daniel?)

- Ja, alles gut. - Da wo der Wind am meisten weht und es von den Bürgern am wenigsten Gegenwind gibt, müssen die Anlagen abgebaut werden. Genau mit diesem Weg fahren Sie jede Akzeptanz der Windenergie gegen die Wand.

Zur Akzeptanz trägt es übrigens auch nicht bei, dass wir 300 Millionen € für nicht produzierten Strom bezahlen, weil die Verbrauchs- und Leistungskapazitäten nicht ausreichen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich schlage vor, dass wir die Sitzung einmal kurz unterbrechen. Ich glaube, das ist im Interesse aller.

(Beifall - Unterbrechung: 15:18 bis 15:23 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich eröffne die Sitzung wieder. Der Redner gibt seine Rede zu Protokoll.

Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Dr. Patrick Breyer für die Fraktion der PIRATEN das Wort.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wünschen gute Besserung!)

- Ja, wir wünschen alle gute Besserung. Herzlichen Dank, Frau von Kalben.

(Beifall)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich schließe mich den Wünschen an und wende mich an den Ministerpräsidenten. - Herr Albig: Wenn Sie über Windenergie reden, reden Sie viel von Atomkraft, von Klimaschutz, von Industriepolitik, von Ausbauzielen und von Rechtssicherheit. Wenn ich mit Menschen im Land über **Windenergie** rede, geht es um Heimat, um das Lebensumfeld, um Landschaft, Natur und um Gesundheit.

(Martin Habersaat [SPD]: Liebe! Freundschaft!)

Es geht um Transparenz, um Mitbestimmung und darum, in wessen Interesse eigentlich Politik in unserem Land gemacht wird.

(Zurufe SPD)

An dieser Stelle möchte ich erst einmal einen herzlichen Dank an alle Menschen aussprechen, die sich ehrenamtlich im Bereich der Windenergie für unser Land, für ihr Lebensumfeld und für unsere Heimat engagieren. Erst der Druck, der von diesem Engagement und teilweise auch Protest ausgeht, macht eine ernsthafte Debatte in diesem Haus überhaupt möglich.

(Beifall PIRATEN)

**Transparenz, Mitbestimmung und Bürgerrechte:** Das sind für uns zentrale Werte. Meine Partei hat sich aus Notwehr gegen eine intransparente Politik, die über die Köpfe der Bürger hinweg die Bürgerrechte aushöhlt, gegründet.

(Zurufe - Unruhe)

Wir sehen uns als der Robin Hood der Politik, der den Mächtigen Macht wegnimmt, um sie unter den Bürgern neu zu verteilen.

**(Dr. Patrick Breyer)**

(Heiterkeit und Unruhe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie sind bestenfalls der Stan Laurel der Politik!)

- Herr Dr. Stegner: Wir glauben nicht an die Weisheit der Wenigen oder der Elite. Wir glauben nicht an den einen starken Mann, der eine Partei führt. Wir glauben nicht an die eine Partei, die alles richtig macht und weiß, was für die Menschen am besten ist. Herr Albig, wir glauben auch nicht an Technokraten, die fachlich die beste Planung abliefern können.

Wir glauben an die Intelligenz des Schwarms, an die Intelligenz der vielen. Wir wollen gemeinsam in diesem Land stark sein und nicht von oben herab regiert werden, Herr Dr. Stegner. Dafür stehen Sie.

(Heiterkeit und Unruhe - Beifall PIRATEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Hören Sie doch auf mit den AfD-Sprüchen!)

Wir wollen den Menschen die Möglichkeit und die Instrumente in die Hand geben, um selbst die Politik in die Hand nehmen zu können. Nur wenn die Menschen die Politik kontrollieren, ist sichergestellt, dass Politik im Interesse der Mehrheit und nicht im Interesse einzelner Interessengruppen oder gar im Eigeninteresse gemacht wird.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir sind doch auch Menschen!)

Deswegen wollen wir Schleswig-Holstein zur direkt-demokratischen Schweiz des Nordens machen. Dafür gibt es keinen besseren Anfang als die Windenergieplanung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie machen Gott sei Dank gar nichts mehr!)

Gäbe es ein Lehrbuch für das intransparente Durchpeitschen politisch-wirtschaftlicher Ziele über die Köpfe der Betroffenen hinweg, dann stünde der Windenergieausbau dieser Landesregierung ganz vorn darin. Fakt ist, dass bei den Genehmigungsverfahren für neue Windkraftanlagen über 80 % der Genehmigungen ohne **Beteiligung** der Öffentlichkeit erteilt werden.

Herr Ministerpräsident: Sie veröffentlichen nicht einmal im Netz, welche Genehmigungsanträge vorliegen. Sie veröffentlichen nicht einmal, was der Stand ist und in welche Kategorien sie eingeteilt werden. Sie arbeiten intransparent und vermitteln den Eindruck einer Hinterzimmerpolitik. Das schafft Misstrauen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es muss Ihnen doch klar sein, dass Sie keiner mehr ernst

nimmt, Herr Breyer! - Zuruf Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Ministerpräsident, Sie haben eine große Anhörung zu Planungsentwürfen eingeläutet. Gleichzeitig werden ohne Öffentlichkeitsbeteiligung hinten herum durch Ausnahmegenehmigungen Fakten geschaffen. Das entwertet die Anhörung. Die Menschen fühlen sich von einem solchen Verfahren zu Recht nicht ernst genommen.

Ich komme jetzt zu dem Chaos bei der Windenergieplanung, das Sie angerichtet haben.

(Zuruf SPD: Quatsch!)

Ihre Pläne sehen vor, dass langjährig akzeptierte Bürgerwindparks - zum Beispiel in Nordfriesland - beerdigt werden und stattdessen dort, wo es mehrere Bürgerentscheide mit dem Ergebnis gegeben hat, dass man keine Windkraft haben will, neue Anlagen aufgebaut werden. Jedem leuchtet ein, dass ein solches Vorgehen absoluter Irrsinn ist. Dafür hat keiner Verständnis.

Der ehemalige Ministerpräsident, Ihr Amtsvorgänger, hat sich zu Recht aus dem Fenster gelehnt und gesagt, es könne keiner mehr nachvollziehen, akzeptierte Windparks dichtzumachen und stattdessen dort zu bauen, wo die Menschen die Windenergie absolut nicht haben wollen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mein Gott, Sie sind Jurist! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn er das erste Examen bestehen würde, wäre das schon erstaunlich!)

Herr Albig: Indem Sie so starre Kriterien über das ganze Land legen wollen, handeln Sie, wenn ich das Bild einmal zeichnen darf, wie ein Vater, der seine Kinder an jedem Tag immer genau zwei Kartoffeln essen lässt, auch dann, wenn eines immer hungrig vom Tisch aufstehen muss, weil es gerne mehr essen würde, und das andere vielleicht nach der ersten Kartoffel gar keinen Hunger mehr hat.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Unser Land braucht einen Landesvater, der unterschiedlichen Bedürfnissen seines Landes gerecht wird und nicht das gesamte Land über einen Kamm schert.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit Bildern ist das so eine Sache!)

Stellen Sie sich einmal vor, Sie gehen in ein Restaurant, geben eine Bestellung auf, und der Ober bringt Ihnen ein Steak, weil es der Nachbar bestellt hat. Dann sagen Sie dem Ober: Das habe ich nicht

**(Dr. Patrick Breyer)**

bestellt. Ich bin im Übrigen Vegetarier, ich esse gar kein Fleisch.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ihre Rede hat auch niemand bestellt!)

Dann sagt der Ober: Sie sehen aber objektiv betrachtet so aus, als ob Sie mal ein saftiges Steak nötig hätten. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, würden Sie noch einmal in so ein Restaurant gehen, oder würden Sie sich tunlichst davon fernhalten?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich würde den Ober rausschmeißen!)

Ich glaube, das Beispiel macht deutlich, dass Sie dabei sind, das Vertrauen der Menschen in die Energiewende zu verspielen.

Herr Albig, aber auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU verkaufen die Bürger doch für dumm, wenn sie dieses Windchaos als alternativlos darstellen und die Schuld dafür auf ein Gerichtsurteil schieben wollen.

Ich bin auch Jurist. Ich sage Ihnen, das viel zitierte Urteil des Oberverwaltungsgerichts ist nie höchstrichterlich überprüft worden. Es war ein Fehler, dass Sie die Revision dagegen zurückgezogen haben. Es beruhte außerdem auf der damaligen Gesetzeslage. Es gab damals noch kein Gesetz zur Umsetzung des **Bürgerwillens** bei der **Windenergieplanung**, wie wir es wollen.

Richtig, einige Juristen meinen, ein solches Gesetz würde vor dem Landesverfassungsgericht scheitern.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Aber das ist pure Spekulation, solange kein Verfassungsgericht über ein solches Gesetz entschieden hat.

Ich sage Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Sie müssen ein schlechtes Bild von der Justiz haben, wenn Sie glauben, dass unser Landesverfassungsgericht eine so unsinnige Regelung fordern würde, wie sie jetzt geplant ist, Windparks dort abzubauen, wo sie gewollt sind, und dort hinzubauen, wo sie nicht gewollt sind. Es gibt namhafte Juristen wie Herrn Professor Dr. Pautsch, wie Herrn Dr. Thiele, wie Herrn Dr. El Bureiasi, die Spielräume für ein Gesetz sehen, das akzeptierten Flächen grundsätzlich einen Vorrang einräumt. Sie haben die Stellungnahmen im zuständigen Ausschuss selbst angefordert.

Zwei der Experten meinen, man könnte einen Grundsatz ins Gesetz schreiben, nach dem der Bürgerwille grundsätzlich zu beachten sei. Ein Experte meint, man könne den Kommunen Vorrang geben, die Windparks haben wollten. Es gibt Ansätze in diese Richtung, die Sie aufgreifen könnten.

Jeder Aufstellungsbeschluss in einer Gemeinde zum Beispiel für die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans in unserem Land kann Gegenstand eines Bürgerentscheids sein. Das haben wir 2012 selbst so im Landtag beschlossen.

Wie wollen Sie den Bürgern erklären, dass das, was kommunal geht, plötzlich auf Landesebene nicht mehr möglich sein soll? Wir PIRATEN sagen: Wir dürfen uns aus Angst vor dem Tod nicht selber umbringen und es von vornherein gar nicht erst versuchen. Unzählige Menschen in unserem Land erwarten von der Politik in dieser offenen juristischen Frage den Mut, neue Wege zur Mitbestimmung einzuschlagen, um die unterschiedlichen Bedürfnisse in unserem Land berücksichtigen zu können. Sie erwarten von der Politik, auch vor Gericht dafür zu kämpfen, dass das möglich sein und werden muss.

Im schlimmsten Fall, wenn die Pläne noch einmal kassiert werden sollten, müssten wir eben eine neue Planung und ein neues Moratorium machen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie müssen gar nichts mehr!)

Im besten Fall aber schaffen wir einen Präzedenzfall dafür, dass direktdemokratische Entscheidungen über Infrastrukturprojekte in unserem Land möglich werden, dass wir ein Recht auf **Mitbestimmung** der Menschen über ihr Lebensumfeld und über ihre Heimat einführen können. Ich möchte Franz Kafka zitieren, der zu Recht sagte:

„Verbringe die Zeit nicht mit der Suche nach einem Hindernis, vielleicht ist gar keins da!“

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, demokratische Mehrheitsentscheidungen als nicht fachlich fundiert abtun zu wollen,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das machen Sie hier fast jeden Tag!)

ist eigentlich, zu Ende gedacht, ein autoritäres Denken, ein antidemokratisches Denken. Es ist obrigkeitstaatlich, sozusagen zu sagen, die Fachleute wüssten besser als die Menschen, was für sie gut ist. Auch Sie, Herr Albig, haben im Fernsehen gesagt, dass man die Menschen, wenn sie nicht über-

**(Dr. Patrick Breyer)**

zeugt werden könnten, letztlich gezwungen werden müssten. Das heißt, Sie meinen, dass Politik besser weiß als Menschen und als demokratische Entscheidungen vor Ort, was gut ist. Das ist eine Position, die wir PIRATEN nicht akzeptieren. Für uns geht **Energiewende** nur zusammen mit dem **Bürgerwillen** und nicht gegen den Willen der Bürger.

Für einige von Ihnen ist vielleicht die rechtliche Situation gar nicht der Grund dafür, dass Sie den Bürgerwillen nicht berücksichtigen wollen, sondern Sie fürchten darum, dass Ihre politischen Ziele nicht mehr erreicht werden könnten, wenn man die Bürger entscheiden ließe. Da will ich ganz klar sagen: Solche Zielwerte, die letzten Endes immer aus der Luft gegriffen und ein Stück weit willkürlich festgelegt sind, haben für uns keinen Vorrang vor dem Bürgerwillen. Man kann nicht am grünen Tisch besser entscheiden als vor Ort, was für die Entwicklung unseres Landes richtig ist.

Ich glaube auch, es geht bei den Zahlenwerten übrigens nicht darum, dass Sie die Leistungen, die früher produziert wurden, beibehalten wollen. Ihre Zahlenwerte stammen aus einer Studie aus 2014, die das maximale Ausbaupotenzial für Windenergie in unserem Land berechnen sollte. Da kommen die Zahlenwerte in Wahrheit her.

Franz von Liszt sagte:

„Glücklich, wer mit den Verhältnissen zu brechen versteht, ehe sie ihn gebrochen haben!“

Deswegen ist es gut, dass die Menschen in unserem Land eine **Volksinitiative** organisieren, um, falls nötig, mit einer Volksabstimmung dafür zu sorgen, dass der Bürgerwillen berücksichtigt und umgesetzt wird.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Energiewende gelingt mit den Bürgern zusammen, oder sie gelingt gar nicht. Deswegen ist das für uns ein Punkt, der nicht verhandelbar ist.

(Zuruf Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Albig, Sie reden von Klimaschutz. Sie verschweigen aber, dass eine schnelle Energiewende nach dem jetzigen Emissionshandelssystem gar nicht mehr dazu beitragen kann. Seien Sie ehrlich, dass für jedes abgeschaltete Kohlekraftwerk Immissionsrechte verkauft und anderweitig verbraten werden.

Die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion produzieren sich hier auch als große Retter, die alles besser und anders machen wollen. Sie haben doch die Windenergieplanung mitgetragen. Bis heute verteidigen Sie in Ihrem energiepolitischen Konzept die starre Planvorgabe von 300 % - völlig egal, was die Bürger wollen. Sie halten an dem 300%-Ziel fest, egal, ob es im Einklang mit dem Bürgerwillen durchzusetzen ist. Sie wollen nach Ihrem Gesetzentwurf den Bürgerwillen nur prüfen. Das ist eher weniger Umsetzung des Bürgerwillens als das, was die Staatskanzlei macht, und eine Mogelpackung.

Sie versprechen größere Abstände, sagen den Menschen aber nicht, wo Sie stattdessen Ihre 300 % bauen wollen. Ich bin gespannt, was die Bürger dazu sagen, wenn sie das erfahren. Sie wollen die Menschen besänftigen, indem Sie dort, wo es Bürgerentscheide mit 80-prozentiger Mehrheit gegen Windausbau gibt, sagen: Dann lassen Sie uns eben im Abstand von 500 m statt 400 m bauen. Damit überzeugen Sie keine Menschen. Damit werden Sie die Menschen auch nicht für Ihre Politik gewinnen.

Bauen Sie keine potemkinschen Dörfer auf. Ihr Antrag spricht Bände, indem er die Windenergieentwicklung als Industriepolitik ansieht. Da unterscheiden Sie sich letzten Endes nicht vom Ministerpräsidenten.

Wir PIRATEN wollen die Energiewende

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht! - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stoppen!)

mit dem Bürgerwillen in Einklang bringen. Wir haben einen Antrag vorgelegt, der erklärt, wie das geht. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Für uns müssen nachhaltige Energieversorgung und lebenswerte Heimat Hand in Hand gehen. **Klimaschutz** und **Transparenz** müssen zusammengehen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Dafür werden wir PIRATEN gemeinsam mit den Bürgern kämpfen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Trostlos!)



**Präsident Klaus Schlie:**

Wir begrüßen auf der Tribüne des Landtags Herrn Christiansen vom Bundesverband Windenergie, Landesverband Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen, Herr Christiansen!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Hölck.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Egal, was uns trennt - Gesundheit geht immer vor, und ich wünsche dem Kollegen Günther von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Die CDU verspricht beim Thema **Energiewende** jedem jedes. Das kann man machen, wenn man nicht ernsthaft vorhat, dieses Land regieren zu wollen.

(Beifall SPD)

Es geht am Ende um das große Ziel, in den nächsten zehn Jahren atomar und fossil erzeugten Strom in Schleswig-Holstein vollständig zu ersetzen. Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, und der Opposition geht jetzt schon die Puste aus. Wohin man schaut: Populismus pur, keine tragbaren Konzepte, keine Visionen, keine Ideen.

Sie bekennen sich öffentlich zur Energiewende, und gleichzeitig versuchen Sie, bei Windkraftgegnern zu punkten. Sie reden von Energiewende und wollen sie insgeheim gleichzeitig ausbremsen. Die CDU ist in Wirklichkeit nie aus Überzeugung aus der Atomkraft ausgestiegen.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf Astrid Damerow [CDU])

Daher fehlt Ihnen die Leidenschaft, für die Energiewende zu kämpfen. Ihre Energiepolitik war immer ein Zick-Zack-Kurs, und Merkels Ausstieg vom Atomausstieg kostet den Steuerzahler jetzt Millionen: Die Energiekonzerne müssen wegen des plötzlichen Sinneswandels der Kanzlerin nach der Katastrophe von Fukushima eine angemessene Entschädigung erhalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie im Bundestag noch bejubelt! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das „Zick“ war schon falsch, Herr Kollege!)

- Das „Zick“ war schon falsch. Das hat Frau Merkel allein zu verantworten, und es wäre nicht nötig gewesen, denn die rot-grüne Bundesregierung hatte 2002 einen verfassungskonformen **Atomausstieg** mit den vier großen Energieversorgungsunternehmen vereinbart.

(Beifall SPD - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Die Energiewende in Schleswig-Holstein ist dagegen eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Der Anteil der Erneuerbaren betrug 2015 rund 53 %. Damit deckte die erzeugte Energie aus Wind, Sonne und Biogas 2015 rechnerisch circa 110 % des Stromverbrauchs in Schleswig-Holstein. Erstmals haben die erneuerbaren Energien 2015 Kohle und Atom überholt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unsere Zukunft.

(Beifall SPD)

Zu dieser Zukunft gehört auch der Ausbau der Netze, und der Ausbau schreitet voran. Entlastung wird die Westküstenleitung bringen. Der erste Abschnitt wird noch in diesem Jahr ans Netz gehen, der zweite ist in Bau. Unerlässlich wird die Südlink-Leitung sein. Werben Sie für den Netzausbau, anstatt populistisch gegen die Energiewende zu argumentieren!

Wir wollen, dass 2030 rund 44 TWh aus erneuerbaren Energien erzeugt werden. Hierbei kommt es auf den **Energiemix** bei den erneuerbaren Energien an. Um das Energieziel 2030 zu erreichen, werden circa 12,7 GW Leistung Onshore-Windenergie benötigt. Derzeit liegen wir bei 5,6 GW Windenergie an Land. Wer das nicht will, muss andere Energieziele formulieren oder den Anteil anderer Energiearten erhöhen. Für den Stromsektor sehen wir uns in der Verantwortung für das gesamte Land. Wir sind bereit, erneuerbare Energien nach Bayern zu exportieren.

(Beifall SPD)

Wichtiger Baustein der Energiewende muss und wird die **Windenergie** an Land sein und bleiben.

Was nun an Gesetzesvorhaben zur Berücksichtigung des Gemeindewillens bei der Neuaufstellung der Regionalpläne von der Opposition vorgelegt wurde, war entweder verfassungswidrig oder ist weiße Salbe wie bei der CDU.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die CDU fordert eine Regelung, die schon längst - und das sogar weitgehender - rechtlich verankert ist. Zum Genuss will ich Ihnen einige Auszüge aus der Anhörung zum Gesetzentwurf der CDU im In-

(Thomas Hölck)

nen- und Rechtsausschuss zitieren. Kreis Nordfriesland:

„Der vorliegende Gesetzentwurf ist zwar zulässig, wird aber nicht empfohlen, da damit keine verbesserte Einbindung der gemeindlichen Ebene in den Planungsprozess zur Steuerung der Windenergienutzung verbunden ist.“

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Hört, hört!)

Oder die IHK:

„Die Auswirkungen auf die Akzeptanz der Windkraft sind somit bestenfalls unklar.“

Oder die Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung:

„Vor diesem rechtlichen Hintergrund bleibt die Notwendigkeit der im Gesetzentwurf avisierten Regelungen unklar. Denn inhaltlich dürfte er - jedenfalls nach seiner Begründung - das bezwecken, was das Abwägungsgebot heute schon gewährt, nämlich die regionalplanerischen Auswirkungen der Windenergie auf kommunale Belange möglichst gering zu halten.“

Liebe CDU, in Ihrer eigenen Begründung gestehen Sie selbst kleinlaut, dass den Entscheidungen kommunaler Gebietskörperschaften kein absoluter Vorrang im Rahmen der Abwägung zukommt. Im Grunde genommen ist Ihr Gesetzentwurf die Druckerschwärze nicht wert.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Das **Oberverwaltungsgericht** hat in seiner Urteilsbegründung ganz klar formuliert - ich zitiere für die Öffentlichkeit aus der Begründung -:

„Dabei sei zur Klarstellung darauf hingewiesen, dass die Ergebnisse von schlichten Mehrheitsentscheidungen einer Gemeindevertretung oder eines Bürgerentscheids keine maßgeblichen Belange für eine durch Abwägung gesteuerte Planung sind. ... Deshalb müssen alle planerischen Festsetzungen auf nachvollziehbaren sachlichen Gründen beruhen. Erst recht darf der bloße Gemeindeville nicht das allein maßgebliche Kriterium einer Abwägungsentscheidung über einen Regionalplan mit der Wirkung des § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB sein.“

Meine Damen und Herren, der Entwurf der Piratenfraktion wurde ausreichend debattiert. Er wurde vom Wissenschaftlichen Dienst und Professor

Dr. Wolfgang Ewer eindeutig als verfassungswidrig bezeichnet.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Es gibt auch andere Meinungen dazu! - Zuruf Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es eine juristisch haltbare Möglichkeit gegeben hätte, hätte die Mehrheit des Parlaments ein Gesetz verabschiedet, das den Bürgerbeziehungsweise Gemeindevillen aufgenommen hätte. Es gibt aber keine Möglichkeit, Herr Breyer. Begreifen Sie das endlich!

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW- Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Das haben Sie nicht zu entscheiden!)

Was Sie tun, ist Populismus. Der Kollege Garg hat es schon gesagt. Das ist AfD light, was Sie betreiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP] - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: So eine Unverschämtheit!)

Sie machen den Menschen etwas vor. Das ist Blenderei. Sie sammeln mit der Volksinitiative Stimmen, und nachher müssen Sie denen erklären, dass das nicht geht, was Sie den Menschen vormachen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Natürlich geht das!)

- Hören Sie auf, die Menschen zu täuschen! Sie täuschen die Menschen. Hören Sie auf damit!

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Sind Sie vielleicht Verfassungsrichter? - Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Lassen wir jetzt wieder Herrn Hölck das Mikrofon. Er ist der Einzige, der jetzt redet.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Danke, Herr Präsident. - Tatsächlich startet die Landesregierung mit der Veröffentlichung der **Regionalpläne** das bisher umfangreichste **Beteiligungsverfahren** in der Geschichte des Landes.

(Beifall SPD und SSW)

Diese Landesregierung nimmt ihre Verantwortung gegenüber den Menschen so ernst wie keine Regierung vor ihr. Es wurde ein Kompromiss geschaffen, der viele Bürgerinnen und Bürger mitnehmen wird, die Energiewende in Schleswig-Holstein zu ermög-

(Thomas Hölck)

lichen. Ich will den Mitarbeitern der Landesplanung ausdrücklich meinen Respekt und Dank für ihre harte und gute Arbeit aussprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Keine der 354 Vorrangflächen ist in Stein gemeißelt. Wenn Einwände belegen, dass die eine oder andere Fläche nicht den Kriterien entspricht oder sich die Grundlage einer Abwägungsentscheidung ändert, wird es Veränderungen geben. Wenn wir am Ende zu weniger Vorrangfläche kommen, dann ist das so. Die Kriterien werden nicht verändert.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Wenn nun die CDU daherkommt und wieder andere Abstände fordert, verhöhnt sie nicht nur die Mitarbeiter der Landesplanung, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Rund 1.300 **Windkraftanlagen** stehen außerhalb der künftigen **Vorranggebiete**. Diese Anlagen genießen Bestandsschutz bis zum Ende ihrer Funktionstüchtigkeit, dann müssen sie endgültig abgebaut werden. Das bedeutet größere Abstände und mehr Schutz für Mensch und Natur, es bedeutet eine großräumige Entlastung.

Was macht die Union? Sie verweigert den Menschen den Schutz durch größere Abstände. Ich will Ihnen einen kleinen Rückblick geben: Die Regionalpläne, die das OVG einkassiert hat, wurden von einer schwarz-gelben Landesregierung unter Peter Harry Carstensen auf den Weg gebracht,

(Volker Dornquast [CDU]: Hör doch auf!)

damals mit den besagten 300 und 500 m Abstand.

(Zurufe)

Interessant ist, dass jener Altministerpräsident die neue Planung für „beknackt“ hält, dessen eigene Windkraftanlage nach den neuen Plänen nur noch Bestandsschutz genießt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das!)

Gleichzeitig fordert die Union, dass auf Flächen, die bereits für die Erzeugung der Windenergie genutzt werden, dieses auch weiterhin dauerhaft möglich bleibt. Das bedeutet, dass es dann weiterhin keine einheitlichen Kriterien geben würde. Die Abstände von 300 m beziehungsweise 500 m würden Bestand haben. Sie schaffen bei den Anliegern von

Windkraftanlagen eine Zweiklassengesellschaft. Das wollen wir nicht.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Landesplanung hat beim Windgipfel vorgezeichnet, wie sich die Potenzialfläche für die Ausweisung von Vorranggebieten verändern würde, wenn man den Abständen der Union

(Zurufe: Folgen würde!)

folgen würde - genau, das wollte ich sagen. Ich hatte den Faden verloren.

Bei Abständen von 500 m beziehungsweise 1.200 m zur Wohnbebauung, wie sie von der CDU gefordert werden, bleibt so gut wie nichts mehr an Windeignungsfläche übrig. Weil die CDU das auch weiß, hat sie vorsorglich in ihren Gesetzentwurf hineingeschrieben, die zurzeit bestehenden **Mindestabstände** zu anderen Schutzgütern sollten dafür reduziert werden. - Wohlweislich hat die Union nicht weiter definiert, welche Schutzgüter im Einzelnen weniger schützenswert sein sollen. Sagen Sie doch einfach, Sie meinen Natur-, Arten- und Umweltschutz, Landschaftsschutz oder den Schutz von Kulturdenkmälern. Sie opfern all das auf Ihrem Wahlkampfaltar.

(Martin Habersaat [SPD]: Humor hat er!)

Ja, die Akzeptanz der Energiewende durch die Menschen ist wichtig. Das bedeutet vor allem, dass wir aufrichtig mit den Bürgerinnen und Bürgern umgehen müssen.

(Tobias Koch [CDU]: Finden Sie den Faden wieder!)

Was Sie tun, hat damit nichts, aber auch gar nichts zu tun. Sagen Sie den Menschen, was Sie eigentlich wollen: mehr oder weniger Windenergie an Land, mehr oder weniger Windenergie in der Nordsee, mehr oder weniger Biogasanlagen, mehr oder weniger Solarstrom, mehr oder weniger Kohlestrom, oder am Ende doch wieder Atomstrom? - Ihrem Schlingerkurs bei der Energiewende konnte man noch nie trauen. Der Verzicht auf **Windenergie** bedeutet doch keinen Strom, sondern wieder rauchende Schloten und strahlende Reaktoren. Das darf nie wieder eine Alternative in diesem Land sein. Nur bei der Küstenkoalition ist die Energiewende gut aufgehoben - vor und nach der Wahl. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus gegebenem Anlass teile ich Ihnen mit, dass es dem Kollegen Günther wieder besser geht. Er lässt Sie herzlich grüßen und sagt herzlichen Dank für das Verständnis des Hauses und ganz besonders herzlichen Dank an Sie, Frau Dr. Bohn.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktions - -

(Zurufe)

- Leute!

(Jette Waldinger-Thiering [SSW]: Eigentlich kostet das eine Runde!)

Wenn es dem Haus jetzt genehm ist, dann können wir vielleicht offiziell weitermachen? - Das ist so. Dann erteile ich jetzt der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frau Abgeordneter Eka von Kalben, das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir die Vorwürfe der Opposition hier anhöre, die bisher gekommen sind, dann habe ich das Gefühl, dass das **OVG-Urteil** entweder nicht gelesen oder nicht zur Kenntnis genommen wurde und wir aufgefordert werden, es nicht zu berücksichtigen. Das halte ich wirklich für Kamikaze und falsch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Gleich kommen ordentliche Vorwürfe!)

Wir könnten zum Beispiel Ihrem Vorschlag, Herr Breyer, folgen zu sagen: Ach, das interessiert uns gar nicht, wie die entschieden haben, wir probieren jetzt mal etwas anderes aus - was wir ja alle wollen, wir haben ja versucht, den **Gemeindewillen** mit zu berücksichtigen -, und dann lassen wir uns halt verklagen und gehen dann vor das Verfassungsgericht. - Das würde bedeuten, dass wir wieder eine Verunsicherung in die Bevölkerung bringen, Verunsicherung, die uns neulich noch, als die Regierung die 7%-Fläche veröffentlicht hat, von der CDU vorgeworfen wurde. Das würde eine Ausbremsung der **Energiewende** bedeuten, was wir überhaupt nicht gebrauchen können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Was Sie hier völlig aus der Diskussion rauslassen, wenn wir darüber reden, wo welche Windenergieanlagen hinkommen, ist, dass wir ein Problem haben. Wir haben immer noch Atomkraftwerke am Netz, die jeden Tag Müll produzieren, von dem kein Mensch weiß, wo er hin soll. Das war erstens. Zweitens haben wir einen Klimawandel, der uns große Sorgen machen muss, und täglich laufen die Kohlekraftwerke und produzieren CO<sub>2</sub>. Da kann es doch eigentlich gar nicht schnell genug gehen mit der Energiewende.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Unsere Landesregierung hat auf das Urteil des Schleswiger Oberverwaltungsgerichts reagiert und in einem umfassenden Prozess neue Kriterien entwickelt.

Ziel ist es, eine verlässliche Regelung zu finden und dabei die Öffentlichkeit an den Plänen zu beteiligen. Wenn hier der Vorwurf kommt, das sei jetzt alles völlig intransparent und in „Hinterzimmerstübchen“ vereinbart, dann will ich sagen: Zu diesen „Hinterzimmerstübchen“ gehört zum Beispiel das Elbeforum Brunsbüttel, bei dem 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren, als die Windpläne beraten wurden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört, hört! Hinterzimmer!)

Dann gehört zum Beispiel die Fachhochschule Kiel mit ihrer Aula dazu, wo 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Pläne diskutiert haben. Das als Hinterstübchen zu bezeichnen? Ich weiß nicht, in welchem Schloss Sie leben, Herr Breyer, aber ich finde, das sind große Säle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Zur Transparenz empfehle ich Ihnen, vielleicht einmal auf die wunderbare Homepage der Staatskanzlei zu schauen und auf das Online-Beteiligungstool. Das ist doch eigentlich auch Ihr Thema: Online-Beteiligung. Da können Sie sich im Internet schlaumachen und beteiligen. Da steht auch genau, was mit all diesen Stellungnahmen passieren wird. Da werden nämlich Synopsen angelegt, die auch wieder transparent ins Netz gestellt werden mit einer entsprechenden Stellungnahme der Landesregierung. Und dann wird natürlich auch jeder gute Verbesserungsvorschlag, der aber rechtssicher ist, auch be-

**(Eka von Kalben)**

rücksichtigt werden können. So viel zum Thema **Transparenz**.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wo stehen die Anträge drin?)

Nun gibt es verschiedenste Vorwürfe gegen die Pläne der Landesregierung, die sie gemäß dem Oberverwaltungsgerichtsurteil umgesetzt beziehungsweise vorgeschlagen hat. Zuerst gehe ich jetzt vor allen Dingen auf den Gesetzentwurf der CDU ein, der sehr konkret ist, sodass man sich gut darüber unterhalten kann.

(Zurufe)

- Ja, das finde ich wirklich gut.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Ich teile nur nicht die Konsequenzen, die Sie daraus ziehen, aber trotzdem ist es etwas, woran man sich abarbeiten kann.

Erstens sagen Sie, es sei falsch, **einheitliche Kriterien** anzuwenden. - Ja, das ist etwas, was wirklich schwer zu vermitteln ist, wenn an der einen Stelle Menschen repowern und weiter ausbauen wollen, und es auf der anderen Seite natürlich Bereiche in Ostholstein oder anderswo gibt, wo man sagt: Wir wollen gar keine Windkraft, und deshalb brauchen wir andere Kriterien. - Das ist aber ein Thema der Rechtsstaatlichkeit. Das ist genau das Thema, dass wir einheitliche Kriterien, die in allen Landesteilen angewendet werden, entwickeln müssen und dass die dann zum Teil zu Situationen führen, die wir nicht wünschen.

Genau die Frage zum Beispiel der **Bestandssicherung** und auch die Frage der Abstände zu Wohneinheiten haben wir genau geprüft. Dazu gab es Veranstaltungen, an denen zum Teil auch Teilnehmer von den Oppositionsfraktionen teilgenommen haben, bei denen ganz deutlich gemacht wurde, dass die Altbestandsregelungen rechtlich nicht möglich sind. Deshalb bin ich zutiefst der Meinung, dass man dies auch nicht behaupten soll und damit der Energiewende wirklich nicht hilft, weil Sie nämlich den Eindruck erwecken, das ginge, und wir wollten nur nicht, und wir - ganz klar auch durch Veranstaltungen und rechtswissenschaftliche Gutachten belegt - sagen: Es geht nicht.

Dann die Anwendung einheitlicher Kriterien: Da diskutieren wir über die Frage, um welche Kriterien es geht. Sie sagen: mehr **Abstand zu Wohnflächen**. Wer würde das nicht wollen? - Es ist doch nicht so, dass wir sagen: Ach toll, die **Windräder**, je näher an die Bebauung, desto bes-

ser. - Aber es gibt eben auch Ziele wie Naturschutz, Küstenschutz, Klimaschutz und Denkmalschutz. Das sind übergeordnete Ziele.

Lieber Herr Günther, auch ich wünsche Ihnen alles Gute, aber was mich an der Argumentation, die hier vorgetragen wurde, wirklich stört, ist zu sagen, das eine sei für den Menschen, und das andere sei Naturschutz, Klimaschutz, Denkmalschutz und ich weiß nicht was, und das habe mit den Menschen gar nichts zu tun. - Das ist nicht unsere Auffassung.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Für uns gehört der Schutz der Natur, der Schutz der Küste, der Schutz der Kultur, der Schutz unserer historischen Denkmäler genauso zu unserem Wohlfühlen wie der Schutz der Landschaft und der Nachbarschaft.

(Beifall SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Aber zu gleichen Bedingungen!)

- So ist es.

Wenn Sie sich diese Kriterien einmal anschauen - Sie haben diese Excel-Tabellen ja auch gesehen, bei denen man ein Kriterium herausnehmen und dann erkennen kann, wie sich die Dinge verändern können. Dann ist es eben so: Wenn Sie verschiedenste Kriterien herausnehmen würden - ein paar Kriterien können Sie ja gar nicht verändern, weil diese gesetzlich vorgegeben sind, auch im Naturschutz, Gott sei Dank -, kommen Sie eben mitnichten darauf, dass Sie dann einen Abstand von 400 m weniger haben, sondern es sind maximal 10 m.

Selbst wenn Sie die komplette Streichung beispielsweise des Küstenstreifens oder den Abstand zum historischen Dannewerk herausnehmen würden, dann würde sich der Abstand um wahrscheinlich nicht einmal 10 m vergrößern, der zu den Wohneinheiten besteht. Und was wäre dann, bitte schön, gewonnen?

Insofern bitte ich Sie wirklich: Nutzen Sie im Detail die Möglichkeiten, die Sie mit den Kriterien haben. Stellen Sie entsprechende Anfragen, und sagen Sie, wenn diese oder jene Kriterien wegfallen, wie viele Meter das bringt. Sie werden dann sehen: Wenn wir das gemeinsame Ziel haben - ehrlich gesagt gab es hier in diesem Haus einmal die Tradition, das gemeinsame Ziel zu haben, die Energiewende voranzubringen -, dann brauchen wir 2 % der Fläche für **Windkraft**. Und dann können wir nur darüber streiten, wo diese 2 % sind. Wir können aber nicht darüber streiten, dass wir sie haben.

**(Eka von Kalben)**

Wenn wir an dieser Stelle zusammen sind - -. Sie haben sich von der Energiewende ja mehr oder weniger verabschiedet. Ich spreche jetzt extra mit der CDU. Wenn Sie damit an Bord sind, dann sagen Sie im Detail aber nicht: Wir wollen höhere Abstände. Damit, meine Damen und Herren, streuen Sie den Menschen Sand in die Augen. Das führt dann dazu, dass Sie nicht für die **Akzeptanz** werben, so, wie Sie das sagen. Sie sagen nämlich, wir würden Bürgerbeteiligung versprechen, die gar nicht geht. Sie schüren vielmehr Ängste, und Sie schüren den Widerstand. Und das finde ich fatal, weil das ein so wichtiges Thema für unser Land ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Der zweite Vorwurf lautet, es gebe zu wenig **Bürgerbeteiligung**. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Bürgerbeteiligung brauchen Sie bei uns wirklich keine Eulen nach Athen zu tragen. Da müssen Sie uns nicht belehren. Die Staatskanzlei hat zu diesem Thema sogar einen großen Workshop veranstaltet, zu dem mehrere hundert Besucher kamen. Auch die CDU-Landtagsfraktion war dabei vertreten. Das Ergebnis war sehr eindeutig: Der vom Ministerpräsidenten eingeschlagene Weg der Berücksichtigung der Gemeinden - der Erlass aus dem Jahr 2015 - bringt mehr als der Gesetzentwurf der CDU. Dieser wäre entweder rechtswidrig, oder er würde gar nichts bringen. Die verschiedenen Anhörungsergebnisse haben Sie ja schon gehört.

Ich möchte aber noch einmal eine Sache zu den Einwänden von Herrn Breyer sagen. Lieber Patrick Breyer, Sie meinen, Sie seien hier im Haus - ich meine Sie als Person; von Ihnen hört man es hier ja besonders - der Vertreter des Bürgerwillens. Erstens ist das eine absolute Anmaßung, dass Sie meinen, nur Sie hätten den Bürgerwillen im Blick. Das ist gar keine Frage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Zweitens frage ich mich: Welchen Bürger meinen Sie eigentlich damit? Sprechen Sie von den Windmüllerinnen und Windmüllern - oben auf der Besuchertribüne ist ein Vertreter von Bürgerwindparks aus meinem Wahlkreis, der gemeinsam mit anderen Bürgerinnen und Bürgern dort einen Windpark aufgebaut hat; sprechen Sie von diesem? Sprechen Sie von den Bürgerinnen und Bürgern, die Angst haben, dass sie krank werden, weil bei ihnen in der Nähe ein Windrad aufgebaut wird? Sprechen Sie von den Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegnern, die endlich wollen, dass die Anlagen abge-

schaltet werden? Oder sprechen Sie von Menschen, die gerne ihre Kirche oder ihr Denkmal geschützt sehen wollen? Von welchen Bürgern sprechen Sie? Ich denke, der Punkt ist klar: Es gibt den einen Bürger, die eine Bürgerin nicht. Im Gegenteil: Die Interessen rund um das Thema Windenergie in der Bevölkerung können heterogener nicht sein. Wenn jeder Backyard berücksichtigt würde, wäre die Energiewende eben nicht denkbar.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Nein, tue ich nicht. - Ich nehme noch eine Bürgerin, einen Bürger dazu, nämlich diejenigen, die auf Inseln in der Südsee wohnen und die aufgrund des **Klimawandels** nicht wissen, wie lange ihr Zuhause noch existiert. Auch diese Bürgerinnen und Bürger müsste man zu diesem Thema, finde ich, anhören.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt komme ich zu den sehr konkreten Vorschlägen der CDU. Sie sagen, man müsse den Netzausbau voranbringen; gar keine Frage. Solange der **Netzausbau** fehlt, sollen wir noch nicht die Windkraftanlagen aufbauen. Ich sage Ihnen: Wir in Schleswig-Holstein müssen uns wirklich nicht verstecken, was den Netzausbau angeht. Wir sind da mit gutem Erfolg dabei. Der erste Abschnitt der Westküstenleitung ist eröffnet; der nächste Abschnitt wird in den nächsten Wochen planfestgestellt sein. Probleme machen da eher Unionspolitiker in anderen Bundesländern als ausgerechnet die Grünen oder die Küstenkoalition.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Die sind in Baden-Württemberg auch nicht besser als wir! - Vereinzelter Beifall)

Wenn wir mehr Netze hätten, würde sich damit der nächste Punkt relativieren, nämlich die teuren Abschaltungen. Das ist tatsächlich ärgerlich. Natürlich, wer findet das nicht ärgerlich? Das ist vor allem dann ärgerlich, wenn man bedenkt, dass gleichzeitig unglaublich viele Kosten für den Steuerzahler durch die Energie aus Atomkraft und aus fossilen Energieträgern entstehen - das nur by the way. Die Bürgerinnen und Bürger haben über die letzten Jahre deutlich mehr für die netzbedingte Abschaltung

**(Eka von Kalben)**

fossiler Kraftwerke gezahlt als für die Abschaltung von erneuerbaren Energien. Dann muss man wenigstens beides skandalisieren, liebe CDU, und nicht nur das Abschalten von Windkraftanlagen. Aber auch hier hat die Landesregierung Vorschläge zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher vorgelegt - und ist auch am Widerstand der CDU-Bundestagsfraktion gescheitert. Schade, schade!

Vielen Dank, dass Sie ansonsten den Kurs der Landesregierung mit Ihrem Antrag in fast allen Punkten kraftvoll unterstützen. Sie fordern Systemintegration und Sektorenkopplung. Das machen wir. Wir haben mit einem Gutachten zu zuschaltbaren Lasten einen starken und sehr konkreten Vorschlag entwickelt. Wir hätten da gern mehr gemacht, wenn wir die entsprechende Unterstützung im Bund bekommen hätten. Also, auch da freuen wir uns sehr auf Ihre Unterstützung, die Sie uns da offensichtlich bringen wollen. Sie fordern, die Industrie bei der Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen. Das gibt es. Es gibt das Wasserstoffprojekt NEW 4.0, es gibt Fördermöglichkeiten aus EFRE. Wir haben eine Ausschreibung, die den Schienenverkehr für Wasserstoffantriebe öffnet und, und, und.

Dann haben Sie noch verschiedene andere Vorschläge gemacht, die ich nicht alle nennen kann. Ich kann es nur zusammenfassen: Machen wir, finden wir auch richtig. Den Strom hier nutzen und einbringen - wunderbar. Schön, dass Sie an dieser Stelle bei uns sind.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen die Energiewende. Das steht für uns außer Frage. Wir wollen weg von Atomkraft und weg von fossilen Energien, und das ist der Grund, weshalb wir uns vehement für den **Ausbau der Windenergie** einsetzen. Dass wir dies nur mit der Bevölkerung tun können und nicht gegen sie, das ist uns bewusst, und es ist auch sonnenklar. Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt zwei unterschiedliche Möglichkeiten, hier vorzugehen. Man kann die Bevölkerung mitnehmen, indem man sie aufklärt und beteiligt oder aber indem man negative Emotionen schürt und diese nutzt, um für sich Wahlkampf zu machen. Hier geht es aber um unsere Zukunft, um die Zukunft von allen Menschen in diesem Land und nicht um die Wahlergebnisse der CDU.

Wir brauchen verlässliche Regelungen für den Ausbau der Windenergie in diesem Land, und wir werben um die **Akzeptanz** und die **Beteiligung** der Bevölkerung. Es ist unlauter, den Menschen das Blaue

vom Himmel zu versprechen. Das wissen Sie ganz genau. Wenn Sie die **Energiewende** aushebeln wollen, dann sagen Sie das ehrlich. Dann sagen Sie: Das geht uns alles viel zu schnell, das Klima ist uns egal, und die Atomkraftwerke können auch weiterlaufen. - Das kann man machen. Wir halten es für falsch, aber man kann es machen. Aber man kann nicht sagen: Energiewende voran, aber bitte keine Windenergiezulassung. - Das geht eben nicht.

(Zuruf FDP: Das haben wir doch gar nicht gesagt! Wir haben gesagt, es ist nicht alternativlos!)

Es war einmal gute Tradition in diesem Haus, die Energiewende und auch die Windkraftpläne fraktions- und parteiübergreifend nach vorne zu bringen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, aber sinnvoll!)

Sie erinnern sich: Wir haben Ihre Landesplanung auch übernommen, und wir haben diese nicht in die Tonne getreten, sondern diese wurde vom OVG in die Tonne getreten. Also, seien Sie wieder mit an Bord, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, statt dieses wichtige Thema für den Wahlkampf zu instrumentalisieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rund 900.000 € am Tag bezahlen die Stromkunden für Strom aus Schleswig-Holstein, der gar nicht produziert wird. 64 % der bundesweiten Abregelung entfällt auf Schleswig-Holstein, die Mutter aller Netzengpassgebiete. Im Jahr 2015 waren das 2.934 GWh, und 90 % davon betreffen Windstrom.

Was macht die Landesregierung in Anbetracht dieser Zahlen? Sie schreibt planwirtschaftlich fest, dass es aktuell knapp 3.100 Windkraftanlagen und bis 2025 3.600 werden sollen. Dabei wird schon heute Strom in einer Größenordnung abgeregelt, die die Landesregierung bis zum Jahr 2020 an **Windenergie** onshore zubauen will.

Die Landesregierung plant darüber hinaus an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei mit viel zu kurzen Abstandsregelungen; Gesundheitsschäden und Wertverluste von Immobilien werden billigend in

**(Oliver Kumbartzky)**

Kauf genommen. So, meine Damen und Herren, kann es definitiv nicht weitergehen.

(Beifall FDP)

Blicken wir noch einmal knapp zwei Jahre zurück. Das bereits genannte **OVG-Urteil** vom Januar 2015 hat uns alle überrascht, das ist klar. Natürlich musste gehandelt werden. Dann hat die Regierung in Windeseile, ohne eine richtige Anhörung, eine Änderung des Landesplanungsgesetzes herbeigeführt. Besonders bemerkenswert daran fand ich, dass die CDU-Fraktion diesen Gesetzentwurf damals zusammen mit der Koalition eingebracht hat.

(Beifall FDP - Zurufe CDU)

Das gehört auch zur Geschichte dazu. Ich weiß, dass Sie das nicht mehr hören wollen, aber Sie haben die Vorlage von Herrn Albig eins zu eins übernommen, ohne auch nur ein Wort zu ändern. Ich glaube, das war ein Novum hier im Haus, dass die größte Oppositionsfraktion das einfach so blind mitgemacht hat.

(Beifall FDP - Martin Habersaat [SPD]: Das war vernünftig! - Weitere Zurufe SPD)

- Ja, natürlich. Es gab eine schlüssige Begründung. Die Begründung war laut Pressemitteilung vom 28. April 2015 - ich empfehle jedem, die noch einmal zu lesen -: Die CDU vertraut Ministerpräsident Torsten Albig. Das war damals die Begründung.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das war ein Moment der Vernunft! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie vertrauen ja auch dem Bankenvorstand der HSH Nordbank!)

Herr Ministerpräsident, dass Sie jetzt ein Anhörungsverfahren machen, ist sicher gut und richtig. Aber in Wahrheit ist das natürlich auch eine Selbstverständlichkeit.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen?

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Ja, gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Nur um Licht in den historischen Dschungel hier zu bringen, wollte ich noch

einmal darauf hinweisen, dass die Argumentation der FDP damals keineswegs inhaltlich war, sondern nur formell dahin ging, dass die Beteiligungsverfahren nicht schnell genug laufen. Wir standen damals aber unter dem Druck, rechtzeitig zu reagieren, um nicht das Urteil wirksam werden zu lassen, sodass damit sozusagen der § 35 BauGB, privilegiertes Bauen, gegriffen hätte. Der sogenannte Wildwuchs hätte dann um sich gegriffen. Das galt es zu vermeiden. Insofern fand ich auch in der historischen Nachschau das Verhalten der CDU außerordentlich verantwortungsbewusst.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wir können uns schon selbst verteidigen, lieber Detlef, dazu brauchen wir euch nicht! - Heiterkeit)

Aber jedenfalls hat die FDP damals in den Debatten kein inhaltliches Argument dagegen genannt.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Lieber Herr Matthiessen, wir hätten aber gern noch eine richtige Anhörung durchgeführt. Ich glaube nicht, dass hier innerhalb von zwei Wochen Wildwuchs entstanden wäre. Sie haben das einfach nur durchgepeitscht, haben nur auf den einen Gutachter gehört, und das finde ich nach wie vor falsch.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine weitere Frage, ist das so weit beantwortet?

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, dass ein Antrag gemäß § 49 BImSchG hätte gestellt werden können, und dann wäre der Standort planerisch gesichert gewesen. Das mit dem Wildwuchs war damals kein konstruiertes Argument, sondern ein reales.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Eine falsche Behauptung!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Okay. Damit ist also sozusagen Ihre Bemerkung beendet. - Jetzt habe ich die Frage, ob sich auch die Frau Abgeordnete Nicolaisen zu Wort melden darf, Herr Abgeordneter Kumbartzky.



**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Petra Nicolaisen [CDU]:** Ja, Herr Kollege Kumbartzky. Ich schließe mich den Ausführungen meines Kollegen

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Matthiessen!)

- Matthiessen; danke - vollumfänglich an. Ich wüsste von Ihnen gern, welche Alternative Sie uns genannt hätten. Denn der Wildwuchs wäre definitiv nicht zu verhindern gewesen. Welche Alternative hätten Sie uns denn unterbreiten wollen, die Sie uns nicht unterbreitet haben?

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Ich sagte eben schon zu Ihrem Freund und Partner, Fast-Koalitionspartner, Detlef Matthiessen - Sie sind hier gerade so verbrüdet -, dass wir eine intensive Anhörung hätten durchführen können. Ich halte es übrigens auch für falsch, dass das nicht vor das Bundesverwaltungsgericht gezogen worden ist. Das hätte man vielleicht einmal tun sollen.

(Zurufe SPD und CDU)

- Das war die Alternative. Sie haben nur blind auf einen einzigen Gutachter gehört. Ich weiß, dass Sie das nicht hören wollen, aber so ist es, Detlef Matthiessen. Sie haben nur auf den einen gehört.

So, jetzt komme ich aber einmal ins Hier und Jetzt, zum Anhörungsverfahren, das bald beginnt. Es ist - wie gesagt - eine Selbstverständlichkeit, dass das kommt. Problematisch ist aber - und das hat die CDU vor lauter Vertrauen in den Ministerpräsidenten damals so mit beschlossen -, dass trotz landesplanerischer Veränderungssperre eine Ausnahmegenehmigung nach der anderen erteilt wird. Es gibt als de facto gar kein Windkraftmoratorium, es werden weiterhin **Windkraftanlagen** vom Land genehmigt, und zwar über die von Ihnen beschlossene Ausnahmeregelung des § 18 a Landesplanungsgesetz. Bisher sind so über 200 Windkraftanlagen-Genehmigungen erteilt worden. Derzeit liegen Anträge für weitere 229 Windkraftanlagen vor, die bereits vor Inkrafttreten der neuen Regionalpläne genehmigt werden können. Also auch während des laufenden Moratoriums und während des laufenden

Anhörungsverfahrens können Windkraftanlagen genehmigt und gebaut werden.

Meine Damen und Herren, den Bürgerinnen und Bürgern wird der Eindruck vermittelt, sie könnten an den Plänen noch etwas ändern, während zugleich - quasi durch die Hintertür - intensiv Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, und zwar theoretisch auch in Gebieten, die derzeit gar nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind oder mit Stand heute Vorranggebiet sind und nach der Anhörung vielleicht wegfallen. So wird das Beteiligungsverfahren mehr oder weniger torpediert.

(Beifall FDP)

Und nun unsere konkreten Forderungen, auf die Sie ja warten: Wir fordern, dass vor dem Hintergrund möglicher Planungsänderungen der bisher von der Landesregierung betriebene Ausbau der Windenergie an der Bevölkerung vorbei über die Ausnahmegenehmigungen während des nun startenden Anhörungsverfahrens so weit wie möglich eingeschränkt wird. Es kann nicht sein, dass den Bürgerinnen und Bürgern Einflussmöglichkeiten suggeriert werden, während gleichzeitig mithilfe von Ausnahmegenehmigungen oder Sonderregelungen Fakten geschaffen werden.

Hinzu kommt: In Wahrheit stellt das **Anhörungsverfahren** ohnehin nur ein Minimum der Mitwirkung dar. Denn einwenden dürfen die Bürgerinnen und Bürger nur abwägungserhebliche Belange. Die hat die Landesplanung von Gesetzes wegen aber ohnehin schon geprüft. Im Anhörungsverfahren können also faktisch nur fachliche Fehler der Landesplanung korrigiert werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, was denn sonst? - Weitere Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, es ist ja gut, dass die Möglichkeit besteht. Hoffen wir einmal, dass davon intensiv Gebrauch gemacht wird. Aber, Herr Matthiessen, das ist nicht genug. Demokratische Entscheidungen sollten doch akzeptiert und berücksichtigt werden, ob raumordnungsrechtlich begründet oder nicht.

(Zuruf Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist kein guter Zustand, wenn der Wille der Bürgerinnen und Bürger einfach als unfachlich abgetan wird.

(Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke Präsident)

(Oliver Kumbartzky)

- Ja, natürlich wissen wir, dass die Rechtslage uns da wenig Spielräume gibt.

(Zurufe SPD: Ah!)

Da trifft den Ministerpräsidenten auch keine Schuld. Es wäre unredlich, ihm dafür die Schuld zu geben.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wahr ist aber auch, dass Ihre Bemühungen, Herr Albig, das zu ändern, auf wirklich aller-, aller-, allerniedrigstem Niveau stecken geblieben sind.

(Beifall FDP)

Sie haben sich damals hier nach dem OVG-Urteil hingestellt und gesagt: Ja, wir werden dafür sorgen, dass die **Bürgerbeteiligung** wieder rechtlich verbindlich wird. Sie haben da große Hoffnungen geweckt. Nichts ist da gekommen, gar nichts. Es sind auch keine weiteren Wege beschritten worden.

Ich gebe Ihnen natürlich recht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, dass der Gesetzentwurf der Union, über den wir heute auch diskutieren, nicht zu den richtigen Wegen gehörte. Das ist in der Anhörung sehr deutlich geworden. Es handelt sich nicht um juristische Kunst, sondern mehr oder weniger um eine Manifestierung des Status quo. Insofern - auch das sollte an dieser Stelle einmal gesagt werden - ist die öffentliche Darstellung Ihres Gesetzentwurfs, liebe Union, auch ein wenig irreführend gewesen, zumal es gar nicht um Mitbestimmung, sondern nur um eine Form der Beteiligung geht.

(Beifall FDP)

Fakt ist und bleibt aber, dass den großen Ankündigungen von Ministerpräsident Albig keine Taten gefolgt sind. Aber auch das ist mittlerweile Markenkern dieser Koalition.

Meine Damen und Herren, die mangelnde Berücksichtigung des Bürgerwillens bei der Ausweisung von Vorrangflächen ist wirklich einer der entscheidenden Makel, an denen Ihre gesamten Pläne leiden und der letztlich das Gelingen dieser Energiewende nachhaltig zu gefährden droht.

(Zuruf Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber es gibt noch einen anderen Punkt, Herr Matthiessen. Ihre Pläne sind, anders als Sie es immer darstellen, anders als es immer groß gesagt wird, keineswegs alternativlos. Sie weisen 1,98 % der Landesfläche aus. Dabei ist das erstens rechtlich

nicht notwendig. In der Rechtsprechung wurden recht kleine Flächenanteile als ausreichend angesehen, sogar weniger als 1 %. Jedenfalls wurden Konzentrationsflächenplanungen nur höchst selten für unwirksam erklärt, weil die ausgewiesenen Flächen zu klein waren.

Zweitens wissen Sie in Wahrheit gar nicht, wie viel Prozent der Landesfläche heute schon beansprucht werden. Dazu verweise ich auf die Drucksache 18/4419, eine Kleine Anfrage von mir. Sie wissen gar nicht - vielleicht sind Sie ja schon bei 2 % -, wo Sie sind. Sie können das gar nicht sagen. Wenn Sie immer sagen, Sie hielten 98 % des Landes frei, ist das wirklich eine ziemlich kühne Behauptung.

(Beifall FDP)

Drittens, der wichtigste Punkt, meine Damen und Herren: Ihre Pläne sind auch aus energie- und Klimaschutzpolitischen Gründen nicht alternativlos. Sie ignorieren das Potenzial von **Repowering**. Wir als FDP-Fraktion haben hier schon mehrfach darauf hingewiesen, dass ein Mehr an Repowering ein Weniger an Zubau ausgleichen kann. Wir haben deshalb einen erweiterten Bestandsschutz für alle Bestandsanlagen gefordert, nachdem Repowering grundsätzlich immer zulässig sein soll, wenn dafür mindestens zwei Anlagen abgebaut werden. So schützt man die wirtschaftlichen Interessen der Anlagenbetreiber, ältere Anlagen durch effizientere, neuere Anlagen zu ersetzen. Und noch viel wichtiger: So wird eben auch die Möglichkeit einer umfassenden Flurbereinigung geschaffen. Wir würden Wildwuchs abbauen und die Verspargelung reduzieren. - Die Landesregierung will dies aber offensichtlich ausdrücklich nicht.

(Beifall FDP)

Genauso ignoriert die Landesregierung die Chancen von Offshore-Anlagen. Es ist ja richtig, dass **Offshore-Windenergie** heute oft teurer ist als Windkraft onshore. Klar ist aber auch, dass sich dies schon sehr bald ändern könnte und ändern wird. Und Fakt ist, dass Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee effizienter und bürgerträglicher sind als Anlagen an Land.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

Sie sehen also: Es geht anders. Ein moderater, flexibler Ausbau an Land, der sich an den tatsächlichen Netz- und Speicherkapazitäten orientiert: Das ist die Linie, die wir fahren.

Bevor Sie jetzt hyperventilieren und den beliebten Vorwurf erheben, wer den Ausbau der Windenergie an Land einschränken wolle, spreche sich automa-

(Oliver Kumbartzky)

tisch dafür aus, dass die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein länger liefen, möchte ich Ihnen noch eines sagen: Wir sagen nicht, dass wir keinen Ausbau an Land mehr wollen. Wir sagen, dass wir einen anderen, einen klügeren Ausbau wollen. Es soll ein synchronisierter Ausbau mit Augenmaß sein und nicht ein Ausbau ins Blaue hinein. Das ist der feine Unterschied.

Hören Sie also auf, andere Meinungen mit solchen Anwürfen als umweltfeindlich und damit quasi unmoralisch zu ächten. Machen Sie -sich lieber ehrlich. Sie alle wissen genau, dass jede neue Windkraftanlage keinen Einfluss auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß hat, solange dieser durch den Emissionshandel über noch geltende Zertifikate geregelt ist.

(Beifall FDP)

Auch das hat die Landesregierung schon einmal in der Antwort auf eine Kleine Anfrage selbst zugegeben. In dem Moment, in dem die Ausgabemenge verknappt ist - was aus Klimaschutzgründen zweifelsohne der richtige Weg ist -, können wir gerne wieder darüber reden.

Jetzt aber müssen wir uns an den heutigen Rahmenbedingungen orientieren. Sie wissen alle um das Problem der Volatilität des Windstroms. Die installierte Nennleistung aller Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein beträgt zwar 6,5 GW, die tatsächlich eingespeiste Leistung ist aber aufgrund der Abhängigkeit vom Wind viel niedriger. Deswegen kann man 27,6 TWh Windstrom über das Jahr nicht mit 27,6 TWh Atomstrom vergleichen. Das Problem der Volatilität des Windstroms wird übrigens durch den **Netzausbau** nur verteilt, aber nicht gelöst. Fakt ist deshalb, dass jedenfalls in der Übergangszeit noch regelbare Gaskraftwerke notwendig sind, um das Stromsystem zu stabilisieren.

(Beifall FDP)

Hören Sie also mit Ihrer strategischen Etikettierung auf, alle Kritiker Ihrer Pläne als Personen zu diskreditieren, sondern entwickeln Sie Argumente. Dann bin ich mir sicher, dass wir auch gemeinsame Wege finden.

Um es zusammenzufassen: Statt einer Energiewende mit der Brechstange an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei brauchen wir eine Windenergiepolitik, die sich an den vorhandenen Netzkapazitäten orientiert, auf Bestandsflächen Repowering erlaubt und so eine längst überfällige Flurbereinigung ermöglicht. So lassen sich auch größere Abstände bis zur siebenfachen Anlagenhöhe realisieren.

Größere Abstände und echte Bürgermitbestimmung sind unerlässlich. Die Tatsache, dass es immer mehr Bürgerinitiativen gibt und jetzt sogar zwei Volksinitiativen am Start sind, zeigt, dass der Ministerpräsident in den letzten Monaten Windkraftbefürworter zu Windkraftkritikern gemacht hat. Der Ministerpräsident hat mit seinen Regeln für das Repowering die Regionen, in denen die Windenergie sehr akzeptiert ist, gegen sich aufgebracht. Das dokumentiert das Totalversagen Ihrer Landesregierung in der Energiepolitik. Dieses Trauerspiel muss im Mai beendet werden. - Danke schön.

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Rainer Wiegard [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne die Zeichnergruppe „Urban Sketchers“ aus Eutin. Es sind Gäste der Abgeordneten Regina Poersch. Bitte passen Sie Ihre Verhaltensmuster der Anwesenheit der Zeichner an. - Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall)

Nun kommen wir wieder zu den Beratungen. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Lars Harms für die Abgeordneten des SSW.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Urteil des **Oberverwaltungsgerichts** war klar: Die Ausweisung von Windenergieflächen muss auf neue Füße gestellt werden. Damit wurde die Landesregierung als oberste Planungsbehörde aufgefordert, tätig zu werden und Verantwortung zu übernehmen. Sie hat dies gemacht.

In einem ersten Schritt hat sie das Gespräch mit allen Beteiligten gesucht und die Situation erörtert. Es ist bei einigen schon in Vergessenheit geraten, dass wir die kommunalen Landesverbände, die Windenergieverbände und Fachleute gefragt haben, die Politik, Oppositions- und Regierungsfractionen eingeladen haben und mehrere Gesprächsrunden darüber geführt haben, wie man überhaupt damit umgehen soll. Wir haben mit diesen Gruppierungen auch Einigkeit erreicht, wie man das zu machen hat. Das, was die Regierung am 6. Dezember vorgelegt hat, ist das Resultat dieser einigenden Sitzung, die wir gemeinsam veranstaltet haben.

Klar war zu dem Zeitpunkt, dass die bis dato gültigen Teilfortschreibungen der Windenergieflächen quasi ihre Rechtswirksamkeit verloren haben. Das

(Lars Harms)

hat bei den Anlagen- und den Netzbetreibern, aber auch bei Gemeinden, Ämtern, Kreisen und letztendlich auch bei den Bürgern für Ungewissheit darüber gesorgt, was das Urteil für die Zukunft bedeutet.

Die Landesregierung hat das Heft in die Hand genommen und einen Weg aufgezeigt, wie man denkt, aus dieser Klemme zu kommen. Die Landesregierung hat Maßnahmen ergriffen, um dabei drei wichtige Ziele sicherzustellen:

Erstens. Kein ungesteuerter Ausbau der Windenergienutzung in Schleswig-Holstein allein auf Basis der Privilegierung nach Baugesetzbuch. Das hatte uns nämlich gedroht.

Zweitens. Keine Übertragung der vollen Planungsverantwortung auf die einzelnen Gemeinden, sondern weiterhin Steuerung der Windenergienutzung durch **Regionalpläne**. Es wird auch kommunalpolitisch durchaus getragen, dass das Land Schleswig-Holstein eine übergeordnete Planung macht. Das war im Übrigen vorher schon so. Auch da gab es nicht Wildwest, sondern es gab eine Planung.

Drittens. Kein Ausbaustopp für **Windenergie** in Schleswig-Holstein während der Aufstellungsphase der neuen Pläne. Es wurden in der Tat Krücken geschaffen. Was wir da machen konnten, war alles nicht die reine Lehre. Es hat zwar den Ausbau in der Zwischenzeit eingeschränkt, aber eben immerhin kontrolliert ermöglicht. Beides funktionierte in diesem Bereich, um die Windbranche nicht gänzlich zu gefährden.

Parallel dazu hat die Landesregierung daran gearbeitet, ein rechtssicheres und raumverträgliches Planungsinstrument zu schaffen, das die Anforderungen des Oberverwaltungsgerichts erfüllt. Da stehen wir heute. Seit dem 6. Dezember wissen wir, wie die Entwürfe der Windenergie-Regionalpläne für Schleswig-Holstein aussehen, zu denen sich auch jeder Bürger äußern kann.

Ich stelle fest: Es wurden insgesamt 354 Vorranggebiete für Windenergie ausgewiesen. Das entspricht einem Anteil von 1,98 % der Landesfläche. Damit werden 98 % von Windenergieanlagen freigehalten. Das ist immer noch der weit überwiegende Teil unseres Landes.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Einschließlich Wasserflächen!)

Von einer Verspargelung kann man auf jeden Fall nicht reden.

Ich stelle weiter fest: Diese Zahlen unterliegen keinem willkürlichen Findungsprozess. Sie basieren auf objektiven Kriterien, die vorher festgelegt und in einem ausführlichen Abwägungsprozess ermittelt wurden. Sie sind sachlich und fachlich begründet. Das allein ist ausschlaggebend. Das allein ist - auch vor dem Hintergrund des OVG-Urteils - handlungsleitend.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Neuaufstellung der Pläne wurde anhand der Kriterien auf das ganze Land geschaut. Damit war die Landesplanungsbehörde auch rechtlich dazu verpflichtet, landesweit einheitlich nach den raumverträglichsten Standorten zu suchen, wobei Altstandorte nicht ausgelassen werden durften.

Das soll heißen: Es wurden planerische Fehler der Vergangenheit korrigiert. Diese Fehler kennen wir. Wir kennen die Gegenden, wo wir regional wirklich von Verspargelung sprechen müssen. Auch die Weiterentwicklung der Technologie konnte berücksichtigt werden. Das bedeutet, dass von den derzeit bestehenden 3.060 Anlagen heute rund 1.300 Anlagen außerhalb der Vorranggebiete liegen. Sofern es so bleibt, heißt das, dass diese Anlagen zwar einen Bestandsschutz genießen, aber nur, bis sie ihre technische Lebenserwartung erreicht haben. Danach müssen sie abgebaut werden.

Faktisch bedeutet das, dass es langfristig einen massiven Rückbau von Anlagen geben wird. Das gilt insbesondere für bestehende siedlungsnaher Windkraftstandorte oder Standorte, die nicht mehr die Planungskriterien erfüllen. Das gehört dazu, denn damit wird jetzt die Landschaft etwas aufgeräumt, wenn man so will. Es werden Fehler der Vergangenheit korrigiert. Das versucht man so vorsichtig wie möglich hinzubekommen.

Das **Repowering** ist durch die neuen Pläne klar geregelt. Dies darf künftig nur in Vorranggebieten durchgeführt werden und nur dann, wenn zwei Altanlagen im Gegenzug verschwinden. Das soll dazu beitragen, dass unkontrollierter Windenergieausbau an bestimmten Standorten wieder rückgebaut wird. Neben den Repowering-Anlagen wird es trotzdem weiter möglich sein, Windkraftanlagen zu bauen. Schließlich wollen wir auch künftig unseren Beitrag zur **Energiewende** leisten. Das ist als Küstenkoalition unser politisches Ziel.

Nach derzeitigen Plänen soll die produzierte Strommenge aus Windenergie von derzeit 6,5 GW auf insgesamt 10 GW steigen. Das bedeutet: Bis 2025 wird es einen rechnerischen Zuwachs von rund

(Lars Harms)

500 Windkraftanlagen geben. Ich denke, dass das eine gute Nachricht für die Windbranche ist, die ein erheblicher wirtschaftlicher Faktor mit vielen qualifizierten Arbeitsplätzen bei uns im Land ist. Auch daran haben wir in der heutigen Debatte zu denken.

Kaum eine Diskussion wird derzeit landauf, landab so emotional geführt wie die über die Ausgestaltung der Windenergie. Dazu muss ich sagen: Der Prozess ist nicht abgeschlossen. Ab jetzt sind wir für die nächsten Monate in der Anhörungsphase. Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, sich am laufenden raumordnerischen Verfahren zu beteiligen. Sie können sich die Flächen ansehen und flurstückscharf ein Bild davon machen, welche Gebiete künftig für den Ausbau der Windenergie vorgesehen sind.

Voraussichtlich ab dem 27. Dezember können die Bürger dann ihre Stellungnahmen zu jeder einzelnen im Rahmen der Regionalpläne für Windkraft berücksichtigten oder nicht berücksichtigten Fläche abgeben. Ob Für oder Wider: Alle Argumente und Stellungnahmen werden gewissenhaft geprüft und im Rahmen der Planung abgewogen.

Ich möchte deutlich sagen: Das ist das größte **Beteiligungungsverfahren**, das es je in Schleswig-Holstein gegeben hat.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:  
Das macht es aber nicht besser!)

Der Bürger bekommt die Möglichkeit, sich zu jeder Fläche zu äußern. Sie muss im Übrigen nicht mehr in seiner eigenen Gemeinde oder der unmittelbaren Umgebung liegen. In der Vergangenheit war es so, dass man sich als Bürger maximal in seiner eigenen Gemeinde äußern konnte, mehr war nicht drin. Schon die Mühle in der Nachbargemeinde war nicht mehr die Zuständigkeit des Bürgers. Jetzt ist es so: Jeder Schleswig-Holsteiner kann sich zu jeder Windmühle in diesem Land äußern. Das finde ich gut, meine Damen und Herren.

(Lars Winter [SPD]: Hervorragend! -  
Dr. Heiner Garg [FDP]: Was hat er davon?)

Mit der Neuausrichtung der Windplanung schaffen wir neue Rechtssicherheit nicht nur für Investoren und Antragsteller, sondern eben auch für die betroffenen Gemeinden und die Bürger. Darauf kommt es an.

Die Kampagne der CDU gegen die Pläne der Landesregierung ist reine Angstmache. Sie ist weder von Fachlichkeit noch von Sachverstand geprägt.

Anders kann ich mir die Diskussion dort nicht erklären.

Wie wollen Sie die Energiewende schaffen, wenn Sie fordern, die **Abstände** zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen im Außenbereich im Regelfall auf 500 m und im Innenbereich sowie in Siedlungsbereichen mit Wohn- und Erholungsfunktion im Regelfall auf 1.200 m zu erhöhen? Was bedeutet überhaupt „Regelfall“? Das ist nicht definiert. Wo sollen denn Ausnahmen zugelassen werden? Das wissen wir bis heute nicht.

Mit Ihrem Antrag streuen Sie den Menschen in der Tat nur Sand in die Augen. Die von der Landesplanungsbehörde gewählten Mindestabstände zur Wohnbebauung zum Schutz der Bevölkerung sind die Tabukriterien mit der größten **Flächenwirksamkeit**. Das heißt, das harte Tabukriterium Wohnbebauung hat eine Tabuzone von rund 46,7 % der Landesfläche. Dieser Teil der Landesfläche ist danach bereits jetzt ausgeschlossen.

Das Tabukriterium Siedlungsabstände hat in der Überlagerung eine Tabuzone von noch einmal rund 31 %. In der Summe machen also Wohnbebauung und Siedlungsabstände rund 78 % der Landesfläche aus. Die ist schon einmal komplett weg. Zurückzuführen ist dies auf die starke Zersiedlung des Landes Schleswig-Holstein. Das ist auch logisch nachvollziehbar.

Würde man der **Abstandsregelung der CDU** folgen, bedeutet dies faktisch, dass ab sofort keine Windkraftanlagen mehr gebaut werden dürfen. Weite Teile der Bestandsanlagen hätten nur noch Bestandsschutz und müssten sukzessive abgebaut werden. Ist es das, was die CDU will? Oder will die CDU auf andere Kriterien verzichten? Herr Günther hat das vorhin schon einmal angedeutet. Wenn ja, auf was soll verzichtet werden? Ich bitte um konkrete Benennung. Nicht einfach nur rausbauen: „Ich finde Denkmäler blöd“, sondern ganz genau sagen, wo man ansetzen will! Dann kann man gern darüber diskutieren. Aber solch eine Pauschalgeschichte, wie es sie am Anfang der Debatte gab, hilft uns nicht weiter. Wir wollen es wirklich genau wissen.

Es gibt zum Beispiel die wunderbare Umzäunungsregelung. Das ist ganz interessant. Wir können das natürlich aufheben. Dann ist Morgen Wanderup von Windmühlen umzäunt. Ich weiß nicht, was Frau Nicolaisen dazu sagen würde. Aber wenn die CDU das fordert, damit man anderenorts Abstände vergrößern kann - bitte schön. Man kann gern dar-

(Lars Harms)

über diskutieren. Aber Sie haben eben nicht den Mut, genau das zu fordern.

Wenn es um Denkmalschutz-, Landschaftsschutz-, Naturschutzgebiete geht, ist es einfach wichtig zu wissen, was genau Sie ändern wollen. Lauter Fragen also, auf die die CDU keine Antworten gibt. Für uns sind die Punkte Ehrensache - das sage ich gleich im Vorwege. Es sind keine nicht relevanten Kriterien, denn wir wollen nicht, dass unser heimatisches Landschaftsbild zerstört wird. Auch das ist für die Menschen in diesem Land wichtig.

Deshalb sind Gebiete, die pauschal von Windenergie freigehalten werden, die sogenannten Landschaftsschutzgebiete, die neu eingerichtet wurden, genauso wichtig wie Abstände zu den wichtigsten Naturschutzräumen oder Denkmälern. Diese Bestätigung haben wir beispielsweise von der IG-Baupflege aus Nordfriesland bekommen, die den Gesetzentwurf begrüßt, weil wir das Landschaftsbild sowie die Denkmale schützen und weil sie sehen, dass das quasi Menschenschutz ist.

Wir stehen zur Energiewende und dem Ausbau der Windenergie. Das trägt maßgeblich zur Wertschöpfung bei uns bei. Durch die Windenergieindustrie werden weitere hochqualifizierte Arbeitsplätze und Einkommen geschaffen. Es prägt unser verantwortungsvolles Handeln, dass wir dies in den Gedankengang mit hineinnehmen. Wer die Energiewende nicht haben will, soll dies bitte schön klar sagen oder sagen, nach welchen Kriterien der Ausbau der Windenergie vonstattengehen soll, und zwar ganz konkret. Ich kann nur feststellen, dass das, was die CDU hier vorgelegt hat, die Windbranche in unserem Land definitiv abwürgt. Das ist wirtschaftsfeindliche Politik, die den großen Energiekonzernen in die Karten spielt, aber keine Politik, die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein schafft oder absichert. Eine solche Politik, die gegen Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein gerichtet ist, ist jedenfalls mit uns als SSW nicht zu machen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wären wir auch schon bei dem Punkt der **Netzkapazitäten**. Immer wieder wird in dem Zusammenhang darauf hingewiesen - heute auch wieder -, dass die Netzkapazitäten nicht ausreichen und der Ausbau der Netze mit dem Ausbau der Energieproduktion besser verzahnt werden müsse.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Stimmt!)

Dazu kann ich nur sagen: Ja, die Netzkapazitäten reichen nicht aus, weil sie voll mit Strom aus fossi-

len Kraftwerken sind und weil nicht alle Länder den Ausbau der Netze mit gleichem Elan vorangebracht haben wie wir. Im Gegenteil, der Ausbau wurde von einigen Bundesländern sogar teilweise blockiert.

Statt also von „Wegwerfstrom“ zu sprechen, weil Windenergieanlagen abgeregelt werden, sollte man stärker das Abriegeln von Atom-, Gas- und Ölkraftwerken in den Fokus nehmen. Das ist nämlich der wahre „Wegwerfstrom“. Wir bringen mit unserer Planung die Energiewende voran. Wir beteiligen die Bürger breit. Wir legen unsere Planungen transparent vor. Wir sorgen für Klimaschutz. Wir unterstützen einen wichtigen Wirtschaftszweig in unserem Land. Darüber hinaus haben jetzt wirklich alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich an diesem Prozess zu beteiligen. In eineinhalb Jahren werden wir sehen, was dabei herausgekommen ist.

Das ist ein klasse Bürgerbeteiligungsverfahren. Ich bin richtig froh darüber, dass wir das so gut hinbekommen haben. Eigentlich muss man sagen: Besser geht's nicht.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das waren die Beiträge der Fraktionen. - Jetzt kommen wir zu den Dreiminutenbeiträgen. Zunächst der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Bemerkungen! Die Energiewende ist eine großartige Wertschöpfungschance für Schleswig-Holstein. Sie ist, was den Ausstieg aus der Atomenergie und den Abschied von den fossilen Energieträgern angeht, notwendig und alternativlos. Deswegen wird sie auch durchgeführt und ist bei uns in den allerbesten Händen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Alles ist alternativlos!)

Ich füge hinzu, dass der Ministerpräsident unmittelbar nach dem OVG-Urteil, das uns wirklich nicht gefallen hat, klargestellt hat, dass wir trotzdem glauben, dass die Energiewende mit den Menschen umgesetzt werden muss, und wir es für falsch halten, sie nicht zu berücksichtigen. Das ist das eine.

Das andere ist, dass wir Planungsrecht zur Kenntnis nehmen müssen, dass uns das in Teilen nicht erlaubt. Deswegen war die Antwort die schnelle Re-

**(Dr. Ralf Stegner)**

aktion, die notwendig war, um hier keinen Wildwuchs entstehen zu lassen. Da muss man die Kollegen der CDU wirklich in Schutz nehmen.

Notwendig ist das anschließende **Beteiligungsverfahren**. Ich will den Ministerpräsidenten, Thomas Losse-Müller und die Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich loben. Eine solche Form von Beteiligung hat es in Schleswig-Holstein noch nie gegeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist hervorragend. Das kann man nämlich wirklich machen. Man darf nicht Dinge versprechen, die man nicht einhalten kann.

Ich schaue mir an, wie das bei der Union ist. Bei der Union ist es so: Sie gibt im Grunde immer dem Letzten recht, der gerade zur Tür hereinkommt. Sie gibt denjenigen recht, die mehr Windenergie wollen, und sie gibt denjenigen recht, die größere Abstände wollen. Wenn wir das zusammenrechnen, stellen wir fest, das ginge nur, wenn wir die Landesfläche vergrößerten - es fragt sich nur, ob zulasten von Mecklenburg-Vorpommern oder zulasten von Niedersachsen. Sie müssen uns schon sagen, wie sie das machen wollen. Auf friedlichem Wege geht das jedenfalls nicht.

(Zurufe CDU und FDP)

Zwei und zwei ist vier und nicht fünf. Ich kann sagen: Solch eine Einschätzung, wie Sie sie vorgenommen haben, kann man sich wirklich nur leisten, wenn man sicher ist, dass man in der Opposition bleibt. Dann kann man das machen. Als Regierungsfraktion geht das nicht.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung zum Vorsitzenden der Piratenfraktion hier machen. Was für eine Sorte Abgeordneter er ist, konnte man gestern erkennen. Aber dass er auch noch ein lausiger Jurist ist, konnte man heute auch merken. Er sagt: Geht doch zum Verfassungsgericht und scheitert da. - Na, prima! Das kann eine Partei erklären, die nach dem 7. Mai 2017 nicht mehr dabei ist, aber keine andere.

Ich will Ihnen auch einmal Folgendes sagen: Es ist eine Attitüde, dass nur demokratisch ist, was ihrer Meinung entspricht, und nicht zu verstehen, dass in einer repräsentativen Demokratie Mehrheiten entscheiden. Die Interpretation von „Wir sind das Volk“ von PEGIDA und Co. brauchen wir so dringend wie einen Kropf.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Es spricht jetzt der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den juristischen Kompetenzen des Abgeordneten Dr. Breyer habe ich mich bereits gestern geäußert in einem Zusammenhang, wo das naheliegender war, als bei der Empfehlung des Gangs zum Verfassungsgericht. Deshalb will ich dazu relativ wenig sagen. Herr Kollege Dr. Stegner, es war ja teilweise auch einmal Ihre Auffassung, dass man ein Gesetz erst einmal auf den Weg bringen und dann gucken muss, ob das Verfassungsgericht es bestätigt oder auch nicht. Aber das sei dahingestellt.

Ich habe mich gemeldet, weil mir einige Dinge schwer einleuchten, die wahrscheinlich auch vielen Menschen im Land nicht einleuchten. Erstens. Herr Kollege Dr. Stegner, es ist ökonomischer Unsinn - von ökologisch will ich gar nicht reden -, dass man Geld ausgibt für ein Produkt, das nicht geliefert wird. Ich kenne das sonst nirgendwo.

(Christopher Vogt [FDP]: Im Sozialismus war das gang und gäbe!)

Es muss uns doch zum Nachdenken zwingen, wie wir dieses Delta verringern können und nicht weiter vergrößern müssen - egal, wer beim **Netzausbau** schuld ist -, damit aus 300 Millionen € für Schleswig-Holstein nicht 500 Millionen € werden. Denn das wird ein Problem.

Wenn Sie mir ökonomisch nicht folgen wollen, weil es sozusagen der Gerechtigkeit entspricht, sage ich Ihnen: Wir werden dafür schon belächelt.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Mit größtem Vergnügen.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Kubicki, ich träufel nur ganz ungerne Salz in Ihre Wunden

- Das würde mich wundern.

(Wolfgang Kubicki)

- Es kommt schon vor, dass man Geld in ein Produkt investiert, das nicht geliefert wird. Die FDP hat eine Menge in ihren Bundestagswahlkampf investiert.

(Zurufe)

- Das war eine so intelligente Zwischenbemerkung. Herr Dr. Stegner, selbst wenn Sie in Ihren Wahlkampf weitere 3 Millionen € reinpacken, wird Ihr Ergebnis auch nicht besser. Das kann ich Ihnen sicher sagen.

(Zurufe)

Was investieren Sie in die SPD auf Bundesebene, und was kommt für ein miserables Ergebnis dabei heraus? Jetzt machen Sie bereits eine Castingshow: Wer darf Kanzlerkandidat werden? Keiner will es ja offensichtlich.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Christopher Vogt [FDP]: Stegner wird es!)

Aber sei es drum. Zweitens. Ihre Behauptung, es sei die größte **Bürgerbeteiligung** aller Zeiten, ist eine Farce. Die Bürgerbeteiligung wird ohne jedes Ergebnis sein. Denn gerügt werden können nur Rechtsmängel. Dass wir momentan davon ausgehen müssen, dass die Planungsbehörde möglicherweise Rechtsmängel implementiert hat, würde gegen die Staatskanzlei, den Ministerpräsidenten und die Regierung sprechen. Ich gehe davon aus, dass sie rechtskonform handeln, und dann ist die Bürgerbeteiligung eine Farce. Dann können alle hinkommen, sich das angucken, klatschen, auch Briefe schreiben, aber ohne jede rechtliche Auswirkung.

(Beifall FDP und CDU)

Drittens. Herr Dr. Stegner, ich kann mich erinnern - und Sie müssen einmal darüber nachdenken, wie das sein kann -, dass der Anteil der Windkraftgegner in Schleswig-Holstein in Ihrer Regierungszeit dramatisch angewachsen ist. Mittlerweile ist fast die Hälfte der Bevölkerung so weit, dass sie gar keinen Ausbau der Windenergie mehr will. Wenn das das Ergebnis Ihrer überzeugenden Politik ist, dann machen Sie nur weiter! Dann werden Sie erleben, was dabei herauskommt.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Dr. Stegner, als wir regiert haben, haben Sie bei Meinungsumfragen einmal erklärt, die Mehrheit der Bevölkerung sei dagegen, und wir seien demokratisch nicht mehr legitimiert. - Wollen wir einmal gucken, wie die Meinungsumfragen im März, April 2017 aussehen, wenn 60 % der Bevölkerung Schleswig-Holsteins sagen: Wir wollen diesen Irr-

sinn nicht weitermachen. Würden wir dann auch sagen, dass wir es nicht tun, ist demokratisch legitimiert?

Es gibt keine Politik, die alternativlos ist. Wir werden am 7. Mai 2017 dokumentieren, dass es eine Alternative zu Ihrer Politik gibt.

Viertens. Wenn Vattenfall heute schon ein Los für Offshore-Energie gewinnt mit Gesteuerungskosten von 4,9 Cent - ohne jede staatliche Subvention -,

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

müssen Sie mir einmal die Frage beantworten, warum wir nicht mehr in Offshore investieren, statt in Onshore und damit den Flächenverbrauch für Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein minimieren oder nicht weiter ausbauen. Denn es geht auch um uns Menschen. Es geht hier nicht um den Weltfrieden oder die Südsee, es geht um die Menschen in Schleswig-Holstein, denen wir verpflichtet sind, Frau von Kalben. Daran werden wir weiter arbeiten.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die nächste Abgeordnete ist Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen.

(Unruhe)

Wollen Sie von Ihrer Restredezeit Gebrauch machen? - Dann dürfen Sie jetzt sogar 7 Minuten reden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wieso das?)

- Weil der Fraktionsvorsitzende daran gehindert war, seine Redezeit auszunutzen.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Lars Harms, Ihre Aussage eben, was wir als CDU-Fraktion auf den Weg gebracht haben, sei reine Angstmache, kann ich nicht auf mir sitzen lassen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Was die Landesregierung auf den Weg gebracht hat, war eine Angstmache, die Veröffentlichung der 7 % der Potenzialflächen.

(Beifall CDU)

Das hat bei Bürgerinnen und Bürgern Angst geschürt.

(Lars Harms [SSW]: Vor uns muss niemand Angst haben!)



(Petra Nicolaisen)

- Wer hat denn die Bürgerinitiativen auf den Plan gerufen? Das waren doch Sie!

(Zurufe)

- Es wäre schön, wenn man mir jetzt zuhört. - Danke schön.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Zu den Kriterien: Es ist gesagt worden, wir hätten nicht genau genannt, was wir ändern wollen. Für uns ist es klar: Die **naturschutzrechtlichen Kriterien** müssen entsprechend geändert werden, der Landschaftsschutz muss geändert werden, der 3 km Küstenstreifen, wie er jetzt besteht. Wo Akzeptanz für Windenergie besteht, muss sie erhalten bleiben.

(Beifall CDU)

Es ist doch Nonsense, die Repowering-Flächen, die dort hätten entstehen können, in den Kreis Rendsburg-Eckernförde zu verlagern. Jetzt haben Sie die Bürgerinitiativen in dem Bereich auf den Plan gerufen. Das ist doch überhaupt nicht nachzuvollziehen. - Herr Kollege Harms, ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Unruhe)

- Hinter mir ist auch irgendwie Tumult.

(Beifall und Heiterkeit CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, Sie können fortfahren.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Danke schön. - Herr Harms, zu den **Abständen**. Wir haben in unserem Gesetzentwurf formuliert: Wenn es der Einzelfall zulässt, kann im Rahmen der Abwägung - ganz bewusst: im Rahmen der Abwägung, weil wir wissen, dass es nicht anders geht - von diesen Abständen abgewichen werden. Wir haben es so formuliert.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Mit dem, was wir auf den Weg gebracht haben, kommt die Windenergie in Schleswig-Holstein nicht zum Erliegen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, aber es geht rechtlich nicht! - Zurufe - Glocke Präsident)

Ich möchte gern einige weitere Punkte zur Akzeptanz der Windenergie in Schleswig-Holstein anbringen. Die EEG-Umlage hat sich seit 2010 von 2,05 Cent pro Kilowattstunde auf 6,88 Cent pro Ki-

lowattstunde fast verdreifacht. Das ist den Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein einfach nicht mehr zu vermitteln.

Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben 300 Millionen € für nicht produzierten Strom gezahlt. Das funktioniert auf Dauer nicht. Da werden die Bürgerinitiativen natürlich - -

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssten in Schleswig-Holstein eigentlich die günstigsten Strompreise haben, wir haben sie aber nicht, weil wir Windenergie in Schleswig-Holstein produzieren und - ich komme noch darauf - weil 740.000-mal Windmühlen in Schleswig-Holstein aufgrund von **Netzengpässen** in Schleswig-Holstein abgeschaltet werden mussten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch in der Bundesregierung, nicht wir!)

„Viel hilft“ ist hier keine Lösung. Wir müssen den Ausbau der Windenergie an den Ausbau der Netzkapazitäten koppeln. Dazu stehen wir, das muss fortgeführt werden.

(Beifall CDU und FDP)

Mühlen, die sich nicht drehen, produzieren Geld, und das zahlt der Steuerzahler.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, erlauben Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Dr. Dolgener?

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Nein, ich erlaube überhaupt keine Zwischenfragen. - Wir brauchen **Speicherkapazitäten**. Hier muss weiter geforscht werden, und hier muss auch der Bereich Offshore weiter ausgebaut werden. Da sehe ich eine große Chance für Schleswig-Holstein.

Ich möchte gern noch auf den Kollegen Hölck kommen.

(Zuruf SPD)

- Ja, Herr Hölck ist ein Guter,

(Beifall SPD und Lars Harms [SSW])

aber wir sind uns nicht immer einig.

Wir hätten keine Visionen und keine Ideen. - Erstens. Das erste Gesetz, das die Landesregierung gekippt hat, war das Gesetz zur **Kommunalisierung der Regionalplanung** in Schleswig-Holstein. Wenn

**(Petra Nicolaisen)**

wir dieses Gesetz gehabt hätten, hätten wir auch die Kommunen bei der Windkraftplanung in Schleswig-Holstein beteiligen können.

(Zurufe)

Zweitens. Wir haben Gesetze vorgelegt, und es hat keine mündliche Anhörung dazu gegeben, die ist abgelehnt worden. Wir hatten Alternativen. Das ist vielleicht Ihr Verständnis von Dialog, unser Verständnis ist das nicht. Die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren hätten eingehalten werden müssen. Es ist halt eine Alibiveranstaltung gewesen.

Ich stelle fest: Das Thema brennt den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor heftig unter den Nägeln, nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch den Kreisen. Denn in einigen Kreisen sind Abmachungen mit der Landesplanung getroffen worden, die nicht eingehalten worden sind. Das ist sehr bedauerlich.

(Zurufe SPD: Nennen Sie mal ein Beispiel!)

- Ja, ich kann ein Beispiel nennen, der Kreis Schleswig-Flensburg.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Das Ziel, die Energiewende in Schleswig-Holstein erfolgreich zum Abschluss zu führen, erreichen Sie damit nicht. Wir verfolgen dieses Ziel weiterhin,

(Unruhe - Glocke Präsident)

halten daran fest und wünschen uns weiterhin gute Beratungen. - Danke schön.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ein Dreiminutenbeitrag des Abgeordneten Lars Harms wird jetzt folgen.

(Zurufe)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Beitrag der Kollegin Nicolaisen zwingt mich quasi dazu, hier noch einmal herzukommen. Ich habe Ihnen ja vorhin extra die Gelegenheit gegeben, konkret zu benennen, wirklich konkret zu benennen,

(Tobias Koch [CDU]: Hat sie doch gemacht!  
- Petra Nicolaisen [CDU]: Habe ich gemacht!  
- Jens-Christian Magnussen [CDU]: Hat sie doch gemacht!)

wo Sie sagen: Das wollen wir ändern, und auf der Grundlage können wir dann die Abstände erhöhen.

(Zurufe)

Sie haben zwei Dinge genannt: **Naturschutz**. Sie finden irgendwie Naturschutz käse. - Gut, okay, wir wissen alle: In Naturschutzgebiete kann man nicht eingreifen, also sind es wahrscheinlich die Abstände zu den Naturschutzgebieten, die berühmten 3 km, okay.

(Petra Nicolaisen [CDU]: Ja!)

Ein zweiter Punkt, den ich ziemlich hart finde und der insbesondere in meiner Region wichtig ist, aber auch in Ostholstein und in Plön: Sie haben gesagt, der **Landschaftsschutz** solle kein Kriterium sein. - Wir haben extra bei uns in Nordfriesland vier große Landschaftsschutzgebiete wieder eingebracht mit einer breiten Beteiligung vor Ort, mit einem einigen Kreistag über alle Parteigrenzen hinweg beschlossen und unterstützt, durch den Landrat erarbeitet, wo wir sagen, dass die alten Freihalteflächen der alten Planung wieder als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden, um eben diese alte Kultur- und Naturlandschaft erhalten zu können und sie nicht verspargeln zu lassen. Und Sie als CDU stellen sich hier hin und sagen: Die CDU Nordfriesland kann in Nordfriesland beschließen, was sie will, das ist völlig egal, Ihnen ist der Landschaftsschutz egal, Sie wollen in Nordfriesland alles zuspargeln. Das ist selbst unseren Windmüllern zu viel.

(Petra Nicolaisen [CDU]: Nein! - Tobias Koch [CDU]: Da klatscht dann keiner mehr!  
- Beifall Flemming Meyer [SSW] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] -  
Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die nächste Abgeordnete ist Frau Abgeordnete Eka von Kalben. - Es ist gar nicht so einfach, eine aktuelle Stunde mit einem Antrag zu verbinden.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Über das Thema Aktuelle Stunde und Anträge müssen wir auch noch einmal reden. Aber das machen wir im Ältestenrat.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das ist im Ältestenrat so beschlossen worden.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Meine Damen und Herren! Liebe Frau Nicolaisen, auch wir finden es natürlich sinnvoll, dass man Windausbau und Netzausbau koppelt, dass man die Energie aus dem Wind nutzt.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Hört, hört!)

Aber daraus kann man zwei verschiedene Konsequenzen ziehen. Man kann zum Beispiel sagen, man muss den Netzausbau beschleunigen, damit der Wind genutzt werden kann,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Beate Raudies [SPD] - Zuruf Tobias Koch [CDU])

oder man kann sagen: Oh, das funktioniert mit dem Netzausbau leider nicht, das kriegen wir nicht hin, also stoppen wir den Wind. - Wir sind der Meinung, dass man den **Netzausbau** fördern und die Energie aus Wind nutzen muss. Dazu gehört auch - das erwähnen Sie ja in Ihrem Antrag erfreulicherweise -, dass man die Sektorkopplung voranbringen muss, dass man Möglichkeiten schaffen muss, den Überschussstrom, den wir haben, zu nutzen. Daran arbeiten wir.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Ich möchte jetzt keine Zwischenfrage zulassen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir haben mit einem Gutachten über zuschaltbare Lasten einen starken und sehr konkreten Vorschlag gemacht und in Berlin dafür geworben. Herausgekommen ist eine Regelung im EEG - Nutzen statt Abschalten -, die sehr viel kleiner ist, als wir das gewollt hatten. Aber das lag nicht an uns. Das liegt unter anderem an Ihrer Regierungsfraktion. Also bitte setzen Sie sich dafür ein.

Über NEW 4.0, das gerade Anfang Dezember 2016 seine Projektbewilligung vom Bund bekommen hat, wird Sektorkopplung in vielen verschiedenen Bereichen konkret umgesetzt. Das machen wir mit einem Fördervolumen von 40 Millionen €. Ein noch größerer Beitrag wird von der Wirtschaft in Schleswig-Holstein und Hamburg geleistet.

Wir haben viele Projekte dort angeschoben, wir investieren in Forschung. Ich konnte das vorhin aufgrund meiner Redezeit nicht mehr darlegen, aber zu sagen, man müsse jetzt den Windausbau zurückschrauben, weil wir die Energie nicht nutzen, ist die falsche Antwort.

(Jens-Christian Magnussen [CDU]: Anpassen, nicht zurückschrauben! - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Die richtige Antwort ist, den Strom zu nutzen, Speichertechnologien zu entwickeln und Netze zu bauen. Da würde ich mich freuen, wenn Sie uns dabei tatkräftig unterstützen. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Jens-Christian Magnussen [CDU]: Zurückbauen und anpassen - das ist ein Unterschied!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Es liegen weitere Dreiminutenbeiträge vor. - Der nächste kommt von Frau Abgeordneter Astrid Damerow.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Lieber Kollege Lars Harms, natürlich meinte die Kollegin Nicolaisen nicht die Landschaftsschutzgebiete, die beispielsweise in Nordfriesland ausgewiesen worden sind,

(Zuruf Lars Harms [SSW])

sondern es zielt auf ein ganz anderes Thema ab. Wir wollen doch in Erinnerung rufen, dass die Landesregierung - das halten wir ihr zugute - in ihrem Bestreben, Transparenz herzustellen, eine wahre Goldgräberstimmung mit der Veröffentlichung der ersten angedachten Vorrangflächen ausgelöst hat.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagen Sie mal den PIRATEN!)

Heute stehen wir aber vor der Situation, dass wir gerade in **Nordfriesland Vorrangflächen** ausgewiesen haben, die jeglicher Beschreibung spotten. Die werden dazu führen, dass existierende Windparks vorne an der Küste - das ist eben gemeint, da reden wir nicht allein von Landschaftsschutz, da reden wir auch von Naturschutz - wohl einen Bestandsschutz haben, aber die Fläche keine Vorrangfläche mehr ist. Das führt dazu, dass ein hochakzeptierter Windpark in Zukunft nur noch die Hälfte seiner Mühlen wird aufstellen können.

(Beifall Volker Dornquast [CDU] und Jens-Christian Magnussen [CDU])

Das bedeutet gleichzeitig, dass dort vorhandene Infrastruktur zum Betreiben eines solchen Windparks völlig überflüssig ist. Das ist für mich ein Treppenwitz,

(Astrid Damerow)

(Beifall CDU und FDP)

weil es gleichzeitig auch bedeutet, dass dieser Windpark dann in einer völlig anderen Fläche hinten auf der Geest - ohne Mitwirkung der dort lebenden Bürger - repowern darf.

Das ist schon eine ziemlich schräge Nummer. Alle, die wir in Nordfriesland oder überhaupt an der Küste leben, wissen, dass der Wind eben nicht überall gleich stark weht. Der weht da vorne im Lübke-Koog beispielsweise schon ein bisschen stärker als meinetwegen hinten auf der Geest. Solche Beispiele haben Sie aber landauf, landab. Das ist jetzt das Beispiel, das ich kenne.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber was ist denn die Alternative?)

- Dann müsst ihr mal an eure Kriterien gehen. Naturschutz ist doch nicht sakrosankt.

(Beifall Volker Dornquast [CDU], Jens-Christian Magnussen [CDU] und Hans Hinrich Neve [CDU] - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich stehe hier im Land. Ich bin Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Wir sind der Gesetzgeber. Wir machen Verordnungen, und dauernd bekomme ich zu hören, wenn wir eine Kritik haben: Ist rechtlich nicht möglich, ist in der Verordnung nicht möglich. - Es muss doch möglich sein!

Das wäre eine Frage, die ich an die Landesregierung hätte: Wie viel Anstrengungen hat die Landesregierung eigentlich unternommen, um einmal herauszufinden, welche Gesetze und Verordnungen geändert werden müssten, um möglicherweise bei einem etwas schonenderen Ausbau der Windenergie trotzdem eine Akzeptanz und eine Entlastung der Bürger herzustellen?

(Beifall CDU und FDP)

Aber ich glaube, dass diese Untersuchung überhaupt nie gemacht worden ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ich habe zwei weitere Dreiminutenbeiträge. Zunächst hat Herr Abgeordneter Thomas Hölck und anschließend der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

**Thomas Hölck [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Nicolaisen, Sie waren doch auch beim Windgipfel im Haus B dabei.

(Zuruf Petra Nicolaisen [CDU])

Da wurde Ihnen von der Landesplanung vorgerechnet: Wenn man die harten Tabukriterien anwendet, sind 72,9 % der Landesfläche ausgeschlossen. Nimmt man die harten und weichen zusammen, sind 94,8 % ausgeschlossen. Das heißt im Ergebnis 5,2 % Potenzialfläche. Dann wurde abgewogen, unter anderem zum Beispiel die Umzingelungswirkung. Man kam auf 1,98 % Vorrangfläche. Jetzt frage ich Sie: Was wollen Sie an den Kriterien wirklich ändern, um überhaupt noch Flächen für Windenergieanlagen in diesem Land zu bekommen?

(Zurufe Tobias Koch [CDU] und Petra Nicolaisen [CDU])

Machen Sie sich doch einmal ehrlich: Mit Ihren Vorschlägen gibt es keine Windenergiegewinnung mehr an Land.

(Beifall Regina Poersch [SPD])

Wir müssten die Anlagen abbauen. Insofern belügen Sie die Menschen in diesem Land. Sie müssen sich endlich einmal zu Kriterien bekennen und das nicht im Vagen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die kann man ändern, mein Gott! - Zurufe SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Dann müssen wir die ändern, damit das möglich wird! - Weitere Zurufe)

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich wollte noch einmal auf einige Argumente eingehen, insbesondere auf die von Petra Nicolaisen. - Sie haben die **EEG-Umlage** genannt, mit den 300 Millionen €. Dazu möchte ich bemerken, dass darin ganz überwiegend Vergangenheitskosten, insbesondere aus der Fotovoltaik, stecken. Gleichzeitig steigt die EEG-Umlage. Der Strompreis als solcher sinkt; dies wird aber an die Verbraucher nicht weitergegeben, weil wir

(Detlef Matthiessen)

eine umfangreiche Privilegierung der Großverbraucher von Strom haben.

Dann haben Sie die **Abregelung** erwähnt - Herr Kubicki hat ja auch davon geredet. Das ist natürlich eine bedauerliche Sache, dass hier Strom produziert werden könnte, der aber nicht produziert wird. Die historische Wurzel dessen ist allerdings, dass die Netzbetreiber mitnichten bereit waren, Windenergieanlagen anzuschließen. Ich kenne einen Anwalt, der hat mit einem Textbaustein, unter Austausch der Namen der beantragenden Windkraftfirmen und der Standorte, viel Geld verdient. Er hat 130 Mal mit demselben Textbaustein Netzanschlussbegehren durchklagen müssen. Daraufhin hat sich der Gesetzgeber dann auf Bundesebene entschieden, dass die Netzbetreiber verpflichtet sind, Anlagen anzuschließen. Das ist der historische Hintergrund zu dieser Regelung.

Ich sage Ihnen, Herr Kubicki: Wir sind ja dabei, den **Netzausbau** in Schleswig-Holstein voranzubringen. Kollege Kumbartzky war oben bei der TenneT. Wir haben Baurecht in der Mittelachse, wir haben demnächst Baurecht bis Husum - da lief ja gerade das Anhörungsverfahren -; wir sind sehr weit an der Ostküste. Wenn diese Netzausbauten realisiert sind, auf der 380-kv-Ebene, werden wir das Problem für eine ganze Dekade in dieser Form nicht mehr kennen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist einfach die falsche Reihenfolge!)

Das heißt also, wir sind dabei, dies zu regeln.

Die **Regionalplanung** zu kommunalisieren, war ja ein Vorschlag der CDU. Ich gebe zu bedenken, dass Regionalplanung, wenn sie kommunalisiert wird, vielleicht gemeindenäher wäre; aber mitnichten dürften diese dann städtebaufachlich fremde Kriterien anwenden. Die müssten ungefähr dasselbe machen, was die Landesplanung jetzt auch gemacht hat.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

Dann wollte ich als Schlussbemerkung noch sagen: Ich stelle mir mal vor, wir würden nicht über Windkraft reden, sondern über den Bau von Autobahnen mit den spezifischen Belastungen. Ich weiß nicht, ob wir dann von Ihrer Seite aus hier dieselbe Debatte hätten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Meine Vermutung ist, nein. - Das wird nicht die letzte Debatte über Windenergie hier im Hohen Haus sein. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Nun hat die Landesregierung das Wort. - Bitte, Herr Ministerpräsident Albig.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Teil der Debatte lässt den Eindruck entstehen, dass wir in Schleswig-Holstein mit dem Windenergieausbau gerade erst beginnen würden. Tatsächlich sind wir aber in der Situation, dass wir über 3.100 Windmühlen in unserem Land stehen haben. Ein Großteil davon entstand in einer Zeit, wo Menschen nicht beteiligt wurden, wo wir rechtswidrige Planungsgrundlagen hatten, wo die Abstände 300 oder 500 m betragen haben. Dithmarschen ist damals vollgebaut worden. An all diesen Stellen haben Menschen über die Zeit hinweg zunehmend erfahren, dass sie das kaum noch aushalten mögen. Da ist all das entstanden.

In dem Moment, wo wir damit beginnen, dies vom Kopf auf die Füße zu stellen, in dem Moment, wo wir zum ersten Mal beginnen, in sich konsistente Planungen zu erarbeiten, wo wir zum ersten Mal beginnen, in Bezug auf Menschen, Natur und Raum vernünftig zu planen und zu schützen, in diesem Moment höre ich als Vorwurf, wir würden mit der Eisenstange die Windenergie in dieses Land prügeln. Wenn das der ernsthafte Vorwurf an uns und an das, was wir gerade tun, ist, dann bin ich offensichtlich in der falschen Veranstaltung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Christopher Vogt [FDP])

Seit über 30 Jahren bauen wir miteinander in diesem Land - immer gewollt, mit den Bürgerinnen und Bürgern, einen großen Teil der Zeit, weil das ökonomisch sehr sinnvoll war. Ich gestatte keine Zwischenfragen.

(Zurufe FDP: Oh!)

Weil dies in weiten Teilen ökonomisch sinnvoll war, bauen wir seit dieser Zeit die Windenergie aus. Wir haben nun Anfang 2015 ins Stammbuch geschrieben bekommen, dass die Art und Weise, wie wir das planerisch aufgesetzt haben und wie die Regierungen vor uns das planerisch aufgesetzt hat, rechtlich nicht haltbar war. Darauf reagieren wir

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

jetzt, indem wir versuchen, ein rechtlich sauberes, in sich stimmiges Konzept aufzustellen. Über das Konzept kann man streiten. Aber ich habe bisher noch keinen anderen und keinen besseren Vorschlag gefunden, um dies zu tun.

Das Urteil liegt nun fast zwei Jahre zurück, und wir glauben, Ihnen nun einen an einheitlichen Kriterien orientierten, für jeden Punkt des Landes gleichermaßen geltenden Vorschlag, das Recht anzuwenden, gemacht zu haben. Es kann nicht nach dem Motto gehen: „Bei mir bringt das 40.000 € Pacht, ich ertrage also, dass die Anlage 30 m von meinem Haus entfernt steht“, oder: „Ich will, selbst wenn du mir 100.000 € gibst, die Anlage auch mit einem Abstand von 700 m nicht ertragen müssen.“ So kann ich in Schleswig-Holstein kein Recht aufbauen, so kann ich das Recht nicht konstruieren. Es kann nicht davon abhängen, ob sich die Bürger etwas abkaufen lassen oder nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es muss gleichmäßig gelten. Es muss sowohl für den gelten, der 40.000 € bekommt, wie auch für den, der sagt: Ich will im Leben nicht so eine Mühle vor der Tür haben.

Ich muss, um vor Gericht bestehen zu können, **objektive** und gleichmäßig anwendbare **Kriterien** über dieses Land legen. Es geht nicht an, dass, nur weil Sie da zufällig gerade wohnen und sagen, es sei Ihnen egal, Sie halten das aus, gebaut wird. Es geht auch um denjenigen, der nach Ihnen dort wohnt und dem es möglicherweise nicht egal ist. Der hält es vielleicht nicht aus, und er sagt dann: Warum galt denn nicht auch bei mir dieses Recht? - Das muss für alle Ewigkeiten gelten, wenn ich diesen Anspruch habe, und nicht nur, weil Sie da zufällig gerade vor einem Vierteljahr eingezogen sind.

Es kann doch nicht so schwer sein, das zu verstehen. Das ist die Grundlage einer Politik oder einer rechtlichen Planung, um ein sauberes, transparentes Verfahren aufzubauen, meine Damen und Herren. Das haben wir getan, und dies haben wir Ihnen jetzt vorgelegt.

Lassen Sie mich einige der Einwendungen, die auch in der heutigen Debatte wieder ausgetauscht wurden, abarbeiten. Warum hält das Land am Ziel fest, 10 GW Windstrom an Land zu produzieren? Warum brauchen wir 2 % der Landesfläche? - Wir beginnen - immer wieder; das ist kein Angriff auf diejenigen, die Gegner sind oder sich als Atomkraftfreunde darstellen - bei den **nationalen Klimaschutzziele**n. Wir beginnen bei den nationalen Kli-

maschutzverpflichtungen. Die haben wir uns als Deutschland gegeben, und die sind für mich politisch - ja! - verbindlich. Man kann dies nun streitig stellen; man kann sagen, das sollte man wieder infrage stellen. Das ist aber etwas, für das ich stehe und wofür ich kämpfe. Ich glaube, dass wir bei dem Ausstieg aus Atomkraft und aus fossilen Energieträgern Beiträge zu leisten haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diese Beiträge leiten wir zutreffenderweise aus dem ab, was wir einmal geleistet haben als Energieexportland Schleswig-Holstein, mit den knapp 40 TWh. Wir leisten es ab, und ich glaube, ja, wir haben als Land Schleswig-Holstein die gesellschaftliche Verpflichtung, auch weiterhin einen wesentlichen Beitrag und den kostengünstigsten Beitrag zu leisten. Das wollen wir, und das tun wir.

Ja, es ist richtig - Lars Harms hat es gesagt -: Erneuerbare Energien haben auch für Schleswig-Holstein eine extreme ökonomische Bedeutung. Wir haben allein 2013 fast 16.000 Beschäftigte im Bereich der erneuerbaren Energien, davon 9.000 im Bereich der Windenergie, 5.300 im Bereich der Biomasse. Das treibt uns um, ja, und wir wollen auch diesen Wirtschaftszweig in unserem Land weiterentwickeln und voranbringen.

Ja, und wir glauben, dass wir nur mit einer Ausrichtung, bei der wir rund 2 % der Landesfläche verwenden und 98 % der Landesfläche nicht verwenden, diese Klimaschutzziele und die Ziele der Energiewende der Bundesrepublik entsprechend begleiten und unsere notwendigen Beiträge liefern können. Wir haben dafür all das, was wir an Datenmaterial haben, herangezogen, und es ist uns damit gelungen - -

(Zuruf)

- Nein, das hat nichts mit Weltfrieden zu tun. Es hat damit zu tun - -

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sind denn die Ausbaupläne der Länder miteinander abgestimmt? Haben Sie sich dabei mit Nordrhein-Westfalen abgestimmt?)

- Natürlich haben wir diese Pläne miteinander abgestimmt. Sie haben ja völlig recht, dass wir bei der Frage des Netzausbaus auch hätten anders vorgehen können. Aber jetzt führen Sie doch eine Debatte der Vergangenheit.

(Zurufe)

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

- Natürlich! Wenn Sie jetzt über Netzausbauprobleme streiten, dann streiten Sie darüber, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht wurden. Das bestreitet doch auch niemand mehr. 2025 werden wir auch bei den langsamsten Bayern den **Netzausbau** sichergestellt haben, Herr Kubicki - auch bei den langsamsten Bayern.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es geht um den Anlagenbau!)

Sie diskutieren doch jetzt eine Situation, die im Jahr 2025 gar nicht mehr real sein wird. Dann werden wir einen NordLink haben, dann werden wir an Norwegen angeschlossen sein, dann werden wir den SüdLink haben; dann wird das alles funktionieren, im Jahr 2025. Soll ich jetzt fünf oder sechs Jahre lang nicht ausbauen und mache erst die Netze fertig, und dann ziehe ich mit den Mühlen hinterher?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf FDP: Ja!)

Ihre Debatte wäre vor zehn Jahren vollkommen berechtigt gewesen. Da war sie richtig, und da haben wir alle miteinander Fehler gemacht. Das ist einzugestehen.

(Christopher Vogt [FDP]: Was haben wir denn für Fehler gemacht?)

Aber jetzt, genau jetzt, ist die Debatte nicht mehr richtig, denn jetzt sind wir gerade im Gleichklang dieses Prozesses.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, es ist für uns bindend und verpflichtend, dass wir der Windenergie substanziell Raum verschaffen. Das entspricht der Privilegierung im Außenbereich nach § 35 Absatz 1 Nummer 5 Baugesetzbuch. Das kann man auf Bundesebene ändern; es ist aber nicht geändert, und ich kenne auch niemanden, der es ernsthaft ändern will. Das ist eine rechtliche Verpflichtung für uns, und daran sind wir gebunden. Diese muss man nicht teilen; daran kann man ja arbeiten. Aber solange ich diese Verpflichtung habe, muss ich an ihr ausgerichtet - an ihr ausgerichtet! - rechtssichere Planungen machen.

Und die Einschätzung unserer Juristen ist, mit 1,98 % bin ich im Bereich der substanziellen Raumverschaffung. Wenn ich das Substanzielle unterschreite, bin ich rechtlich angreifbar. Deshalb tun wir das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jeder, der etwas anderes behauptet, suggeriert, man könne mal eben auch die Hälfte nehmen. - Nein, das kann man nicht, meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein schon mal gar nicht.

Wir wollen - und wir tun es auch - die **Bürger** so weit wie es geht **beteiligen**. Herr Kumbartzky, wir haben mit Schmerz wahrgenommen, was das OVG uns gesagt hat. Wir haben uns darüber hier auch häufiger schon ausgetauscht. Ja, ich habe gesagt, es sei mein Ziel, möglichst etwas zu erreichen, was das ersetzt. Aber bei allem Respekt akzeptiere ich nicht, dass Sie die Aussage eines Ministerpräsidenten: „Wir suchen nach einer Lösung!“, nach Beteiligung all des Sachverständigen, den wir haben - und selbst sein Gutachter hat im Kern nichts anderes gesagt, auch wenn er das nicht verstanden hat -, nach Beteiligung aller Sachverständigen, die wir gefunden haben, und die mir gesagt haben: „Herr Albig, Sie finden diese Lösung nicht!“, so bewerten. Es ist kein Zeichen von Versagen von Politik, hierherzukommen und zu sagen: „Das ist nicht gelungen.“

Ich kann doch nicht einfach so tun, als ob die alle nur dummes Zeug erzählt haben, nur weil es Herrn Kumbartzky stört, dass der Albig sein Versprechen nicht einhält. Sondern ich stelle mich hierhin und sage der Bevölkerung: Wir haben das versucht; wir haben alle rechtlichen Möglichkeiten abgewogen, aber wir können das, was wir eigentlich wollten, nicht tun, weil das Gericht uns sagt, eine Abwägung auf der Ebene von Ja oder Nein durch Bürgerentscheide entspricht nicht dem verfassungsrechtlichen Abwägungsgebot, was du in raumordnungsrechtlichen Fragen hast. Damit scheiterst du beim nächsten Mal wieder vor Gericht. - Deshalb kann ich keine andere Beteiligung durchführen. Am Ende ist das, was die Union vorschlägt, auch genau dasselbe, was ich jetzt mache. Damit wird keine andere Beteiligung ermöglicht als die, die ich durchführe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb ist das auch keine Farce, sondern ein ernsthaftes, umfängliches Beteiligungsverfahren, bei dem alles vorgetragen werden kann. Es kann auf Gebietsebene jeder Einwand gebracht werden, wo wir uns rechtlich geirrt haben. Es ist eben gesagt worden, ich sei daran gehalten, das Recht nicht zu brechen. Aber bei raumordnungsrechtlichen Kriterien kann ich mich natürlich geirrt haben. Das können unsere Leute falsch bewertet haben. Das festzustellen, da Rückmeldungen zu bekommen, das ist wichtig. Dann haben wir Rechtsfehler gemacht - natürlich -, aber nicht, weil wir fahrlässig oder vor-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

sätzlich falsch gehandelt haben, sondern weil es schwierig ist.

Aber jeder Einwand kann in diesem Verfahren gebracht werden, und jeder kann gebietsscharf vorgebracht werden. Das ist nicht revolutionär, sondern es ist eigentlich selbstverständlich, das so zu machen, aber so gab es das noch nie.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Es gibt eine Lösung, auch wenn Sie sie nicht wollen! Sie müssen die Privilegierung nur rausnehmen, und schon haben Sie das! - Zurufe SPD: Das hat er gesagt!)

- Ja, das habe ich doch gerade gesagt. Wir starten am 27. Dezember 2016 mit dieser Beteiligung - auch online. Das zumindest gab es noch nicht, dass wir sie so intensiv und so nah bei den Menschen durchführen. Und wir sind sehr froh, jetzt ein solches Verfahren etabliert zu haben.

Wir haben die Debatte zu den **Stromnetzen** - darüber haben wir uns eben schon ausgetauscht -: Ja, es ist extrem ärgerlich, dass wir das in der Vergangenheit nicht stärker synchronisiert bekommen haben. Es ist richtig, dass wir jetzt seitens der Bundesregierung Bemühungen haben, endlich zu einem einheitlichen Übertragungsnetzentgelt zu kommen. Es ist gut zu sehen, dass wir in Schleswig-Holstein am 12. Dezember 2016 den ersten Abschnitt der Westküstenleitung eröffnet haben. Mit dem Bau des zweiten Abschnitts wurde im November begonnen. Wir werden den dritten und vierten Abschnitt 2017 genehmigt haben.

Das ist ein Prozess, bei dem wir sagen können: Wir liefern das, was wir für eine vernünftige Anbindung brauchen. Aber wir sehen auch, dass bei der Gleichstromleitung SüdLink die Erdkabeldiskussion den Bau massiv verzögert hat, es neue Planungen geben musste und wir deshalb da nicht so weit sind, wie wir sein sollten - zugegebenermaßen. Aber das ist als Zielgröße unserer Planung kein Thema des Jahres 2025, sondern eher ein Thema der Jahre 2016, 2017 und 2018.

Wir freuen uns, dass es uns bei der letzten **EEG-Reform** gelungen ist, das Thema zuschaltbare Lasten mit einzubringen, also abgeregelten Strom in Zukunft im Wärmebereich als Ersatz für fossile Energien nutzen können. Wir freuen uns, dass wir das „Schaufenster intelligente Energie“ ins Energiewirtschaftsgesetz aufgenommen haben.

Das, was im Dezember 2016 gestartet wurde, die Norddeutsche Energiewende, **NEW 4.0**, wo wir zeigen wollen, wie wir Hamburg und Schleswig-

Holstein verknüpfen, ist ein Projekt, das genau die Möglichkeit dieser Experimentierklausel im Energiewirtschaftsgesetz nutzen kann. Die sinnvolle Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energien in Unternehmen und die Umwandlung durch Power-to-Gas-Anlagen wird dadurch massiv unterstützt.

Wir fördern im Rahmen von NEW 4.0 auch konkrete Projekte der Wasserstoffwirtschaft, gerade eben auch in Brunsbüttel. Auch das wird in der Perspektive der Planung helfen, neben Akkumulatoren, die wir schaffen werden, mit solchen neuen Umwandlungsmöglichkeiten gerade das zu vermeiden, was Sie hier zu Recht für die Vergangenheit kritisiert haben.

Wieso können akzeptierte **Altstandorte** nicht weiter ausgebaut werden? - Auch das haben wir eben besprochen. Genau aus dem eben beschriebenen Grund: Mache ich das, wäre ich sofort angreifbar. Ich würde sofort vor Gericht verlieren. Denn der Umstand, dass der Alt-MP das an seinem Hof gut findet, der neue Pächter das aber nicht gut findet, lässt mich vor Gericht verlieren. Das können wir gern tun. Dann sage ich Ihnen aber: Beim nächsten Mal gibt es kein Planungsrecht mehr, dann haben Sie nur noch § 35 Baugesetzbuch.

Gelingt es nicht, die Privilegierung abzuschaffen, dann frohe Jagd mit dem, was Sie hier in Schleswig-Holstein machen, meine sehr geehrte Damen und Herren. Wir wollen das so nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wurde die Frage gestellt, ob wir allein mit den Küstenkreisen schon unseren Windstrombedarf decken können. - Nein, das können wir nicht. Es sei denn, Sie wollten Nordfriesland und Dithmarschen komplett, also flächendeckend zubauen. Wir haben in den Planungsräumen I und III mit den windstarken Kreisen natürlich heute schon eine massiv stärkere Belastung als im Planungsraum II. Im Planungsraum I gibt es über 12 ha, im Planungsraum III 13,8 ha und im Planungsraum II nur 5,3 ha.

Wenn denn das stimmt, was Sie sagen, dass wir die Menschen mitnehmen müssten, dann ist die Behauptung, der eine Teil der Menschen finde es unwahrscheinlich schön, dass sich das zum Wohle des anderen Teils der Menschen immer weiter verdichte - wenn das denn eine gemeinsame Aufgabe ist -, keine, die mich wirklich überzeugt. Es sei denn, Sie sagen, dieser eine Teil der Menschen, der bekommt so viel Geld dafür, dass ihm egal ist, ob er jeden



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Tag diese Mühlen hören, spüren oder fühlen muss. Das ist eine Debatte, die in sich nicht stimmig ist. Sie ist auch rechtlich nicht konsistent.

Viele der Altstandorte, übrigens gerade an der Westküste, sind Eignungsgebiete von 1997. Das heißt, da ist mit 300 m oder 500 m Abstand geplant worden. Schon das wäre jetzt mit den 400 m und 800 m, die vielen von Ihnen ja zu wenig sind, nicht vereinbar. Bei 500 m und 1.200 m hätten wir große Probleme mit der rechtlichen Gleichbehandlung. Wir würden auf einen Schlag die gesetzliche und planerische Arbeit von Jahren zunichtemachen.

**Repowering** - habe ich gehört - würden wir nicht anwenden. - Doch, das tun wir. Ja, gerade das tun wir. Wir gehen davon aus, dass wir 1.200 oder 1.300 der bestehenden Anlagen zurückbauen und in Konzentrationsflächen, die wir vorhalten, das sind 0,2 % Prozentpunkte der 1,98 % Landesfläche, im Maßstab 2:1 zurückführen. Das bedeutet: Zwei werden abgebaut, eine wird auf Flächen aufgebaut, von denen wir glauben, dass sie über konsistente Kriterien geeigneter sind als die, auf denen sie jetzt stehen. Zur Geeignetheit gehört nicht, dass die Menschen das dann mögen, weil sie das viele Geld der Pacht schätzen, sondern es kommt darauf an, ob sie objektiv geeignet sind und vor Gericht Bestand haben. Der Pachtscheck ist vor Gericht kein geeignetes Argument.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden bis 2025 netto rund 500 Anlagen zu den 3.100 Anlagen, die wir heute haben, dazu bekommen. Von den sieben Siebteln, die wir haben, wird noch ein Siebtel dazukommen. Wir werden Veränderungen erleben, wir werden einen Aufräumprozess an der Westküste haben. Dort wird es wieder Flächen geben, die von Windanlagen freigehalten werden - da wo sie nie hätten sein sollen, hätten wir immer schon so geplant, wie wir jetzt mit Ihnen gemeinsam das planen wollen.

Wir werden im Genehmigungsverfahren natürlich immer darauf zu achten haben, dass die dreifache Anlagenhöhe als **Abstand** gewahrt bleibt. Es ist in der Debatte wichtig, sich darüber auszutauschen: 400 m und 800 m sind planerische Mindestabstände, aber der reale Abstand ist immer mindestens das Dreifache der Anlagenhöhe, sodass wir in vielen Fällen - die Anlagen werden größer werden - natürlich viel weiter weg sind als diese Mindestabstände vorgeben.

Würde man aber planerisch 500 m und 1.200 m Abstand realisieren wollen, würden wir unsere Po-

tenzialfläche von 5,2 % auf 1,6 % der Landesfläche reduzieren - vor Berücksichtigung aller Abwägungskriterien! Selbst wenn gesagt wird, jedes dieser Abwägungskriterien könnte durch welche Regelung auch immer beseitigt werden, wären Sie bei 1,6 % der Landesfläche. Das heißt, Sie hätten keine Chance mehr, 1,98 % zu erreichen. Sie blieben immer unter diesem energiepolitischen Ziel. Würden Sie es umsetzen, dann hieße das, dass Sie zwangsweise zurückbauen müssten. Sie müssten von den 3.100 Windmühlen und 6 GW, die wir haben, zwangsweise zurückbauen. Das kann man wollen.

(Martin Habersaat [SPD]: Aber man muss es auch sagen!)

- Man muss dann sagen, dass man es will, was die Folge ist und wie wir das Delta ersetzen. Diese Debatte müssen wir führen.

Man kann nicht beides: Man kann nicht einerseits sagen, wir bauen zurück und andererseits für die Bundesregierung die **10 GW liefern**, die wir liefern sollen, um knapp 40 TWh zu produzieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wissen es mittlerweile, wir haben es schon mit Ihnen zusammen berechnet: Wenn Sie alle Alternativflächen, die wir wegen Belangen des Naturschutzes, Artenschutzes, Denkmalschutzes oder Küstenschutzes herausgenommen haben, mit hereinnehmen würden, so kämen Sie auf wenige Meterbeträge zusätzlichen Abstands. Die Summe ist eben nicht so groß. Sie können alle Küstenstreifen hereinnehmen. Das alles eingestanden, kämen Sie vielleicht auf 410 m oder 420 m. Sie kommen nicht auf den gewünschten Abstand - es sei denn, Sie verabschieden sich vom 10-GW-Ziel.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dann müssen Sie es sagen. Es ist legitim, das zu sagen. Aber dann sagen Sie es laut, und sagen Sie, wo das Delta zu unserer Gigawattzahl herkommt. Da fällt mir nicht viel anderes als mehr fossile Energie oder mehr Biomasse ein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Offshore-Windparks!)

- Gut, es fällt Ihnen **Offshore** ein, aber warum ist Schleswig-Holstein nicht berufen, den Offshore-Ausbau selbst voranzubringen? Zum einen, weil die Bemühungen der norddeutschen Länder, Offshore stärker voranzubringen, auf Wunsch der Bundes-

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

tags-CDU-Fraktion durch einen Ausbaudeckel gebremst worden sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das! - Christopher Vogt [FDP]: Repowering!)

Es war die CDU auf Bundesebene, die Offshore gebremst hat. Wir wollten mehr.

(Christopher Vogt [FDP]: Da können wir ja nichts dafür!)

- Da können Sie ausnahmsweise einmal nichts dafür, das gebe ich zu.

(Zuruf FDP: Immerhin! - Christopher Vogt [FDP]: Die Sozis haben mitgemacht!)

- Nein, es war vor allem die CDU-Bundestagsfraktion, die das beschlossen hat.

(Hans-Jörn Arp [CDU]. Es gibt einen Koalitionsvertrag!)

- Sie verfolgen das so wie ich. Wir beide wissen, wer Verantwortung trägt und wie die Einflüsse sind. Es war die CDU-Bundestagsfraktion, deren expliziter Wunsch es war, dass Offshore gedeckelt wird. Es war auch der Wunsch der Kanzlerin. Deswegen sind wir da, wo wir jetzt mit dem neuen EEG sind.

Wir als Land Schleswig-Holstein haben das **Küstenmeer**, die Zwölfseemeilenzone im eigenen Rechtsregime. Dort können wir keine weiteren Flächen für Windenergie generieren. Die Nutzung für Schifffahrt, Tourismus und Naturschutz lässt dort keinen Raum für zusätzliche Windenergienutzung. Also müssten wir immer in die ausschließliche Wirtschaftszone, die **AWZ** gehen. Dort sind wir immer im Bereich des Bundes. Jegliche weitere Offshorefläche müsste vom Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie bereitgestellt werden.

Wir haben noch überhaupt keinen Beleg dafür, dass Offshore im Ernstfall so funktionieren würde, wie es funktionieren müsste. Wir haben aber einen starken Beleg dafür, dass wir mit Onshore die günstigste, verlässlichste und geeignetste Form der Energiegewinnung zum Energieziel Deutschlands beitragen können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich hoffe sehr, dass eine Abhängigkeit Hamburgs oder einer ganzen Industrienation ausschließlich von in der AWZ aufgebauten Offshore-Anlagen, die im Novembersturm stehen, tatsächlich funktio-

niert. Das würde mich auch aus technischer Sicht sehr begeistern. Ob das so funktioniert, werden wir sehen. Wir wissen, dass Onshore funktioniert. Ich glaube, wir müssen das Ziel, dass Schleswig-Holstein bis 2025 für Deutschland 62 % der erneuerbaren Energien aus Onshore-Windanlagen erzeugt, gemeinsam miteinander erreichen.

Eine Politik des „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“ ist in dieser Zeit angesagt. Man merkt, dass sie angesagter ist als früher. Ich kann nur hoffen, dass die Nässe, die ich dann spüre, mit einem Fön mit Atomstrom getrocknet werden kann. Ich möchte einen solchen Fön nicht in Betrieb sehen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Wer hat Ihnen denn das Beispiel gegeben?)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 6 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zu. - Für einen Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja Gott sein Dank!)

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da nehme ich natürlich lieber die 5 Minuten Restredezeit in Anspruch als die 3 Minuten.

(Zuruf CDU: 6 Minuten!)

- Oder sechs.

(Zuruf SPD: Wer hat das gesagt?)

Ich glaube, dass wir in der Debatte mit heißer Luft aus dem Fön nicht weiterkommen, Herr Ministerpräsident. Ich möchte aber gern auf ein paar Punkte eingehen, die hier nicht richtig dargestellt worden sind.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen hatte mich gefragt, was **Bürgerwille** für mich ist. Wir haben das schon in unserem Gesetzentwurf zur Durchsetzung des Bürgerwillen erklärt: Wir meinen mit Bürgerwillen die Ergebnisse demokratischer Abstimmungen in den Kommunen, also Abstimmungen in den Gemeindevertretungen, Abstimmungen der Einwohner, die mehrheitlich entscheiden und sich für oder gegen Windkraft, für oder gegen bestimmte Abstände und für oder gegen Windparks entscheiden können.

**(Dr. Patrick Breyer)**

(Zuruf SPD: Das ist rechtswidrig! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: OVG Schleswig irgendwie verschlafen?)

Das Ergebnis Ihrer jetzigen Planungen ist - da danke ich dem Ministerpräsidenten für die Beantwortung meiner Kleinen Anfrage -, dass Sie bei bisher 28 Gemeinden den Bürgerwillen mit Ihren Plänen übergehen. Das sind 40 % der Fälle, in denen überhaupt Stellungnahmen gegen Windenergie abgegeben worden sind, die nicht in der Windenergieplanung umgesetzt werden.

Besonders werfe ich Ihnen vor, dass Sie in zwei Fällen sogar gegen den Willen der betroffenen Gemeinden Ausnahmegenehmigungen erteilt haben, obwohl darauf kein Anspruch besteht und Sie es nicht hätten tun müssen. Ohne Not warten Sie mit solchen Ausnahmegenehmigungen nicht einmal mehr ab, was die Planungen dazu letztlich ergeben. Das wäre nötig gewesen.

Sie malen hier an die Wand, dass es das Ende der Energiewende wäre, wenn man den Bürgerwillen umsetzen würde. Fakt ist aber, dass wir 2012 Pläne aufgestellt haben, die den Bürgerwillen berücksichtigt haben.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Und was hat das OVG dazu gesagt? - Weitere Zurufe)

- Das **Oberverwaltungsgericht** hat das Verfahren kritisiert. Fakt ist aber, dass Sie die Energiewende im Einklang mit dem Bürgerwillen gestalten konnten. Es ist nicht so, dass die Energiewende nach den Plänen von 2012 am Ende gewesen wäre. Deswegen lassen wir uns nicht vorwerfen, dass wir gegen die Energiewende oder für Atomkraft wären. Solche Pauschalargumente weisen wir zurück.

Der Ministerpräsident hat gesagt, er müsste 1,98 % der Landesfläche ausweisen, um der Windenergie substanziellen Raum zu verschaffen. Lesen Sie doch einmal das eigene Planungskonzept der Staatskanzlei nach. Dort steht auf Seite 66 ausdrücklich, man hätte mit anderen Kriterien weniger Fläche ausweisen können. Damit hätte man zwar auch substanziell Raum geschaffen, aber man hätte die politischen Ziele der Planung nicht erreicht.

Das heißt: Es geht gar nicht darum, dass man mit einer anderen Planung den rechtlichen Kriterien irgendwie nicht genügen könnte, sondern es geht darum, dass man das politische Ziel beziehungsweise die Zahlenziele so vielleicht nicht erreichen könnte.

(Zurufe und Unruhe - Glocke Präsident)

- Das ist aber nicht das, was Herr Albig eben gesagt hat. Er hat sich nämlich auf die Rechtslage zurückgezogen und behauptet, seine Juristen hätten gesagt, bei weniger Fläche würde man nicht substanziell Raum schaffen. Das Gegenteil hat auch der Kollege Kumbartzky dargestellt, der entsprechende Gerichtsentscheidungen zitiert hat.

(Martin Habersaat [SPD]: Sie leiden unter Selektivismus, Herr Dr. Breyer!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Dr. Breyer, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Das tue ich gern, weil ich für den Dialog bin. Ich würde mir wünschen, dass andere Kollegen dies auch häufiger täten.

(Beate Raudies [SPD]: Was soll denn das schon wieder heißen?)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Zum Dialog, Herr Kollege, gehört auch das Zuhören. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gehört, wie viel Dialog in diesem ganzen Prozess sowohl bei der Windkraftausbauplanung als auch zum Beispiel bei der Westküstenplanung stattgefunden hat.

Das aber war gar nicht mein Punkt. Der Ministerpräsident hat gerade ausgeführt, dass es das politische Ziel der Bundesregierung ist, das das Land Schleswig-Holstein übernommen hat. Es kann selbstverständlich sein, dass man zu einem anderen politischen Ziel kommt, nämlich nicht die 10 GW erreichen zu wollen. Das müsste dann aber auch gesagt werden. Insofern müssen Sie nicht die Argumentation umdrehen.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Kollegin, der Ministerpräsident hat ja zweierlei gesagt. Er hat uns einerseits vorgeworfen, man könne mit Berücksichtigung des Bürgerwillens die Ziele nicht erreichen. Ich habe gesagt: Die Planung von 2012 zeigt, dass es geht.

Zweitens hat er gesagt, mit weniger als 1,98 % könnte man nicht substanziell Raum schaffen, wie es das Bundesrecht vorschreibt.

**(Dr. Patrick Breyer)**

Ich habe gesagt, dass aus seinen eigenen Dokumenten hervorgeht, dass man auch mit weniger Landesfläche diesen bundesrechtlichen Vorgaben Genüge tun könne.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind schlauer als andere!)

Ich hoffe, das hat die Frage beantwortet.

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, unser eigener Gutachter - er meint damit Professor Dr. Pautsch - habe nichts anderes gesagt, als dass der Bürgerwille nicht rechtsverbindlich verankert werden könnte. Leider ist er nicht mehr da. Auf der eigenen Seite der Staatskanzlei zum Thema Bürgerwillen und Windenergieplanung sind die Folien aus der Präsentation von Herrn Professor Pautsch abgedruckt. Dort finden Sie auf der Folie 8 den dritten Absatz, in dem es ausdrücklich heißt: Zulässig ist es, wenn der Gesetzgeber eine Abwägungsdirektive als Grundsatz der Raumordnung festlegt.

Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass es die Spielräume gibt, dass auch Herr Professor Pautsch nicht der Einzige ist, der diese Spielräume sieht, dass es unter Juristen Streit gibt. Deswegen bitte ich darum, uns in dieser offenen, juristisch ungeklärten Situation nicht vorzuwerfen, wir schlägen etwas vor, was offensichtlich nicht gehe, bei dem alle Juristen einer Meinung seien oder was gar rechtspopulistisch sei, nämlich Leuten etwas zu versprechen, was nicht gehe.

Wir sagen, wir wollen neue Wege gehen, um den **Bürgerwillen** rechtsverbindlich zu verankern. Dazu sind wir auch bereit, uns auf Klagen einzulassen, die sowieso kommen werden. Wir glauben, dass wir vor Gericht gute Argumente für eine Planung haben, die Windparks dort baut, wo sie gewünscht werden, und nicht dort, wo sie abgelehnt werden.

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die jetzige Planung macht keinen Sinn. Sie können nicht Bürgerwindparks in Nordfriesland abbauen, die seit Jahren akzeptiert sind, und sie dort aufbauen, wo es zwei Bürgerentscheide dagegen gibt wie in Nübbel. Das macht keinen Sinn. Lassen Sie uns deswegen die rechtlichen Möglichkeiten nutzen, das zu ändern. - Danke.

(Beifall Torge Schmidt [PIRATEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Damit ist die längste Aktuelle Stunde im Schleswig-Holsteinischen Landtag beendet.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Landesplanungsgesetzes mit der Drucksachennummer 18/4590 (neu). Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/4590 (neu) abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Piratenfraktion. Wer lehnt diesen Vorschlag des Ausschusses ab? - Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion.

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne Studenten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hochschulgruppe, als Gäste der Abgeordneten Birte Pauls. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Wir sind mit der Abstimmung noch nicht fertig.

(Zurufe)

- Man kann sich ja zwischendurch einmal ein bisschen besinnen.

Jetzt kommen wir zum Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachennummer 18/4954. Es ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. - Dann kommen wir jetzt zur Sachabstimmung. Wer zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion. Wer dagegen ist, möchte sich jetzt melden. - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist dieser Antrag mit der Drucksachennummer 18/4954 abgelehnt.

Damit ist die Abstimmung abgeschlossen.

Jetzt muss ich etwas erklären. Ich habe von den PGF zwei Botschaften bekommen. Der erste Hinweis ist, den Tagesordnungspunkt 23 jetzt zu behandeln und abzuschließen. Das mache ich gern. Ich habe aber zweitens auch den Hinweis bekommen, dass erst Tagesordnungspunkt 25 behandelt werden soll. Ich bitte um eine Lösung.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident, ich schlage vor, jetzt das Thema Whistleblower zu behandeln und den Antrag „Wohnungsbau im ganzen Land ermöglichen“ im Januar!

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das wird mit allgemeinem Nicken der PGF bestätigt. Damit sind sich alle Fraktionen einig.

Ich rufe hiermit Tagesordnungspunkt 25 auf:

**Whistleblower im öffentlichen Dienst schützen, Hinweisen auf Rechtsverstöße konsequent nachgehen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/4925

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich jetzt die antragstellende Fraktion auf. Das ist der Fraktionsvorsitzende der Piratenfraktion, Dr. Patrick Breyer.

(Unruhe)

- Sie haben das Wort. Ihre Zeit läuft, Herr Abgeordneter.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir beantragen, Whistleblower im öffentlichen Dienst zu schützen und Hinweisen auf Rechtsverstößen konsequent nachzugehen. Was ist der Hintergrund? - **Whistleblower** oder Hinweisgeber sind Menschen, die interne Kenntnisse über Gefahren oder Straftaten haben und die nicht weggehen, sondern ihrem Gewissen folgen und sogar eigene Nachteile in Kauf nehmen, um andere Menschen zu schützen oder im Interesse der Allgemeinheit Alarm zu schlagen, wenn solche Alarm- oder Straftaten passieren.

Whistleblower, die in einer solchen Situation handeln, sind Vorbilder für Zivilcourage. Sie verdienen deswegen unseren Schutz und unsere Anerkennung.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Dass bis heute Whistleblower immer wieder als Verräter behandelt werden, finde ich beschämend. Daran, dass oftmals nicht die Täter zur Verantwortung gezogen werden, sondern es die Hinweisgeber sind, die Nachteile haben und ihren Job verlieren, müssen wir etwas ändern.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Die prominenteste Schleswig-Holsteinerin, der es so ergangen ist, ist die Tierärztin Frau Dr. Margrit Herbst. Sie hat im Schlachthof Bad Bramstedt wie-

derholt BSE-Verdachtsfälle gemeldet, denen aber nicht fachgerecht nachgegangen worden ist. Sie ist schließlich an die Öffentlichkeit gegangen, nachdem sie jahrelang versucht hat, intern Abhilfe zu schaffen. Das hat die Kündigung ihres Arbeitsverhältnisses nach sich gezogen. Im Anschluss daran erklärte der Landwirtschaftsminister gegenüber dem Landtagsausschuss öffentlich, dass der Vorwurf der Schlachtung BSE-verdächtiger Rinder eindeutig nicht zutreffend sei.

Tatsächlich aber haben die Untersuchungen in zwei Fällen zu keinem eindeutigen Ergebnis geführt.

(Zuruf CDU: Kein eindeutiges Ergebnis!)

Das heißt, der Bericht ist falsch. Der BSE-Verdacht war nicht ausgeräumt, sondern hat fortbestanden.

(Volker Dornquast [CDU]: Nicht nachgewiesen, mein Lieber! - Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist ein Unterschied!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns heute ein Zeichen setzen für Whistleblowerschutz in Schleswig-Holstein und für Gerechtigkeit für Frau Dr. Herbst sorgen. Lassen Sie uns diese Whistleblowerin rehabilitieren und sie für die Nachteile entschädigen, die sie erlitten hat, und lassen Sie uns dafür sorgen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen können.

Wir PIRATEN beantragen konkret, eine unabhängige Beschwerdestelle einzurichten, nicht nur in Korruptionsfällen, nicht nur für Polizeibeamte, sondern für den gesamten Bereich der öffentlich Bediensteten in unserem Land. Lassen Sie uns, solange wir keinen rechtlichen Schutz für solche Menschen haben - der Wissenschaftliche Dienst zeigt die Schutzlücken auf -, die technische Möglichkeit schaffen, damit Whistleblower über eine **Whistleblower-Plattform** Hinweise auf Missstände geben können und trotzdem im Schutz der **Anonymität** Rückfragen möglich sind und Aufklärung möglich ist. Solche Plattformen haben sich in anderen Ländern bewährt. Lassen Sie uns in Schleswig-Holstein interne Ermittlungen einer unabhängigen Stelle übertragen, so wie es uns in anderen Ländern gezeigt worden ist.

Vor allem lassen Sie uns über den Bundesrat eine Initiative starten, um die gefährlichen Schutzlücken für Whistleblower im öffentlichen Dienst zu schließen, die bisher nur im Korruptionsbereich vor Nachteilen wegen Verletzung ihrer Dienstpflicht geschützt sind, die aber außerhalb des Korruptionsbereichs bis heute Nachteile befürchten müssen,

**(Dr. Patrick Breyer)**

wenn sie melden, dass ihnen zum Beispiel im Dienst Straftaten bekannt geworden sind.

Das hat der Wissenschaftliche Dienst festgestellt in dem Gutachten zu unserem Antrag, das wir haben verumdrucken lassen und das Ihnen vorliegt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hinweisgeber setzen ihre Interessen für uns und im Interesse der Allgemeinheit aufs Spiel. Lassen Sie uns heute etwas zurückgeben und für ihren Schutz sorgen!

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Lassen Sie uns heute konsequent Rechtsverstößen nachgehen, ohne dass Whistleblower Nachteile für sich selbst befürchten müssen! - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wenn es möglich ist, soll man damit anfangen, etwas Positives hervorzuheben. Das ist mir bei diesem Antrag spontan nicht so leichtgefallen, auf den zweiten Blick aber schon: Immerhin haben Sie es geschafft, fast zwei Seiten zu beschreiben, ohne Edward Snowden zu erwähnen. Herzlichen Glückwunsch dazu!

Ich möchte die inhaltlichen Punkte von hinten durchgehen. In Punkt 8 fordern Sie eine Klausel für Whistleblower, in der es darum geht, bei **Auftragsvergaben** eine besondere Prüfung einzuführen. Wenn wir uns das bestehende Regelwerk angucken, bin ich der festen Überzeugung, dass wir an der Stelle wahrlich nicht noch mehr Bürokratie brauchen. Sie sind an dieser Stelle einmal wieder mehr unterwegs, einen Generalverdacht gegenüber all denjenigen zu äußern, die ihre Arbeit mit großer Mühe und Sorgfalt machen.

(Vereinzelter Beifall CDU, SPD und FDP)

Die rechtlichen Grundlagen, die Sie mit der **Bundesratsinitiative** in Punkt 7 einfordern, sind da.

Die von Ihnen unter Punkt 6 geforderte Möglichkeit der Anfertigung von Strafanzeigen ist heute nicht nur gegeben, sondern wer entsprechende Anhaltspunkte hat, ist aufgefordert, ja sogar verpflichtet, entsprechende Straftaten zur Anzeige zu bringen.

Das notorische Misstrauen, das Sie unter Punkt 5 einmal mehr gegenüber unserer Landespolizei äußern, weitet sich nach meiner Wahrnehmung langsam zu einer fortgesetzten Rufschädigung vonseiten der PIRATEN aus. Die Landespolizei hat unser volles Vertrauen, und wir sehen hier keine weiteren Notwendigkeiten.

(Beifall CDU, SPD und FDP)

Wenn Sie unter den Punkten 4 und 3 eine anonyme Plattform und eine Ombudsstelle fordern, weiten Sie dieses Misstrauen auf den gesamten öffentlichen Dienst aus. Wir sind uns sicherlich einig: Wo es Pflichtverletzungen gibt, sind die zu ahnden. Was wir aber nicht brauchen, ist die Organisation eines Klimas von Misstrauen untereinander beziehungsweise der Bürgerinnen und Bürger gegen ihre Verwaltung. Auch wenn es in großen Apparaten natürlich zu individuellen Fehlern und Fehlverhalten kommt, ist das nicht angebracht.

In Punkt 2 kommen Sie mit Frau Herbst. Ich glaube, es gibt keinen Fall, der so intensiv beleuchtet wurde wie dieser, der so häufig betrachtet wurde. Im Ergebnis stellt sich heraus: Die Frau hatte schlicht unrecht. Wenn sie das damals auf dem Dienstweg nicht akzeptieren wollte, ist das eine Entscheidung, die sie für sich getroffen hat und mit deren Konsequenzen sie leben muss. Darüber darf sich jeder sein Urteil bilden, aber daraus kann man sicherlich keine Verpflichtung des Staates ableiten, ein solches Verhalten nachträglich gutzuheißen, geschweige denn zu entschädigen.

Bleibt Punkt 1. Der erste Satz Ihres Antrags lautet:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag würdigt und anerkennt Hinweisgeber, die im Interesse ihrer Mitmenschen bei Rechtsverletzungen Alarm schlagen.“

Wer will dem widersprechen? Wer Hinweise auf Rechtsverletzungen hat, ist natürlich aufgefordert, Alarm zu schlagen.

(Zuruf Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Wir sollen nicht so tun, als ob es dafür nicht die entsprechenden Möglichkeiten gäbe.

Allerdings ist das ein wirklich sensibler Bereich. Denn die Grenze zwischen - wie Sie es uneingeschränkt positiv darstellen - Whistleblowing auf der

**(Dr. Axel Bernstein)**

einen Seite und Diffamierung, übler Nachrede oder gezielter Falschinformation aus Neid, aus Konkurrenzdenken oder Leichtfertigkeit auf der anderen Seite ist nicht in jedem Fall leicht zu ziehen. Sie erwecken hier den Eindruck, als gäbe es heute in der öffentlichen Verwaltung, in der Polizei oder anderen Bereichen des öffentlichen Lebens ein Klima des Verschweigens, des Vertuschens und der Drangsalierung. Das ist ein gefährliches Zerrbild, das Sie hier zeichnen. Wir wollen kein Klima des Misstrauens in unserer Verwaltung und unserem öffentlichen Dienst.

(Beifall CDU, SPD, FDP und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir können Ihrem Antrag aus diesen Gründen nicht zustimmen. Ich glaube, Sie tun auch denjenigen keinen Gefallen, die Hinweisgeber sind und die es sich nicht leichtmachen, Sachverhalte, die sie erkannt haben, die ihnen zu Ohren kommen, zu melden oder zur Anzeige zu bringen.

Ich finde es richtig, dass jeder, der solche Hinweise erkennt, sich gründlich prüft und gründlich nachprüft, ob seine Vermutung und mögliche Anschuldigung oder Anklage richtig ist. Hier leichtfertig so zu tun, als ob alles, was von irgendjemandem im Sinne eines Whistleblowings nach außen, an die Öffentlichkeit getragen wird, per se wertvoll ist, ist ein schiefer Blick auf die Realität, den wir nicht mit unterstützen können.

(Beifall CDU, SPD, FDP und Lars Harms [SSW])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

**Beate Raudies [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag der Piratenfraktion las, hatte ich plötzlich ein Bild vor meinem inneren Auge: PIRAT Breyer sucht in der Segelkammer die letzten Fetzen Tuch zusammen. Dann setzt er die Segel zum letzten Manöver wie einst Pirat Blackbeard, der sein Schiff Queen Anne's Revenge auf die Klippen vor Beaufort setzte, um sich und sein Scherflein ins Trockene zu bringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Störtebeker ohne Kopf! - Heiterkeit und Zurufe)

Anders lässt sich dieses Sammelsurium - das sind Ihre Worte von gestern, Kollege Breyer - von Ein-

zelpunkten zum Thema Whistleblowing kaum erklären. Da sollte wohl vor Weihnachten noch einmal etwas auf den Tisch.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

In Ihrem Antrag vermischen Sie einen Einzelfall, die Vorfälle in der Polizeischule in Eutin, und grundsätzliche Fragen zum Thema Whistleblowing und Korruptionsbekämpfung, und dann geben Sie dem Ganzen auch noch einen kräftigen Schuss Populismus mit. Wie immer erwecken Sie den Eindruck, ohne PIRATEN gehe in diesem Land alles drunter und drüber und nichts voran.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Hinzu kommt: Der Antrag ist auch noch handwerklich schlecht gemacht - aber dazu später mehr; der Kollege Bernstein hat dazu schon einiges gesagt.

Was für ein Bild haben Sie eigentlich von der Exekutive in diesem Land, und welchen Eindruck wollen Sie der Öffentlichkeit vermitteln?

(Beifall SPD, Dr. Heiner Garg [FDP] und Lars Harms [SSW])

Überall Inkompetenz, Missbrauch, Intoleranz, Intransparenz - du liebe Güte! Natürlich ist in der öffentlichen Verwaltung nicht alles Gold, was glänzt, denn da arbeiten Menschen, die Fehler machen. Wenn die Fehler machen, muss das aufgeklärt werden. Aber der Generalverdacht ist langsam wirklich unerträglich.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Gerade die **Verschwiegenheitspflicht** ist eine der wesentlichen Dienstpflichten für Beamte. Das kann man gut finden oder nicht, aber im Moment ist das so. Das ist im Bundesrecht geregelt, im Beamtenstatusgesetz. Dort heißt es in § 37 Absatz 2 - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident -:

„Im Übrigen bleiben die gesetzlich begründeten Pflichten, geplante Straftaten anzuzeigen ... unberührt.“

So viel zu der Behauptung, es sei nirgendwo geregelt.

(Beifall SPD, Hans-Jörn Arp [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Dem Landesgesetzgeber verbleibt diesbezüglich überhaupt keine Gesetzgebungskompetenz. Ihr An-

(Beate Raudies)

trag läuft komplett ins Leere. Damit ist Ihr Antrag in dem Punkt erledigt.

Sie fordern eine anonyme Internetplattform für Hinweise auf mutmaßliche Straftaten und Dienstpflichtverletzungen. Das brauchen wir nicht. Schon heute können sich Hinweisgeber bei Verdacht auf korruptive Handlungen in der öffentlichen Verwaltung anonym an den **Anti-Korruptionsbeauftragten** des Landes Schleswig-Holstein wenden. Den gibt es übrigens schon seit 2007. Er ist nicht Teil der Landesverwaltung, sondern agiert als legitimer Kommunikationsmittler zwischen Hinweisgebern, Verwaltung und Strafverfolgungsbehörden. Auch ohne Internetplattform sind seit der Einrichtung dieser Stelle insgesamt 562 Hinweise eingegangen. Sieh da, sieh da!

Aus Ihrem besonderen Verhältnis zum öffentlichen Dienst heraus fordern Sie auch noch, dass darüber hinaus jede Dienstpflichtverletzung - oder was man dafür hält - anonym angezeigt werden kann.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Also, die Finanzverwaltung bricht zusammen, das kann ich Ihnen sagen!)

- Herr Kubicki, ich bringe gleich noch ein Beispiel. Das wird Ihnen gefallen.

Welchen Beweiswert hätte denn so ein anonym Hinweis? - Keinen! Das ist eine Einladung zur Denunziation. Das haben unsere Beschäftigten definitiv nicht verdient.

(Vereinzelter Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Die PIRATEN fordern außerdem die Einrichtung einer unabhängigen Stelle für interne Ermittlungen. Diese soll - laut Begründung - „die strafrechtlichen Ermittlungen gegen Angehörige des öffentlichen Dienstes aus der Zuständigkeit des Innenministeriums übernehmen.“ Ich dachte bisher, **strafrechtliche Ermittlungen** führe ausschließlich die Staatsanwaltschaft. Aber vielleicht habe ich da ja etwas falsch verstanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weiter fordern die PIRATEN eine Änderung des Landesdisziplingesetzes - das ist eigentlich mein Highlight - und wollen so sicherstellen, dass die Anzeige von Straftaten nicht mehr disziplinarisch verfolgt wird. Das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes stellt zwar klar, dass der Landesgesetzgeber die Möglichkeit hat, Einschränkungen des Legalitätsprinzips - sic: Legalitätsprinzip - zugunsten des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes vorzunehmen. Aber der vollständige Verzicht auf ein **Disziplinarverfahren** bei ei-

nem Dienstvergehen - und das ist nun einmal der Bruch der Verschwiegenheitspflicht - ist das falsche Signal; denn ein Punkt, liebe PIRATEN, lassen Sie bei Ihren Anträgen völlig außer Acht: Nicht alles, was mir persönlich nicht gefällt, ist strafbares Handeln, das eine Anzeige oder Dienstpflichtverletzung rechtfertigt. Sollen Beamte künftig Ankläger und Richter in einer Person sein?

Dazu mein Beispiel: Ein Steuerbeamter ist zuständig für die Steuerakten eines bekennenden Rechts-extremisten. Das soll vorkommen. Aus eigener politischer Überzeugung gibt dieser Steuerbeamte Informationen über die persönlichen Vermögensverhältnisse dieses Steuerpflichtigen an die Presse, um dessen politische Arbeit zu diskreditieren. Ein Bruch des Steuergeheimnisses, ein Bruch der Verschwiegenheitspflicht. Unzweifelhaft ein Dienstvergehen, auch wenn ich persönlich vielleicht Sympathie für die Motive hege. Und das soll ohne Konsequenzen bleiben? - Ich finde, das kann nicht sein. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Landtagsverwaltung gibt die Adresse von Herrn Breyer raus! - Heiterkeit)

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verrate Ihnen kein Geheimnis - ich bin also kein Whistleblower -, wenn ich für die Grünen erkläre: Besseren gesetzlichen Schutz von Hinweisgeberinnen und Hinweisgebern halten auch wir für notwendig.

Und nun möchte ich etwas an die Adresse von Herrn Breyer sagen: Sie machen es uns nicht leicht. Ihre Pauschalanträge, die inhaltlich so etwas von zusammengestümpert sind - da kann ich der Kollegin Raudies nur recht geben -, sind im Grunde genommen keine Grundlage, um hier vernünftig zu argumentieren. Das macht uns und mir die Sache wirklich schwer zu sagen, warum es trotzdem einen Kern von Sinnhaftigkeit darin gibt, sich damit auseinanderzusetzen, auch im Ausschuss.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)



(Burkhard Peters)

Aber wie gesagt, wir Grünen haben uns schon auf diversen Ebenen dafür starkgemacht, dass es einen stärken **Whistleblower-Schutz** in Deutschland gibt. Die grüne Bundestagsfraktion hat im Bundestag dazu im Jahr 2014 einen Gesetzentwurf vorgelegt, das Whistleblower-Schutzgesetz. Dieses ist leider von der Großen Koalition abgelehnt worden mit dem Argument, die bisherigen Regelungen böten bereits hinreichenden Schutz. Das haben wir nicht gesehen, und das sehen wir auch nach wie vor nicht so. Diese pauschale Beurteilung, die der Kollege Bernstein in diesem Punkt abgegeben hat, dass im Grunde genommen alles nur auf Vertrauen aufzubauen ist, das stimmt in der Realität leider so nicht. Deswegen: Es ist so, wir haben hier ein Problem. Ob das an dem Fall von Margrit Herbst am besten darzustellen ist, das glaube ich mit Sicherheit auch nicht.

Aber wir müssen sehen, dass Menschen, die sich in diesem Bereich outen oder etwas anzeigen, ein hohes persönliches Risiko eingehen. Da ist auch grundsätzlich erst einmal gerechtfertigt, dass sie einen Teil des Risikos tragen, aber ich glaube, dass die gesamte Rechtskonstruktion, die wir im Augenblick im Strafrecht, im Disziplinarrecht und auch im Privatrecht haben - im BGB, wofür wir alle nicht zuständig sind - nachjustiert werden muss im Sinne eines doch deutlich besseren Whistleblowerschutzes.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Im Landtag?)

- Das ist das Problem! Wir müssen **Bundratsinitiativen** starten. Wir haben diese Regelung nicht. Dort, wo wir Kompetenzen haben, da haben wir im Lande durchaus schon etwas sehr Sinnvolles gemacht im Bereich der Polizeibeauftragtenstelle.

(Klaus Schlie [CDU]: Manchmal ist es besser, wenn man nichts sagt!)

Sie kann eben halt auch vertraulichen Hinweisen nachgehen, sie kann auf anonyme Hinweise reagieren. Wir haben es nicht nur in diesem Bereich gemacht, sondern auch bei der **Korruptionsbeauftragtenstelle**. Dort ist das schon im Jahr 2006 eingerichtet worden, und die aktuelle Richtlinie läuft darauf hinaus, dass es auch dort im Bereich der **Korruption** - ich glaube, dass wird auch von Ihnen in der CDU und auch von der FDP nicht anders gesehen - durchaus sinnvoll ist, anonyme Hinweisgeber auf dieses unglaublich schädliche Tun und Verhalten einzubeziehen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Dafür haben wir auch einen Korruptionsbeauftragten! - Weitere Zurufe)

- Ja, die Staatsanwaltschaft kommt auch rein, aber es geht eben halt auch darum, Anhaltspunkte zu bekommen, die durch anonyme Hinweisgeber dann in das Verfahren hineingebracht werden.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Ich denke, wir sollten uns damit auseinandersetzen, und wir sollten uns im Ausschuss überlegen, was man aus diesem Antrag macht. Vielleicht können wir daraus etwas Sinnvolles zusammenschneiden,

(Zurufe)

auch auf der Grundlage des Gutachtens des Wissenschaftlichen Dienstes. Ich warne davor, alles nur deshalb hier abzuräumen, allein weil Patrick Breyer dafür gesprochen hat. Das ist auch nicht die angemessene Art des Umgangs mit teilweise vernünftigen Anträgen.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Teilweise sinnvoller Antrag? - Wo?)

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Piratenfraktion zielt darauf ab, den Pfeifenbläuserschutz wesentlich auszuweiten. Der Antrag enthält acht Unterabschnitte zu unterschiedlichen Aspekten des Themas.

Bevor ich auf einzelne Punkte eingehe, möchte ich zunächst einmal meinen generellen Eindruck beschreiben. Der Antrag atmet das heute Nachmittag auch bereits in einer anderen Debatte durch Herrn Kollegen Breyer dargelegte Robin-Hood-Selbstverständnis unserer hiesigen Piratenmannschaft. Danach sind Whistleblower - zu Deutsch: Pfeifenbläser - die großen Helden unserer Zeit, und jeder kleine PIRAT möchte nur zu gern dem großen Edward Snowden nacheifern. Ein so geartetes Selbstverständnis hat allerdings das Manko, dass es immer auch haarscharf am Übel der Selbstgerechtigkeit, um nicht zu sagen der Selbstbeweihräucherung vorbeischrämmt und

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

dass es diese Grenze auch manchmal souverän überschreitet. An dieser Herausforderung scheitert der Kollege Breyer fast regelmäßig, muss ich leider sagen.

Auf diese Weise werden Heldengeschichten konzipiert, wie sie von Joseph Campbell auch in seiner wegweisenden Monografie über kreative Mythologie „The Masks of God“ beschrieben worden sind, die ja nicht zuletzt auch George Lucas und Steven Spielberg seinerzeit zu herausragenden Schöpfungen zeitgenössischer Trivial-Kultur inspiriert haben.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Birgit Herdejürgen [SPD] und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Ausgehend von den in der Aufklärung konzipierten Maximen vernunftgesteuerter Politik wird man hier allerdings auch einige kritische Fragen stellen dürfen. Der entscheidende Punkt ist doch: Wie erreicht man am Ende in der Frage, wer nun eigentlich der Held und wer der Schuft ist, eine fundierte, das heißt begründete und im Recht verankerte Unterscheidung? - Klar ist: Diese Aufgabe kann in einem **Rechtsstaat** allein bei einer einzigen Instanz liegen, nämlich der Judikative.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

Nur sie kann entscheiden, was ein zutreffender Hinweis auf eine Rechtsverletzung war oder ist beziehungsweise welche Anschuldigung sich unter Umständen als falsch herausstellt und somit eher in den Bereich von Verleumdung, übler Nachrede, politischem Mobbing oder ähnlich unappetitlicher Erscheinungen fällt.

Bei gekanntem Timing kann es sich beim Whistleblowing eventuell auch um Wählertäuschung oder Wahlbeeinflussung handeln, wie wir zuletzt gerade während des Präsidentschaftswahlkampfes in den Vereinigten Staaten von Amerika sehen konnten.

Man muss also aufpassen, bei dieser Sache nicht blauäugig der gerne erzählten Heldengeschichte zu vertrauen, sondern man sollte immer auch das mögliche Wirken der dunklen Seite der Macht im Blick halten.

Meine Damen und Herren, generell halte ich es für problematisch, neben den in unserem Rechtsstaat mit der Untersuchung von Gesetzesüberschreitungen beauftragten Organen weitere, besondere Instanzen zu schaffen, die dann hierfür eingesetzt

werden. Das wäre für mich ein ganz zentraler Kritikpunkt an den einzelnen Vorschlägen.

Ich möchte darauf hinweisen - das ist hier schon ausgeführt worden -, dass es zum Beispiel eine **Anzeigepflicht bei Korruptionsstraftaten** und schweren Straftaten auch heute bereits gibt und dass im Übrigen auch der Versuch einer internen Klärung innerhalb der Verwaltung jederzeit möglich ist. Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen entfällt die dienstliche Verschwiegenheitspflicht, wenn ein durch Tatsachen begründeter Verdacht einer Korruptionsstraftat angezeigt wird; auch die gesetzlich begründeten Pflichten, schwere Straftaten anzuzeigen, werden durch die Verschwiegenheitsregelungen des Dienstrechts beziehungsweise der Arbeitsverträge im öffentlichen Bereich nicht außer Kraft gesetzt. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

(Zuruf: Kommst du auch mal dran?)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor neue Strukturen eingerichtet, mit Personal besetzt oder entsprechendes Personal ausgebildet werden muss, sollte man immer erst einmal sehen, was die bestehenden Strukturen hergeben. Das ist ein Grundsatz, der auch beim vorliegenden Antrag eine Rolle spielt, weil man damit eine Reihe von Strukturen neu einrichten will.

Tatsächlich ist das Phänomen des Whistleblowers keine Erscheinung, die mit Edward Snowden in die Welt gekommen ist. Hinweisgeber zu Problemen in der öffentlichen Verwaltung gab es eigentlich schon immer, und diese Hinweise kann man in Schleswig-Holstein durchaus auch loswerden. Der Vorgesetzte, der Personalrat oder auch die Beauftragten für Naturschutz, soziale Angelegenheiten, Behinderte, Flüchtlinge, Polizisten oder für den Datenschutz und natürlich auch der **Korruptionsbeauftragte** sind bewährte **Ansprechpartner**, an die man sich vertrauensvoll und in voller Verschwiegenheit wenden kann. Auch der Petitionsausschuss ist ein gutes Forum - das hätte Ihnen möglicherweise auch ein Fraktionskollege, der liebe Herr König, sagen können. Durch diese Strukturen können Pro-

(Lars Harms)

bleme durch interne Hinweisgeber ans Licht kommen. Und, meine Damen und Herren, wenn es ganz hart kommt, steht auch immer noch der Rechtsweg offen. - Das sage ich, weil ich immer noch an die Rechtsstaatlichkeit glaube, im Gegensatz zu den PIRATEN.

Zugegeben, das Verpfeifen von Kolleginnen und Kollegen hat in Deutschland nach wie vor einen negativen Beiklang. „Verpetzen“, „Nest beschmutzen“ und jemanden „in ein schlechtes Licht rücken“ - das sind in Deutschland die sprachlichen Bezeichnungen, die bis zum Vorwurf des Verrats gehen, wenn Insider über Kolleginnen und Kollegen aussagen. Das Benennen von Fehlentwicklungen hat aber nichts mit Nestbeschmutzung zu tun. Falsche Solidarität bringt eine Gesellschaft in Teufels Küche. Fachbrüderschaften, Netzwerke oder Institutionen müssen durchlässig und transparent sein. Genau das ist die Landesverwaltung auch. An dieser Stelle warne ich ausdrücklich davor, die Beschäftigten in der Landesverwaltung oder in anderen Verwaltungen in diesem Land unter Generalverdacht zu stellen. Wir sollten uns vor dem Schlechreden hüten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die antragstellenden PIRATEN fordern, dass Insidern die Möglichkeit erleichtert wird, **Hinweise an die Öffentlichkeit** zu geben, und zwar unabhängig davon, ob diese wahr sind oder nicht. Die Verweise auf die Praxis anderer Bundesländer sind interessant, bedürfen allerdings noch einer vertiefenden Diskussion, ob dies wirklich Sinn macht.

Eines ist klar: Anonymen Hinweisen gegenüber bin ich persönlich sehr skeptisch. Ich erwarte von verantwortungsvollen Bürgerinnen und Bürgern, dass sie sich bekennen. Das Internet zeigt überdeutlich, wo es hinführt, wenn sich Trolle, Hassredner und Verleumder hinter einem Pseudonym verbergen. Die **Anonymität im Netz** ist ein schützenswertes Gut, aber deswegen muss man anonyme Hetze nicht gut finden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da werden im Sekundentakt Anschuldigungen und Lügen verbreitet, die einen nachhaltigen und schlimmen Effekt auslösen. Für mich ist klar, dass zu einem Hinweis grundsätzlich immer ein Name und auch ein Gesicht gehört.

Hinweisgeber haben mitunter aber mit unangenehmen Konsequenzen zu rechnen, wenn Dienstwege nicht eingehalten und auch andere offizielle Stellen

nicht kontaktiert werden. So erging es anscheinend auch Frau Dr. Herbst, die 17 Jahre lang angestellte Tierärztin des Kreises Segeberg war. Die Amtstierärztin hat in der Öffentlichkeit BSE-Alarm geschlagen. Danach erfolgte ihre Entlassung durch ihren Vorgesetzten, den Landrat, weil sie den Dienstweg nicht eingehalten habe, was in einen jahrelangen Rechtsstreit mündete. Allerdings darf an dieser Stelle der Hinweis nicht fehlen, dass auch heute noch nicht geklärt ist, ob damals klinische BSE-Fälle vorlagen. Entsprechende Untersuchungen im Jahr 2001 von fünf sogenannten Rückstellproben waren im Übrigen negativ. - All das ist nachlesbar in der Antwort der Landesregierung zu einer Kleinen Anfrage vom Sommer. Somit taugt dieses **Beispiel** auch nur begrenzt für unser heutiges Thema, da es hier anscheinend eher um **Dienstrechtsverletzungen** geht und nicht um die Offenlegung von Missständen allgemein.

Dieser Einzelfall ist also nicht typisch. Der öffentliche Dienst ist auf engagierte und mutige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen. Meiner Erfahrung nach sieht es in dieser Beziehung in Schleswig-Holstein gut aus. Zugegeben, unser Land ist auch zu klein, als dass Fehlverhalten lange unentdeckt bleiben könnte. Die Landesregierung bemüht sich um eine offene Personalentwicklung, so dass sich Korpsgeist erst gar nicht herausbilden kann.

Ich schätze die Strukturen, die wir hier für Hinweisgeber haben - also Dienstvorgesetzte, Personalräte, Beauftragte und den Petitionsausschuss - als belastbar, unabhängig und funktionsfähig ein. Diese Strukturen sind gut eingeführt und außerdem landesweit bekannt. Und dann steht, wie gesagt, immer auch der Rechtsweg offen. Neue Internetbörsen oder Kontaktnummern scheinen erst einmal keinen direkten Mehrwert zu haben, weil wir solche Anlaufpunkte ja schon haben. Darüber hinaus - ich führte es bereits zu Beginn aus - ist mit der Schaffung umfangreicher neuer Strukturen ein finanzieller Aufwand in bislang unbekannter Höhe verbunden. Ich plädiere darum für die Nutzung dessen, was wir haben.

Ein Gespräch mit dem Vorgesetzten oder einer anderen vorhandenen Anlaufstelle mag lange nicht so spektakulär sein wie ein Interview mit einer Zeitung. Aber ich bin davon überzeugt, dass abseits der Skandalisierung auf diesem Wege Fehlverhalten bereits frühzeitig erkannt und geändert werden kann. Viele Whistleblower, meine Damen und Herren, sind derzeit schon aktiv, ohne dass sie sich so

(Lars Harms)

fühlen, weil sie nämlich ganz **normale Kommunikationswege** einhalten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Beiträge der Fraktionen sind damit beendet. Wir kommen jetzt zu den individuellen Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beitrag des Kollegen Peters hat mich veranlasst, mich noch einmal zu Wort zu melden; denn seine Aussage, man müsse diesen in Teilen sinnvollen Antrag im Ausschuss weiterberaten, habe ich überhaupt nicht verstanden. Ich habe darin nicht einen einzigen Punkt gefunden, Herr Kollege Peters - außer dass der Begriff Whistleblower auftaucht, der ja für die Grünen offenbar auch eine besondere emotionale Bedeutung hat -, der auch nur ansatzweise sinnvoll ist. Deshalb plädiere ich wirklich dafür und appelliere dabei an die Mehrheit dieses Hauses, dies nicht in den Ausschuss zu bringen. Denn der Kollege Dr. Breyer wird dann in seiner ihm eigenen Art sicherlich erklären: Die PIRATEN zwingen den Landtag, endlich Farbe zu bekennen.

(Beifall FDP, SPD und SSW)

Wir sollten solche Erfolgsmeldungen nicht weiter möglich machen.

Ich will es einmal kurz erklären: Nach der gestrigen Debatte in Bezug auf diesen Sammelfonds für Geldbußen, wo Herr Dr. Breyer ja insinuiert hat, dass wir auch etwas dagegen tun müssten, dass im Bereich der Justiz Korruption irgendwie Einzug halten könnte, warne ich davor, sich auf das Glatteis führen zu lassen und sich, nur weil der Begriff Whistleblower erwähnt wurde, weiter mit dieser Sache zu beschäftigen.

Herr Dr. Breyer hat erklärt, **Whistleblower** seien die Helden des Alltags, weil sie bereit seien, aus einem Gewissenskonflikt heraus ihre Existenz aufs Spiel zu setzen, um die Öffentlichkeit über Missstände - beziehungsweise das, was sie dafür halten - zu unterrichten. Deshalb seien Whistleblower besonders zu würdigen und besonders auszuzeichnen. Wenn das so ist, sollten wir ihnen diesen Heldenstatus nicht nehmen. Die PIRATEN schlagen ja vor, dass jetzt keine Existenzsorge mehr mit der öffentlichen Vorgehensweise verbunden

werden soll, indem wir von einem Whistleblower jedes Risiko im öffentlichen Bereich wegnehmen.

Ich will einmal sagen, warum das aus meiner Sicht nicht nur kontraproduktiv, sondern unsinnig ist, warum es geradezu verfassungswidrig, rechtswidrig ist: Wenn Sie statuieren, dass ein Whistleblower aus dem öffentlichen Bereich wegen seiner Äußerungen nicht verfolgt werden darf, und zwar weder disziplinarrechtlich noch strafrechtlich, dann würde für den Fall, dass jemand eine falsche Anschuldigung erhebt, dieser sich der strafrechtlichen Verfolgung entziehen - was bei einem „normalen“ Menschen ja nicht gemacht würde. Was machen die denn, wenn aus dem öffentlichen Bereich heraus eine falsche Anschuldigung gegenüber einem Kollegen, einer Kollegin oder Dritten, außenstehenden Personen, in die Welt gesetzt wird? Sie sagen, der müsse geschützt werden, er dürfe nicht verfolgt werden, weil er im Gegensatz zu anderen ja aus dem öffentlichen Bereich kommt.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich möchte keine Zwischenfrage zulassen, Herr Dr. Breyer. Mittlerweile muss ich bezweifeln, dass Sie das zweite juristische Staatsexamen haben. Das müssten wir uns einmal vorlegen lassen. Ich habe bei Ihren rechtlichen Ausführungen wirklich ein Problem. Zu Guttenberg hat seine Doktorarbeit auch nicht selbst geschrieben. Das müssen wir vielleicht einmal verfolgen.

(Zuruf)

Aber der permanente Eindruck, der hier erweckt wird, in Schleswig-Holstein insbesondere - auch ich habe natürlich Misstrauen in die Verwaltung einer rot-grün geführten Regierung, aber aus anderen Gründen, aus politischen Gründen und nicht aus rechtlichen Gründen -, müssten ausgerechnet die PIRATEN jetzt die Menschen davor bewahren, dass hier permanent gegen Recht verstoßen wird, den muss ich zurückweisen, und zwar deshalb, weil wir tatsächlich rechtsstaatliche Möglichkeiten haben,

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und CDU)

dass auch heute schon mit jeder Form von Meldungen von Rechtsverstößen - ohne dass ein Whistleblower etwas befürchten muss - umgegangen werden kann.

Kollege Harms hat schon gesagt, an wen man sich wenden kann. Man kann sich auch an Abgeordnete wenden. Das kommt ja gelegentlich vor, dass sich Leute aus der öffentlichen Verwaltung an einen Ab-

(Wolfgang Kubicki)

geordneten wenden und sagen: Das ist das und das und das, ich kann damit nicht mehr weiter umgehen. - Und niemand kann uns zwingen, diesen Namen zu nennen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Bitte ein letzter Satz, Herr Präsident. - Und man kann auch zu Anwälten gehen. Ich habe in meinem eigenen Berufsfeld in den letzten 30 Jahren mehrfach mit Inhalten Anzeige erstattet, ohne den Anzeigenerstatter, außer mich selbst, preiszugeben. Auch ein Anwalt kann nicht verpflichtet werden, den Namen seines Mandanten preiszugeben, sondern er gibt Informationen weiter. Und bei Abgeordneten - meistens - und bei Anwälten - da bin ich mir sicher - ist man davor geschützt, dass die Staatsmacht dann auch versuchen wird - anders als bei Journalisten - das **Dienstvergehen des Geheimnisverrates** weiter zu verfolgen. Ich kann also nur raten: Wer Probleme damit hat, suche sich einen ordentlichen Abgeordneten - davon gibt es in diesem Haus auch einige, außer Ihnen - und/oder einen ordentlichen Anwalt. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, SPD und Lars Harms [SSW])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, es ist schon zu später Stunde, und ich finde auch den Antrag von den PIRATEN nicht besonders lohnenswert, um über ihn zu reden.

Ich möchte aber einen Aspekt beleuchten, den der Kollege Harms angesprochen hat, denn ich glaube, über den müssen wir dringend reden. Kollege Harms hat nämlich darauf hingewiesen, dass unser Problem in der Regel nicht der Schutz von solchen Interessen ist. Das ist manchmal auch wichtig, und auch **Anonymität** hat seine Berechtigung, zum Beispiel bei Babyklappen, aber auch in anderen Zusammenhängen. Aber im Augenblick ist der **Missbrauch von Anonymität** unser ganz großes Problem. Wenn ich mir angucke, wie viele falsche Anschuldigungen, wie viele Diffamierungen und Hetze es gibt, die nicht erfolgen würde, wenn die Menschen Namen und Gesicht zeigen müssten, ist

das ein Problem, über das wir in dieser Gesellschaft dringend miteinander reden müssen.

(Beifall SPD, FDP, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

Als jemand, der das ganz besonders genießt, will ich einmal wirklich sagen: Ich finde, man kann über ganz vieles streiten, aber gerade im Hinblick auf politische Meinungsbildung muss man sich hinstellen und seine Meinung sagen, dann aber auch aushalten, dass andere Leute sie nicht teilen.

Was aber beim Thema Meinungsfreiheit geschieht, wo das zum Beispiel in den sozialen Medien missbraucht wird, indem man sozusagen seinen Namen tarnt - als seien wir in Ägypten, im Iran oder in Russland oder in China; wir sind aber in der Bundesrepublik Deutschland, und hier kann jeder seine Meinung im politischen Wettbewerb sagen -, was da teilweise geschieht, ist nicht hinnehmbar. Ich meine, das passiert tonnenweise, und das ist ein solcher Müll, den man da täglich wahrnimmt, der nur so auftritt, weil man die Anonymität schützt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Drucken Sie das alles aus?)

Deswegen muss ich Ihnen ehrlich sagen, ist das ein Thema, über das wir in unserer Gesellschaft viel eher reden müssen. Denn das ruiniert allmählich die politische Diskussion und den Meinungswettbewerb, den wir haben. Und es führt übrigens noch zu viel Schlimmerem: Wir haben ein Maß an Verrohung unter dem Schutz von Anonymität, sodass ich sage, darum müssen wir uns dringend kümmern, sonst hat das schlimme Folgen. Das ist unser eigentliches Thema, und ich wünsche mir, dass wir das einmal auf die Tagesordnung setzen und darüber miteinander sprechen, nicht aber über dieses.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Hans-Jörn Arp [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Den Vorschlag sollten wir aufgreifen. Genau wie jedes Recht kann auch die Anonymität missbraucht werden. Richtig ist aber auch, dass die schlimmsten Botschaften und Hetzbotschaften im Netz unter vollem Namen abgegeben werden, nämlich auf Fa-

(Dr. Patrick Breyer)

cebook und Twitter, dass also ein Verbot der Anonymität auch nicht die Lösung ist.

Ich würde gern auf einige Fragen eingehen, die im Laufe dieser Debatte zu unserem Antrag geäußert und aufgeworfen worden sind. Gibt es schon heute eine Pflicht für Beamte, Straftaten anzuzeigen? - Die gibt es nur bei extrem schweren Straftaten wie Mord und Totschlag. Das ist sehr eingeschränkt. Herr Dr. Klug hat das richtig gesagt.

(Beate Raudies [SPD]: Nein! Lesen Sie Ihr Gutachten!)

- Dann haben Sie das Gutachten falsch verstanden.

(Lachen Beate Raudies [SPD] - Zurufe SPD und FDP)

- Wenn Sie mir nicht glauben, glauben Sie Herrn Dr. Klug, glauben Sie Herrn Kubicki, er hat das eben selber gesagt.

(Zurufe SPD)

- Nur schwerste Straftaten! Zum Beispiel gibt es für Korruption keine Anzeigepflicht.

Nächste Frage: Hatte Frau Dr. Herbst unrecht?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja, offensichtlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum einen ist bis heute nicht mit wissenschaftlichen, fachlich richtigen und vollständigen Methoden analysiert worden, ob ihr BSE-Verdacht begründet war oder nicht. Entscheidend ist aber etwas anderes:

(Lars Harms [SSW]: Schon wieder gerichtsschädigend! - Weitere Zurufe SPD)

- Entscheidend ist etwas anderes, Lars Harms, darüber hat kein Gericht entschieden: Whistleblower ist, wer in gutem Glauben handelt. Das heißt, es kommt gar nicht darauf an, ob ihr Verdacht begründet war oder nicht.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Ach! - Beate Raudies [SPD]: Das wird ja immer schlimmer!)

Es kommt darauf an, ob ein **Verdacht** tatsächlich bestanden hat, dem nicht nachgegangen wurde. Richtig ist weiterhin, dass fälschlich in der Öffentlichkeit behauptet wurde, dass ihr Verdacht eindeutig ausgeräumt worden sei, obwohl das tatsächlich nicht der Fall war.

Kollegin Raudies hat einen Fall aufgebracht: Das Disziplinargesetz müsse doch gelten für den Finanzbeamten, der an die Presse gehe. - Frau Kolle-

gin Raudies, bitte lesen Sie noch einmal Nummer 6 unseres Antrages. Es geht uns bei der **Änderung des Disziplinargesetzes** um Fälle, in denen Straftaten angezeigt werden - angezeigt, nicht an die Öffentlichkeit gebracht. Und das soll nicht disziplinarisch verfolgt werden. Dagegen kann doch niemand etwas haben.

Dann wurde gesagt, anonyme Anzeigen könnten Sie heute schon erstatten. - Ja, das kann man, und es ist gut, dass das geht. Denn in Baden-Württemberg hat das Landeskriminalamt in einem Zeitraum von zwei Jahren 250 anonyme Hinweise erhalten, von denen 80 bis 90 % sachdienlich waren.

(Beate Raudies [SPD]: Ja, aber was heißt das denn?)

- Darauf können wir nicht verzichten. Und 100 Anfragen wurden zum Anlass genommen, Herr Kubicki, um Rückfragen zu stellen. **Rückfragen** an anonyme Informanten können Sie nur stellen, wenn Sie einen Rückkanal haben, dazu dient unser Whistleblowing-Portal, um im Schutz der Anonymität Hinweise geben zu können und Rückfragen trotzdem möglich zu machen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende!

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Es wurde uns vorgeworfen, ein Sammelsurium präsentiert zu haben. Richtig ist aber, dass die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag ein Konzept zum Schutz von Whistleblowern doch versprochen hat.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein!)

Das ist im Koalitionsvertrag versprochen worden, ein Konzept zum Schutz von Whistleblowern.

(Martin Habersaat [SPD]: Lesen Sie einmal die Passage vor!)

Vor dem Hintergrund freue ich mich über den konstruktiven Ansatz insbesondere des Kollegen Burkhard Peters.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich freue mich auf die weiteren Beratungen im Ausschuss und freue mich, dass wir diesem Antrag nachgehen und Whistleblower in Schleswig-Holstein schützen. - Danke schön.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen aus dem Parlament vorliegen, hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Abermals liegt uns ein Antrag der Fraktion der PIRATEN vor, der suggeriert, es gebe in Schleswig-Holstein Hindernisse im Rechtssystem, die ein redliches und dem Allgemeinwohl verpflichtetes **Gewissenshandeln** von öffentlichen Bediensteten blockierten. Unterstellt wird, es gebe ein Problem, Rechtsverstöße könnten nicht gemeldet, nicht behoben, nicht geahndet werden. Zudem würden Pflichtverletzungen öffentlich Bediensteter unentdeckt bleiben.

Lassen Sie mich das einmal in aller Deutlichkeit sagen: Dem ist nicht so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Volker Dornquast [CDU])

Weder gibt es rechtliche Lücken, die zu schließen sind, noch sind im Verdachtsfall von **Korruption** den öffentlich Bediensteten die Hände gebunden. All dies haben wir hier bereits mehrfach gehört, und das möchte ich deshalb auch nicht wiederholen.

Gerade im Bereich der Korruptionsbekämpfung haben wir ein ausreichendes Instrumentarium. In der Tat sind Beamtinnen und Beamte verpflichtet, den **Dienstweg** einzuhalten, sollten sie Missstände aufzeigen wollen. Sie sind ebenfalls zur Verschwiegenheit und zur Loyalität sowie zur Zurückhaltung verpflichtet. Jedoch gibt es stets die Möglichkeit, auch unter Beachtung dieser Pflichten zu remonstrieren, eine Dienstaufsichtsbeschwerde zu führen oder sich an die Personalvertretung zu wenden. Selbstverständlich besteht auch die Möglichkeit, ja sogar die Pflicht, Anordnungen, die erkennbar die Menschenwürde verletzen oder erkennbar strafbar oder gesetzeswidrig sind, nicht auszuführen. All diese Möglichkeiten sind durch geltendes Recht abgedeckt.

Darüber hinaus gibt es bei uns im Land bereits seit August 2007 die **Kontaktstelle zur Bekämpfung der Korruption** in Schleswig-Holstein. Der ehrenamtlich tätige Antikorruptionsbeauftragte Hans-Werner Rogge ist zur Verschwiegenheit verpflichtet und unterliegt keinen Weisungen des Landes hinsichtlich der inhaltlichen Sachbehandlung. Jeder und jede kann ihm anonyme Hinweise geben.

Auch gibt es die Online-Wache der Landespolizei, in deren Konzeption ganz bewusst die anonyme Anzeige eingeflossen ist.

Es gibt jedoch gute Gründe dafür, Hinweise zunächst vertrauensvoll zu prüfen, bevor eventuelle Strafverfolgungsbehörden informiert werden. Einen öffentlichen Pranger im Internet aufzubauen und Denunziationen über einzelne Personen zu veröffentlichen, das halte ich für keinen richtigen und guten Weg.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Zum notorischen Misstrauen gegenüber unserer Landespolizei und schlussendlich dem gesamten öffentlichen Dienst ist hier schon alles gesagt worden. Ich danke dem Hohen Haus, dass Sie sich, anders als Herr Dr. Breyer, zur Organisation unserer Verwaltung bekennen und sich hinter unsere Beamtinnen und Beamten stellen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wir stehen auch hinter unseren Beamten! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir stellen uns auch vor die Beamten!)

Nach über 20 Jahren eigener Zugehörigkeit zu dieser Verwaltung und nach fünf Jahren politischer Verantwortung bin ich jedenfalls sehr froh, dass diese bestehenden Strukturen funktionieren und wir jeden Tag erkennen können, dass sie funktionsfähig sind. Dafür bin ich außerordentlich dankbar. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Da keine weiteren Anträge vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung in der Sache.

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Herr Dr. Breyer, Ihr Antrag ist zurückgezogen worden.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Dann stelle ich den Antrag auf Ausschussüberweisung.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Sie stellen den Antrag auf Ausschussüberweisung? - Dann stimmen wir darüber ab. Wer ist für die Ausschussüberweisung? - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion. Wer ist gegen die Ausschussüberweisung? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist die Ausschussüberweisung abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung in der Sache. Wer dem Antrag, Drucksache 18/4925, zustimmen

will, bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Gegenstimmen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Dann ist dieser Antrag abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen noch den Hinweis, dass der Tagesordnungspunkt 23 - Wohnungsbau im ganzen Land ermöglichen - im Januar behandelt wird und von der Tagesordnung für diese Tagung abgesetzt worden ist.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend, gute Gespräche und gute Veranstaltungen. Schlafen Sie gut, bis morgen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 18:22 Uhr**



## Anhang

## Reden zu Protokoll

**Integrationsgesetz des Bundes umsetzen: „3-plus-2-Regelung“ für Ausbildungsverhältnisse muss auch in der Praxis angewendet werden**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/4853

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4930

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der ersten Beratung des vorliegenden Antrages - am 17. November - hat Wolfgang Kubicki bereits dargelegt, dass wir Freie Demokraten die 3+2-Regelung für sehr sinnvoll halten. Weil sie sowohl dem Interesse von Flüchtlingen als auch dem Bedarf unseres Landes an qualifizierten Fachkräften entspricht, ist das eine gute Sache. Es ist sogar sehr überlegenswert, die bisherigen Bestimmungen zu erweitern. Die Aufnahme eines Studiums könnte zum Beispiel mit einer Berufsausbildung gleichgestellt werden.

Der Antrag der Regierungsfractionen fordert die Landesregierung auf, sich gegenüber der Bundesregierung „für die Umsetzung der sogenannten ‚3+2-Regelung‘ des Integrationsgesetzes einzusetzen“. In der Begründung wird dabei insbesondere auf die Situation von afghanischen Geflüchteten Bezug genommen.

In den Beratungen zum Antrag konnte jedoch kein Nachweis erbracht werden, dass es hier, sofern die Voraussetzungen vorliegen - nämlich die Aufnahme einer Berufsausbildung -, tatsächlich Schwierigkeiten gibt, die einen solchen Appell begründen. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass geltendes Recht eingehalten wird. Sofern es keinen Anhaltspunkt dafür gibt, dass dies nicht der Fall ist, besteht auch kein Grund, wegen der Einhaltung dieses Rechts Appelle zu formulieren, ob nun an die Adresse der Bundesregierung oder an sonst jemanden.

Deshalb können wir den Antrag auch nicht unterstützen, sondern werden uns in der Abstimmung enthalten.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor einem Monat haben wir im Rahmen der Debatte über die Abschiebeeinrichtung in Boostedt schon über die 3+2-Regelung des Integrationsgesetzes gesprochen. Auch wenn wir PIRATEN dem Integrationsgesetz aus den bereits bekannten Gründen ablehnend gegenüberstehen, ist die 3+2-Regelung aus unserer Sicht ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Grundsätzlich ist selbst die kleinste Verbesserung zu unterstützen. Aus unserer Sicht ist es daher wichtig, dass diese 3+2-Regelung auch Anwendung findet und nicht durch Runderlasse des Bundesinnenministers ausgehebelt wird.

Wir PIRATEN sehen trotz dieses kleinen, aber für die Flüchtlinge und Schutzsuchenden sehr wichtigen Schrittes die Abschiebepolitik der Bundesregierung als Verstoß gegen humanitäre Grundsätze. Gestern wurden die ersten afghanischen Flüchtlinge und Schutzsuchenden zurück in das Bürgerkriegsland Afghanistan abgeschoben.

Werte Kolleginnen und Kollegen, das Auswärtige Amt warnt dringend vor Reisen nach Afghanistan. Am 10. November hat es einen Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-e Scharif. Im April wurden bei einem Anschlag auf ein Regierungsgebäude in Kabul 80 Menschen getötet und über 340 Menschen teils schwer verletzt. Anfang des Jahres wurden bei einem Anschlag in unmittelbarer Nähe des Flughafens Kabul über 50 Zivilisten verletzt.

Sammelabschiebungen in ein Land, in dem radikalislamische Terroristen einen Bürgerkrieg gegen Regierung und Zivilisten führen und es immer wieder zu Anschlägen und Selbstmordattentaten kommt, sind aus unserer Sicht unvereinbar mit der Achtung der Menschenrechte und mit unserem Verständnis des Grundgesetzes.

Dass der christlich-soziale Parteichef Horst Seehofer hofft, „dass es keine einmalige Aktion ist“, ist ein Schlag in das Gesicht jedes Christen und der Bürger, die sich in den letzten Monaten in der Flüchtlingshilfe engagiert haben. Auch die Christdemokraten in unserem Bundesland äußern sich ähnlich. So forderte Daniel Günther, der sich Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten macht, die Wiedereröffnung einer Abschiebehaftanstalt in Schleswig-Holstein, da das Land Möglichkeiten

(Angelika Beer)

brauche, um Menschen zur Ausreise zu zwingen. Abschiebungen nach Afghanistan sind inhuman!

Das Integrationsgesetz ist trotz der 3+2-Regelung aus unserer Sicht der falsche Weg. Leider haben weder die Bundesregierung noch die Landesregierungen, die diesem Gesetz zugestimmt haben, den Mut, muslimischen Flüchtlingen und Schutzsuchenden, die vor islamistischen Terroristen und arabischen Despoten fliehen, bei uns eine neue Heimat zu bieten.

Wir fordern die Landesregierung weiterhin auf, sich für die Menschen einzusetzen und einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu führen, um die Fehler der Großen Koalition in Berlin zu korrigieren. In Anbetracht der Sammelabschiebungen in ein Bürgerkriegsland ist jetzt Ihr Handeln, Herr Ministerpräsident Albig, bei uns und hier gefragt. Schließen Sie die Lücke, die Sie durch Ihren Verzicht, den Vermittlungsausschuss anzurufen, hier bei uns haben entstehen lassen, damit das Gift, dass die CSU und auch die hiesige CDU verbreitet, nicht wirken kann. Aus diesen Beweggründen empfehle ich meiner Fraktion, dem Antrag trotz aller grundsätzlichen Kritik zuzustimmen. - Danke.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Es mag altmodisch klingen, doch es gibt ein Recht auf Arbeit. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte formuliert: „Jeder hat das Recht auf Arbeit.“ Arbeit schafft Sinn, ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe und stärkt die persönlichen und finanziellen Ressourcen. Arbeit ist wichtig und darum ein Recht. Tatsächlich wird den Geflüchteten genau dieses Recht vorenthalten. Zunächst wird ihr Bleibestatus ermittelt und erst danach geht es um die Integration auf den Arbeitsmarkt mit entsprechenden Förderangeboten.

Dieses sequenzielle Vorgehen ist falsch und hat un schöne Folgen. Bis zur Sicherung des Status können Monate oder sogar Jahre ins Land gehen. Die Geflüchteten können in dieser Zeit nichts tun. Sie sind zur Untätigkeit verdammt. Warten und Lange weile verursachen psychische Probleme. Erwachsene Menschen können nichts anderes tun als Spazie rengehen und aus dem Fenster gucken. Das ist eine ungeheure Verschwendung.

Denn der Vorrang der Antragsbearbeitung bereitet auch vielen Betrieben Probleme. Viele sehen nicht ein, dass sie personelle Ressourcen nicht nutzen dürfen, nur weil der Aufenthaltsstatus des Bewer bers beziehungsweise Interessenten noch nicht ge klärt ist. Viele Handwerker berichten, dass sie sich

richtiggehend ins Asylrecht einlesen müssen, bevor es überhaupt zu einem Arbeitsvertrag kommt. Es besteht also die Gefahr, dass Betriebe durch das komplizierte Verfahren von der Einstellung abge schreckt werden. Wollen Sie in einem Beschäftig ten investieren, obwohl sie wissen, dass er von ei nem Tag zum anderen nicht mehr für sie tätig sein wird? - Das tun sicherlich die wenigsten, obwohl in manchen Regionen oder in manchen Branchen Ar beitsplätze nicht besetzt werden können und drin gend Arbeitskräfte gesucht werden. Da läuft doch etwas ganz verkehrt!

Wir haben das Problem, dass Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitswille nicht zusammen kommen dürfen, zumindest solange nicht, bis der Aufenthaltstitel ge klärt ist. Dabei hat das eine mit dem anderen nicht zwingend etwas zu tun. Ein Afghane kann doch ei ne handwerkliche Tätigkeit ausführen - unabhängig davon, ob er Asylbewerber, anerkannter Flüchtling oder ein Geduldeter ist. Sein Knowhow ist doch nicht abhängig von Ausländerrecht!

Die Idee, dass sich Flüchtlinge über ihre Arbeit quasi in Deutschland einschleichen, ist völlig ab surd. Es geht darum, die Zeit in Deutschland sinn voll zu nutzen. Beschäftigung und Qualifizierung zahlen sich für jeden Menschen aus. Das, was man im Kopf hat, kann einem niemand mehr nehmen. Qualifizierung in Deutschland kann sich nach der Rückkehr ins Heimatland im wahrsten Sinne des Wortes auszahlen. In diesem Sinne sind Qualifizie rungsangebote in Deutschland auch als Entwick lungshilfe für die Herkunftsländer zu sehen. Wer in Deutschland deutsch lernt, kann das in seinem Hei matland vielleicht nutzen; ebenso wenn er oder sie gelernt hat, ein Auto zu fahren oder eine Tischlerar beit zu verrichten. Das sind also Qualifizierungen, die den Menschen unterstützen!

Der vorliegende Antrag versucht, die Beschäfti gung stärker in den Fokus zu rücken. Menschen kommen nach Schleswig-Holstein, damit sie hier sicher leben können. Sie sind unsere Nachbarn und so sollten wir sie auch behandeln. Unterstützung, Deutschkurse, Arbeit und Ausbildung vom ersten Tag an helfen bei der Integration und schaffen auch Möglichkeiten bei der Rückkehr ins Heimatland. Das sollten wir uns immer wieder vor Augen hal ten.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesan gelegenheiten:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

**(Minister Stefan Studt)**

Während der letzten Landtagssitzung habe ich bereits die Anwendung der 3-plus-2-Regelung erläutert, einer Sonderregelung für Menschen, deren Ausreisepflicht feststeht, die jedoch für die Dauer einer Ausbildung hier bleiben dürfen.

Dieses Instrument bietet die Möglichkeit, angemessen auf Fälle zu reagieren, in denen Menschen ein Ausbildungsverhältnis eingehen und damit eine weitere Lebensperspektive entwickeln. Mit einer Ausbildung, gleich welcher Art, steigen auch ihre Chancen, sich in der Heimat ein Leben aufbauen zu können.

Deshalb ist das ein gutes und hilfreiches Instrument, das die Kreisausländerbehörden Schleswig-Holsteins wie im Gesetz vorgesehen anwenden.

In der Tat ist hier der Auslegungsspielraum der Voraussetzungen für eine Anspruchsuldung weit. Die Ausländerbehörden erarbeiten sich anhand der Bearbeitung von Einzelfällen eine Verwaltungspraxis, die unbestimmte Rechtsbegriffe nach und nach ausfüllen wird und die - soweit erforderlich - durch generelle Anwendungshinweise zu unterstützen ist. Meinungsverschiedenheiten über die Reichweite und den Anwendungsrahmen der Regelung werden aber auch in diesem Rahmen zu erwarten sein. Wie so häufig werden letzte Unklarheiten erst durch Rechtsprechung ausgeräumt werden.

Bisherige Erkenntnisse lassen nicht den Schluss zu, dass die Anspruchsuldung fälschlicherweise ver-

sagt worden wäre. Nach unserem Kenntnisstand wenden die Kreisausländerbehörden in Schleswig-Holstein diese Regelung an. Aber, meine Damen und Herren, damit die Kreisausländerbehörden diese Regelung anwenden dürfen, müssen die fraglichen Personen einen Ausbildungsvertrag vorlegen. Es handelt sich daher nicht um eine pauschale Regelung, die gießkannenweise übers Land verteilt wird. Gewissermaßen ist das ein Angebot - wir können das als Land nicht forcieren. Daher kann auch keine Rede davon sein, das Ganze werde zu wenig angewandt. Wie gesagt - erst muss ein Ausbildungsvertrag vorliegen, dann gilt das auch in Schleswig-Holstein.

Auf Bundesebene verhält es sich völlig anders: In der Tat sind die ersten Anwendungshinweise aus dem Bundesministerium problematisch und sprühen nicht gerade vor Integrationswillen. Es besteht der begründete Verdacht, dass eine restriktive Praxis das Ziel des Gesetzgebers konterkarieren könnte.

Ich wiederhole daher: Wir setzen uns gegenüber der Bundesregierung dafür ein, der 3-plus-2-Regelung entschlossen zur Wirkung zu verhelfen. - Vielen Dank.